

41. Jahrgang

Frühjahr 2020

Heft 134

Briefe

Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde



WEITER SEHEN, ALS DIE HOFFNUNG REICHT
TEXTE ZU UMWELT UND ENTWICKLUNG 1983 – 2020
SONDERHEFT



EVANGELISCHE KIRCHE
IN MITTELDEUTSCHLAND
Lothar-Kreyssig
Ökumenezentrum



Evangelische Akademie
Sachsen-Anhalt e.V.

INHALT

Editorial	4
Ich habe es satt, dass andere hungern <i>Zweidrittelwelt und Kirchlicher Entwicklungsdienst</i>	
Drei Tage zur Zweidrittelwelt (1983)	5
Ich habe es satt, daß andere hungern (1988)	8
Wattwandern zum Währungswechsel – Dankschrift für OKR Klaus Wilckens (1990/2000)	18
Der Entwicklungspolitische Runde Tisch – oder vom Profil im Vakuum (2009)	22
Das verzögerte Ende	37
Vierzig Jahre und einige mehr – INKOTA hat Geburtstag (2011)	44
Die Gelassenheit des Dreispringers – für Willi Volks (2018)	50
Die guten Trends stärken – ökumenische Solidarität in der EKKPS und EKM (2018)	55
Eine Hoffnung lernt gehen <i>Die Friedensgebete in Leipzig und der Konziliare Prozess</i>	
Wir sind Euer böses Gewissen (1983)	64
Zeugnis der Betroffenheit – Ökumenische Versammlung und Nicaragua (1988)	66
Eine Hoffnung ging um – Konziliarer Prozess in der DDR (1989)	68
Leipziger Legenden – Anfänge der Friedensgebete (1982/1999)	80
Frist die Revolution ihre Kinder? (2009)	87
„Wir lassen uns in den Friedensgebeten nichts vorschreiben“ (2019)	89
Spurenlese – Erinnerungen an Hans-Jochen Tschiche (2019)	97
Das Leben in der DDR – ein Interview (2019)	105
Bittere Solidarität	
<i>„Machtfrage? Natürlich!“</i>	
Gespräch mit Friedel Trappen zur Afrikapolitik der SED (1999)	111
Kohle aus Mosambik – Gespräch über das größte „Entwicklungsprojekt“ der DDR mit Alfred Böhme (1999)	147
Durch die Macht des Schicksals? – Zum Tod von Werner Lamberz (2003)	167
Bittere Solidarität – Zur Lage der Vertragsarbeitern (2018)	171
Respekt und Anerkennung – ein Tagungsbericht (2020)	180

INHALT

Weiter Sehen

Nachhaltigkeit und Umweltarbeit

Sustainability und Ökumene (1998)	194
Weiter sehen (2001)	201
Energie vom Chef selbst (1999)	208
Landhof Schöneiche (2001)	212
Vor Johannesburg schlecht? Nach Johannesburg besser? (2002)	220
Sein lassen – Gedanken zu Paradies und Schöpfungszeit (2001)	225
Das Prinzip Nachhaltigkeit von 1713 – Carlowitz aus Mitteldeutschland (2003)	228
Leserbrief zu Wolf und Obergrenze (2016)	231
Friedhöfe neu denken und gestalten (2019)	233

Bauer – Richter – Kirchenmann

Zur Aktualität von Präses Dr. Lothar Kreyssig

Bauer – Richter – Kirchenmann (1999)	240
Protestantisches Profil oder ökumenische Weite (2001)	246
Tiefste Daseinsfrage überhaupt – Präses Kreyssig und die Euthanasie (2017)	249
Entgiftung, die zweite – Walter Grundmann in der DDR (2018)	255

Die Flüsse tragen auf ihren Armen das Land

Engagement für eine ökologische Elbe

Meditation zum Sommerhochwasser (2002)	257
Flusswärts – eine Rede	261

Zur Person: Dr. Hans-Joachim Döring

Am Fluss des Lebens – Ein Sommerinterview mit Angela Stoye (2019)	267
Kurzbiografie	273
Publikationsverzeichnis	274

Impressum	286
------------------	------------

Zum Schluss	287
--------------------	------------

Liebe Leserinnen und Leser,

diese BRIEFE Ausgabe kommt als Sonderheft daher. Unter der Überschrift „Weiter sehen, als die Hoffnung reicht“ versammeln wir eine Reihe von Texten und Interviews aus der Arbeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, zum konziliaren Prozess und zur Umweltschutzarbeit die dieses Arbeitsfeld im Osten der Bundesrepublik von ihren Anfängen bis heute dokumentieren. Alle Texte wurden bereits an anderer Stelle veröffentlicht. Wir haben uns trotzdem zu dieser Ausgabe entschlossen: zum einen, weil die notwendig enge Verknüpfung von Umweltengagement mit Fragen globaler Gerechtigkeit immer wieder zu selten im Focus steht.

Zum Zweiten, weil wir so eine spannende Entwicklung kirchlichen Engagements, vor allem in Basisinitiativen und Gruppen, dokumentieren und (hoffentlich) für heutige Herausforderungen fruchtbar machen. Und nicht zuletzt, weil der Autor bzw. Ko-Autor der vorliegenden Texte, Dr. Hans-Joachim Döring, Beauftragter für Umwelt und Entwicklung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, der seit vielen Jahren eng mit dem Kirchlichen Forschungsheim, später mit der Studienstelle, verbunden ist, kurz vor dem Ruhestand seine Archive gesichtet hat. Dabei fanden sich unzählige, zum Teil fast vergessene Initiativen, Projekte, (Kirchen-)Politische Verwicklungen und mehr.

Einen großen Teil dieses Materials haben wir, die Redaktion mit großartiger Unterstützung von Kathrin Natho und Maximilian Adler vom LKÖZ, zusätzlich zu dieser Ausgabe, für Sie in einer Online-Dokumentation zusammengestellt, die Sie unter www.ev-akademie-wittenberg.de finden können.

Dr. Hans-Joachim Döring und ich wünschen Ihnen viele spannende (Wieder-)Entdeckungen beim Lesen und freuen uns auf Ihre Kommentare.

Bleiben Sie behütet, besonders in diesem im Wortsinn merkwürdigen Frühjahr,

Ihre Siegrun Höhne und Dr. Hans-Joachim Döring

Drei Tage zur Zweidrittelwelt

Ein Bericht aus Leipzig (1983)

Erschienen in: Der Sonntag – Gemeindeblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, (Nr. 28/83) o.1.05.1983.

Die Ökumene lehrt uns, Gemeinde wächst, wo sie mitgestaltet und kämpft. Das Evangelium baut zuerst auf die Armen. Zudem gibt es in Leipzig viele ausländische Studenten, aber wenig Kontakte. Und es gibt einige Arbeitsgruppen in unseren Kirchen, die für die Zweidrittelwelt eine enorme Arbeit leisten. Information, so dachten wir, ist der erste Schritt zur Mitarbeit. Darum lud die Junge Gemeinde der St. Thomas-Matthäi-Kirche gemeinsam mit der Initiativgruppe „hoffnung nicaragua“ in der letzten Märzwoche zu den „Drei Tagen zur Zweidrittelwelt“ ein.

Oft wurden wir gefragt, warum ZWEIDRITTELWELT? Heißt es nicht „Dritte Welt“? Wer ist dann „erste“ und wer „zweite Welt“? Heißt „Dritte Welt“ letzter Husten? Oder Entwicklungsländer: Wohin sollen sie sich denn entwickeln? Zu uns herauf? Von uns weg? Sind wir Europäer nicht in vielen Bereichen die Unterentwickelteren? Wir entschieden uns für die Bezeichnung ZWEIDRITTELWELT. Sowohl nach der Fläche als auch nach der Bewohnerzahl machen diese Länder und Völker zwei Drittel der Erde aus.

Die Seminare

An den drei Tagen trafen sich 35 Teilnehmer zum Seminar mit Referaten und Gesprächen über die Zweidrittelwelt. Viele kamen von weit her, nahmen für diese Tage Urlaub. Donnerstag ging es um den Wandel des Entwicklungsbegriffes. Es wurde vom Optimismus der 60er Jahre bis hin zu der heutigen Problemstellung berichtet. Wir erfuhren Einzelheiten über Ziele und Arbeitsvorhaben der verschiedenen Zweidrittelweltgruppen in unseren Kirchen und reflektierten über unsere Konsequenzen. Was für Schlüsse ziehen wir aus den Informationen für unseren Lebensstil und die Gemeindegarbeit? Nicht immer war es leicht, dem unterschiedlichen Wissensstand der Teilnehmer gerecht zu werden und unseren Handlungsspielraum als Chance zu erkennen. Aber die Arbeit der „Aktion Lepadorf“, die jährlich als kleine Gruppe 100.000 Mark in Form von medizinischem Material und Handwerkszeug nach Ifakara (Tansania) schicken kann,

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

sowie die der Initiativgruppe „hoffnung nicaragua“ zeigen Möglichkeiten auf, die weitere Initiativen beflügeln sollten.

Die Abende

Donnerstag war Afrikaabend. Frau E. Adler aus Berlin erzählte – untermalt von vielen Diapositiven – über ihre letzte Reise nach Moçambique. Besonders beleuchtete sie die Rolle der Kirchen. Im Nachgespräch berichteten die „Aktion Lepradorf“ und Frau Schäfer aus Leipzig über ihre Arbeit. Frau Schäfer sammelte mit Gemeinden in diesem Jahr über 500 Säcke mit neuwertigen Kleidern für Lesotho.

Freitag war Lateinamerikaabend. Er begann mit einer Verspätung. Unser Gemeindesaal reichte nicht. Wir mußten kurzfristig (und konnten dies – vielen Dank!) in die Reformierte Kirche umziehen. Die Initiativgruppe „hoffnung nicaragua“ informierte in kurzen Beiträgen über die Geschichte und die Revolution des Landes, über die „Theologie der Befreiung“, die Basisgemeinden und Ernesto Cardenal, über die weltwirtschaftlichen Verstrickungen und die heutigen Probleme Nikaraguas und über den Zusammenhang zwischen der Rüstung in Ost und West und dem sozialen Elend auf der südlichen Erdhalbkugel. Spät abends gab es noch einen Film: „Der Aufstand“ von Peter Lilienthal (BRD). Er führte uns die Gesichter des Terrors und der Befreiung Nikaraguas vor Augen.

Gäste

Der letzte Tag bot fünf Veranstaltungen. Vormittag Seminar. 14.00 Uhr Schriftstellerlesung, mit Elke Erb. Peter Gosse und Werner Heiduczek. Die Kirche war gut besucht. 16 Uhr begann unsere „Große Grafikauktion“. Wir waren überrascht, wie bereitwillig Künstler unserem Spendenaufruf gefolgt waren und Arbeiten für ein Landschulzentrum in Monte Fresco (Nikaragua) gaben. Das Zentrum wird durch den Bund der Evangelischen Kirchen mit Hilfe des Solidaritätskomitees ausgestattet. Die Initiativgruppe „hoffnung nicaragua“ erhielt schon einen Brief aus der Schule und konnte über die Bedürfnisse konkret berichten. Über 250 Arbeiten kamen zur Versteigerung. Der Erlös: 7.652 Mark. Durch Kollekten konnten weitere 1.399,25 Mark auf das Nikaraguakonto eingezahlt werden. Für die „Aktion Lepradorf“ wurden 716,17 Mark gesammelt und für die „Aktionsgemeinschaft für die Hungernden“ (INKOTA), die die Arbeit der Zweidrittelweltgruppen unserer Kirchen koordiniert, 676,09 Mark.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Samstagabend: IN IHREN AUGEN. Wir konnten Freunde aus Bangladesh, Benin, Bolivien, Guatemala, Moçambique, Nikaragua, Simbabwe und Tunesien zu einem Rundtischgespräch begrüßen. Es war lebhaft und konzentriert. Unsere Frage: Wie werden wir von unseren ausländischen Mitbewohnern gesehen? Sie sagten uns, daß wir kaum wissen, wie sicher wir leben, sozial und nachts auf der Straße. Daß wir kleine Mißstände überbewerten und oft kalt wirken, die Lebendigkeit unserer Gäste einfrieren. Sie sagten uns, daß wir uns ungern über andere Länder informieren und unsere afrikanischen Freunde beklagten sich, oft wie „Kindchen“ behandelt zu werden. Zur Sprache kam auch der Argwohn, wenn Ausländer und „unsere“ Mädchen zusammen sind. Insgesamt konnte Fremdheit ein wenig beseitigt werden, Versöhnung vielleicht in Gang kommen. Dabei hoffen unsere ausländischen Gäste auch auf unsere Gemeinden. Der Freund aus Benin sagte: „Einige Kirchen haben schon gelernt. Das tut gut.“ In der Ökumene heißt es: Christus schaut uns mit den Augen der Menschen der Zweidrittelwelt an. Wir dürfen nicht ausweichen. Drei Freunde aus Moçambique umrahmten die Veranstaltungen mit mitreißenden Liedern aus ihrer Heimat. Das war schön.

In der „Langen Nacht der Lieder“ sangen sieben Liedermacher aus Berlin, Dresden, Frankfurt und viermal Leipzig zum Nulltarif für die Zweidrittelwelt. Den Liedern für die Liebe und gegen den Krieg lauschten über 800 Besucher. Der letzte Gangplatz war besetzt.

Vieles ordnete sich unter dem Tun

Kurz vor Beginn der Tage dachten wir, wir haben uns übernommen. Drei verschiedene Versammlungsorte, kurze Zwischenzeiten, keine Erfahrungen. Aber viele halfen uns und dachten mit. Die einen kochten den Eintopf für die Seminarbesucher, andere schmolzen 12 kg Schmalz um. Drei strichen 40 Brote und Uwe regelte mit geologischer Gelassenheit die Verstärkertechnik. Goshi tippte nächtelang Versteigerungskarten und Frank zählte immer irgendwo Kollekte. Weitere wären zu nennen. Wir erlebten mehr unerwartetes Vertrauen als vorschnelle Angst. Als wir mit dem Aufräumen fertig waren, wurde die Zeit eine Stunde vorgestellt. Wir fanden das angemessen.

Ich habe es satt, dass andere hungern

Zweidrittelwelt-Gruppen in den Kirchen in der DDR (1988)

Erschienen in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, 3/88, S. 19-22.

Wie in der Bundesrepublik so werden auch in der DDR entscheidende Beiträge zur entwicklungspolitischen Bewußtseinsbildung durch kirchliche Initiativ- und Studiengruppen geleistet. Zur gegenseitigen Information und Koordination der Zusammenarbeit wurde bereits im Jahre 1971 der INKOTA-Arbeitskreis (INformation, KOordination, TA-gungen) gebildet. Ein motivierendes Motto für die verbindende Arbeit lautet „Mobilisierung des Gewissens“.

Der Superintendent von Dresden-Mitte und Präsident der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR, Christoph Ziemer, sagte Anfang Mai 1988 auf der Regionaltagung Sachsen des INKOTA-Arbeitskreises: „Im Vergleich zu den Friedens- und Ökologie-Gruppen sind die Zweidrittelwelt-Gruppen nur punktuell anzutreffen und von geringer Wirkung auf die Gemeinden und die gesellschaftliche Öffentlichkeit.“ Einer seiner Nachfolger in der Leitung der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR, Rudolf Schulze, stellte in einer Studie fest: „Dennoch muß die Lernmotivation der Gruppen und ihrer Glieder, hier vor allem der Zweidrittelwelt-Gruppen, höher veranschlagt werden [...] als die der Gemeinden der verfaßten Kirchen. Personen und Gruppen sind immer kommunikativer und daher lernfähiger als Institutionen. Selber betroffen, persönlich engagiert, durch Statute, Ordnungen und rechtlich fixierte Verfahren nicht eingeengt, vollzieht sich ein innen wie außen effektives Zulernen durch Bedeutungsvermittlung leichter und besser. Zieht man dies in Betracht, so muß gesagt werden, daß ökumenische Kommunikation am stärksten in jenen Gruppen sich ereignet und weiter ereignen wird, wo individuelle Lebensvorgänge mit dem Leiden an den Zuständen der Zeit gekoppelt waren und sind.“¹

Wie beschreibt man die Arbeit der Solidaritäts- bzw. Gerechtigkeitsgruppen in den Kirchen der DDR am besten? Der Begriff Zweidrittelwelt setzt sich langsam durch. Die unglückliche Lösung „Dritte Welt“ mit der Frage: „Wer gehört warum zur 1. und zur 2. Welt?“ sowie die Erfahrung, zu einer „DDR“ gehören zu müssen, ließ die den quantitativen Verhältnissen der Erde eher gerecht werdende Bezeichnung Zweidrittelwelt finden.

Dicht beieinander: Frust und Erfüllung

Zum einen vielleicht, indem ein zum Abbruch bestimmtes und tapfer bewohntes, schiefes Fachwerkhaus in einer Quergasse der Altstadt von Jena beschrieben wird. Windet man sich die enge Stiege hinauf, zwängt man sich an Kleidersäcken, Kisten mit Kernseife und Schulmaterialien sowie Packpapierrollen vorbei und stößt auf den Fluren auf verpackte und beschriftete Pakete. Hier leben zum Teil und treffen sich wöchentlich die Mitglieder der Nicaragua-Solidaritätsgruppe El Camino, um gemeinsam die neueste Lage und Literatur zu diskutieren, Veranstaltungen in Gemeinden zu planen, Sammlungen von gebrauchten Brillen vorzubereiten und Pakete zu packen. Die Stimmung ist ausgelassen, wenn Kunstauktionen für Nicaragua libre in brechend gefüllten Kirchen, gelungene Podiumsgespräche oder nachwirkende Wochenendseminare reflektiert bzw. ferne Gäste begrüßt werden können. Die Atmosphäre ist angespannt und gereizt, wenn nach einem Dreivierteljahr noch keine Rückmeldung aus der baptistischen Partnergemeinde in Diriamba eingetroffen ist oder das Zollamt vermeldet, daß es eine Beanstandung gibt, die Sendungen über vier Monate festliegen, weil die Ausfuhrbestimmungen nicht kleinlich genau eingehalten wurden oder das gesetzlich verordnete Maß von einem Paket pro Person und Monat längst überschritten wurde. Von einer größeren Sendung per Schiff ganz zu schweigen. Frustration und Erfüllung liegen dicht beieinander.

Zum anderen, indem versucht wird, den hier interessierenden Gesellschaftsausschnitt kurz zu skizzieren:

Er ist geprägt von einer Regierungspolitik, die praktisch und diplomatisch die um ihre Befreiung kämpfenden Völker (z. B. Vietnam, Nicaragua, die PLO, ANC) unterstützt, antiimperialistische Informationen als Schulstoff und außenpolitische Mitteilungen vorgibt, in sozialökonomischer Gerechtigkeit immer einen großen Wert sah und aus den siegreichen Befreiungskämpfen eine Unterstützung der sozialistischen Position im Weltmaßstab erwartet hat. Daneben hatte die Hallstein-Doktrin die DDR-Südpolitik beeinflusst, die zwar notwendigerweise scheitern mußte, uns aber fast 20 Jahre von der Weltöffentlichkeit nahezu ausgeschlossen hatte. Hinzu kommt die begrenzte ökonomische Stärke, die die internationalistische Hilfe bestimmt und den Handel – auch mit Entwicklungsländern – immer stärker auf die Erwirtschaftung von Devisen ausrichtet.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Innenpolitisch wird die Solidaritätsarbeit von der Praxis der gesellschaftlichen Organe bestimmt, die große Teile der Geldmittel dem Solidaritätskomitee über monatliche Pflichtbeiträge der Werkstätigen zuführen und kaum Informationen über die Verwendung bekanntgeben, somit eine Auseinandersetzung und damit Identifikation erschweren. Die aktive Kommunikation verhindernden Post-, Ausfuhr- und Reisebestimmungen erleichtern die Situation nicht.

Der kirchliche Raum ist gekennzeichnet von einer ökumenischen Offenheit der kirchlichen Zusammenschlüsse in der DDR, die wichtige Impulse aus der Weltkirche aufgenommen haben (so faßte schon 1971 die Bundessynode einen Beschluß, welcher die aktive Unterstützung des Antirassismusprogramms des ÖRK beinhaltet) und die versuchen, diese der Gemeindeebene zu vermitteln. Auf der anderen Seite konnten sich die evangelischen Landeskirchen dem Zwei-Prozent-Appell des Weltkirchenrates nur (unterschiedlich) langsam öffnen. Schmerzlich wirken sich die fehlenden Rückkehrer aus, die die Sachdebatte mit Erfahrungen aus mehrjährigen praktischen Entwicklungstätigkeiten in Afrika, Asien und Lateinamerika bereichern könnten. Hinzu kommt, daß die Aktion „Brot für die Welt“ ihre jährlichen Spendenaufkommen in Millionenhöhe weitgehend über die Katastrophen- und Hungerhilfe der großen kirchlichen Weltbünde vergibt und kaum Bewußtseinsarbeit leistet, was „uns so leicht in der barmherzigen Gebermentalität festhält“². Die entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung wird mit einer geringen Anzahl von vollbeschäftigten Mitarbeitern geleistet. Zu nennen wären die Landespfarrer für Ökumene und Mission, die traditionellen Missionswerke, hier vor allem das Ökumenisch-Missionarische Zentrum in Berlin und die Gossner Mission, der Ökumenische Jugenddienst und der INKOTA-Arbeitskreis.

Gewissen in Aufruhr

Das Erscheinungsbild der Gruppen ist vielfältig. Eine Systematisierung fällt schwer. Zur Zeit kann von etwa 35 kontinuierlich arbeitenden Zweidrittelwelt-Gruppen ausgegangen werden.

Durch die Bekanntschaft mit ausländischen Studenten oder Arbeitern, ökumenischen Gästen oder durch Medien gerät Gewissen in Aufruhr: „Ich habe es satt, daß andere hungern“. Ähnlich Betroffene suchen sich und eine Adresse in der „Dritten Welt“, die mit Paketsendungen unterstützt werden kann. Oft sind diese Gründungen spontan und entwickeln sich erst durch mehrmaligen Mitglieder-

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

wechsel zu festen Gruppen, die dann auch von ökumenischen Einrichtungen angeschriebene Projekte unterstützen.

Dieser Gruppentyp ist meist auf eine Kirchengemeinde oder Stadt begrenzt und bereichert die Angebote des Kirchenjahres durch thematische Arbeit, Infostände, Basare. Im Laufe der Zeit erwerben sich die Gruppenmitglieder eine hohe Sachkompetenz, auch wenn die Ansätze oft im „Karitativen“ stecken bleiben. Doch damit treffen sie die Mentalität vieler Christen. Die mühevollste Kommunikation mit Partnern auf der südlichen Halbkugel hält nicht jede Gruppe durch. Die „Erfolge“ sind oft gering. Manche Gruppen lösen sich wieder auf. Im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Zwei-Prozent-Appells hat sich aber gezeigt, daß diese eher still engagierten Gruppen den Kirchgemeinderäten wichtige Gesprächspartner waren und Fürsprecher der Menschen in der Zweidrittelwelt sein können.

Ein anderer Gruppentyp sind die Initiativgruppen. Sie reagieren gezielter auf gesellschaftliche Aufbrüche bzw. Entwürfe in anderen Erdteilen und stellen sich dem Nord-Süd-Konflikt in einem breiteren Maße. Diese Gruppen haben oft eine regionale oder gar republikweite Ausstrahlung, versuchen den karitativen Ansatz zu überwinden und nehmen gesellschaftliche und kirchenpolitische Fragen im eigenen Land bewußt auf. In diesen Gruppen kommt es fast regelmäßig zur gemeinsamen Arbeit von Christen und Nichtchristen.

Von einigen Initiativgruppen liegen schriftliche Ausarbeitungen vor, was bei den mehr praktisch ausgerichteten Zweidrittelweltgruppen nicht selbstverständlich ist. Stellvertretend für diesen Gruppentyp soll von drei Initiativen ausführlicher berichtet werden.

Brot statt Tod

Das Selbstverständigungspapier der Initiativgruppe „Brot statt Tod in der Welt“ der Ev. Kirchengemeinde der Wilhelm-Pieck-Stadt Guben beschreibt ihre Aufgabenstellung wie folgt:

„Wir verstehen uns als eine unabhängige christliche Basisgruppe, die innerhalb von Kirche und Gesellschaft der DDR zur Bildung eines Bewußtseins für globale Zusammenhänge von Ungerechtigkeit und Unterdrückung beitragen will, um damit konkret in der eigenen Situation am weltweiten Kampf für die Verwirkli-

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

chung einer gerechten, partizipatorischen, friedlichen und lebensfähigen Gesellschaft teilzunehmen. Wir wollen in unseren Gemeinden und in unserer Gesellschaft einen Prozeß des ökumenischen Lernens und der ökumenischen Solidarität vor allem mit den Menschen/Völkern der „Dritten Welt“ anregen und unterstützen durch (in Auswahl):

- Suche nach Identifikationsmöglichkeiten mit den Armen (besonders in der „Dritten Welt“);
- Reagieren auf die Herausforderungen durch die Probleme der Menschheit vom eigenen Kontext her; Verarbeitung von Informationen zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen;
- Verbreitung von Informationen und Durchführung von Bewußtseinsbildungsarbeit in der Öffentlichkeit, um andere Menschen für eine Haltung aktiver ökumenischer Solidarität zu motivieren.“

Als Schwerpunkte für die Arbeit wurden formuliert (in Auswahl):

- Finden einer eigenen sozialistischen kulturellen Identität;
- Beitragen zu interkulturellem Austausch, zur Überwindung von Vorurteilen und Rassismus gegen andere Völker;
- Kontakte und Beziehungen zu (in der DDR lebenden) ausländischen Arbeitern und Studenten;
- exemplarische Unterstützung laufender Projekte und Entwicklungsprogramme;
- Versuchen, auf Politik in Kirche und Staat Einfluß zu nehmen (auch wenn er sehr gering ist);
- gemeinsame Betrachtung von Problemen auch mit Umwelt- und Friedensgruppen, um der Komplexität von Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Integrität der Schöpfung gerecht zu werden;
- Reflexion über Bibeltexte und ihre Bedeutung für unsere eigene Situation.“

Für die eigene Kirchengemeinde nahm sich die Gruppe vor:

„Unser Ziel ist dabei vor allem, die Gemeinde zu einer größtmöglichen Verbindlichkeit des Redens und Handelns zu Problemen von Gerechtigkeit und Frieden zu ermutigen.“³ Ihrem Anliegen folgend hat diese Gruppe konsequent auf die Spendensammlung für ein „eigenes“ Projekt verzichtet und verbreitet in ihrer kirchlich nicht sehr aktiven Region längs der Oder Informationen über bestehende Projekte. Das Programm verrät einen hohen Anspruch und beim Lesen

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

kann der Gedanke an Verlautbarungen von weltkirchlichen Versammlungen kommen, deren Umsetzung in den Mitgliedskirchen oft zu wünschen übrig läßt. Immerhin war die Kirchgemeinde Guben die erste Gemeinde in der Berlin-Brandenburgischen Evangelischen Kirche, die noch vor den Synodenbeschlüssen den Zwei-Prozent-Appell annahm.

Ein zweites Beispiel: Die Initiativgruppe „hoffnung nicaragua“ der Ev.- Luth. Superintendentur Leipzig-Ost gründete sich 1981 und unterhält langjährige Kontakte zu einem Landschulzentrum in Monte Fresco bei Managua. Nach aufwendigen Paketaktionen konnte sie mit Unterstützung des Solidaritätskomitees der DDR und des INKOTA-Arbeitskreises größere Sendungen durch Schiffscontainer verwirklichen. In einer ausführlichen Ausarbeitung „Christen aus der Zweidrittelwelt fordern uns heraus – Die Theologie der Befreiung aus nördlicher DDR-Perspektive“ formulieren sie im Absatz Die Auseinandersetzung mit dem Elend der Zweidrittelwelt provoziert Rückfragen an uns und unsere Gewohnheiten: „Bei der Beschäftigung mit den Lebensbedingungen und den Forderungen der Armen sollten wir konsequenterweise Rückschlüsse auf unsere Lebensweise und unsere Wertesysteme ziehen. Wollen wir helfen, den Hunger und die einseitige Ernährung in Afrika zu lindern, liegt die Frage nahe, wie wir es eigentlich mit unserer Ernährung halten. Hören wir von der Verhaftung chilenischer Gewerkschafter, kann das Anlaß sein, über unsere Gewerkschaft und unsere Mitarbeit nachzudenken. Hören wir von der Beteiligung salvadorianischer Christen am bewaffneten Befreiungskampf, sollten wir es nicht versäumen, unsere Haltung zur Gewaltfrage zu differenzieren. Wenn uns ein Mosambikaner von der Hoffnung erzählt, daß die neuen Verhältnisse in seinem Land einen „Neuen Menschen“ prägen werden, sollte uns das anregen, über die Verwirklichung dieses sozialistischen Ideals in der DDR nachzudenken usw.“ Der Versuch von „global thinking“ (weltweit denken) und wenigstens „local asking“ (zu Hause Fragen stellen), als Vorstufe des „local acting“ (am Ort handeln) wurde hier unternommen.

Als letztes Beispiel soll aus der (fünfzehnsseitigen!) Eingabe an die Ökumenische Versammlung des Entwicklungspolitischen Arbeitskreises der „action five/Aktion Lepradorf“ der Ev. und Kath. Studentengemeinde in Dresden zitiert werden. Diese Gruppe ist wohl die älteste noch arbeitende Zweidrittelwelt-Gruppe, die seit 1968 (sich ständig erneuernd) eine Leprastation in Tansania – lange Zeit mit Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR – mit Verbandsstoffen und Verbrauchsgegenständen versorgen konnte. Im Vorwort zur Eingabe heißt es: „Wie wir nachträglich erfahren, befinden wir uns seit unserer Gründung im konziliaren Prozeß“.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Stellvertretend auch für viele ähnlich lautende Eingaben zum Themenbereich weltweite Gerechtigkeit soll eine Bitte genannt werden: „Sie (die Ökum. Versammlung und die Kirchenleitungen) sollen für eine offene, kluge, wahrheitsgemäße und umfangreiche Information eintreten (z. B. über Außenhandel und Projektabwicklung) und die öffentliche Diskussion behutsam einüben helfen. Sie soll Staat und Gesellschaft ermutigen, großzügige Hilfe zu leisten.“⁵

Christliche und sozialistische Positionen

Aus den zitierten Texten lassen sich einige Kennzeichen für Zweidrittelwelt-Gruppen ableiten, die wohl auch über die hier erwähnten Gruppen hinaus gelten können:

Ökumenisches Lernen und Kommunizieren wird praktiziert, die Gerechtigkeitsfrage in persönliche und gesellschaftliche Bezüge gestellt. Die Gruppen verstehen sich als Fürsprecher der Menschen aus der Zweidrittelwelt und klagen gegenüber Kirche und Gesellschaft gegen alle Sachzwänge Defizite ein. Die klassische Trennung von Staat und Kirche wird nicht mitvollzogen. Kirchen und Gesellschaft werden gleichermaßen an ihrem Auftrag bzw. ihren Verlautbarungen und an ihren Taten gemessen. Bei gestatteter Eigenständigkeit werden sie als Aktionsfelder und Bündnispartner gesucht. In den Gerechtigkeitsgruppen wird recht selbstverständlich von christlichen und sozialistischen Positionen ausgegangen.

Der „Konziliare Prozeß“ bedeutet für die Zweidrittelweltgruppen eine Aufnahme und Bestätigung ihrer Arbeit und stellt eine Hoffnung dar, in der die oft erlebte Spannung „selbständiger“ Gruppen zwischen „unten“ und „oben“ gemindert werden könnte. Eine Ausarbeitung der Kommission „Kirche und Gesellschaft“ beim Bund der Ev. Kirchen beschreibt dies so: „Was faktisch oft als Spannung erlebt wird, verhält sich in der Sache eher komplementär zueinander. Die unmittelbare Betroffenheit muß sich sachverständig machen, um nicht ins Leere zu laufen, und der Sachverstand bedarf der Schubkraft aus der unmittelbaren Betroffenheit und der Orientierung an dem elementar Notwendigen wie der realen Utopie, um sich nicht positivistisch im Gestrüpp der Detailprobleme zu verirren.“⁶

Diese zwei Grundtypen beschreiben nur einen Teil der entwicklungspolitisch bewußten „Szene“ in der DDR. Zudem sind die Initiativgruppen in der Minderzahl.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

In den letzten Jahren bildeten sich bei den größeren Friedens- und Umweltkreisen Kleingruppen, die die Gerechtigkeitsproblematik im speziellen Kontext aufnahmen. Und es haben sich, vor allem im Süden der Republik, Gruppen zusammengefunden, die die Trias des Konziliaren Prozesses aufnehmen, somit auch die Entwicklungsfragen. Gerade die Mitarbeit im Konziliaren Prozeß wird viele Gruppen fordern und befähigen, den notwendigen Übergang von „Hungergruppen“ zu „Gerechtigkeitsgruppen“ zu vollziehen.

Der INKOTA-Arbeitskreis

Innerhalb dieses Spektrums hat ein spezieller Arbeitskreis seinen „Sitz im Leben“, der INKOTA-Arbeitskreis. INKOTA steht für IN-formation, KO-ordination und TA-gungen zu Problemen der Zweidrittelwelt. Dieser Kreis versucht, die Aktivitäten der Gruppen und Einzelengagierten zu vernetzen, Kontakte untereinander und zu Partnern in Entwicklungsländern und vergleichbaren Arbeitsgruppen in Industriestaaten zu vermitteln und ausgewählte zentrale Projekte zu verwirklichen. Damit will er die Gruppen vor allem in der Bewußtseinsbildung unterstützen und sie in kirchlichen Gremien vertreten. Der Arbeitskreis wurde bereits 1971 von Einzelengagierten, Gruppenvertretern und Mitarbeitern ökumenischer Einrichtungen gebildet. Angesichts der vielfach versuchten und so notwendigen Vernetzung der anderen Themengruppen in der DDR ist dieser frühe Zeitpunkt bemerkenswert. Durch Regional- und Zentraltagungen, einen Rundbrief sowie Materialangebote und organisatorische Unterstützung bei Hilfssendungen, meist in Zusammenarbeit mit dem Solidaritätskomitee der DDR, soll versucht werden, den Gruppen in ihrer Arbeit beizustehen.

Die Leitung des Arbeitskreises ist ökumenisch, d. h. im Koordinierungskreis der Gruppen- bzw. Regionalvertreter arbeiten zwei Katholiken, zwei evangelisch-freikirchliche und vier evangelisch-landeskirchliche Christen zusammen. Der INKOTA-Arbeitskreis führt auch die „Aktionsgemeinschaft für die Hungernden“ weiter, die Präses Dr. Lothar Kreyßig 1957 gegründet hatte, der auch die „Aktion Sühnezeichen“, den „Weltfriedensdienst“ sowie die „Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt“ ins Leben rief. Die Arbeit finanziert sich ausschließlich aus Einzel- und Gruppenspenden. Der Arbeitskreis ist dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR angegliedert.

Für die nächsten Jahre zeichnen sich einige Schwerpunkte der Arbeit ab. Gerade die Gruppen werden mit ihrer innovativen Kraft, die richtigen, ungemütlichen

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Fragen zu stellen, den Friedens- und Abrüstungsprozeß mit zu begleiten haben, damit in allem nördlichen Sicherheitsdenken bei Verminderung von Rüstung der Süden nicht vergessen wird. Dazu wird eine erneute Mobilisierung des Gewissens notwendig sein. Die Gefahr ist sehr groß, daß alle möglichen Abrüstungseinsparungen zur Vergrößerung der Kluft beitragen werden.

In diesem Zusammenhang ist auch über die Erhöhung der Wirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit nachzudenken. Vielleicht kann es doch gelingen, daß eine Zeitschrift für Ökumene und Partnerschaft verlegt werden kann. Durch Gespräche, Fantasie und hartes Ringen muß es zu substantziellen Verbesserungen für die ökumenische Kommunikation kommen.

Die derzeitigen Möglichkeiten für Partner-, Projekt- und Entwicklungsarbeit halten dem gewachsenen ökumenischen Gewissen schon lange nicht mehr stand. Grundlegende Regelungen sind hier erforderlich. Gerade die Christen aus der DDR könnten einen wertvollen Beitrag in die ökumenisch orientierte entwicklungspolitische Praxis einbringen, denn sie kommen aus einem Land, das sich nicht an der Ausbeutung der „Dritten Welt“ bereichert, Erfahrungen im nichtkapitalistischen Entwicklungsweg gemacht hat und deren Kirchen sich der Herausforderung des materiellen und ideologischen Atheismus stellen mußten. Innerhalb der Kirchen und Gemeinden steht die entwicklungspolitische Bewußtseinsarbeit vor der Aufgabe, daß die Beschäftigung mit den Fragen der weltweiten Gerechtigkeit den neuen Möglichkeiten durch den Zwei-Prozent-Appell in unseren Gemeinden standhält und dessen Einführung nicht nur ein banktechnischer Umbuchungsvorgang wird.

Das Gespräch in der Gesellschaft müßte in unserem Zusammenhang über die Verknüpfung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialprogrammen für unsere Bevölkerung und mit den Menschen in den Entwicklungsländern durch die Außenhandelspolitik geführt werden. Dazu werden viele Partner nötig sein. In unseren Kirchen steht eine „Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen an.“

Anmerkungen

- 1 Rudolf Schulze, „Zur Problematik der ökumenischen Kommunikation“, Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen, Berlin/DDR 1988.
- 2 Christoph Hinz, „Der Weg durch's Nadelöhr“ Entwicklungspolitische Betrachtung, aus: INKOTA-Brief, 3/87, S. 18.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

3 Aus: INKOTA-Brief, 3/87, S. 22.

4 „Christen aus der Zweidrittel-Welt fordern uns heraus – Die Theologie der Befreiung aus nördlicher DDR-Sicht“, Ms., Leipzig 1984.

5 „Eingabe zur Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR“ des Entwicklungspolitischen Arbeitskreises der Aktion Lepra-Dorf Dresden, Vervielfältigung, Dresden 1988.

6 „Die Kirche und die Friedensgruppen“, Kommission Kirche und Gesellschaft des Bundes der Evangelischen Kirchen, Berlin 1985, S. 6.

Wattwandern zum Währungswechsel

Dankschrift für OKR Klaus Wilkens (1990-2000)

Erschienen in: Dankschrift für OKR Klaus Wilkens. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft „Dienste für den Frieden“, Bonn 2001, S. 12-18.

Die Gegend passte gut zum Datum. Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer zwischen Amrum, Breklum, Hallig Hooge, Pellworm. Fremder konnten die Namen für Binnen- und Mitteldeutsche nicht klingen. Eberhard le Coutre, der damalige Chefredakteur der ökumenischen Quartalsschrift „der überblick“ hatte zu einem Wanderwochenende eingeladen. Das OBNW¹ traf sich über den 1. Juli 1990. Die Überschneidung mit dem währungspolitischen Ereignis war eher zufällig und „vorhistorisch“. Die ehemaligen Mitgründer und damaligen Macher des Kirchlichen – im Sinne von Evangelischen – Entwicklungsdienstes mußten ja immer sehr langfristig planen. Ich vermute, dieser Termin war jenseits der Weltgeschichte an einem von milder Sonne durchfluteten Tag im noch goldenen Herbst 1988 oder im noch rosig-ruhigen Frühjahr 1989 irgendwo am Rande einer Tagung im tiefsten Westen gefunden worden. Wie dann die Zeit rasend verging und Marken setzte, weil Mauern fielen. Nun konnte ein Ostdeutscher mit eingeladen werden, den man aus dem Mitarbeiterkreis des „überblick“ kannte und den man testen wollte, freundlich und offen gesinnt, für den KED-Ausbau Ost und auf schlickrigem Geläuf.

Der Tag paßte gut zur Gegend. Eine Landschaft, die nur sicher mit einem Kundigen und Ortsvertrauten zu durchqueren war. Biologisch wohl wertvoll, aber eher unscheinbar. Fürs erste, so die Füße trugen, grau, in Teilen matschig, mitunter glatt, meist feucht. Und dann diese Ungewißheit: kommt Ebbe, kommt Flut? Wo steht man dann? Das Wort von den blühenden Landschaften war wohl schon gesagt, spielte aber in dieser Runde kaum eine Rolle. Wie sollte es auch mitten im Schlick.

Warum wir, meine Frau und ich, dahin eingeladen worden waren, weiß ich bis heute nicht recht. War es Blasphemie? Ich war deutlich jünger als der Durchschnitt der mit wandernden Männer, trug aber schon schütteres Haar? War es die Fähigkeit des Einladenden, inmitten der INKOTA-Arbeit (immerhin schon

1 Old-Boy-Net-Work der ehemaligen AG KED.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

1971 in Halle/Saale gegründet) der ehemaligen DDR Nähe und Verwandtschaftsbeziehungen zu entwicklungspolitischen, ökumenischen und geistlichen Wurzeln und Zielen des „Gründungs-KED-Kerns“ sehen zu können? Oder war es schlicht das Bedürfnis nach gesamtdeutscher Komplettierung? Wie auch immer! Wohl war es eine Mischung. An diesem langen Wochenende mit den ausgiebigen Wanderungen war Zeit, Klaus Wilkens und seine Frau, und auf andere Art als bei den häufiger werdenden Sitzungen, kennen zu lernen: Mitten im Watt, am Tag der Währungsunion, der wenigstens für Deutschland einen weiteren Nachkriegszustand und historisch nachvollziehbare, aber lästige, weil überholte, Ost-West-Spaltungen beendete und Unterschiede erneut anlegte. An diesem Datum, mit diesen blauen Augen unter steingrauem Himmel, führte Klaus Wilkens durch den Tag und die Wattlandschaft.

Und da kannte er sich aus. Nicht nur in Afrika und in „seiner“ Ökumene. Kenntnisreich deutete er die Spuren der Sturmmöwen, wusste von Trielen am Priel und anderen Schnepfenvögeln, nannte Muscheln beim Namen, verwies auf Blasentang.

Persönlich traf ich Klaus Wilkens erstmals in seiner Funktion als Geschäftsführer der Kammer für Entwicklung des Rates der EKD an einem naßkalten Tag, wohl im November 1988 in Ostberlin. Er leitete eine größere Gruppe von Kammermitgliedern unter dem Vorsitz von Prof. Lothar Brock, die zu einer mehrtägigen Konsultationen mit dem Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie (FAK III) des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR mittels Tagesvisen täglich erneut einreisten. Die Sitzungen fanden in der – bei Zusammenkünften mit mehr als 25 Leuten immer viel zu engen – Auguststraße 80, dem Dienstgebäude des Kirchenbundes, statt. Neben Elisabeth Adler, Walther Bindemann, Wolf-Dieter Graewe oder OKR Christa Lewek oder Giselher Hickel, war ich als gerade erst neu berufenes und damit historische letzteranntes Mitglied des legendären FAK III bei den Beratungen mit dabei.

Auf der Beratung ging es um die gemeinsame Redaktionsarbeit zu der im August 1989 (!) als Text Nummer 46 zum Kirchen Entwicklungsdienst herausgegebenen Broschüre: „Ost und West – herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft“. Die Westdeutschen mußten zuvor durch die Schleuse des U-Bahnhofs Friedrichstrasse einreisen. Das förderte bei dieser Gruppengröße nicht die Pünktlichkeit, wohl aber die Herzlichkeit dann bei der Ankunft und die persönliche wie politische Atmosphäre der Beratungen. Das ist erst zehn

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Jahre her. Vieles überlagert sich und schichtet sich auf. Man vergisst viel und vermisst wenig.

Die „Ost-West-Broschüre zur Entwicklungszusammenarbeit“, einer der wenigen gemeinsamen, sozialetischen Texte zwischen BEK und EKD, beruft sich im Vorwort sowohl auf die IV. Vollversammlung des ÖRK 1968 in Uppsala: “Wir hören den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen Menschenwürde. Millionen suchen nach einem Sinn des Lebens.“ als auch auf die VI. Vollversammlung von Vancouver 1983 mit ihrer Erklärung zum Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Beide Ereignisse prägten die Arbeit des INKOTA-Netzwerks in der DDR nachhaltig. Ihre Impulse haben INKOTA mit begründet, neu motiviert und ausgerichtet. In ihnen sehe ich eine der Wurzeln für die erlebte Nähe zu Klaus Wilkens, über Generations- und temporäre Staatsgrenzen hinweg. Sie wurde mir in der Weite des Watts bewußt.

Was mir von dieser ersten Begegnung noch heute in Erinnerung ist? Seine Stimme: Wie er in die Arbeit einführte, Gesprächsgruppen einteilt, genauer: sie vorschlug und wie er Ergebnisse zusammenfaßte. Den Ton hör ich noch heute. Bei aller Milde und diplomatischer Weisheit auf dem Weg zu einem gemeinsamen Text – es war ja kein ganz einfaches Thema, zumal die Vertreter aus dem Osten in ihren Einschätzungen, politischen Analysen und Aufträgen durchaus verschieden, genauer: disparat und verdeckt widersprüchlich agierten – verschwieg Klaus Wilkens die Unterschiede nicht. Zum Teil indem er einfach bestimmt immer wieder stereotyp vorgetragene Aussagen nicht wiederholte und mit pointierten Pausen versehen bei den Zusammenfassungen ausließ.

Diesen Ton und die ihm innewohnende Haltung traf ich dann in den Sitzungen des Ausschusses für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der AG KED bzw. der EKD, bei den Herausgeberkonferenzen der Zeitschrift „der überblick“ oder den KED-Versammlungen wieder an.

Im ABP lief Klaus Wilkens der Ruf des großen Kommunikators voraus. Zwischen dem Management des weltweit agierenden Chemiekonzern Bayer in Leverkusen und einer sowohl entwicklungspolitisch als auch grundsätzlich antikapitalistisch argumentierenden und agierenden Anti-Bayer-Initiative hatte er – jedenfalls zeitweise – vermittelt und Gesprächsfäden geknüpft. Diese kniffligen Runden fanden Jahre vor meiner Zeit im ABP statt. Der Ruf indes war etabliert.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Für die entwicklungspolitische Landschaft im östlichen Deutschland nach 1990 war Klaus Wilkens ein verlässlicher Ansprechpartner und vertrauensvoller Führer durch das matschige wie neu offen gelegte Gelände. Er kannte die Schönheiten und die Gefahren der Ebbe und der Flut.

Der Entwicklungspolitische Runde Tisch oder vom Profil im Vakuum (2009)

Erschienen in: Noch die internationale Solidarität? – Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutschen-deutschen Entwicklungspolitik. Dokumentation der Veranstaltung vom 8. November 1999 von BMZ, DSE und NSB. Hrsg.: Matthias Weiter, 09/2000, S. 19-36.

Sehr geehrte Damen und Herren,

kurzfristig bin ich von den Organisatoren dieser Veranstaltung hier in der wunderschönen und ehrwürdigen Kirche der französisch-reformierten Gemeinde zu Berlin gebeten worden, einige Gedanken zum Thema und zum Anlaß dieser Versammlung „Noch die internationale Solidarität? – Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutschen-deutschen Entwicklungspolitik. Dokumentation“ am 8. November 1999 beizutragen. Dem komme ich gern nach.

Das Datum dieser Bilanz- und Perspektivenveranstaltung ist gut gewählt: Einen Tag vor der durch einen Abgesandten des Politbüros der SED bei laufenden Kameras der Weltöffentlichkeit eher tölpelhaft und vernuschelt verkündeten, denn grandiosen Öffnung der Berliner Mauer. Dieser befreiende Vorgang hätte eine grandiosere Szene verdient. Die Berliner haben diese dann unmittelbar danach auf den Brücken und Grenzübergängen spontan, für einige berauschend nachgeholt.

Für den Anachronismus, den die Berliner Mauer Ende der Achtziger Jahre darstellte und für die Personengruppen, denen sie tatsächlichen Schutz bot, war das Zettelablesen von Günter Schabowski wohl die richtige Form. Geschichte kann auch gerecht sein, so empfanden es im November 1989 viele Menschen.

Die einen verstanden dieses Bauwerk mitten in Europa lange Zeit als Notwendigkeit und funktionierendes Symbol, als den antifaschistischen Schutzwall. Die anderen empfanden die Mauer als ein Wahrzeichen für Unterdrückung und als den Todesstreifen. Mit diesen Bildern hatte man sich eingerichtet, gerade auch in der Entwicklungspolitik und tätigen Solidarität. Die für die „Dritte Welt“ Engagierten standen diesen Vorgängen eher überrascht denn freudig, in Teilen skeptisch gegenüber.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Diese Mauer-Öffnung, die einem Nichtigmachen jahrzehntelanger eingeschworener Konzepte gleichkam, stellte den Schlußpunkt einer sich schon länger entwickelnden Auflösung in der DDR und dem gesamten „sozialistischen Lager“ dar. Gleichzeitig war der 9. November 1989 ein Tiefstart für das aufeinander Zugehen und „Zusammenwachsen“ zweier Einwohnerschaften mit all ihren Biografien, Lebensentscheidungen, Hoffnungen und zerstörten Hoffnungen.

Die Berliner Mauer repräsentierte wie kein zweites Bauwerk die Ost-West-Auseinandersetzungen und den Kalten Krieg.

Die alltäglichen Auswirkungen des allmählich alternden kalten Krieges betrafen viele Menschen direkt, in Ostberlin und Ostdeutschland, viel mehr aber in den sogenannten Entwicklungsländern. Er veranschaulichte das Ringen der ökonomischen und politischen Systeme von West und Ost um territoriale und ökonomische, ideelle und ideologische Vorherrschaft in weiten Teilen der Welt und über viele Millionen, ja Milliarden von Menschen. Die Berliner Mauer bildete eine Naht, eine Bruchlinie in diesem Konflikt ab.

Eine Besinnung zu entwicklungspolitischen Fragen in der Aura dieses Tages und der gefallenen Mauer, ist hilfreich, wurde doch die „Dritte Welt“, oder „Zwei-Drittel-Welt“ wie die Entwicklungsländer durchaus absichtsvoll in den unabhängigen Solidaritätsgruppen der DDR genannt wurden, in besonderem Maße vom Ost-West-Konflikt geprägt. Die Entwicklungsländer und mit ihnen die Entwicklungspolitik bzw. die internationale Solidarität waren Bestandteil dieses Konfliktes und hingen von ihm ab. Daraus bezog dieses, unser Politikfeld seine Kraft und Dynamik, gleichzeitig erfuhr es daraus seine Lähmung. Die Entwicklungsländer und ihre Eliten haben von diesem Konflikt problematisch profitiert, versuchten ihn mit zu gestalten und wurden durch ihn beschädigt. In besonderer Intensität wurden am Bauwerk Berliner Mauer die Systemunterschiede vom Osten wie Westen demonstriert und vorgeführt. Die Spannung der Bipolarität spürte jeder Besucher körperlich an diesem Mauerwerk.

Für fast alle Staatsgäste beider deutscher Staaten, die aus den Entwicklungsländern bzw. den befreiten, befreundeten und ausgewählten jungen Nationalstaaten kamen, war der Besuch vor (sollte man eher „hinter“ sagen) oder unter dem Brandenburger Tor ein Pflichttermin. Die interessierte Wahrnehmung dieser Termine garantierte den Delegationen aus der „Zwei-Drittel-Welt“ durchaus gutes Verhandlungsklima. Die anschließenden Verhandlungen um Kredite und Zu-

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

schüsse, Ausbildungsplätze und Materiallieferungen gelangen leichter. Vom Westen aus wurden Türme bestiegen, die einen nahen, ja unmittelbaren An- und Einblick in den Osten geben sollten. Die Intention war offensichtlich: „So wollt ihr es doch nicht machen, Euch abgrenzen, gar einmauern, die Freiheit mißachten? Nur wir mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sind eure Partner, nicht die, die Mauern bauen müssen und sich ihrer eigenen Bevölkerung bemächtigen, um sich an der Macht erhalten zu können.“

Zur Verstärkung der Bedeutung dieser Ortstermine wurden wichtige entwicklungspolitische Einrichtungen wie der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) die Deutsche Stiftung für Entwicklung (DSE) oder das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) der alten Bundesrepublik konsequenterweise zu Beginn der siebziger Jahre stabsmäßig in die „Frontstadt der Freiheit“, Berlin-West verlegt. Die Motive speisten sich aus der Systemauseinandersetzung und nicht aus der Entwicklungszusammenarbeit.

Vom Osten aus wurde den Staatsgästen – gelegentlich die selben Persönlichkeiten – nach dem Vorführen all der obligatorischen sozialen Errungenschaften und industriellen Hochleistungen in den Provinzen zwischen Erzgebirge und Greifswalder Bucht unter dem Brandenburger Tor die Kampfstärke, Unerschrockenheit und Bündnistreue der DDR und des eigenen Systems demonstriert. Sie sollte die Bereitschaft und Fähigkeiten der DDR im Angesicht des „gemeinsamen Klassenfeindes“ und in späteren Jahren etwas abgeschwächt des „Gegners“ demonstrieren. Die Intention war diesmal: „Wir, die Genossen in der DDR, leisten stellvertretend für alle progressiven Kräfte in der Welt an diesem Frontabschnitt der Weltauseinandersetzung mit dem reaktionären Ausbeutersystem Herausragendes. Wir sind eure Partner im Fortschritt gegen all die Rückwärtsgewandten da drüben!“ Diese Interpretation hatte für zwei Jahrzehnte durchaus Deuterkraft. Berlin weist schon eine ausgeprägte entwicklungspolitische „Heimatkunde“ auf und ist ein guter Ort für Besinnung, Bilanz und Perspektiven.

Das assoziationsreiche Motto dieser Veranstaltung „Noch die internationale Solidarität?“ – wohl mit der Betonung auf dem Satzzeichen – ruft einige Fragen hervor. Das war wohl auch die Absicht der Veranstalter.

Was wären denn die Alternativen zum Motto? Etwa: „Schluß mit Solidarität!“ Wo jetzt die „Rot-Grünen Kräfte“ regieren? Oder doch die „Internationale“? Aber welche? Die I. die II. oder die IV. Internationale? Vielleicht auch die „Sozialistische Internationale“? Wir im Osten sind da „strömungspolitisch“ nicht si-

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

cher. Oder ist etwa die nationale Solidarität gemeint? Das klingt recht gefährlich, wäre aber nicht ohne latent-aktuellen und bitteren Bezug. Welche Alternative wollten die Veranstalter mit diesem Motto wohl in den Blick nehmen? Die „Volkssolidarität“ jedenfalls werden sie nicht gemeint haben?

Wohl, so kann man vermuten, ist das Motto weniger auf Grund von aktuellen Fragestellungen, etwa der Bestimmung des Verhältnisses von aufgeklärtem Eigeninteresse in der Entwicklungspolitik bzw. deren ethischen Begründungen aus den Menschenrechtsdebatten oder gar dem Gleichheitsideal, gewählt worden. Vielmehr werden wohl biographische Momente, in gewisser Weise romantische Erinnerungen und die Suche nach Gemeinsamem in der Süd-Politik von West- und Ostdeutschland die Motive gewesen sein. Das Motto spielt auf den Kampf- und Jubelruf „Hoch die internationale Solidarität“ der späten sechziger und fast der gesamten siebziger Jahre dieses ausgehenden Jahrhunderts an. Das ist noch gar nicht so lange her.

„Hoch die internationale Solidarität“ war eine Losung, die gleichermaßen im Osten und im Westen temporäre Aktualität besaß, freilich bei recht verschiedenen Bevölkerungsschichten. Diese Verschiedenheiten sollte man nicht unterschätzen und verwischen, will man das Gemeinsame entdecken. Die Unterschiede lohnen, kurz assoziativ betrachtet zu werden. Es waren recht gegensätzliche Szenen in Ost und West, in denen damals „Hoch die internationale Solidarität“ gerufen wurde. An den Schauplätzen und Ruforten kann es festgehalten werden, hier in Berlin: Auf dem „Ku’damm“ und „Unter den Linden“.

In dem einen Straßenzug wurde die Losung gegen Wasserwerfer, Polizeibarrieren und gegen den Staat bzw. seine Repräsentanten gerufen – auch gegen einen Großteil der Mitte der Bevölkerung. In dem anderen Straßenzug wurde mit Polizeischutz, Musikcorps und unter dem Geleit, manchmal auch auf Geheiß, der Partei- und Staatsführung die Losung gerufen. In den siebziger Jahren traf der Ruf durchaus die Mitte der Bevölkerung der DDR, auch wenn nicht alle mit an den Tribünen vorbei flanieren wollten.

Neben dem Slogan „Hoch die internationale Solidarität“ schallte zur damaligen Zeit noch der Ruf „Ho Ho Ho Chi Minh!“ durch die meist westlichen Straßenschluchten. Vielleicht, so ist zu vermuten, würde sich auch eine interessante Zusammensetzung bei den Besuchern ergeben, wenn zu den damaligen Westberliner „Ho Ho Ho Chi Minh“-Rufern die Ostberliner Rauner eingeladen würden, die im Umkreis der Humboldt-Universität unter den Ostberliner Linden

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, durchaus vernehmbar artikulierten: „Ha Ha Ha Ve Mann“.

Wahrscheinlich würde sich da noch eine andere, quasi dialektische Verbundenheit in der Bipolarität auftun, die Verbundenheit derer, die jenseits von Politikestablishment und Nomenklatura politisch und öffentlich arbeiten wollten. Aber das wäre wohl eine andere Veranstaltung, um Solidarität und die Frage nach ihrer Notwendigkeit bzw. Förderung würde es auch gehen. Soweit zum „Standort“ Berlin.

Mein kleiner Beitrag orientiert sich nun am Aufdruck der Einladungskarte, die Bezug nimmt auf den Entwicklungspolitischen Runden Tisch und feststellt: „Im Vordergrund der Veranstaltung steht die Frage, ob und wie der Solidaritätsgedanke, das Wissen und die Erfahrungen der DDR aufgenommen und in die gesamtdeutsche Entwicklungspolitik eingefügt wurden“.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ort dieser Versammlung ist von den Veranstaltern nicht zufällig gewählt. Im Programm steht es geschrieben. An diesem Ort, wenn auch nicht in diesem Raum, tagte der Erste Entwicklungspolitische Runde Tisch.

Ich möchte meine Sicht auf die Entstehung und „die Arbeit des Entwicklungspolitischen Runden Tisches – das Forum, das sich mit der Aufarbeitung der DDR-Dritte-Welt-Aktivitäten befaßte und auch die Anfangsjahre der meisten entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in den neuen Bundesländern geprägt hat“ (zitiert nach der Einladung), darlegen.

Gern sähe ich jetzt Dr. Walther Bindemann, den damaligen Leiter der Evangelischen Akademie in Ostberlin mit unter den Gästen. Wir haben damals fast alles gemeinsam durchdacht und vorangetrieben. Ich darf Sie herzlich von ihm grüßen. Er arbeitet zur Zeit als Auslandspfarrer in Edinburgh in Schottland.

Vielleicht tragen meine Erinnerungen zur „Verklärung“ über die Entstehung und Funktion des Entwicklungspolitischen Runden Tisches bei, aber vielleicht auch nur zur weiteren Legendenbildung.

Der Entwicklungspolitische Runde Tisch ist hier in diesem Haus, allerdings nicht in dieser hochgewölbten Kirchenkuppel der reformierten Gemeinde mit der er-

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

haben Kanzel vor Ihnen, sondern unten, im Untergeschoß – der Unterkirche – am 9. Februar 1990 zum ersten Mal zusammengekommen. Diese Adresse muß man in ihrer Symbolik nicht überbewerten. Es hätte auch ein anderer, wohl aber in jedem Falle ein kirchlicher Raum sein können. Der Dietrich-Bonhoeffer-Saal zum Beispiel, da wo der Zentrale Runde Tisch tagte, war zum konkreten Datum schon gebucht.

Zwei offene Briefe

Der Einladung zum 9. Februar ging ein intensiver Prozeß voraus. In der rasant voranschreitenden Auflösungsphase der Strukturen der DDR und ihrer staatstragenden Partei fand vom 27. bis zum 29. Oktober 1989 die ordentliche Jahrestagung des ökumenischen Arbeitskreises INKOTA¹ im Flecken Hirschluch, mitten in der märkischen Heide, statt. Während ein plötzlich kleiner werdender Teil der ostdeutschen Bevölkerung in der scheinbar aus heiterem Himmel vielgliedrig und kribbelig gewordenen DDR dieser Tage Auflösung verspürte, Verrat mutmaßte und von den politischen Spitzen bis zu mancher Grundorganisation Maßnahmen militärischen Durchgreifens prüfte, empfand ein anderer – plötzlich immer mehr anwachsender – Teil dieser Bevölkerung Aufbruch und sah endlich Entfaltungspotentiale. Verschiedenheit jenseits des „Klassenstandpunktes“ oder zufällige Sozialisation?

Wie auch immer, jedenfalls ein klitzekleiner Teil, der „eher anderen“ traf sich routinemäßig im märkischen Sand von Hirschluch unter havelhellen Kiefern. Bei diesem Treffen von ca. 80 eher jüngeren Vertretern der kirchlichen und unabhängigen „Zwei-Drittel-Welt-Gruppen“ aus der gesamten DDR wurde heftig diskutiert und es wurden zwei offene Briefe verabschiedet.

Einer richtete sich an die „basisdemokratischen Reformgruppen, die im Entstehen sind“ mit der Bitte, entwicklungspolitische Themen in ihren Grundsatzserklärungen zu verankern. Viele Freundinnen und Freunde der INKOTA-Arbeit waren von Anbeginn in den neuen Bewegungen aktiv und versuchten in ihnen eher mühsam als erfolgreich das entwicklungspolitische und internationale Themenfeld zu bestellen. Es wurde u.a. formuliert: „Wir denken, daß eine gerechte und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft ohne Beachtung der Strukturen der Weltwirtschaft und sich daraus ergebender Ungerechtigkeit und die Schlußfolge-

¹ INKOTA steht für Information, Koordination und Tagungen und wurde 1971 in Halle/Saale von christlich geprägten entwicklungspolitischen Fachleuten und Laien gegründet.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

rungen für solidarisches Handeln nicht mehr verantwortbar ist. In dem Wissen, wie schwierig in der gegenwärtigen innenpolitischen Situation und Konzentration eine Behandlung dieses Themenkreises ist, bieten wir folgende erste Punkte für eine Programmdiskussion der jeweiligen Grundsatzpapiere an.“²

- „Die Notwendigkeit einer „Konzeption einer gemeinsamen Zukunft und Sicherheit aller Bewohner der Erde.“ (vor der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung 92 in Rio)
- „Marktorientierung darf nicht zu Lasten der am wenigsten entwickelten Länder gehen.“
- „Das Zusammenleben der Menschen und die Strukturen der Ökonomie müssen sich an sozialen und ökologischen Maßstäben messen lassen, dies schließt eine solidarische bzw. entwicklungspolitische Verträglichkeit der Produktion und Verhaltensweisen ein.“
- „Der Umbau von militärischen und rüstungstechnischen Strukturen auf eine zivile Gesellschaft (Konversion) muß bewußt für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden (wenigstens 25 %).“
- „Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern (in der DDR) soll gleichberechtigt erfolgen. Ein Asylrecht ist zu erarbeiten.“

Diesen langfristigen Zielen wurden drei „praktische Schritte, die kurzfristig verwirklicht werden (können) und zu weiteren Ideen und Vorschlägen anstiften“ (sollten), hinzugefügt:

- „Bestehende Aufpreise (Akzisen) für Kaffee, Tee, Zigaretten, Delikatkonserven und andere Produkte aus Ländern der Zwei-Dittel-Welt sollten zielgerichtet in einen Fonds für entwicklungspolitische Projekte abgeführt werden.“ (fair-trade als Staatsaufgabe!)
- „Es sollten Sendezeiten in Rundfunk- und Fernsehprogrammen für ausländische Bürger in vietnamesisch, portugiesisch, u. a. Sprachen eingeräumt werden“. Und:
- „Treffpunkte für ‘Aus- und InländerInnen‘ sollten eingerichtet werden.“

Der Gestus dieses Briefes ist deutlich: Er wollte ‚anstiften‘ zur Aufnahme von entwicklungspolitischen Themen innerhalb der Programmdebatten der neuen

² Die vollständigen Texte beider Briefe sind dokumentiert in: epd-Entwicklungspolitik. Materialien V/90, S. 73ff.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

politischen Kräfte und er machte konkrete Vorschläge. Er war geprägt von Aufbruchstimmung.

Die bei INKOTA Versammelten sahen ihre politischen Verbündeten vor allem beim „Neuen Forum“ oder bei „Demokratie Jetzt!“, bei den jungen Sozialdemokraten und den neuen Grünen. Wir konnten und wollten uns keine reformierte, gar neue „DDR“ ohne die Wahrnehmung internationaler und solidarischer Verantwortung vorstellen. Wir waren von der Sorge vorangetrieben, daß die „Einigung der beiden deutschen Staaten zu Lasten der Zwei-Drittel-Welt gehen könnte“. Die Freude auf die sich abzeichnenden Möglichkeiten und Freiheiten war groß, aber nicht ungetrübt. Die Vertreter der Gruppen aber auch viele Einzelengagierte verstanden ihren „Auftrag“, der sich aus immerhin fast zwanzigjähriger kirchlich-ökumenischer und parteiunabhängiger Arbeit ergab, als Mandat zur Einmischung. Diesen offenen Brief machten sich 21 Gruppen und Initiativen mit ihren schönen Namen zu eigen. Die selbst gewählten Bezeichnungen der Gruppen künden noch heute vom in der DDR „beheimateten“ Fernweh und der Sehnsucht nach konkreten Partnerschaften und Solidarität. Die Gruppen – viele bestehen nicht mehr – sollen hier in Dankbarkeit für die gemeinsame Arbeit noch mal genannt werden:

Xitsihwane-Arbeitskreis Südliches Afrika Berlin;
Nicaragua-Arbeitskreis Berlin;
Gruppe „Südliches Afrika“ der Ev. Sophiengemeinde Berlin;
CABANA-Begegnungszentrum für Aus- und Inländerinnen, Berlin;
action five – Arbeitskreis Entwicklungshilfe Dresden;
Tanzania-Arbeitskreis der Ev. Thomasgemeinde Erfurt;
Uganda-Arbeitskreis Erfurt;
CABANA Erfurt;
Tanzania-Paketkreis Halberstadt;
Nicaragua-Arbeitskreis „El Camino“ Jena;
Brasiliengruppe Karl-Marx-Stadt;
Ökumenischer Arbeitskreis Lengefeld/Voigtland;
INITIATIVGRUPPE „hoffnung nicaragua“ (IHN) Leipzig;
Arbeitskreis Nicaragua in der Kath. Studentengemeinde Leipzig;
Nicaragua-Arbeitskreis der Ev. Studentengemeinde Magdeburg;
Nicaragua-Arbeitskreis beim Ev. Landesjugendpfarramt Magdeburg;
INKOTA-Gruppe Rügen;
Ökumenische Initiative „Verantwortlich leben“ Struth/Eichsfeld;

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Mocambique-Arbeitskreis Warnemünde;
Arbeitskreis Mittelamerika Wichmannsdorf/Uckermark;
Arbeitskreis Konziliarer Prozeß/Zwickau.

Das zweite Schreiben dieser Tagung des INKOTA-Arbeitskreises richtete sich vorrangig an die alten Strukturen der „DDR-Solidarität“. Er war überschrieben als „OFFENER BRIEF zur Praxis der Solidaritäts- und entwicklungspolitischen Arbeit staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen in der DDR“.

Der Brief forderte eine „gleichberechtigte Zusammenarbeit (der unabhängigen Zwei-Drittel-Welt und Soli-Gruppen) mit den bestehenden Organisationen und Verantwortlichen“ und verlangte „als Voraussetzung für eine öffentliche, sachliche Meinungsbildung sowie für die Kontrollierbarkeit der von staatlicher, gesellschaftlicher Seite praktizierten Entwicklungspolitik und Solidaritätsarbeit (dazu gehören auch Fragen der Außenwirtschaft, der Volksbildung, der Kultur und die Ausländerproblematik)“ Veränderungen. So zum Beispiel die

- Offenlegung „aller diesbezüglicher Daten, Analysen und Studien für jede/n Bürger/in. Die Arbeitsinhalte, Arbeitsweisen und Strukturen bestehender Organisationen müssen durchschaubar gestaltet und kontrollierbar sein.“
- „Unabhängige Solidaritätsgruppen müssen in ihrer Eigenständigkeit akzeptiert [...] werden.“
- „Wir erwarten von allen Organisationen und Gremien [...] die eigenen überdachten Konzepte öffentlich vorzustellen, zu diskutieren und Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Dieser Brief endete mit: „Unser Vorschlag zur Aufarbeitung der angesprochenen Problematik ist, bald möglichst ein öffentliches Forum aller Verantwortlichen durchzuführen.“

Das wurde geschrieben am letzten Wochenende im Oktober 1989. Das war 20 Tage nach der ersten großen Leipziger Montagsdemonstration im Anschluß an das Friedensgebet in der Nikolaikirche auf dem Leipziger Ring. Gegen diese Demonstranten wagte es die SED-Führung nicht mehr, mit Wasserwerfern und Gewalt vorzugehen. Wir in Hirschluch waren durchaus nicht die größten Helden. Aber es war auch 10 Tage vor der von Günter Schabowski vernuschelten Maueröffnung und die sogenannte Machtfrage war noch nicht gelöst.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Warum zitiere ich diese Dokumente mit dieser Ausführlichkeit? Zum einen, weil – und das war mir selbst gar nicht mehr so bewußt – viele spätere Themen des Entwicklungspolitischen Runden Tisches in diesen beiden Briefen bereits formuliert bzw. angerissen worden waren. Sie stellen somit eine wichtige Pfahlwurzel des heute und hier zu bedenkenden Entwicklungspolitischen Runden Tisches dar. Zum anderen benannten diese Schreiben Aufgaben, die zum Teil bis zum heutigen Tag nicht hinreichend gelöst wurden. Und: Diese Dokumente sind Ausdruck eines kritischen Solidaritätsbegriffes innerhalb der DDR, allerdings unabhängig und zum Teil weit weg von den Parteistrukturen.

Diese beiden Briefe wurden bis zum 4. November an über einhundert Anschriften versandt. Die Beschaffung vor allem der staatlichen Adressen gestaltete sich schwierig. Mitten in der staatlichen Auflösung, sollten alle Schreiben, so die Bitte des Staatsapparates, zentral bei der Poststelle des Ministerrates der DDR in der Klosterstraße, nicht weit von hier abgegeben werden. Wir stellten einzeln zu. In dieser Phase half vor allem Gertrud Müller. Dem Anschreiben war eine Einladung zu einer neu zu gründenden Arbeitsgruppe beigegeben, die als Dienstleistungsangebot bei der Formulierung „einer neuen Südpolitik“ helfen und als Vorbereitungsgremium für das öffentliche Forum oder Hearing zur Aufarbeitung der „Südpolitik“ gemeinsam mit den Verantwortlichen fungieren und umgehend ihre Arbeit aufnehmen sollte.

Die Reaktionen überraschten uns. Es gab unerwartet schnell Gesprächstermine bei einer Vielzahl von Interessenten und Einrichtungen: So kam es zum Beispiel, für mich letztlich doch unerwartet, mit einem der acht Stellvertreter des Außenminister der DDR zu einem Gespräch über Afrika und die Solidaritätsarbeit. Oder mit der Generalintendanz des Zweiten Fernsehens der DDR wurde bis hin zu konkreten Programmplätzen über die geforderten fremdsprachigen Sendungen ernsthaft diskutiert, ja verhandelt.

Die angeregte Arbeitsgruppe kam schnell zusammen und traf sich Mitte November in den Räumen des INKOTA-Arbeitskreises in der plötzlich „zentralen“ Georgenkirchstraße 70, dem alten Berliner Missionshaus. Viele von Ihnen werden diese Adresse noch kennen.

Die Arbeitsgruppe mit 10 bis 15 Teilnehmern aus dem kirchlichen und staatlichen Bereich tagte bis Mitte Dezember 1989 drei Mal. Dr. Walther Bindemann, später Moderator des Entwicklungspolitischen Runden Tisches, arbeitete in der

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Gruppe mit. Schnell wurde der Arbeitsgruppe klar, daß sie, wollte sie den galopierenden Zeitläufen und ihrem Thema gerecht werden, an die Öffentlichkeit, wenigstens die Fachöffentlichkeit gehen muß. Durch den Mauerfall am 7. November 1989 zeichnet sich der Zusammenbruch vieler staatlicher Strukturen ab. Schaden für die Entwicklungsländer war zu erwarten. Am 7. Dezember wurde der Zentrale Runde Tisch als Krisenorgan zur „Rettung der DDR“ und gleichzeitig als Instrument zur Organisierung des Übergangs installiert.

Das bereits in Hirschluch geforderte öffentliche, entwicklungspolitische Forum konnte nun einen aktuellen Namen bekommen: Entwicklungspolitischer Runder Tisch. Hinzu kam: Am 8. und 9. Dezember 1989 fand in der Evangelischen Akademie Loccum ein deutsch-deutsches entwicklungspolitisches Gespräch nach dem Mauerfall statt. Auf dieser Veranstaltung wurde ebenfalls die Notwendigkeit der Thematisierung der „Südpolitik“ in der Öffentlichkeit deutlich. Am 21. Dezember 1989 unterzeichneten dann Walther Bindemann für die Evangelische Akademie und ich für den INKOTA-Arbeitskreis die Einladung zum 1. Entwicklungspolitischen Runden Tisch für den 9. Februar 1990.

Das relativ späte Datum ergab sich neben speziellen Terminplanungen vor allem aus der Überlegung, daß wir, angesichts der heftig entfachten innenpolitischen Kontroverse für „unser Randthema“, in etwas ruhigeren Gewässern größere Chancen einer angemessenen Berücksichtigung sahen. Auch der „Zentrale Grüne Tisch“ wurde erst am 24. Januar 1990 ins Leben gerufen und die Grüne Liga ist erst am 10. Februar 1990 als Vertreterin der ökologischen Basis Ostdeutschlands gegründet worden. Die ökologischen Themen hatten es ebenfalls schwer, sich gegen die innenpolitischen Themen zu behaupten. Der Entwicklungspolitische Runde Tisch war durch die Einladung vom 21. Dezember 1989 keine Ausgliederung eines Themenbereiches der zentralen runden Tafel. Vielmehr besaß er durch diese Einladung ein selbst ernanntes Mandat mit all den daraus resultierenden Vor- und Nachteilen.

Profil trotz Vakuum

Am 9. Februar trafen sich dann gut 50 Personen hier in dieser Kirche zum ersten Entwicklungspolitischen Runden Tisch. Überraschend viele Vertreter staatlicher Einrichtungen waren erschienen. So saß plötzlich einer der stellvertretenden Außenminister neben der Vertreterin des ersten Dritte-Welt-Ladens aus dem Prenzlauer Berg. Die unabhängigen Gruppen und die kirchlichen Initiatoren stellten bei

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

dieser ersten Zusammenkunft deutlich die Minderheit.³ Das sollte sich bis zum Ende des Entwicklungspolitischen Runden Tisches nicht gravierend ändern.

Unbeeindruckt davon unterbreiteten die kirchlichen Initiatoren mit dem Schwung der zur Erneuerung Einladenden den Anwesenden die programmatischen Vorgaben. Walther Bindemann trug „Anregungen zu einem neuen entwicklungspolitischen Konzept – zur Positionsfindung im politischen Vakuum“⁴ vor. Diese Anregungen waren vorab mit Prof. Dr. Wolf-Dieter Graewe und mir besprochen worden. Kernpunkte dieses Programms lauteten:

- „Entwicklungspolitik sollte daher als integrierter Bestandteil der Sicherheitspolitik kommender Jahrzehnte konzipiert werden.“
- eine Ost-West-Süd-Verantwortungsgemeinschaft wurde angemahnt, denn „schon jetzt fließt finanzielle Unterstützung des Westen nach Osten statt in den Süden.“
- „Wir müssen eine Bilanz bisheriger Entwicklungspolitik und Solidaritätsarbeit der DDR ziehen. Bisher sind noch immer zu wenige Fakten bekannt. [...] Insbesondere die Solidaritätsarbeit ist arg in Mißkredit geraten. Dies schadet [...] jeder zukünftigen Solidaritätsarbeit und Entwicklungspolitik.“
- „Kein Wachstum und kein Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt!“
- „Das Solidaritätsprinzip sollte [...] möglichst zum Verfassungsgrundsatz erhoben werden.“
- „Das zukünftige Verhältnis von Entwicklungs- und Industrieländern muß auf der Grundlage gemeinsamer Interessen gestaltet werden: Zu ihnen gehört das Interesse an ökologischer Sicherheit, der Erhaltung der biologischen Artenvielfalt, des Klimas, der gemeinsamen Nutzung von Weltmeeren und Welt-raums sowie die soziale Sicherheit auch der schwach und unterentwickelten Regionen der Erde.“
- Streichung der Forderungen der DDR gegenüber Entwicklungsländern, „dies wäre gerade angesichts der Finanz- und Wirtschaftshilfe, die unser Land zur

3 Was nicht verwundern sollte. Die Evangelischen Kirchen in der DDR verfügten nur über 10 bis 12 hauptamtliche Mitarbeiter, einschließlich der Missionswerke, die sich im Schwerpunkt mit „Südthemen“ beschäftigen konnten. In den verschiedenen Sektoren des Partei- und Staatsapparates und des Außenhandels kann in der DDR für die achtziger Jahr mit gut 10 000 Mitarbeitern gerechnet werden. Zum Vergleich: Die Evangelischen Kirchen Westdeutschlands stellten Ende der achtziger Jahre 300 Arbeitsplätze (ohne Entwicklungshelfer, Fachkräfte und „Rückkehrer“) für Entwicklungsfragen, Überseearbeit und Mission zur Verfügung.

4 Ebenda, S. 6ff.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Zeit seitens der BRD erhält, ein angemessener Ausdruck internationaler Solidarität.“

Zur Verbesserung bzw. Erreichung einer demokratischen Praxis wurde die Bildung von drei Ausschüssen vorgeschlagen:

- Ein Untersuchungsausschuß sollte eine Bilanz bisheriger Entwicklungspolitik ziehen und die vorhandenen Solidaritätsgelder und Hilfeleistungen ermitteln.
- Ein Ausschuß für Grundsätze und Strukturfragen sollte die (neuen) Prinzipien entwickeln, und
- ein Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und Forschung sollte Vorschläge für eine qualifizierte Inlandsarbeit, einschließlich der Medien, formulieren.

Im Verlauf der Diskussion wurde angeregt, eine Arbeitsgruppe „Sofortmaßnahmen“ zu bilden. Diese sollte mögliche schädliche Auswirkungen für die befreundeten Entwicklungsländer, welche durch den Verfall der Strukturen der DDR auftreten könnten, erkennen, benennen und vermindern helfen.

Die Diskussion des 1. Entwicklungspolitischen Runden Tisches wurde von den kirchlichen und unabhängigen Persönlichkeiten geprägt und von den „staatlichen“ eher beobachtet. Einige Vertreter zentraler staatlicher Einrichtungen arbeiteten aber gezielt mit. Schnell waren die Arbeitsgruppen besetzt. Den „prophetisch-programmatischen“ Arbeitsgruppen „entwicklungspolitische bzw. solidarische Grundsätze“ und „Bildung“ saßen die „Kirchenleute“ vor. Den „Untersuchungsausschuß Bilanz“ sowie die Arbeitsgruppe „Sofortmaßnahmen“ leiteten Verantwortliche der alten staatlichen Strukturen. Also Persönlichkeiten, die „lenkende und leitende Funktionen“ in der „DDR-Südpolitik“ inne hatten. Die Problematik einer „Untersuchung“, geleitet von Personen, die am „Untersuchungsgegenstand“ selbst beteiligt und somit betroffen waren, war uns von Anfang an bewußt. Nur wußten wir keinen Ausweg. Denn wir hatten weder Kapazitäten noch den Überblick, keine Insiderkenntnisse, keinen Zugang zu Zahlen und Fakten, geschweige denn Zeit. In der kurzen Frist bis Ende März 1990 traf sich der Runde Tisch dreimal mit immer wachsender Teilnehmerzahl.

Vertreter vor allem der universitären Regionalwissenschaften, wie in der DDR die „Nord-Süd-Wissenschaften“ genannt wurden, stießen neugierig und durchaus zahlreich zum Entwicklungspolitischen Runden Tisch. Sie blieben auch

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

schnell wieder weg als sie feststellten, daß Fördermittel zu bekommen nicht Ziel und Funktion der ersten Phase dieses Krisenmöbels war.

Diese erste Phase endete mit verschiedenen Dokumenten, unter anderem dem „Appell des Entwicklungspolitischen Runden Tisches“⁵. Die Kernforderungen daraus:

- Verankerung des Solidaritätsprinzips in der zukünftigen Verfassung;
- Entwicklungspolitik ist zum Gegenstand öffentlicher Diskussion und Meinungsbildung zu erheben;
- Ein entwicklungspolitischer Volkskammerausschuß und ein dem Ministerpräsidenten zu unterstellendes Staatssekretariat seien zu bilden;
- Nichtstaatliche und basisorientierte Organisationsformen sollten uneingeschränkt wirksam werden können und ein Gesellschaftlicher Rat für Entwicklungspolitik als Nachfolgeeinrichtung des Entwicklungspolitischen Runden Tisches sollte einberufen werden.

Einige dieser Forderungen waren schon in den Oktoberbriefen der Vertreter der INKOTA-Gruppen enthalten. Der Gestus dieser Briefe und der des Appells waren durchaus verwandt.

Zum 18. März waren die ersten freien Wahlen in der DDR angesagt. Der kleine sich selbst gerufene Runde Tisch wollte, nach Ansicht der kirchlichen Organisatoren – wie der große Bruder – mit der „Machtübernahme“ der neuen Regierung seine Arbeit beenden. Die Vorschläge lagen auf den öffentlichen Tischen. Die „neuen“, nun gewählten, Organe konnten darauf eingehen. Was auch durchaus geschah, wie die entwicklungspolitischen Passagen der Koalitionsvereinbarung vom 14. April 1990 und die Regierungserklärung von Ministerpräsident Lothar de Maizière vom 19. April 1990 nahelegen. In ihr hieß es u. a.: „Die eigentlichen Probleme unserer Welt (...) sind nicht die deutsch-deutschen oder die Ost-West-Probleme. Die eigentlichen Probleme bestehen in der strukturellen Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd ...“⁶. Auch der Bezug in der Regierungserklärung auf die Befreiung Nelson Mandelas aus dem südafrikanischen Kerker und die für uns überraschende Einrichtung eines Ministeriums für wirtschaftliche Zusam-

5 Ebenda, S. 5.

6 In: Lothar de Maizière: „Politik für unser Volk: demokratisch – entschlossen – umsichtig“ Regierungserklärung vom 19.04.1990, Hrsg. Ständige Vertretung der DDR in der BRD. Bonn 1990, S. 7.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

menarbeit zeugten von einer bemerkenswerten Sensibilität für entwicklungspolitische Themen. Fast zeichnete sich ein Hoch der internationalen Solidarität ab.

Damit soll aber nicht der Anspruch erhoben werden, der Runde Tisch sei als alleiniger Impulsgeber für diese bemerkenswerten entwicklungspolitischen Äußerungen anzusehen.⁷ Globale Zusammenhänge waren in der DDR durchaus präsent und weltweite Gerechtigkeit ein eher vermittelndes, denn spaltendes Thema.

Mitten im plötzlichen Ende des bipolaren Kalten Krieges mit seinen langjährigen Fernwirkungen für Außen- und Entwicklungspolitik auf der Südhalbkugel schien eine „ostdeutsche“ Entwicklungspolitik zu kurzen, unerwarteten Würdigungen und Früchten zu kommen.

Das war in gewisser Weise ein paradoxer Vorgang. Im „Dreierpack“ von entwicklungspolitisch eindeutiger Regierungserklärung (allerdings ohne ökonomische Basis), der unerwarteten Gründung eines Fachministeriums und der Aufwertung der lange Zeit unterdrückten nichtstaatlichen Strukturen kam es weitgehend unbemerkt von den gesamtdeutschen Medien zu Ansätzen „eigeninteressenfreier“ und sachorientierter Entwicklungsbemühungen. In diesem Vakuum und bei der Passage von dem einen zusammengebrochenen polit-ökonomischen System in das andere potentere System konnte kurzzeitig genuin entwicklungspolitisches Profil gewonnen bzw. entfaltet werden. Der gelegentlich noch heute nachscheinende, aber gebrochene Glanz des Entwicklungspolitischen Runden Tisches bezieht für mich vor allem aus diesem Vorgang seine Strahlung. Es ist ein durchaus problematischer Glanz, da die Profile und Absichten an der Praxis nicht geprüft werden konnten. Dies hatte das Politikfeld Entwicklungszusammenarbeit und Solidarität aber mit vielen Themen der Wende- und Nachwendezeit gemeinsam. Gleichzeitig wurden in dieser besonderen Situation Umrisse und Elemente entwicklungspolitischer Entwürfe deutlich, wie sie sich „jenseits“ der Behinderungen und Selbstblockaden des Kalten Krieges hätten entfalten können.

7 Die entwicklungspolitischen Passagen der Regierungserklärung wurden vor allem in Westdeutschland aufmerksam zur Kenntnis genommen. So schaltete die „Deutsche Welthungerhilfe“ e.V. mit einem Zitat in großen überregionalen Tageszeitungen nach US-amerikanischer Manier Ganzseitenanzeigen unter dem Motto: „Thank you Mr. Präsident“.

Das verzögerte Ende

Zu dem vorgesehen Ende des Entwicklungspolitischen Runden Tisches im März 1990 kam es aber nicht, obwohl einige „führende“ Vertreter dies vorschlugen und anstrebten. Vor allem Walther Bindemann ist hier zu nennen. Deutlich hat er zu diesem Zeitpunkt schon gesehen, daß aus einem Krisenmöbel ein Stamm-tisch werden konnte. Das „Übergangsgestühl“ hatte in dieser „historischen“ Si-tuation aus dem Stand geholfen, Lücken zu schließen, Defizite zu überbrücken, Interessen zusammenzuführen und Aufgaben zu formulieren. Das war eigent-lich genug. Weiter gearbeitet wurde aber trotzdem. Vor allem, weil es der Mehr-heit der Teilnehmer, die weiterhin aus staatlichen oder reststaatlichen Einrichtungen kamen, „hier gut gefiel“. Zudem waren einige Arbeitsvorhaben noch nicht abgeschlossen.

Die zweite Phase des Runden Tisches reichte mit zwei Sitzungen bis zum Juni 1990. Die Arbeitsgruppen „Grundsätze“ und „Entwicklungsbezogene Bildung, Forschung und Publizistik“ legten ihre programmatischen Texte vor.⁸ Die Ar-beitsgruppen „Sofortmaßnahmen“ und der „Untersuchungsausschuß Bilanz“ hatten schon zuvor Blätter der alten staatlichen Einrichtungen ohne hinreichen-de Erklärung präsentiert.⁹ Sie trugen zur Erhellung der DDR-Praxis nicht bei. Der Abdruck der „Untersuchungsergebnisse“ im Dossier IPI des Entwicklungs-politischen Runden Tisches im Juli 1990 wird mit den Worten eingeführt: „Die Berichte der Staatlichen Plankommission und des Solidaritätskomitees geben wir ohne Kommentar weiter und bitten die Leser um kritische Durchsicht; dabei ist nicht nur nach quantitativen, sondern vor allem auch nach qualitativen Ge-sichtspunkten zu verfahren.“¹⁰

Bis zum Herbst 1994 traf sich dann der Entwicklungspolitische Runde Tisch noch zu Veranstaltungen mit eher entwicklungsbezogenem Bildungscharakter. Diese Zusammenkünfte gewannen gelegentlich an Spannung, wenn über den

8 Dokumentiert bei Belle, Manfred.

9 Vgl. epd-Entwicklungspolitik. Materialien V/90, S. 42ff.

10 Die Texte des Entwicklungspolitischen Runden Tisches sind veröffentlicht in: „Inter-Aktion I und II Dossier des ERT“ März 1990 und Juni 1990 sowie im „ERT-Bericht“ vom November 1991, Hrsg.: Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg. Einzusehen u. a. beim INKOTA-Netzwerk und in der Stiftung Nord-Süd-Brücken, beide: Greifswalder Strasse 33a, 10405 Berlin.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Stand der zähen Gründung der Stiftung Nord-Süd-Brücken¹¹ berichtet und mitunter auch gestritten wurde. Mit dem Stiften der Nord-Süd-Brücken schloß sich ein weiteres vereinigungsbedingtes „Fenster“. Verspätet aber mit einem bemerkenswerten Ergebnis stellte der Entwicklungspolitische Runde Tisch damit seine Arbeit ein. Immerhin stellte die Stiftung Nord-Süd-Brücken mit ihren 35 Mio. DM Stammkapital in den 90er Jahren die größte Hauptgeldstiftung Ostdeutschlands dar.

Ich sehe heute diese Zeit mit Dankbarkeit und mit etwas Kritik.

Dankbar, daß ich in angespannter Zeit ein wenig mit dazu beitragen konnte, daß ein bescheidenes Denkmal, der Entwicklungspolitische Runde Tisch, auf Zeit errichtet wurde. Er hat nicht all zu viel bewirkt. Wie sollte er auch in der kurzen Zeit aber – gäbe es ihn nicht – würde er eine Lücke in der Wendezeit hinterlassen. Es wird ihm zu Recht ergehen wie manchem Heldengedenkstein. Die Witwen werden sich gelegentlich erinnern, die Waisen schon nicht mehr. Das ist gut so. Und: Das Denkmal hält ein kleines, abgefaßtes Terrain frei. Das ist die Stiftung NSB.

Durch die entwicklungspolitische Diskussion vor allem in den protestantischen Kirchen – erinnert sei hier vor allem an die Vorarbeiten der „Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst“ (KED) der Evangelischen Kirche in Deutschland und des „Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie“ des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie des „Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“¹² – konnte recht kurzfristig auf program-

¹¹ Auf die verschiedenen „Theorien“ zur Gründung der Stiftung soll hier nicht eingegangen werden. Kurz ist nur zu erwähnen, daß der Name „Stiftung Nord-Süd-Brücken“ (NSB) im Juli 1990 im Rahmen der Arbeit des Akzentprojektes „Entwicklungszusammenarbeit“ des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR im Gebäude des Außenministeriums „erfunden“ wurde. In dem Projekt arbeiteten damals u. a. Claudia von Braunmühl und Hans-Joachim Döring. NSB assoziierte durchaus absichtsvoll die damals geläufige Abkürzung von Neue Soziale Bewegungen. Die Vermutung, „Nord-Süd-Brücken“ spielt absichtsvoll als „Gegenentwurf“ auf die inzwischen ins Gerede gekommene „Atlantik-Brücke“ an, ist ehrenwert, aber nicht richtig, auch wenn seinerzeit im MfAA NATO-kritische Stimmen zu vernehmen waren.

¹² Vgl. Texte der Oekumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vom April 1989, Hrsg.: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Berlin, Januar 1989, hier vor allem der Text 2.1 Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit und: Ost und West – herausgefordert zu mehr Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft – Ein Diskussionsbeitrag des Facharbeitskreises Ökumenische Diakonie des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Kirchlichen Entwicklungsdienst, Hamburg, August 1989.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

matisch durchaus hohem Niveau formuliert werden. Die weitgehende Akzeptanz dieser Vorschläge beruhte natürlich nicht nur auf den Fähigkeiten und Überzeugungskräften der kirchlichen Mitarbeiter. Die zeitweise Akzeptanz hatte ihre Ursache ebenso in der Verunsicherung und Umbrucherschütterung der Vertreter staatlicher oder ehemals staatlicher Einrichtungen. Was die einen als Vakuum und Leere erfuhren (welche schon viel früher Raum gegriffen hatte), empfanden andere als Rücken- oder Aufwind. Im Bilde gesprochen: Die Drachen waren schon gefaltet – bevor die durchaus dramatischen Umbrüche begannen – um in den „Wind der Wende“ gestellt und hochgezogen zu werden.

Kritisch sehe ich diese Zeit und die Ergebnisse des Entwicklungspolitischen Runden Tisches heute an den Punkten, wo zu schnell und wohl auch zu „undialektisch“ Gemeinsamkeiten der „ehemals Unabhängigen“ und der „ehemals Staatlichen“ gesucht wurden. Die schnelle Aufnahme eines nicht ausreichend geprüften und „durchstrittenen“ entwicklungspolitischen Konsens am Runden Tisch erschwerte – neben vielen anderen Momenten – die Herausbildung entwicklungspolitischer Strukturen im staatlichen und nichtstaatlichen Bereich im Osten Deutschlands.

Wenn es nach 10 Jahren kaum mehr als ein Dutzend Nichtregierungsorganisationen in den neuen Bundesländern gibt, die „mittelgroße“ Projekte, d. h. in der Regel unter 100.000 DM Projektumfang durchführen können, ist es aus meiner Sicht eine verhängnisvolle Tatsache, die zu Rückfragen drängt.

Hinzu kommt, daß die Verwaltungen der neuen Bundesländer im Rahmen ihrer Verantwortung und ihrer Möglichkeiten ebenfalls nur marginale Anstrengungen unternehmen, die eine entwicklungspolitische Verpflichtung erkennen lassen. Das war ursprünglich so nicht zu erwarten.

Nicht nur gibt es mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken ein eigens geschaffenes Förderinstrument für die Besonderheiten des „ostdeutschen Biotops“, sondern auch die Evangelische Kirche in Deutschland hat seit 1992 in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Strukturförderung Ostdeutschlands, und dabei deutlich spürbar auch für den nichtkirchlichen Bereich über 11 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Vor allem müßte es eine Vielzahl von solidarischem Bewußtsein, Wollen und nach tätiger Gestaltung suchender Berufserfahrungen in der Bevölkerung der ehemaligen DDR geben. Immerhin galt die weltweite Solidarität als eines der identitätsstiftenden Felder der DDR und als eines ihrer aner-

kannten Merkmale mit hoher „personeller Ausstattung“. Es wurden zwischen 1978 und 1989 über 10.000 Regionalwissenschaftler und Ökonomen mit dem Schwerpunkt Entwicklungsländer an den Universitäten der DDR ausgebildet, von den Spezialisten, Diplomaten, Außenhändlern und FDJ-Brigadisten im Blauhemd ganz zu schweigen. In der ostdeutschen solidarischen und entwicklungspolitischen „Szene“ sind aus diesem Bereich nur sehr wenige Personen „angekommen“. Der gesellschaftliche, politische und kulturelle Diskurs leidet an dieser Schwäche.

Die einmütige Absicht „aller“ den Anspruch der internationalen Gerechtigkeit und Verantwortung im innerdeutschen Gerangel und Getöse der Wendemonate nicht zu verlieren, führte zu schnell zu einem zu einfachen Konsens. Es war wohl eher ein „vakuumgehärtetes Profil“.

Gelegentlich fragten sich einige von uns „Kirchenleuten“, wo denn die marxistischen Theoretiker und Praktiker seien, die über 40 Jahre die Blockauseinandersetzungen in den Entwicklungsländern so handfest und manche gewinnend vorausblickend klar erklären und kommentieren konnten. Von der Regierungsorganisation zur Nichtmehrregierungsorganisation und weiter zur Nichtregierungsorganisation sind es oft mehrere Stufen. Und nicht immer lagen Nomenklatura und Multikultura dicht beieinander.

Gern hätten wir damals am Runden Tisch mehr über die Handelspraktiken der DDR gegenüber befreundeten und ausgewählten Entwicklungsländern und die Funktion der Solidarität in diesem Kräftespiel hören wollen. Weniger weil wir neugierig oder gar rechthaberisch waren sondern weil wir frühzeitig Schaden von den betreffenden Entwicklungsländern nehmen wollten. Die „Entschuldungsuhr“ tickte auch unbarmherzig nach dem Zinstakt der DDR-Staatsverträge. Und wir meinten, man kann nur vernehmbar und mit einer gewissen Aussicht auf Gehör im politischen Raum als „NGO“ reden, wenn man sich Rechenschaft über sein eigenes Handeln gibt. Transparenz ist eine notwendige Grundforderung der NGO und wird zu Recht von den Regierungen erwartet. Der Bote ist immer auch Teil der Botschaft.

Die entwicklungspolitische Szene Ost hätte sich stärker im eigenen Bereich um Transparenz bemühen sollen. Gelegentlich versteht sich, nicht immer, aber nach großem Umbruch vielleicht. Zumal, wenn so ein Einschnitt wie die „Wende von 1989“ dem einen oder anderen half, sich aus erstarrten Positionen zu lösen. Es wäre für die Solidarität und für diejenigen, die sie betrieben und geübt haben,

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

von Vorteil gewesen. Man hätte nicht einmal den alten Spontispruch bemühen müssen, der da lautet: „Was ihr ererbt von Euren Vätern, verwerft es, um es zu besitzen“. Es wäre ja nicht um Abrechnung gegangen, vielmehr um Kenntnis und Aufklärung. So blieb vieles im ungenauen, verdächtigen Nebel. Das tat dem Politikfeld im Osten nicht gut und erschwerte die Aufnahme sowie Weiterführung der Erfahrungen und Kompetenzen der DDR-Experten. Es war aber vor allem zum Schaden der Völker und Menschen, denen die staatliche und gesellschaftliche Solidarität der DDR galt bzw. gelten sollte.

Und der häufig gebrachte Hinweis, weil Johann im Westen sein Zimmer (angeblich oder tatsächlich) nicht aufräumt, braucht Hans im Osten sein Zimmer nicht zu ordnen, hilft nicht weiter. Erinnert nur an die toten Gräben der kalten Kriege, den Phantomschmerz nach zerstörter Bipolarität.

Am Punkt der kritischen, die Zusammenhänge erkennenden Nachfrage hätte der Runde Tisch konsequenter sein müssen. Da haben wir uns selbst blockiert bzw. Blockierungen zugelassen. Die besonderen Schwierigkeiten im Osten Deutschlands trafen auf die allgemeine Verunsicherung der entwicklungspolitischen Aufgabenstellung in den neunziger Jahren. Wahrlich keine besonders günstigen Bedingungen.

Diese Diskussion gelang damals am Entwicklungspolitischen Runden Tisch nicht, jedenfalls teilte sich mir nicht mit. Walther Bindemann berichtet ähnliches. Wir erinnerten uns wohl auch zu schnell des Bibelspruchs aus dem Evangelisten Lukas: „Wer die Hand an den Pflug legt und schaut zurück, der ist nicht geschickt zum Reich Gottes.“ Vielleicht haben wir da etwas falsch verstanden. Jedenfalls konsequent nachgefragt haben wir nicht. Das tat dem Entwicklungspolitischen Runden Tisch nicht gut. Den Entwicklungsländern schon gar nicht. Es tat – so meine ich – vor allem der ostdeutschen entwicklungspolitischen Landschaft nicht gut. Der Freiraum und der Vorschub an Vertrauen der ‚anderen‘ an die ‚einstigen‘ war wohl vorhanden, eine überschaubare, ja geschützte „Szene“ auch. Nur zum Erzählen kam es nicht. Erzählen vom gelingenden Alltag im Projekt – den kaum ein Bericht einfängt – oder von den ökonomischen Zwängen, die „draußen“ besonders spürbar waren und manchmal demütigten. Erzählen hätte vielleicht besser als mancher Appell beigetragen zu Neuanfängen, in denen erworbene Erfahrungen aufgehoben gewesen wären. Aber Einer oder Eine hätte anfangen müssen.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

In meiner rückblickenden Betrachtung sind die Ursachen für die schwache Repräsentanz entwicklungspolitischer Kompetenz aus der ehemaligen DDR im bundesdeutschen System und die geringen Aktivitäten zu nicht geringen Teilen in den „ostdeutschen Reihen“ zu suchen. Eine verantwortliche entwicklungspolitische Arbeit wird kaum ohne ein sich selbst befragendes und Rechenschaft gebendes Interesse auskommen.

Aus der kritischen Haltung gegenüber der Regierungsarbeit und (im günstigen Fall) der eigenen Praxis zog die westdeutsche entwicklungspolitische Nichtregierungs-Öffentlichkeit über lange Zeit ihre Kraft, ihre Aufgabe und ihren Charme. Die gelegentlich festzustellenden Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen den entwicklungspolitischen Akteuren in Ost und West haben ihre Ursachen durchaus auch in den am Beginn meines Beitrages eher episodenhaft beschriebenen Verschiedenheiten der politischen Funktion der Solidaritäts- und Entwicklungspolitik. Dies brachte mit sich, daß recht unterschiedliche Persönlichkeiten und Studentenbiografien sich für das möglicherweise gleiche Thema z. B. die Verminderung von Ungerechtigkeit in der Welt oder die Entlarvung des Imperialismus einsetzten. Es gab und möglicherweise gibt es noch durchaus große Unterschiede zwischen K- und ZK-Gruppen, auch wenn das gleiche Vokabular verwendet wurde und wird. Auch hier könnte Erzählen vermitteln. Das setzt aber Interesse und Offenheit voraus. Ich kann zur Zeit nicht sagen, ob dieses Fenster noch angelehnt ist. Vielleicht trägt eine Veranstaltung wie diese dazu bei. Eher ist aber zu vermuten, daß der 10. Jahrestag des Mauerfalls Sie zusammengeführt hat und die Aussicht auf Fördergeld. Vielleicht sollte ich Sie, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, jetzt autoritär in Kleingruppen teilen wie bei Kirchentagen und Sie bitten, sich zu erzählen an welchem Ort und mit welcher emotionalen Regung Sie die Meldung des Mauerfalls erfahren haben. Da könnte es durchaus sehr persönlich und „entwicklungspolitisch“ zugleich werden, denn das Scheitern der DDR kann auch als ein Spezialfall des weltweiten Scheiterns bestimmter gesellschaftlicher Konzepte verstanden werden. Und die Ursachenbeschreibung wird recht unterschiedlich ausfallen.

Der Mauerfall dokumentiert eindrücklich das Ende des Ost-West-Konfliktes und den gegenwärtigen, nach meiner Ansicht nur zeitweisen Bedeutungsverfall des Nord-Süd-Konfliktes. Der Wegzug der entwicklungspolitischen Einrichtungen aus der „nicht-mehr-Mauer-Stadt“ Berlin zeigt dies beispielsweise an.
Sehr geehrte Damen und Herren,

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

ich bin mir sicher, sollte es zu derartigen kleinen Gesprächsgruppen kommen, die sich vielleicht noch in den Cafés und Kneipen rund um den Gendarmenmarkt fortsetzen, würde man bald feststellen können, daß internationale Solidarität durchaus – erst recht – vonnöten ist, zum einem weil sie noch auf ihre weitere Entfaltung wartet und oft für falsche Anlässe genutzt wurde, zum anderen aber, weil sie als notwendiges Korrektiv für das auch durchaus notwendige aufgeklärte Eigeninteresse in der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Beziehungen unerlässlich ist.

Erweitern wir dann noch die „Internationale Solidarität“ zu einer „Intersphärischen Solidarität“ die zur nationalstaatlichen Anthroposphäre die Biosphäre und die Atmosphäre hinzu nimmt und in „intergenerativen“ Zusammenhängen gewillt ist zu denken, hat man eine wichtige Aufgabenbeschreibung von entwicklungspolitischer Perspektive in den Blick genommen und kann weiter sehen. Nicht zufällig kann damit auch der Bogen zu den Anfängen des Entwicklungspolitischen Runden Tisches geschlossen werden, indem um Konzeptionen einer gemeinsamen Zukunft und Sicherheit aller Bewohner der Erde gemeinsam gestritten und gerungen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche der Veranstaltungen einen guten Verlauf

Vierzig Jahre und einige mehr: Anmerkungen zur Geschichte INKOTAs

Erstveröffentlichung in: INKOTA Brief, 2011

Die DDR hat es auf gerade mal 40 Jahre gebracht, dann brach sie in sich zusammen und wurde von einer friedlichen Revolution hinweggefegt. Nun wird auch INKOTA, 1971 in der DDR entstanden, 40 Jahre alt. Doch während der „Arbeiter- und Bauernstaat“ 1989/90 unterging, ist das entwicklungspolitische Netzwerk lebendiger denn je – und hat gute Potentiale, noch lange für eine gerechtere Welt streiten zu können.

Was war der Sound von 1971? Die Charts bestimmten die Rolling Stones mit Brown Sugar, Led Zeppelin hielt mit Stairway To Heaven dagegen und John Lennon konterte mit Imagine. Karin Balzer aus Jena lief gleich zweimal Weltrekord über 100 Meter Hürden und die „Ärzte ohne Grenzen“ und der ökologische Anbauverband „Bioland“ wurden gegründet. In Bonn regierte Willi Brandt in seinen besten Jahren und in Ostberlin schubste Erich Honecker in einer kleinen ZK-Palastrevolte Walter Ulbricht vom Thron der DDR und aus dem Befehlsstand der SED. Eigentlich war 1971 – auch wenn der Vietnamkrieg noch nicht beendet war – ein recht normales, gar hoffnungsfrohes Jahr. In diesem Milieu wurde INKOTA gegründet. Die Wurzeln INKOTAs reichen jedoch noch weiter zurück.

Die Wurzeln liegen tief

Die Wurzeln INKOTAs sind in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts vergraben. Zur „vorgeburtlichen Existenz“ von INKOTA gehört ein schon älterer Herr mit wachen Augen namens Lothar Kreyssig. Er schrieb 1957, die Meldungen vom „Hungerkontinent“ Indien im Blick: „Wie den technisch noch unterentwickelten Ländern nachhaltig zu helfen sei, ist eine vielschichtige und langwierige Frage, die ihrem Wesen nach nicht in kirchliche, sondern staatsmännische Verantwortung fällt. Aber dort helfen, wo Menschen unmittelbar Hunger droht oder wo in anderer Weise im Leben der Völker und Staaten ein nächster Schritt zur Behebung unmittelbarer Not zu geschehen hat, ist die Christenheit im Namen ihres Herren gefordert. (...) Dass es der Menschheit noch nicht gelungen ist, den gefährlichen Überfluss und den Mangel in vernünftiger Weise zueinander zu bringen, ist tief beschämend. Aber mit der Einfuhr von Brotgetreide ist die Notlage der Hungergebiete ohnehin nicht zu beheben. Sie müssen vielmehr eine

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

eigene Existenzgrundlage gewinnen, in wenigen Jahrzehnten die Entwicklungsstadien durchlaufen, zu denen die gesättigten Völker Jahrhunderte gebraucht haben.“¹ Im gleichen Jahr veröffentlicht Max Frisch seinen Roman „Homo faber“. Frisch ließ seinen Protagonisten, einen Entwicklungshelfer im Modernisierungsauftrag, mit dem Flugzeug abstürzen. Mitten in der Wüste. Frisch beschreibt seinen Helden – schon bevor Entwicklungszusammenarbeit zu boomern begann und später dann kritisiert wurde – tragisch als einen „der alles zerstört“, obwohl er etwas aufbauen wollte. Kreyssig (1898-1986), ein Richter, Bauer und Kirchenmann aus dem antifaschistischen Widerstand, konnte bei der Beschämung wegen Ungerechtigkeit, Elend und Unvernunft nicht bleiben und wurde aktiv. Er gründete 1957 die „Aktionsgemeinschaft für die Hungernden“ (AfH). Eine sehr frühe Nichtregierungsorganisation. Kreyssig war übrigens auch einer der Paten der „Aktion Brot für die Welt“ (1959). Die AfH in der DDR arbeitete nach dem Bau der Berliner Mauer (1961) im Büro der Aktion Sühnezeichen in der Auguststraße in Berlin-Mitte weiter, in West-Berlin als Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt.

Vor gut vierzig Jahren

Rudi Dutschke rief 1968 den aufgewühlten Studenten West-Berlins zu: „Die Revolutionierung der Revolutionäre ist die Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen.“ Auch die Kirchen vollversammelten sich in Weltkonferenzen, legten ihre Ohren an den Bauch der Welt und beschlossen: „Wir hören den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen Menschenwürde. Millionen suchen nach einem Sinn des Lebens.“

In diesem Kontext, wenn auch mit kleiner Verzögerung, schrieben 1971 ostdeutsche christliche Studentinnen und Studenten einen offenen Brief an Gleichgesinnte in Solidaritäts- und Dritte-Welt-Fragen und an Kirchenobere: „Dieser Brief [...] (fordert) Entscheidung, da ohne eine Entscheidung unser Anliegen sinnlos bleibt. [...] Die traurige Analyse ist kurz [...]. Wir wissen von den im DDR-Maßstab recht bescheidenen Geldspenden. Wir hätten jedoch längst begreifen

¹ Zitat; EZA 5077/07 614/62 Mappe „Ökumenische Diakonie“ Text: Christliche Verantwortung für die Hungernden der Erde. S. 2.

Zur Bedeutung Lothar Kreyssigs für die Gründung von INKOTA vergleiche ausführlich den „INKOTA-Geburtsbrief – 50 Jahre Aktionsgemeinschaft für die Hungernden“ aus dem Jahr 2007.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

müssen, dass ohne das Fundament der ständigen Information, der gezielten Bewusstseinsbildung, der Beseitigung veralteter Klischees und Strukturen eine konstruktive Entwicklungshilfe unmöglich ist, da Almosen nur die Ursachen des Elends verwischen, zu mildern suchen, ohne das Übel an den Wurzeln zu packen. Wir hätten begreifen müssen – harte, unaufhörliche Arbeit wäre dann die zwingende Konsequenz gewesen, [...] die unerhörte Diskrepanz zwischen den existentiellen Aufgaben und unseren kläglichen Wahrnehmungen – leuchtendes Zeichen der Schwäche unseres Glaubens – muss endlich zu mehr als abstraktem Nachdenken führen. Wir hätten Arbeitskreise [...] und Aktionsgruppen bilden müssen. Wir hätten die jährlich 40 Millionen Verhungerten immer wieder in Einzelschicksale auflösen müssen. [...] Wir hätten in eigener Verantwortung Projekte suchen müssen. [...] Das alles hätten wir tun müssen – und haben es unterlassen aus Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit, Egoismus, Angst, Gehorsam. Wir können es nicht bei dieser Selbstkritik belassen. [...] Deshalb ist die Aufforderung an alle, die diesen Brief lesen, [...] auf einer gemeinsamen Tagung diese Probleme zu beraten und neue Wege der Zusammenarbeit einzuleiten.“

Die Studenten fanden bei der AfH Gehör. Diese veranstaltete vom 29. bis 31. Oktober 1971 in Halle/Saale eine Tagung unter dem Motto „Aufbruch gegen die Weltarmut“. Über fünfzig TeilnehmerInnen kamen. Das war die Geburt von INKOTA. Ein Koordinierungskreis (Ko-Kreis) wurde gebildet, der programmatische Name INKOTA (INformation, KOordination, TAGungen) gefunden und Informationszentren geplant (was jedoch erst 1985 in Struth/Eichsfeld und recht perfekt ab 1990 im Ökumenischen Informationszentrum (ÖIZ) in der Dresdener Kreuzstraße 7 gelang).

Das Zitat des Initialbriefes soll nicht romantisch machen oder fremdeln lassen. Jede Zeit braucht ihre Form der Aufbrüche. Aber der Ton von 1971 ist wertvoll und bleibt ein Maßstab. Was aktivierte, war das Nicht-hinnehmen-wollen und Nicht-hinnehmen-können einer ungerechten, so nicht gewollten Welt. Das Satthaben gegenüber dem System. Die Ausgangsfragen zum Engagement bezogen aber den Einzelnen existenziell mit ein und verbanden persönliche Verhaltensanalyse mit struktureller Kritik. Selbst und Welt waren hart aufeinander gefügt. Das Engagement für Solidarität freilich stand erst am Anfang. Etwas Pathos darf sein. Nach 50 Jahren Entwicklungszusammenarbeit ist gutes Pathos schwer zu haben.

Rund um 1985

Die Jahre um 1985 waren in der DDR gekennzeichnet von einem selbstbewussteren Auf- und Heraustreten der Zweidrittelwelt-Engagierten aus dem Schutzmantel der Kirche in eine (leidliche) Öffentlichkeit der zunehmend erodierenden DDR. Kontext waren das Wettrüsten in Ost und West und die globale Verschuldungskrise. Starke Impulse wurden aus der ökumenischen Bewegung, besonders aus der Befreiungstheologie Lateinamerikas, zumal wenn sie biblisch begründet war, empfangen. Mitunter mit Lust wurden deren Ansätze und Texte in die Scharmützel mit staatlichen Stellen, die keine unabhängige, genauer unkontrollierbare, und eigenständige Solidaritätsarbeit zulassen wollten, als linke Argumente angeführt. Aber auch gegenüber kirchlichen Bedenkensträgern, die wiederum oftmals verschoben theologisch argumentierten, nicht selten – wegen „dieser“ Gruppen, aus Angst vor staatlichen Stellen.

Zu ihrem Verhältnis zur Befreiungstheologie schrieb 1984 die Initiativegruppe Hoffnung Nicaragua (IHN) Leipzig: „Die Theologie der Befreiung verdeutlicht uns den Verlust der säkularen Utopie: Auch wenn sich die meisten von uns den Armen und ihrer Befreiungsbewegung gegenüber für weitsichtiger und weniger naiv halten, so müssen wir uns doch eingestehen, um diese motivierende Zuversicht ärmer zu sein. Es bleibt die Frage, ob uns christliche Hoffnung nicht prinzipiell aktivieren müsste, eine säkulare Utopie mit all unserer Vorstellungskraft und Begabung anzustreben.“

Sie provozierten Staat wie Kirche gleichermaßen. Wichtig waren den Gruppen auch das eigene Projekt und die selbständige Kommunikation. Die Kontaktwege und Trickpfade dieser vielfältigen und kleinen Projektarbeit sind noch viel zu wenig nacherzählt und aufgeschrieben worden. Ein lohnendes Feld. Es wurde aber auch programmatisch formuliert und mit Vorträgen übers Land gezogen. Treffend formulierte diese Absicht für die zweite Hälfte der 1980er Jahre die INKOTA-Gruppe Guben:

„Wir verstehen uns als eine unabhängige christliche Gruppe, die innerhalb von Kirche und Gesellschaft der DDR zur Bildung eines Bewusstseins der globalen Zusammenhänge von Ungerechtigkeit und Unterdrückung beitragen will, um damit konkret in der eigenen Situation am weltweiten Kampf für die Verwirklichung einer gerechten, partizipatorischen, friedlichen und lebensfähigen Gesellschaft teilzunehmen. Wir wollen in unseren Gemeinden

und in unserer Gesellschaft einen Prozess des ökumenischen Lernens und der ökumenischen Solidarität vor allem mit den Menschen und Völkern der ‚Dritten Welt‘ anregen und unterstützen durch: Suche nach Identifikationsmöglichkeiten mit den Armen, Verarbeiten von Informationen zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, Verbreiten von Informationen und Durchführen von Bewusstseinsbildungsarbeit.“

Die 1980er Jahre waren weiter gekennzeichnet durch das Aufkommen der Friedensdekade, einem breiteren sozial-ethischen Diskurs in den Gruppen und Kirchen und der weiteren Akzeptanz der „Dritte-Welt-Arbeit“. Nicht selten war das Interesse bei Veranstaltungen groß. Authentische Berichterstattung in der DDR war rar. Dabei wurde bewusst von Solidarität gesprochen, dem schönen alten Begriff der kirchlichen Soziallehre, der in die frühe Arbeiterbewegung eingewandert war – trotz und wegen seiner oft „unpfleglichen“ und bigotten Verwendung im Staats- und Parteiapparat der DDR. Bei INKOTA wurde – nicht um die internationale Ausbeutung herumgeredet und gleichzeitig wurde Wert auf die Unabhängigkeit von der staatlichen Solidarität gelegt. Das war Haltung und keine opportunistische Gratwanderung, freilich von außen nicht immer leicht zu erkennen. Gelegentlich wurden wir „nützliche Idioten“ genannt.

Vor zwanzig Jahren: Mauerfall und Neuanfang

Mit dem Mauerfall kam die Auflösung der DDR, samt ihres außenpolitischen Über- und Geheimbaus. Aus dem INKOTA-Arbeitskreis wurde ein „e.V.“, ein „eingetragener Verein“. Eine der Weißen kam von Franz Nuscheler, der uns zur Vereinsgründung in Erfurt zurief: „Wir ‚Internationalisten‘ im Westen brauchen dringend eine internationalistische Frischzellenkur, wir wollen vom Osten lernen und erhoffen uns viel.“

Zuvor wurde im Vakuum der Auflösung der DDR unter erheblicher Geburtshilfe von INKOTA ein Entwicklungspolitischer Runder Tisch (ERT) installiert. Damit die Menschen der Zweidrittelwelt und eine weltbürgerliche Perspektive in der deutsch-deutschen Vereinheitlichungsdynamik nicht ganz unter die Räder kämen. Der ERT verhandelte konsensorientiert und konfliktscheu. Immerhin verfasste er ein Papier zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, in dem sich Momente der langen INKOTA-Tradition wiederfinden: „Unser Alltagsleben weist gravierende Defizite bezüglich Problemen in der Dritten Welt auf. Bildung als lebenslanger Prozess freiwilligen Lernens, der Menschen befähigen kann,

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

sich globalen Herausforderungen und Bedrohungen zu stellen, miteinander tolerant und solidarisch umzugehen, als verantwortungsbewusste Personen eine solidarische Gesellschaft mitzugestalten, muss zum Abbau dieser Defizite beitragen. Bildungsziel ist eine mündige Persönlichkeit, die ihre eigenen Interessen in Beziehung zu Zukunftsinteressen der Menschheit erkennt und in Verhaltensweisen umsetzt, die Voraussetzungen für entwicklungspolitisches Handeln bilden können.“ Auch wenn er hölzern klingt, hat dieser Text wenig an Berechtigung eingebüßt.

Die Aktualität von INKOTA in den letzten 20 Jahren wird in weiteren Beiträgen dieses Heftes deutlich. Der Weg von der Gewissensschulung à la Kreyssig in den 1950er und 1960er Jahren über die Bewusstseinsbildung der 1970er und 1980er Jahre bis hin zur Kampagnenaktivierung im neuen Jahrtausend hat ein mitunter nicht immer sichtbares Markierungssystem. Es lautet: „Wir haben es satt, dass andere hungern!“ Die Beschämung, die Empörung oder der Protest – das Satt-haben – waren immer und sind weiterhin geprägt von Menschen, denen die real existierende Ungerechtigkeit der Welt, gerade wegen ihrer potenziellen Fülle durch Seele und Mark, durch Ich und Selbst ging und im „Wir“, gemeinsam mit anderen Trost, Mut und Aktion fand.

Die Gelassenheit des Dreispringers

32 Jahre hat Willi Volks mit INKOTA für eine gerechtere Welt gearbeitet. Nun geht er in Ruhestand. (2018)

Erschienen in: In: INKOTA Brief – Das Nord-Süd-Magazin, Berlin. 04/2018.

Die sandinistische Revolution hat Willi Volks zuerst zur „Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua“ und dann zu INKOTA gebracht. Die Hoffnung auf Veränderung begleitete sein ganzes weiteres Berufsleben, INKOTA hat er wie kein anderer geprägt. Er konnte begeistern und ließ sich von anderen begeistern. Vor allem von den ProjektpartnerInnen in Zentralamerika.

Beim Dreisprung kann man wählen: rechts-rechts-links oder links-links-rechts. Es geht um den Absprung, die Schrittfolge und die Landung. Bei rechts-rechts-rechts, was naheliegend ist, wird man disqualifiziert. Bei links-links-links allerdings auch. Ich weiß nicht, in welcher Schrittfolge Willi Volks trainiert und gesiegt hat. Vielleicht wäre ihm auch die alte Technik von Turnvater Jahn mit Schrittwechsel lieber gewesen. Also rechts-links-rechts oder links-rechts-links. Beide Varianten waren in früheren Reglements möglich. Jahn, der Vaterländer, bevorzugte rechts-links-rechts. Volks, der Weltbürger, bestimmt links-rechts-links. Auf die Landung kommt's an!

Eine von Willi Volks' frühen Leidenschaften, lange vor Nicaragua, war der Dreisprung. Eine der alten, klassisch olympischen Disziplinen überhaupt. Willi Volks wollte Weltmeister werden.

Aber der Reihe nach. Wir lernten uns kennen in Leipzig, in der Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua (IHN) und an der Thomaskirche, wo Willi Volks 1983 als ranker und schlanker Freizeit- und Sportanimateur beim „Zentrum für aktive Erholung und Gesundheitssport“ (ZAEG) mitten im schönsten Auenwald von Leipzig auftauchte. Die Arbeitstelle war Programm. Er trug Bart, hatte funkelnde Augen und manch Sonderkontingent Freizeit.

Vor allem aber brachte er Fragen und Engagement mit. Die IHN war zu dieser Zeit ein bunter, aber fester Haufen und hatte einige Aufmerksamkeit erlangt. Sie hielt gute Kontakte zu anderen Gruppen, zu vielen KünstlerInnen und hatte ein eigenes Projekt, das Landschulzentrum in Monte Fresco mit dem programmatischen Namen „Tania la Guerrillera“.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Ein unabhängiges Projekt in Nicaragua, das war damals eine Besonderheit. ChristInnen und Wenigerchristen, MarxistInnen, Tropenlandwirte, ein Maurer, einige überqualifizierte Pförtner und Pförtnerinnen diverser Kunsthochschulen, eingetragene Genossen und verdeckte Spitzel arbeiteten agil und verwegen mit. Es war die Hochzeit der Nicaragua-Solidarität. Auch in der DDR. Nur war Nicaragua libre nicht wie im Westen staatlich missachtet, sondern politisch hoch besetzt. Unabhängigkeit musste sich erarbeitet und erklärt werden. Das kam Willi gerade recht. Dreisprung teilt sich bei guter Horizontalgeschwindigkeit in die Abfolgen Anlauf, Absprung, hop, step und jump ein.

Der Dreispringer im Anlauf vor dem Absprung

Willi Volks kam nicht nur aus dem „Luftkurort“ Bitterfeld, indem er 1950 geboren wurde, sondern auch aus einem oppositionellen Philosophenkreis, in dem auch Inge Berndt, die legendäre Mitarbeiterin aus Ernst Blochs Leipziger Zeit, mitwirkte. Seine charmante, niemandem etwas beweisen müssende Freundlichkeit, sein verdeckter und gelassener Anarchismus, wie seine vielen freien Stunden taten der Gruppe und ihrem Engagement gut.

Bevor Willi Volks nach Leipzig kam, um an der DHFK, der Deutschen Hochschule für Körperkultur, Leistungssportler und Weltmeister zu werden, war er mehrfach Bezirksmeister im Dreisprung. Als Mitglied einer kleinen Betriebssportgemeinschaft (BSG) schlug er regelmäßig die Jungprofis der KJS (Kinder- und Jugendsportschule). Wir sind im Jahr 1968. Da lag der Weltrekord von Viktor Sanejew (UdSSR) bei legendären 17,39 Meter. Basissportler gegen Eliteschützling klingt wie unten gegen oben oder David gegen Goliath. Dreisprung als Gleichnis.

Willi Volks wurde Diplomsporthelehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Sprung“. Mit dem Weltmeister wird's nichts. Lag's an der Schrittfolge oder war es die fehlende „allseits gebildete sozialistische Sportlerpersönlichkeit“, der eine mangelnde Bereitschaft zur Einnahme „unterstützender Mittel gegen den Klassenfeind“ (sprich Doping) attestiert wurde. Weltmeister wurde er nicht, aber Weltbürger wollte Willi Volks schon sein. Er wechselte in den Freizeitsport. Nach langem Anlauf ein gelungener Absprung, das Brett genau getroffen.

Der „hop“ zum Weltbürger

Auf der Suche nach Offenem im Geschlossenen der DDR traf Willi Volks auf die IHN. Da diese gute Kontakte zu INKOTA hatte, arbeite er ab 1984 im Ko-Kreis mit und wurde Delegierter für „Frieden konkret“, dem Zusammenschluss der wichtigen Oppositionsgruppen, in dessen kontinuierlich arbeitenden Fortsetzungsausschuss er schnell gewählt wurde. Bei der IHN interessiert ihn vor allem die gute Mischung aus unabhängiger und linker Bewusstseinsarbeit (wie man Bildungsarbeit damals nannte), in der auch mittels Nicaragua libre der erstarrten DDR ein revolutionärer und unorthodoxer Spiegel über gemischte Wirtschaft, freie Wahlen, Befreiungstheologie oder Ernesto Cardenal vorgehalten wurde.

Die Initiativgruppe Hoffnung Nicaragua sollte auch ein wenig Hoffnung DDR mit sich bringen, indem gegen die Vereinnahmung durch den ach so solidarischen Staat standgehalten wurde. Unabhängig blieb die IHN, unbeobachtet nicht. Ihre Stasi-Akte füllt unter dem Kürzel „NICA“ zehn Leitz-Ordner.

Welt und Ökumene, Globalisierung würde man heute sagen, bekamen für Willi Volks konkrete Bezüge und Gesichter. In den späten achtziger Jahren entdeckte er auch die Kirche wieder. Er hielt Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche und begann ein gemeindepädagogisches Fernstudium für Kinder- und Jugendarbeit in Potsdam. Er wird in die Ökumenische Versammlung der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, Abteilung Solidarität delegiert. Grundlagen für die Friedliche Revolution wurden da gelegt.

Seit 1987 versuchten INKOTA und die IHN mit Unterstützung des Kirchenbundes der DDR einen Entwicklungshelfer beziehungsweise einen „solidarischen Mitarbeiter“ nach Nicaragua, konkret in das Centro Antonio Valdiveso (CAV) in Managua zu entsenden. Schwerpunkt Landschulzentrum Monte Fresco. Willi Volks wird vorgesehen und lernt Spanisch im Sprachschlaflabor der Universität Leipzig.

Der Staat mauert lange. Geduld und Hartnäckigkeit zahlen sich aus. Im April 1989 kann Willi Volks nach Nicaragua fliegen. Der „hop“ nach dem langen Anlauf endet kurz nach „Wende“ und Mauerfall. Der Aufenthalt wurde „ein schöner Einschnitt ins Leben“, sagt er, „ein Privileg, von dem ich bis heute zehre.“ Im Frühjahr 1990 betreut er die erste INKOTA-Brigade nach Nicaragua.

Der „step“ bei INKOTA

Nach einem Jahr in Mittelamerika kommt er zurück und zieht nach Berlin, wird Mitarbeiter der INKOTA-Bürogemeinschaft in der Georgenkirchstraße. Er baut die Mittelamerika-Arbeit auf und geht in Gremien wie andere zur Gartenarbeit: mal gern, mal ungern. Erfährt hier viel Neues, wird von den „Westlern“ geschätzt. Mehrheitlich sei er „nicht auf ‚Besser-Wessis‘ gestoßen, sondern auf solidarische Menschen“.

Von 1994 bis 2007 war er dann Geschäftsführer des INKOTA-Netzwerkes. Er setzte die erfolgreiche und nach der „friedlichen Revolution“ gewachsene Netzwerk-Arbeit fort. Allmählich wurde INKOTA eine Nichtregierungsorganisation und spielte taff in der solidarischen Familie wie im entwicklungspolitischen Gewerbe mit. Willi Volks wurde Sprecher im Bensheimer Kreis, Gründungsvorstand bei VENRO (1995), Mitglied im Projektausschuss bei Dienste in Übersee und in weiteren Ausschüssen von EED und SNSB. Neben der Geschäftsführung bleibt er immer Nicaragua-Referent.

Rückblickend resümiert er über die „step“-Phase bei INKOTA: „Haben wir uns in der DDR mit unserer politischen Arbeit in einer absurd kleinen Ein-Raum-Wohnung bewegt, sind ständig gegen Wände gelaufen und haben uns Beulen geholt, so wandeln wir heute durch eine Luxusvilla. Die Wände sind verdammt flexibel, wir können alles sagen und vieles machen, nur die weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit sind unverändert erhalten geblieben. Gestern wie heute stehen wir an der Seite derer, die nicht die großen Siege feiern – und auch wir haben bestenfalls Erfolge, aber keine wirklich großen Siege!“

Vor dem großen „jump“

Nach 32 Jahren INKOTA-Arbeit an verschiedenen Plätzen ist Willi Volks seit April 2016 offiziell in Rente. Am 16. Juli bedankt sich INKOTA mit einer Feier bei ihm, zu der alle herzlich eingeladen sind.

Die ProjektpartnerInnen aus Mittelamerika haben ihre ganz eigenen Erlebnisse mit Willi Volks zu berichten. Kennzeichen seiner Projektarbeit war die Verbindlichkeit und Verlässlichkeit zu den Partnern, unabhängig von den politischen und ideologischen Kontexten. Dabei waren ihm die Landfrauen und Campesinos besonders ans Herz gewachsen.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Der Dreisprung ist noch nicht zu Ende. Ein wichtiger Abschnitt kommt noch. Der bemerkenswerte Anlauf wird reichen. Willi war kein "aus dem Stand Springer": „Hop“ und „step“ in seiner Stilart suchen seinesgleichen. Ich wünsche ihm noch eine lange „jump-Phase“. Viel Neues wird und kann nun kommen. Gemessen wird erst am Schluss. Wenn überhaupt. Das Schöne ist der Sprung. Vielleicht nutzt Willi Volks die Schwebbehanghaltung für den letzten Abschnitt bei der Landung.

Dreisprung fand ich persönlich bei den Leichtathletikwettkämpfen immer sehr interessant. Da war immer viel los, in den Bewegungsabläufen, und gleichzeitig waren die Dreispringer immer etwas für sich und am Rande. Sie hatten bei dem Rundengejohle und Hundertstelgekämpfe immer ihre eigene Stilart und Gelassenheit. Eigen, stolz und gelassen, wie klassische Disziplinen halt sind. INKOTA tat der Dreispringer gut.

Willi Volks geht in den Ruhestand. Er hat uns mit Aufmerksamkeit und Gelassenheit einen schönen „hop“ und einen kräftigen „step“ hingelegt. Für den nun kommenden „jump“ wünsche ich alles Gute.

Die guten Trends stärken – ökumenische Solidarität gestalten

Der 2% Appell in den Evangelischen Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen und in Mitteldeutschland (EKM) (2018)

Erschienen in: Entwicklung – Ökumene – Weltverantwortung – 50 Jahre Kirchlicher Entwicklungsdienst. hrsg: Evangelische Kirche in Deutschland, Leipzig 2018 S. 153-164.

Seit über drei Jahrzehnten wird in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (EK-KPS) und in der Nachfolge der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) kirchlicher Entwicklungsdienst unter anderem als Fonds für Ökumenische Solidarität auch in der Tradition des 2% Appell propagiert und realisiert. Bei recht unterschiedlichen politischen wie kirchlichen Welt- und Wetterlagen der letzten 50 Jahre in West- und Ostdeutschland eine bemerkenswerte Kontinuität. Die EK-KPS umfasst die Gebiete Sachsen-Anhalt, Nord-sachsen, Nordthüringen und Teile Südbrandenburgs. Die EKM ist dieses Kirchengebiet um die Thüringer Kernländer erweitert. Die Teilnahme der Gemeinden und Kirchenkreise am „Ökumene-Fonds“, wie der Fonds für ökumenische Solidarität auch genannt wird, verlief über die Jahrzehnte schwankend. Das Ergebnis kann sich indes sehen lassen. In den Jahren 2014 – 2016 stellten die Kirchengemeinden und Kirchenkreise zwischen Stendal, Magdeburg, Lutherstadt Wittenberg, Erfurt, Eisenach oder Gotha 1.121.381 EURO aus ihren Haushalten für Projekte und Partnerschaftsvorhaben zur Verfügung. Im folgendem werden Entstehung und gegenwärtige Praxis dieser Form entwicklungspolitischen Arbeit einer ostdeutschen Landeskirche beschrieben.

Der Impuls von Uppsala

„Wir hören den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen Menschenwürde. Millionen suchen nach einem Sinn des Lebens“¹ Pointiert formulierte die IV. Vollversammlung Ökumenischen Rates (ÖRK) vom Sommer 1968 in Uppsala: ökumenische Weltverantwortung. Bei den Protestanten in der DDR wurde ein derartiges Statement aufmerksam vernommen. Es bestärkte bei vielen die Orientierung an der weltweiten Ökumene. Weltkirchliche

¹ Aus der „Botschaft“ von Uppsala 1968. In: MATTHIAS SENS / HANS-MARTIN MODEROW (Hrsg.): Orientierung Ökumene Ein Handbuch. Berlin 1987², 48.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Informationen und Kontakte waren in der abgeschlossenen DDR von hohem Wert. Sie öffneten Horizonte, machten Grenzen porös und ergänzten die besondere Gemeinschaft, die zwischen den ost- und westdeutschen Landeskirchen bestand. Die EK-KPS war auf der Vollversammlung mit zwei Delegierten, einem Soziologen und einem Landwirt vertreten. Sie berichteten intensiv von der Vollversammlung in den Gemeinden und vor der Kirchenleitung.

Die Rezeption des sozialetischen Engagements des ÖRK, insbesondere der Kampf um weltweite Gerechtigkeit, und die Solidarität mit den Armen halfen den neu zu beschreibenden Platz der Christen und ihrer Kirchen in einer sozialistischen Gesellschaft zu finden, die zum Geltungsbereich der SED-Macht erklärt worden war. Kontakte mit der Ökumene halfen die Balance zwischen eigenständigen und unvereinnahmten Aktionsmöglichkeiten und einer Akzeptanz der DDR als weithin anerkannte Partnerin auch von Befreiungsbewegungen zu suchen. Etwa der der African National Congress (ANC) oder die Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO), die teilweise vom ÖRK unterstützt wurden.

Der dringliche Appell von Uppsala Haushaltsmittel für kirchliche Entwicklungsdienste bereitzustellen, wurden in der Kirchenprovinz Sachsen wie auch in anderen östlichen Landeskirchen wohl gehört aber zu diesen Zeitpunkt kaum diskutiert. Die DDR-Mark war nicht konvertierbar. Die Kontingente für Hilfsgüter waren knapp und nicht frei verfügbar. Direkte Kontakte waren in den 60'er und 70'er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, besonders in die sogenannte III. Welt², gering weil sie vom Staat unterbunden wurden. Die SED pochte auf ihren außenpolitischen Alleinvertretungsanspruch. Vor allem aber: Die ostdeutschen Landeskirchen erhielten erhebliche Zuschüsse für ihre ordentlichen Haushalte von den westdeutschen Landeskirchen. Im langjährigen Durchschnitt ca. 40 % des Budgets. Man könne nicht „fremdes“ Geld verteilen, war eines der Argumente. Ein speziell in der Finanzstruktur verankertes kirchliches Entwicklungsengagement schien unter diesen Umständen ohne Aussicht.

Kirche in der Welt war ein schwieriges Thema, gerade in der DDR. Erst im Jahre 1969 wurde der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) gegründet

² Beim INKOTA-Netzwerk und im Konziliaren Prozess der Kirchen in der DDR wurde die sog. „III. Welt“ auch „Zwei-Drittel-Welt“ genannt. Nicht Abstufung oder Rang sondern Mehrheits- und Größenverhältnisse in der Welt sollten abgebildet werden.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

und eine formale Eigenständigkeit gegenüber der EKD erreicht. Die Bundessynode 1971 in Eisenach thematisierte Kirche in der Welt für die DDR: Ihr Motto „Kirche für andere – Zeugnis in Dienst und Gemeinschaft“. Synodale aus allen ostdeutschen Gliedkirchen versuchten ihr Kirche in der Welt sein mit Hilfe des problematisierten Begriffes „Kirche in Sozialismus“ zu buchstabieren. Nicht neben, nicht gegen, unter, für oder über sondern im Sozialismus à la DDR wollte und sollte man Christ sein. Die vieldiskutierte Formel brachte nicht nur Verwirrung. Sie brachte auch zeitweise Entspannung in das Staat-Kirche-Verhältnis. Die Ökumene-Arbeit profitierte von dieser Entspannung und wurde als Freiraum im SED-Staat erfahren. Allerdings war der unmittelbare Impuls von Uppsala, der 2% Appell für kirchliche Entwicklungsdienste nicht mehr im Gespräch.³ Er brachte neue Anstöße.

Neue Impulse

Neue Impulse kamen durch einen offenen Brief der Teilnehmer aus der DDR an der Weltmissionskonferenz in Melbourne im Mai 1980, aus der VI. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen im Juli 1983 in Vancouver und durch die 1980/1981 beginnende jährliche Friedensdekade.

Die Delegierten auf der Weltkonferenz in Melbourne erlebten im globalen Kontext Armut und Reichtum, massive Ungerechtigkeiten, Luxus und Verelendung sehr deutlich. Christinnen und Christen des Südens sprechen die DDR-Delegierten als Mitglieder reicher Kirchen an. Ihre Kirchen würden u.a. durch die Unterstützung der westdeutschen Kirchen im „kapitalistischen Stützkorsett“ stecken und damit von der weltweiten Ungerechtigkeit partizipieren. „Wir sind herausgefordert, einen Beitrag zu leisten, damit das Leben auf der Erde menschlicher und unser christlicher Glaube glaubhafter wird. Wir müssen uns in der Verant-

3 Zu den bemerkenswerten Ergebnissen von 1968 und Uppsala in der DDR kann man auch folgende Gründung zählen: Christliche Studenten aus Halle schreiben 1971 einen Aufruf zum Entwicklungsengagement und suchten Gleichgesinnte: „Wir hätten jedoch längst begreifen müssen, daß ohne das Fundament der ständigen Information, der gezielten Bewußtseinsbildung, der Beseitigung veralteter Klischees und Strukturen eine konstruktive Entwicklungshilfe unmöglich ist, da Almosen nur die Ursachen des Elends verwischen, zu mildern suchen, ohne das Übel an den Wurzeln zu packen.“ Die Aktionsgemeinschaft für die Hungernden (AfH), 1957 von Lothar Kreyssig gegründet lud daraufhin nach Halle ein. Es wurde u.a. a. über Uppsala berichtet und INKOTA gegründet. IN-formation, KO-ordination, TA-ungen zur Problemen der Zwei-Drittel-Welt.

wortung vor Gott der Herausforderung durch die Armen stellen“⁴ Die Delegierten forderten u.a. eine offene Diskussion über die Finanzen der Kirchen in der DDR. Aus der Erkenntnis, dass die DDR-Kirchen zum reichen Teil der Erde gehören, müssten Konsequenzen gezogen werden. Gesucht wurde ein deutlicher Beitrag, der zur Überwindung weltweiter Armut und Verminderung der Ungerechtigkeit beiträgt. Der Brief wurde in der Kirchenleitung der EK-KPS aufmerksam gelesen.

Ebenfalls in diesen frühen 80'er Jahren fanden die ersten Friedensdekaden in den evangelischen Kirchen statt. Sie thematisierten auf den Nägeln brennende gesellschaftlich relevante aber öffentlich nicht diskutierte Probleme. SED und Staat fühlten sich herausgefordert. Was Absicht war. Thematisiert wurde Ungerechtigkeit in der DDR wie im weltweiten Kontext. Ökumenische Verbindungen und Kontakte zur Thementroika Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung bereicherten die Programme. Im Sommer 1983 fand auch die VI. Vollversammlung des ÖRK im kanadischen Vancouver statt. Auf dieser wurde u.a. der Konziliare Prozess unter dem Leitspruch „Zusammen in einem Bund“ gestartet. Die Empfehlung der Fachgruppe sechs lautete: „Die Kirchen sollten auf allen Ebenen (Gemeinden, Diözesen und Synoden, Netzwerke christlicher Gruppen und Basisgemeinschaften) [...] zusammen mit dem ÖRK in einem konziliaren Prozess zusammenkommen.“⁵ In Vancouver wurde auch das „ecumenical sharing of resources“ (ESR) in der Fachgruppe vier unter dem Leitspruch „Das Leben in Gemeinschaft teilen und heil machen“ erneuert und den Kirchen mit auf den Weg gegeben.

Die Impulse der Melbourne-Delegierten 1980 und von Vancouver 1983 mit den Konziliaren Prozess sowie der Erneuerung des ESR bündelte die Beratergruppe Ökumene und Mission der EK-KPS⁶ im Herbst 1983 in einem offenen Brief an die Provinzsynodalen. Die Herbstsynode hatte „Unsere Kirche und ihr Geld“ zum Thema. Die Synodalen wurden aufgefordert: dass Sie bei aller Finanzdebatte nicht vergessen, dass unsere Kirche zu den reichen Kirchen gehört und dass

4 Vgl. Harald Schulze (2005): Berichte der Magdeburger Kirchenleitung zu den Tagungen der Provinzialsynoden 1946-1989. Bericht Bischof Werner Krusche am 28.10.1982, 441.

5 Walter Müller-Römheld (Hrsg.): Bericht aus Vancouver. 1983, 116.

6 Die Beratergruppe Ökumene und Mission war das von der Kirchenleitung eingesetzt Fachgremium für ökumenische und entwicklungspolitische Fragen. In ihr arbeiteten die Ökumene-Beauftragten der Propsteien und berufene Mitglieder unter Leitung des Oberkonsistorialrates für Ökumene zusammen.

uns das besondere Verpflichtungen auferlegt. Darum möchten wir Ihre Phantasie herausfordern, ohne die Liebe nicht sein kann. Darum möchten wir, dass es nicht nur bei Überlegungen bleibt, sondern zu Empfehlungen und Beschlüssen kommt [...] In unserem Land gibt es keine materielle Armut. Die Möglichkeiten zum Engagement unserer Kirchen im Kampf gegen die Weltarmut erscheinen uns gering, da wir keine frei konvertierbare Währung haben. Unsere Möglichkeiten sind aber nicht so gering, wie wir denken.“ Abschließend wurde gefragt: „Was hindert uns, dass die Kirchenprovinz, die Kirchenkreise und die Gemeinden je 2 % ihres Haushaltes für Entwicklungshilfe oder zwischenkirchliche Hilfe einplanen und zur Verfügung stellen“⁷

Der Fonds für Ökumenische Solidarität

Im Beschluss der Landessynode vom Herbst 1983 zu dem neu einzurichtenden „Fonds für Ökumenische Solidarität“ wird betont: „Aus ökumenischer Weltverantwortung und in Dankbarkeit für die Unterstützung der Partnerkirchen soll sich die Kirchenprovinz Sachsen am ‚ecumenical sharing of resources‘ beteiligen. Die Synode bittet die Gemeindekirchenräte, die Kreiskirchenräte und die Kirchenleitung zu prüfen, ob sie die Möglichkeit sehen, durch Einsparungen in ihren Haushalten oder durch Erschließung neuer Mittel einen jährlichen neu festzusetzenden Betrag in einen auf der jeweiligen Ebene einzurichtenden Fonds für ökumenische Solidarität einzuzahlen.“⁸ Die Beratergruppe Ökumene und Mission wurde gebeten realisierbare Projekte den Gremien vorzuschlagen.

Die Einrichtung des „Fonds für ökumenisch Solidarität“ in der EK-KPS war ein konzertiertes Ergebnis. Es entstand aus intensiv gepflegten ökumenischen Kontakten und der Bereitschaft zum ökumenischen Lernen. Es spiegelte die gewachsene Bereitschaft wider, das große Wort „Weltverantwortung“ basisnah in die Gemeinen und Gruppen in überschaubaren Projekten zu verankern sowie zukünftig auch in größeren Vorhaben zu denken: z. B. Personalaustausch zwischen Nord und Süd. Es kam ein gewachsenes Selbstbewusstsein gegenüber dem sozialistischen Staat zum Ausdruck, der nur Zustimmung zur „internationale Solidarität“ einforderte aber keine individuelle und eigenständige Beteiligung oder Transparenz zuließ. Die Bezeichnung „Ökumenische Solidarität“ war für

7 Offener Brief der Beratergruppe Ökumene und Mission an die Synodalen der Kirchenprovinz Sachsen, Halle im November 1983. In: AKPS Reg. Gen. Nr. 5628 Ökumenische Solidarität 1984-1986, Band 1.

8 Drucksache 16.1/83. Ebenda.

die Synode nicht selbstverständlich. Sie wurde aber bewusst gewählt. „Ökumenische Solidarität“ dokumentierte: Die Angst vor staatlicher Vereinnahmung oder Anpassung ist nicht mehr groß. Der ehemals christliche Begriff Solidarität sollte auf diese Weise zurückgewonnen und eigenständige Engagement gezeigt werden.⁹

Die konkrete Ausgestaltung des Fonds

Ein Beschluss, der die Finanz- und damit Entscheidungssystematik für ein soziales Ziel nutzt, setzt sich nicht leicht durch. Noch zweimal hakte die Synode der EK-KPS nach¹⁰, bis endlich Anfang März 1986 das erste Rundschreiben mit den konkreten Regelungen und Projektvorschlägen an die Kirchenkreise und Gemeinden herausging. Weitere Rundschreiben folgten, die auch von zögerlicher Aufnahme in einigen Regionen der Landeskirche berichten. So wurde Schritt für Schritt der „Fonds für ökumenische Solidarität“ bekannt gemacht und eingeführt. Einige Stichworte zur damaligen Praxis des Fonds die auch Verwandtschaft zur der KED-Aufbauarbeit in Westdeutschland zeigen, sollen hier genannt werden:

- der Fonds soll die Aktion „Brot für die Welt“ ergänzen, nicht verdrängen
- es geht primär um reguläre Finanzmittel (Haushaltsmittel) und nicht um Spenden
- die Realisierung soll nahe von der Basis, Gemeinden und Gruppen erfolgen
- die Entscheidungsbefugnis liegt dezentral bei den Gemeinden und Kirchenkreisen
- die jährliche Entscheidung und die Umsetzung der Vorhaben soll mit bewusstseinsbildenden Aktivitäten verbunden sein,
- die Mittel können ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden.
- es wird empfohlen, in den Gemeinden und Kirchenkreisen Beauftragte für die Fonds für ökumenische Solidarität zu benennen.

9 Der Kirchenkreis Magdeburg schlug als Fonds-Name sogar „Oeku-Soli“ in Anspielung und Abgrenzung zum staatlichen „Pflicht-Soli“ in den Betrieben der DDR vor. Drucksache 15.1./83. Ebenda.

10 Die Sondersynode Juni 1985 zu den Themen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung begründete noch einmal ausführlich das Anliegen. Bei der Synode im Oktober 1985 ging die Landeskirche mit „gutem Beispiel“ voran: 20.000 Mark im landeskirchlichen Haushalt.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Im Rundschreiben waren die entsprechenden Haushalts- und Kostenstellen genannt und Beratungsmöglichkeiten waren aufgeführt. Eine kurze Liste¹¹ mit zehn Projekten in Tansania, Mosambik und Nicaragua sowie für die entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung im eigenen Land (INKOTA) war beigelegt. Eine wichtige Grundlage für die entwicklungspolitische Arbeit der Landeskirche war gelegt.

Und nach der „Wende“?

Mit der Friedlichen Revolution 1989/1990 änderte sich vieles in den östlichen Landesteilen. Altes wurde über Bord geworfen. In den Landeskirchen mit ihren Gemeinden und Strukturen änderte sich erst mal wenig. Aber es gab eine neue Haushaltssystematiken. Der Fonds für ökumenische Solidarität wurde als „2% Appell für Ökumenische Solidarität“ weitergeführt. Später wurde er mitunter auch als Teilfonds Kirchlicher Entwicklungsdienst (TF-KED) bezeichnet. Mit dem Beitritt unserer früheren Teilkirchen zur EKD kam es auch zur Beteiligung an der Gemeinschaftsaufgabe Kirchlicher Entwicklungsdienst, die ihre Wurzeln in dem Aufruf von Uppsala 1968 hat. Die Ökumene-Arbeit begrüßte diese Verankerung. Der kirchliche „Soli Fonds“ wurde parallel dazu als dezentraler und eigenständiger Teil des 2% Appells der Landeskirche beibehalten. Mit der Gründung der EKM 2009 kam es zur allmählichen Einführung des zentralen 2% Appells in den Thüringer Gemeinden und Kirchenkreisen. Bis 2017 hat er sich – mit Ausnahme weniger weißer Flecken – auch in Thüringen gut etabliert.

Fortführung mit dem Projektkatalog

Um die Jahrtausendwende gab es allerdings eine ausgedehnte Delle bei den Zuflüssen zur den Haushaltsstellen des 2% Appells. Erst seit 2009 wurde wieder regelmäßig der 2 % Appell für ökumenische Solidarität propagiert und beworben. Die Verankerung im Haushaltsrecht war bei der Aktivierung eine große Hilfe. Seit 2009 wurden drei je neu zusammengestellte Handreichungen mit einer Laufzeit von mehreren Jahren herausgegeben. Mit den Slogans „Ökumene in den Gemeinden stärken und gestalten“ und „Die neuen Trends stärken – ökumenische Solidarität gestalten“ wurden sie in die Gemeinden gegeben.

¹¹ Die Liste der Projektträger zeigt auch, wer wichtige Akteure der kirchlichen Entwicklungsarbeit in der DDR waren: Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie beim BEK, Ökumenischer Jugendrat in der DDR, Evangelische Brüderunität, Ökumenisch-Missionarisches Zentrum/Berliner Missionsgesellschaft, Goßner-Mission in der DDR, INKOTA-Arbeitskreis, Nationalkomitee des LWB in der DDR.

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Diese Handreichungen bzw. Projektkataloge haben zwei Hauptaufgaben: Zum einen wollen sie Serviceleistungen für die Entscheidungsgremien in den Gemeinden und Kirchenkreise sein. Die aufgenommenen Projekte sind – soweit möglich – im Hinblick auf Sinnhaftigkeit, Zielstellung und Realisierungskapazitäten der Träger „vorgeprüft“. Die Projekte werden bereits durchgeführt und sind nicht unmittelbar auf Zuwendungen aus dem gemeindlichen 2% Appell angewiesen. Mit der Aufnahme in die Projektübersicht kann keine Garantie über mögliche Zuflüsse eingegangen werden. Mitunter erhalten Projekte Zuflüsse im fünfstelligen Bereich. Andere eher unbekannte Träger erhalten nur wenige hundert EURO. Die Beteiligung an laufenden Projekten erlaubt es den Gemeinden und Kirchenkreisen ökumenisch zu teilen ohne eigene Projekte durchführen zu müssen. Die Projektvorschläge werden nach bestimmten Kriterien ausgesucht: Welche entwicklungspolitischen Ziele und Themen stehen im Mittelpunkt des Projektes? Können diese für die Bildungsarbeit und globales bzw. ökumenisches Lernen genutzt werden? Sind die Trägervereine bereit z.B. mit Vertretern aus den vorgeschlagenen Projekten zu Veranstaltungen in die Gemeinden zu kommen? Es wird auch nach einer doppelten geografischen Verteilung geschaut. Sind die Regionen des traditionellen Südens der Erde ausgewogen vertreten? Sind die deutschen Trägervereine sowohl im Norden als auch im Süden der EKM verteilt?

Die zweite gewichtigere Aufgabe der Projektkataloge ist die regelmäßige Erinnerung an die jährlichen 2% Appell-Beschlüsse innerhalb der jährlichen Haushaltsdebatten. Also an die „traditionellen“ Zuweisungen und Verpflichtungen an Vorhaben und Projekte, die nicht in der Handreichung aufgeführt sind. Zum Beispiel in der Tansania-Partnerschaft der Propsteien, für Osteuropa-Partnerschaften oder für längerfristige geplanten Unterstützungen aus früheren Projektkatalogen. Wichtig ist die Diskussion über ein zeit- und situationsgemäßes ökumenisches Teilen und über christliche Existenz mit Hilfe der Haushaltsberatungen anzuregen. Immer im Herbst steigen die Beratungsanfragen deutlich an. Wegen der konkret zu beschließenden Kostenstelle „2% Appell“ erkundigen sich mitunter Gemeindeglieder genauer und bringen zur nächsten Sitzung weitere Vorschläge und Informationen mit. Wo es lebendig zugeht, kann auf diese Weise eine gute Debatte entbrennen und können weitere Vorschläge auf den Tisch kommen.

Die Handreichung mit den einzelnen Projekten wird auf Vorschlag des KED-Beauftragten in der Kammer für Ökumene – Mission – Eine Welt der EKM, der

ICH HAB ES SATT, DASS ANDERE HUNGERN

Nachfolgerin der Beratergruppe Ökumene und Mission, beraten und beschlossen. Mit einem Vorwort der Landesbischöfin wird sie publiziert und verbreitet. Die aktuellen Projektvorschläge können unter <http://www.oekumenezentrum-ekm.de/entwicklung-umwelt/2-appell/> eingesehen werden.

Und die Wirkung?

Die Finanzstatistik der EKM weist für die Haushaltsjahre 2014 - 2016 Zuweisungen zum 2 % Appell für ökumenische Solidarität auf Gemeinde- und Kirchenkreisebene in einer Gesamtsumme von 1.121.382 EURO aus. 490.598 EURO stellten die Kirchgemeinden zur Verfügung und 630.784 EURO die Kirchenkreise. Der Durchschnitt pro Haushaltsjahr beträgt 373.794 EURO. Für unsere spezielle Situation in Ostdeutschland ein respektables Ergebnis. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob angesichts der gegenwärtigen politischen Lage diese Ergebnisse gehalten werden können. Schätzungen zufolge werden bis zu Dreiviertel der Mittel für ökumenische und entwicklungspolitische Vorhaben bestimmt, die in der Region liegen oder zu den die Entscheidungsgremien eine konkrete und längere Beziehung unterhalten. Klassisch ist hier die Tansaniaarbeit zu nennen. Ein knappes Viertel der Mittel wird an Projekte aus der Handreichung überwiesen. Eine Statistik über die Zielbestimmung und die Wirkungen der Mittel gibt es zurzeit leider nicht. Eine Erhebung wäre hilfreich für die entwicklungspolitische Beratung und zum tieferen Verständnis dieser langjährigen und gemeindenahen Praxis ökumenischer Solidarität. Die guten Trends stärken.

Wir sind Euer böses Gewissen

Zum Gedenken an Sophie und Hans Scholl (1983)

Erschienen in: Der Sonntag – Gemeindeblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Dresden. 02/1983.

„... wir sind Euer böses Gewissen, die ‚Weiße Rose‘ läßt keine Ruhe.“ So endet das vierte Flugblatt der Widerstandsgruppe Münchner Studenten.

Ich kann mich nicht in die Zeit 1942/43 einfühlen. Es fällt mir schwer zu begreifen, was es heißt, mitten im begeisterten Massentaumel zur schmerzlichen Klarheit zu kommen. Zum Mitwisser der Geschichte zu werden: „Hat Dir nicht Gott selbst die Kraft und den Mut gegeben zu kämpfen? Wir müssen das Böse dort angreifen, wo es am mächtigsten ist, und es ist am mächtigsten in der Macht Hitlers!“ Aus Flugblatt 4.

Diese Erkenntnis stellt sie in Angst und Gefahren in einer Umgebung, wo in den Zeitungen steht: „Haß ist unser Gebet – und Lohn unser Sieg!"; wo Deutschland in ganz Europa erfolgreich ist, besetzt, quält, mordet; wo der Münchner Scharfrichter Reinhardt in einem halben Jahr 738 Menschen umbringt; wo ...

„Wohl ist der Mensch frei, aber er ist wehrlos wider das Böse ohne den wahren Gott, er ist wie ein Schiff ohne Ruder, dem Sturme preisgegeben, wie ein Säugling ohne Mutter, wie eine Wolke, die sich auflöst.“
aus dem IV. Flugblatt der „Weißen Rose“

Demgegenüber entfaltet sich Mut: Sophie Scholl zum „Volksrichter“ Freisler: „Einer muß ja doch schließlich damit anfangen. Was wir sagten und schrieben, denken ja so viele. Nur wagen sie nicht, es auszusprechen.“ Wie wächst dieser Mut?

Die Scholls waren fünf Geschwister und wuchsen in einem evangelischen Haus auf. Der Vater war Bürgermeister und Verwaltungsfachmann. Sie wohnten in Ulm. Der Vater prägte die Kinder stark. Sein Grundsatz: „Ich möchte, daß ihr grad und frei durchs Leben geht, wenn es auch schwer ist.“ Im Sommer 1942 wird er vier Monate inhaftiert. Er erklärte den Krieg für verloren. Mitten im größten Siegesrausch! Im Vorbild des Vaters haben wir eine Wurzel des Muts. Trotzdem sind die Scholl-Kinder begeistert in der Hitlerjugend. Hans ist Auserwählter für Nürn-

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

berg 1935. Die Begeisterung bekommt Risse; er darf keine slawischen Volkslieder singen und Stefan Zweig nicht lesen. 1937 wird Hans für vier Wochen inhaftiert. Er gehörte einem verbotenen Jugendbund an. Medizin studierte er in München ab 1938, seine Schwester ab 1941 Philosophie und Biologie. Hans sammelte Freunde um sich, Alexander Schmorell, Willi Graf, Christoph Propst, alle Medizinstudenten. Sophie machte die Freunde mit ihrem Philosophieprofessor bekannt: Dr. Kurt Huber, geb. 1893. Er wird väterlicher Berater.

Sie treffen sich oft, diskutieren viel, entschließen sich zum Flugblatt. Erleben große Befriedigung beim Heraustreten aus Untätigkeit und Passivität.

Sie rufen zum Widerstand auf. Sie setzen auf Menschen, die im Gang des geringsten Widerstandes einhalten, umkehren, aktiv werden. Die vier Flugblätter vom Sommer 1942 werden mit der Post verschickt. Die „Weiße Rose“ sucht auch Kontakt zu Widerstandsgruppen in anderen Städten. Zwischen dem 20. und 24.1.1943 werden in elf Städten über 5 000 Flugblätter verteilt. Anfang Februar beschriften sie Münchner Wände. Am 18.2. werfen Hans und Sophie Flugblätter im Lichthof der Uni. Sie werden verhaftet und am 22.2. mit Christoph Probst umgebracht. In einer zweiten Verhandlung im Oktober 1943 werden die anderen drei Freunde zum Tode verurteilt.

Sie gingen sehr ruhig zum Fallbeil. Sie schienen zu wissen, daß die Art ihres Scheiterns Größe und Kraft bekommt, die Gegner entlarvt und anderen einen Neuanfang möglich macht.

Sie erlebten in ihrem intensiven Handeln Gott. Christoph Probst im letzten Brief an seine Mutter: „Wenn ich es recht bedenke, war es ein einziger Weg zu Gott.“ Das ist die zweite Wurzel: Verantwortung auf Gott hin.

Diese jungen Leute haben, überlegt und entfesselt, ihrer Zeit ein böses Gewissen gemacht. Sie haben Pfähle in den braunen, schwarzen und grauen Sumpf geschlagen. Sie haben, mitten im Untergang, ein gutes Gewissen gestiftet, als Gründung für neue Gebäude.

Hans, Christoph und Sophie waren 24, 23 und 21 Jahre alt.

Zeugnis der Betroffenheit – Nicaragua:

Auf dem Hintergrund eines vierwöchigen ökumenischen Aufenthaltes im Dezember 1987 in Mittelamerika

Gehalten zur Eröffnung der Ökumenischen Versammlung am 13. Februar 1988 in Dresden.

In: Ökumenische Versammlung – Informationsdienst Dresden, März 1988. S. 11f.

Die staatliche Imperialismuskritik kann sich schnell verlieren im Beschreiben und Analysieren tötender weltweiter und ökonomischer Mechanismen. Sie muß ergänzt und qualifiziert werden durch konsequentes Fragen, warum diese, unsere Gesellschaftsordnung so wenig effektiv ist? Was für Motive und Kräfte lähmen, bannen und vertreiben unsere schöpferischen Potenzen und fehlen bei der Entwicklung?...

Und ich war und bin beschämt und traurig, daß wir als Christen und Kirchen in der DDR die moralische und praktische Solidarität wenigen Aktivisten und Gruppen überlassen haben, deren Arbeit oft genug belächelt und erschwert wurde und wird, nur weil sie in den linken, sozialen Entwürfen Inhalte des Evangeliums sehr frühzeitig oder überhaupt erkannten.

Mit dieser Haltung verweigern wir wichtige Beiträge für den Kampf um Gerechtigkeit weltweit, denn wir leben in einem Land, das nicht an den Gewinnen der transnationalen Konzerne aus den Zweidrittel-Welt-Ländern reich wird, das komplizierte Erfahrungen im nichtkapitalistischen Geschichtsweg gemacht hat und in dem das Evangelium sich gegen materiellen und ideologischen Atheismus formulieren muß und dies kann. Zu diesen Themen wurden wir in Nicaragua immer wieder befragt. Da erwartet man von uns aktive Beteiligung, denn in Lateinamerika wird es in diesem Jahrhundert keine erfolgreiche soziale Bewegung mehr ohne die Unterstützung christlicher Bevölkerung geben.

Erschrecken darüber, was für Schätze und Fähigkeiten wir nicht einsetzen können. Und hier schließt sich mein großer tiefer Schmerz über das weite Feld der von staatlichen Stellen verhinderten, nicht bewilligten Einsatzmöglichkeiten für Fachkräfte und Kooperanten aus unseren christlichen Gemeinden an, die unseren Schwestern und Brüdern in der weltweiten Ökumene, in Afrika, Asien und

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Lateinamerika sowie manchen Genossen in ihrer Arbeit durch diese staatliche Verhinderungen und Verweigerung unseres Engagements nicht zur Seite stehen können.

Tiefe Betroffenheit, bei aller theoretischen Vorkenntnis, über die hier erfahrene und erkannte Ungleichheit der einen, von Gott doch gewollten Menschheit, erreichte mich an einem Brunnen ohne Wasserpumpe, der über Jahre hinweg keinen Durst stillen kann. An diesem Brunnen, das Ahnen des Ausgeliefertseins der vielen Menschen beim Sinken des Grundwasserspiegels. Am Brunnen, das Spüren der Lethargie, in der tausend Menschen mit ihren Begabungen, Talenten, Alphabetisierungskursen, ihrer Sehnsucht, Lust und Aggression, ihren charismatischen Erfahrungen fallen und gedrängt werden, weil in diesem Landstrich tausend Menschen solch eine Pumpe nicht in einem Jahr erwirtschaften können. Eine Wasserpumpe, deren Preis den Monatshaushalt einer Familie in unserem Land nicht übersteigt und die wir nicht liefern dürfen.

Eine Hoffnung ging um

Konziliarer Prozess in der DDR: Leben in Worte gefasst – Worte in Papier verwandelt – Hoffnung, dass Papier wieder Leben wird

Erschienen in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, 3/89 S. 72-76.

Die Europäische Ökumenische Versammlung der Kirchen im Mai dieses Jahres (Anm. d. Red.: 1989) in Basel brachte an den Tag, was sich langsam herumzusprechen begann: Die ehemaligen Musterschüler der Genfer Ökumene, die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, haben ihre Hausaufgaben in Sachen Konziliarer Prozess fleißig, ja teilweise mit Leidenschaft gemacht. Stärker als anderswo wurde und wird der Konziliare Prozess in der DDR auch als Forum und Methode zur Diskussion der Situation im eigenen Land verstanden. Im folgenden Beitrag werden die Stationen und Ergebnisse dieses Dialogs in den Kirchen und kirchlichen Gruppen der DDR vom Februar 1986 bis April 1989 vorgestellt und erläutert.

Die Vorgeschichte des Konziliaren Prozesses führt nach Vancouver. Ausgehend von einem Antrag der Delegation der Kirchen in der DDR auf der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 1983 in Vancouver formulierte die Versammlung die Aufgabe, „... die Mitgliedskirchen in einen konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einzubinden (Bericht aus Vancouver, Frankfurt/M. 1984, S. 261).

Ein Aufruf an die Kirchen

Nach diesem Impuls und der sich anschließenden Suchphase lud der Stadt-Ökumekreis Dresden am 13. Februar 1986, dem Gedenktag an die zerstörende Bombennacht dieser Stadt, alle Kirchen in der DDR nach Dresden zu einer ökumenischen Versammlung ein. Als Trägerin wurde die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (AGCK) gewonnen und eine Vorbereitungsgruppe berufen. Diese richtete im Herbst 1987 einen Brief an die Gemeinden unseres Landes: „Eine Hoffnung lernt Gehen – Gerechtigkeit den Menschen, Friede den Völkern, Befreiung der Schöpfung – geht mit!“. In diesem Brief wurde um thematische Vorschläge für die ökumenische Versammlung gebeten. Der konziliare Prozess in den Kirchen der DDR hatte begonnen.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Im Bericht zu diesem Vorhaben, auf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im September '87 in Görlitz, umriss Propst Dr. Heino Falcke die Aufgabenstellung mit den Worten des ÖRK-Zentralausschusses: „Der konziliare Prozess ist von seinem Wesen her ein Aufruf an die Kirchen, an jedem Ort gemeinsam zu sprechen und zu handeln und sich dabei den Mächten zu widersetzen, die Gerechtigkeit, Frieden und die Integrität der Schöpfung zerstören. Er bezieht sich gleichermaßen auf die globalen Bedrohungen und zielt auf eine gemeinsame, weltweit gültige Stellungnahme der Kirchen. Ein solches Handeln wird als Bekennen des Glaubens verstanden, in dem wir den Mächten des Todes die Macht Jesu Christi als des Lebens der Welt entgegenhalten.“ Neunzehn Kirchen und kirchliche Gemeinschaften – von den Quäkern bis zur Orthodoxen Kirche mit den protestantischen Landeskirchen und der römisch-katholischen Kirche – begaben sich auf den Weg.

Zum Vorfeld der Ökumenischen Versammlung gehört auch ein schon lange bestehendes Unbehagen unter Christen über die vor allem in den verschiedenen evangelischen Synoden geübte Praxis, einzelne aktuelle Problemfelder der gesellschaftlichen Entwicklung mit Debatten und Stellungnahmen zu bedenken, ohne sie gemeinsam zu diskutieren und in eine umfassende Analyse einzubeziehen. In der nach Dresden eingeladenen Versammlung wurde ein solches Forum erkannt. Entscheidend für den konziliaren Prozess war die seit Anfang der achtziger Jahre aktivierte Arbeit der kirchlichen, bzw. im Raum der Kirche arbeitenden, Friedens-, Ökologie- und Zweidrittelwelt-Gruppen.

So setzte sich das fast alle Gruppen vereinende jährliche Seminar „Konkret für den Frieden“ Anfang März '86 in einem Brief an die Bundessynode vehement für das Ingang-Kommen des konziliaren Prozesses ein. Die Gruppen knüpften an diesen Prozess gleichermaßen Hoffnung wie kritische Fragen. Sie wollten ihre Erfahrungen und Erkenntnisse einbringen und sich in der ökumenischen Diskussion messen. Das Schrittmaß der Institution Kirche hielt dem Drängen der Zeit nicht stand, ein gemeinsamer Weg könne nur beschritten werden, wenn konkretes Handeln beabsichtigt sei. 1987 verstärkten sich auch die Informationen über das „Neue Denken“ und die Umgestaltungsabsichten in einigen sozialistischen Ländern, was in der DDR zu grundlegenden Fragen führte, die weitgehend ohne Antwort blieben.

Treffen in unruhiger Zeit

Und es kam in der unmittelbaren Vorbereitungsphase der ersten Session der Ökumenischen Versammlung zu zwei „Vorkommnissen“: die Ende November '87 von staatlichen Organen vorgenommene Durchsuchung der Räume der Evangelischen Zionsgemeinde in Berlin, die von der übergemeindlich arbeitenden Umweltbibliothek der Gemeinde benutzt wurden, traf einen empfindlichen Nerv der Informationsarbeit, die Vervielfältigungspraxis „Für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“. Ferner wurde die Teilnahme einiger Demonstranten mit eigenen Transparenten an der traditionellen Kundgebung der Berliner Arbeiterklasse, aus Anlass der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 im Januar 1988, verhindert. Beide staatliche „Aktionen“ hatten zeitweise Verhaftungen zur Folge. In etlichen Orten der DDR kam es zu Fürbitt- und Solidaritätsveranstaltungen mit dem Ergebnis von Freilassungen, Entlassungen aus der Staatsbürgerschaft bzw. Studienaufenthalten in westlichen Ländern.

Die Delegierten fuhren in unruhiger Zeit und mit gespannten Erwartungen nach Dresden. In Dresden trafen sich vom 12. bis 16. Februar 1988 zur ersten von drei Sessionen der Ökumenischen Versammlung 145 Delegierte und über 20 Berater. Von den Delegierten waren nicht – wie beabsichtigt – 50 Prozent, sondern nur 27 Prozent Frauen. Auch war mit 64 Teilnehmern der Anteil der hauptamtlichen kirchlichen Mitarbeiter sehr groß, trotzdem wurde eine gute Zusammensetzung der oft beschriebenen Träger des konziliaren Prozesses – der Gemeinden, Gruppen und Kirchenleitungen – erreicht. Etwa 35 Delegierte und viele Berater hatten ihre „Heimat“ in Arbeitskreisen und Aktionsgruppen, in der BRD war der entsprechende Anteil kleiner.

Die Dresdner Versammlung hatte die Aufgabe, den Themenkatalog für die weitere Arbeit zu erstellen. Exemplarisch beginnend, wie es der Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln aus der befreiungstheologischen Praxis vorgibt, standen neun zeugnishaft Berichte am Anfang. Der Bogen spannte sich von der Solidarität mit dem neuen Nicaragua und der Zurückhaltung der Kirchen über das schwierige Zusammenleben mit den inzwischen über 14.000 mosambikanischen Arbeitern auf Zeit in der DDR zu den tiefgreifenden Folgen der Abgrenzung unseres Landes von der internationalen Kommunikation – dem „Mauersyndrom“. Im Bereich Frieden gab es Beiträge zum Weg für einen waffenlosen Friedensdienst, über Abrüstung, Konversion und die Zielstellung einer neuen Friedensordnung und einen Vortrag von „Frauen für den Frieden“ über den mi-

litärischen Gehalt in der Volksbildung und Ansätze zur Friedenserziehung. Im Schöpfungsbereich wurde Betroffenheit bekundet über Ausmaß und Auswirkungen des Uranbergbaus im Süden der DDR. Es wurde der Schutz des ungeborenen Lebens eingeklagt und die Ausweitung des Waldsterbens im oberen Erzgebirge beschrieben.

Umkehr beginnt im eigenen Bereich

Die Zeugnisse waren subjektiv genau und in ihrer Infragestellung gesellschaftlicher Praxis für die Versammlung mit richtunggebend. Auffallend war der weitgehend unkritische Umgang mit der kirchlichen Praxis zu diesen Themen. Im Anschluss fragte ein Psychiater „Wer sind wir selbst in dieser Herausforderung?“. Er verwies darauf, dass jede Umkehrbewegung durch das handelnde Subjekt des Einzelnen getragen sein müsse, dass aber Umkehr dem einzelnen immer Angst bereitet und nur schwer gewollt wird. Er forderte zu dem Eingeständnis auf, „dass nicht nur die anderen heillos leben, sondern wir selbst der geistigen Erneuerung bedürfen, dass wir selbst gerade in dem, was wir predigen, in der Erneuerung, gescheitert sind“ (aus: Informationsdienst der Ökumenischen Versammlung 3/88, S. 24). Er rief dazu auf, die Wahrheit über unser Land und unsere Kirchen zu sagen. Er formulierte zu Beginn der Versammlung, was sich nach der ersten Session als Hoffnung in den Gemeinden mitteilen sollte: „Ziel der Umkehr könnte sein, dass alle Beteiligten wieder das Gefühl gewinnen, dass sie mit ihrer persönlichen Kraft, mit dem Verströmen ihres Lebens in Familie, Arbeit, Freundschaft und Gesellschaft wieder etwas Sinnvolles bewirken und teilhaben am wirklichen Leben“ (s.o. S. 24).

Mit welchen Erwartungen der Konziliare Prozess in der DDR versehen wurde, zeigen die vielen Vorschläge zur thematischen Arbeit der Versammlung. In der knappen Zeit von vier Monaten wurden über 10.000 Einsendungen – von der Postkarte mit einem Stichwort bis zu fünfzehnteiligen Ausarbeitungen – registriert. So war durch den Aufruf der Vorbereitungsgruppe ein unerwarteter Vorgang ausgelöst worden, die Versammlung erhielt auf diese Weise ihre eigentliche „Weihe“. Die Versammlung war zu diesem Zeitpunkt keine Sache der Initiatoren und des sozialetischen Flügels der Kirchen mehr. Alle Themen, die in der eingeschränkten Öffentlichkeit der DDR nur schwer ein nötiges Forum finden, wurden angesprochen. Die Einsendungen waren sehr DDR-konkret, zum Teil zu Lasten der weltweiten Zusammenhänge. Eine Analyse würde ein genaues Bild der DDR und der christlichen Gemeinden Ende der achtziger Jahre erbrin-

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

gen. Aus den Einsendungen sprach die Bitte nach einem deutlichen Wort, das die Gesellschaft nicht überhören kann. Das deutliche Wort an die Kirchen wurde weniger deutlich gefordert.

Mehr Gemeinsames als Trennendes

Die dritte Zuarbeit zur Themenfindung erbrachten die Berichte über die mögliche Übereinstimmung in den offiziellen Äußerungen der verschiedenen Kirchen. Darin deutete sich an, dass es auf vielen Gebieten zu konsensfähigen Aussagen kommen könnte, auch wenn die „Aktenlage“ in den einzelnen Kirchen sehr unterschiedlich war. Zudem wurde deutlich, dass nicht am Nullpunkt begonnen werden musste.

Mit der Wahl der Mitglieder von 13 Arbeitsgruppen und der inhaltlichen Beauftragung endete die erste Session, die sich zu Beginn ein Präsidium mit dem Vorsitz von Christoph Ziemer, Superintendent des Ev.-Luth. Kirchenkreises Dresden Mitte, bestimmt hatte. Die geschichtliche Klugheit, die Versammlung um den denkwürdigen 13. Februar einzuberufen, zeigte sich in dem beeindruckenden Gedenkgottesdienst, mit mehreren Tausend Gemeindegliedern, in dem die Dresdner ihre Hoffnungen für den Weg des konziliaren Prozesses gestalteten. Gleiches geschah im gut besuchten Begegnungszentrum, in welchem die engagierten Gruppen ihre Arbeitsergebnisse und Forderungen dokumentierten und den Dialog mit der Versammlung versuchten. Mit der erlebten Gewissheit, dass (jedenfalls für die Themenfindung) die konfessionelle Vielfalt und die politische Unterschiedlichkeit mehr Gemeinsames als Trennendes erkennen ließen und die Unterschiede sich als Bereicherungen erwiesen, fuhren die Delegierten von Dresden in ihre Gemeinden und Gruppen zurück.

Ungewohnte Basisnähe

Bis zum Oktober 1988 hatten die Arbeitsgruppen ein knappes halbes Jahr Zeit, erste Textvorlagen zu erarbeiten. Experten konnten hinzugezogen werden. Die zweite Session der Ökumenischen Versammlung tagte vom 8. bis 11. Oktober 1988 im Dom zu Magdeburg. Im Wechsel von Plenardebatten und Arbeitsgruppensitzungen wurden die Entwürfe bearbeitet und per Abstimmung für die Gemeindediskussion freigegeben. Die abendlichen Psalmgebete mit ihrer dichten Sprache und die Steine des gotischen Gotteshauses stellten die vielen aktuellen Worte und Wörter zur Rettung der Welt in ein rechtes, manche gelassen machendes Maß.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

In den Monaten nach Dresden wurden einige zehntausend Exemplare der Entwürfe im Dresdner Sekretariat abgerufen. Erneut waren die Gemeinden gebeten worden, die Texte zu besprechen und Änderungsvorschläge einzureichen. Von den Arbeitsgruppen wurden Konsultationen und regionale Foren zum Bekanntmachen der Papiere und zur Diskussion angeboten. Auch Hearings mit Sachverständigen aus staatlichen Bereichen wurden angestrebt. Viele der gewonnenen Erkenntnisse aus dieser für die Kirchen der DDR ungewohnten Basisnähe wurden erneut in die Texte eingearbeitet.

So gerüstet traf man sich zur abschließenden dritten Session vom 26. bis 30. April 1989 erneut in Dresden. In zwei Lesungen wurden die 13 Texte behandelt und bis auf den Text „Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartungen“ mit erstaunlich sicheren Zweidrittelmehrheiten verabschiedet. In der Debatte um dieses Papier wurde vor allem darum gestritten, wie weit es für einen Dialog mit staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Kräften geeignet sei. Eine Nichtannahme hätte die Aussagen der anderen Dokumente beeinträchtigt. Das umstrittene Papier wurde angenommen.

Die Dokumente konnten im abendlichen Gottesdienst in der Kreuzkirche den Vertretern der beteiligten Kirchen übergeben werden. Friedrich Schorlemmer aus Wittenberg sprach für alle Delegierten dieser eineinhalbjährigen Etappe eines viel länger währenden Prozesses, als er den begonnenen Hoffnungsweg zusammenfasste: „Wir haben unseren Blick geweitet auf die Probleme der großen, weiten Welt, und wir haben uns beschränkt auf unsere kleine, enge Welt [...] Wir haben uns bewegt, wir haben gelernt voneinander, wir haben uns geändert. Es hat sich etwas bewegt, in unseren Gemeinden, in unserer Gesellschaft. [...] Wir haben Leben in Worte gefasst, Worte in viel Papier verwandelt und hoffen nun, dass Papier sich wieder in Leben wandelt. Alle unsere Worte tragen nur, wenn sie getragen sind von Gottes schöpferischem Wort.“

Gegenwartsdeutung und Zukunftsgestaltung

Die Texte ergeben zusammengefasst über 100 Seiten sozialetische Orientierungshilfe für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Eine Vorstellung der Inhalte der Dokumente kann hier nur äußerst knapp und somit gefährlich unvollständig erfolgen.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Text 1: Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung/Theologische Grundlegung

Dieser Text gehört zu den anregendsten Dokumenten der Ökumenischen Versammlung. Er überschreitet in seiner Analyse die konfessionellen Lehrtraditionen und kommt in einer klaren Sprache zu drei vorrangigen Verpflichtungen:

11. Verpflichtung für Gewaltfreiheit und einen ökumenischen Friedensdienst;
12. Verpflichtung für die Armen, welche den Dienst der Kirchen am Ost-West-Konflikt mit dem Nord-Süd-Konflikt verbindet und
13. Verpflichtung für den Schutz und die Förderung des Lebens.

Umkehr als Ruf Gottes wird als Angebot und Notwendigkeit in der Krise gewertet. Die Kirchen sind zum Dienst am Schalom verpflichtet, der sich im Alltag zeigen muss. Dies kann nur mit dem Bekennen von Schuld, Unterlassung und Versagen, als Anteil der Kirchen an der Krise, einhergehen. Um der bedrohten Menschheit das gemeinsame Überleben zu sichern sind neue soziale und ökonomische Modelle notwendig, die den Bürgern mehr Beteiligung und Gerechtigkeit zugestehen. Dieser von großer ökumenischer Einmütigkeit getragene Text könnte ein guter Partner für andere theologische Zeitdeutungen und Kairopapiere sein.

Text 2: Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit

Als Wurzel und Triebkraft der weltweiten Ungerechtigkeit werden die einseitig marktwirtschaftlich orientierten (im früheren Entwurf: „kapitalistischen“) Mechanismen des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems beschrieben, auf die der Versuch eines alternativen Wirtschaftssystems der sozialistischen Länder wenig Einfluss nehmen konnte und in die er zusehends integriert wird. Die Handelsbeziehungen der DDR mit den Entwicklungsländern vermochten nicht, dauerhaft eine neue Qualität zu erreichen. Die binnenländische Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik muss auch international angestrebt werden. Eine Reihe von Handlungsorientierungen wurde genannt. Fragen der Bewusstseinsarbeit und des Lebensstils haben dabei ein besonderes Gewicht. An die Regierung gewandt, wird u. a. nach erweiterten Möglichkeiten der Mitarbeit in der Zwei-Drittel-Welt gefragt und eine aktive Mitarbeit in den entwicklungspolitischen Programmen der Vereinten Nationen gefordert.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Text 3.1: Leben in Solidarität mit Ausländern und Ausländerinnen

Als ein Feld konkreter Solidarität wird das zu gestaltende Miteinander unserer Bevölkerung mit den inzwischen weit über 80.000 in unserem Land lebenden Arbeitern beschrieben, die auf Grund von Staatsverträgen meist aus Vietnam, Mosambik und Kuba zu uns kommen. Vor allem die Kirchengemeinden sollten hier eine Aufgabe sehen. Die Kirchen werden um Mitarbeiter für die Ausländerseelsorge und die Regierung um umfassendere Informationen gebeten. Letzteres wurde durch die Medien erfreulich schnell aufgenommen.

Text 3.2: Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartungen

Der Abschluss von Teil 1 umschreibt deutlich den Geist dieses Textes: „Darum treten wir für einen umfassenden Dialog in unserer Gesellschaft ein, in dem Probleme offen benannt, um die notwendigen Entscheidungen gemeinsam gerungen und die nötigen Schritte miteinander gegangen werden.“

Gerechtigkeit wird als Gabe Gottes und Verheißung verstanden, die auf Antwort wartet. Für die Gesellschaft der DDR wurden Defizite diagnostiziert, welche die Enttäuschung vieler Menschen bewirken. Zur Verringerung der Defizite werden u.a. größere Rechtssicherheit und ein erneuertes Wahlrecht gefordert, ferner wird auf die Freiheit der Information und der Künste sowie für Versammlungen hingewiesen, um erweiterte Reisebestimmungen gebeten und es werden Gespräche über die Rolle von Frau und Mann, Ehe und Familie angestrebt. Die Kirchen sollen die Menschen in diesem Prozess unterstützen, auch wenn sie als Institutionen in Vergangenheit und Gegenwart ihren eigenen hohen moralischen Ansprüchen oft nicht gerecht geworden sind.

Text 4: Der Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung

„Wir erteilen Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungswaffen gegründeten Abschreckung eine Absage“, heißt es im Text. Das gegenwärtige Sicherheitssystem sei Ausdruck einer Perversion von Sicherheit, die sich mit dem christlichen Glauben nicht vereinbaren lässt. Es zeichnen sich Chancen für eine Friedensordnung ab, die mit dem Aufbau von struktureller Nichtangriffsfähigkeit und internationaler Rüstungskontrolle verbunden ist.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Text 5: Orientierung und Hilfe zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung

Krieg wird als „kein geeignetes und zuverlässiges Mittel der Konfliktlösung“ angesehen. Die Schlussfolgerungen daraus für die Wehrdienstfrage wurden unterschiedlich gesehen. Drei Möglichkeiten wurden benannt:

- Wehrdienstverweigerung, für die es in der DDR zurzeit noch keine rechtliche Regelung gibt. Diese Entscheidung wird als „ein Zeichen der Gewaltfreiheit“ und „als prophetischer Dienst« verstanden.
- Wehrdienst ohne Waffe als Bausoldat. Dieser Dienst „stellt den schwierigen Versuch dar, dieses Zeugnis (der Gewaltfreiheit) unter militärischen Bedingungen zu gehen“.
- Wehrdienst mit Waffe.

Die Verringerung von militärischen Inhalten und Strukturen im Bildungswesen und im Berufsleben soll angestrebt werden.

Text 6: Aspekte der Friedenserziehung

Zentrale Aufgabe der Friedenspädagogik ist die Befähigung zu Konfliktlösungen und zur Mündigkeit. Um der Entstehung von Feindbildern zu begegnen werden eine Reihe von konkreten Aufgaben für Eltern, Familien und die kirchlichen und gesellschaftlichen Erziehungsträger aufgelistet: „Beginnend mit kleinen Schritten wollen wir in der Nachfolge Jesu zu einem umfassenden Prozess der Ent-Feindung in unserem zerrissenen Europa beitragen.“

Text 7: Kirche des Friedens werden

Dieser Text bekennt am deutlichsten das bisherige Versagen der Kirchen am Schalom-Auftrag Gottes. Ihr Gespalten-Sein, die Verflochtenheit mit den Herrschenden und die theologische Legitimierung der Macht, ängstliche Abgrenzungen und Unbeweglichkeit, aber auch nicht zu hinterfragende Herrschaftsansprüche stehen und standen dem entgegen. Es wird die Vision einer Gemeinschaft – *Communio* – entworfen, die in ökumenischen Horizonten denkt und handelt, ein verbindliches Zeugnis leben kann und den Weg zum Tisch des Herrn gemeinsam gehen wird.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Text 8: Auf der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung

Der eine ökologische Engführung vermeidende Text beschreibt die Situation u. a. mit dem Satz: „Wir erleben die Kluft zwischen der Sehnsucht nach einem erfüllten Leben und unserem Unvermögen, zu neuen Wegen aufzubrechen.“ Als Ziel nennt er: „Wir wollen uns besinnen auf Lebenswertes wie Kommunikation und Toleranz, Kreativität und Phantasie, Liebe und Barmherzigkeit, Freude am eigenen Leben und der Schöpfung, Offenheit für tiefere Erfahrungen des Glaubens“.

Text 9: Dem Menschen dienen – das Leben bewahren

In unserem technisierten Zeitalter ist es besonders notwendig, das menschliche Leben von der Zeugung bis zum Tod zu schützen, betont der Text. Die Vorstellung, „alles sei machbar“ erzeugt die Illusion einer leidfreien Welt. Hervorgehoben wird, dass für Christen „Schwangerschaftsabbruch kein Mittel der Geburtenregelung ist“. Weiter wird gesagt, dass das ungeborene Kind kein Objekt biologischer Experimente sein dürfe und die Würde menschlichen Lebens umfassend gewährt werden müsse.

Text 10: Ökologie und Ökonomie

Zum ungelösten Zusammenhang von Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit wird ausgeführt, dass auch die sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Lebensweise der Menschen in der DDR Schaden an der Umwelt nicht verhindert haben. In die Planung, Produktion und Konsumtion müssen Umweltkriterien gezielt mit einfließen. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist um die Öko-Politik zu erweitern. Änderungen im Verhalten des Einzelnen sind notwendig und bedürfen keiner großen volkswirtschaftlichen Investitionen. Der grenzüberschreitende Transfer von Abprodukten sollte unterbunden und alternative Energiequellen erschlossen werden.

Text 11: Energie für die Zukunft

Vor allem vor dem Hintergrund der Braunkohleforderung durch großflächigen Tagebau in der DDR wird ausgeführt, dass Energieeinsparung die größte Energiereserve unseres Landes ist; denn im Pro-Kopf-Verbrauch liegen wir nach den USA und Kanada an dritter Stelle im Weltvergleich. Der Ausstieg aus der Kerntechnik wird als „unumgänglich“ angesehen.

Text 12: Der Wert von Informationen für Umweltbewusstsein und -engagement

Die Kurzform dieses Dokumentes lautet: „Ohne Information wächst kein Engagement“. Es sei unbefriedigend, dass notwendige Daten über Umweltwerte der DDR oft nur aus westlichen Medien zu erfahren sind; „...weil sie ein Ausdruck von Ehrlichkeit wären, würden sie die Achtung vor dem Staat langfristig eher vergrößern als verkleinern – auch wenn die Offenlegung wenig Erfreuliches zutage fördern würde.“ Die Kirchen hätten Aufgaben der Informationsarbeit und Bewusstseinsbildung sowie der Vermittlung von ökologischem Grundwissen auch in der kirchlichen Ausbildung.

Die Kirchen müssen auch sich selbst noch deutlicher erkennen. Die Dokumente der Ökumenischen Versammlung stellen ein großes Gesprächsangebot für Christen und Nichtchristen, für die Gemeinden und Gruppen, für Kirchenleitungen und Synoden und für staatliche Stellen dar. In Basel wurden wichtige Erkenntnisse in die Europäische Erklärung aufgenommen. Dass sie für kirchliche Texte stark in gesellschaftliche Bereiche zielen, liegt nicht nur an den drei Themen des Konziliaren Prozesses, sondern an der großen Sehnsucht und Notwendigkeit nach einer umfassenden gesellschaftlichen Debatte in der DDR.

Das deutliche Wort an die Kirchen blieb weitgehend aus. Dies wird die Kraft der Texte und die durch sie motivierten Schritte schwächen. In der Plenardebatte über den Fortgang des Konziliaren Prozesses nach der Beendigung des Mandats der Ökumenischen Versammlung wurden deutliche Bremsversuche durch Vertreter von Kirchenleitungen sichtbar. In die Konsultativgruppe der AGCK zur Begleitung der Weiterarbeit sollten nur zwei Vertreter der Delegierten gewählt werden. Und auf Anfragen an die kirchenleitenden Gremien, wie mit den vielen Vorschlägen in den Texten zur Stärkung der Sach-, Bewusstseins- und Basisarbeit durch einzusetzende Studiengruppen, Informationszentren oder Koordinatorenstellen für die interkirchliche Arbeit zu verfahren sei, wurde sehr zurückhaltend oder (in der Mehrzahl) gar nicht geantwortet. Von einem zukünftig gemeinsamen, verpflichtenden Handeln war wenig zu spüren.

Es hat den Anschein, dass die Delegierten mit ihrer ökumenischen Erfahrung recht allein gelassen werden und überfordert sind, die ekklesiologische Dimension dieses spirituellen Sachgesprächs von neunzehn verschiedenen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften aufzuheben und weiterzugeben. Auf dem Leipziger Kirchentag im Juli d. J. spielten die Themen des Konziliaren Prozesses nur

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

am Rand eine Rolle. So fühlen sich in vielen Gruppen die Kritiker bestätigt. Mit dem Abschluss der Versammlung scheint vielerorts der Prozess beendet zu sein. Die Weiterarbeit erschwert, dass bis Ende Juli 1989 die Dokumente in ihrer Endfassung – aus technischen Gründen, wie es heißt – noch nicht vervielfältigt werden konnten.

Die Hoffnung, die gehen lernte und die viele auf den Weg brachte, braucht Dächer, Stuben und Plätze, wo sie von ihrem Ziel erzählen kann, damit Menschen gemeinsam die Gefahren besser sehen lernen und nicht wegblicken, damit sie die Herausforderungen sicherer beurteilen und wider die Zerstörung handeln, an der sie oft genug selbst beteiligt sind. Eine Hoffnung ging um in unseren Kirchen, auch in unserem Land. Sie hat Töchter und Söhne bekommen.

Auf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im September dieses Jahres in Eisenach mit dem Schwerpunkt Konziliarer Prozess wird es darauf ankommen, dass diese Hoffnung wieder sicher und aufrecht gehen lernt, um die Umkehr wider die Umkehr zu verhindern.

Leipziger Legenden

Erinnerungen an die Anfänge der Friedensgebete am Montag 1982 in der Nikolaikirche von Leipzig (1999)

Zuerst erschienen in: Die Zeichen der Zeit – Lutherische Monatshefte. Hannover, 11/99. S. 36-38.

Leipziger Bürger, wie stolz das klingt. Also Leipziger Bürgerinnen und Bürger sandten mir unlängst Zeitungsausschnitte. Ihr Erscheinen liegt schon etwas länger zurück, die Aktualität hält aber an. Es geht um die legendären Leipziger Friedensgebete und deren Entstehungsgeschichte. Die Leipziger Bürger hatten einige Stellen angestrichen. Unter anderem: „Anfangs waren die Friedensgebete nur kleine Winkelveranstaltungen, regelmäßig am Montag 17.00 Uhr, getragen von der Jungen Gemeinde“. Diese Zeilen würden den Rückblick verzerren, meinten sie, im erinnerungsträchtigen Herbst 1999. Sie baten um Erinnerung, ich sei ja dabei gewesen. Zwischen 1980 und 1985 arbeitete ich an der St. Thomas-Kirche und im Jugendpfarramt der Messestadt. Wie kam die "Heldenstadt" Leipzig zu ihrem „alles ins Wanken“ bringenden Friedensgebet?

Zu den ersten, die spätere Geschichte mit bestimmenden Friedensgebeten der DDR luden Frauen schon im Dezember 1978 in die Erfurter Lorenzkirche ein. Sie wollten ihren Protest über den von der SED-Führung verordneten, für alle Schüler obligatorischen "Wehrkundeunterricht" zum Ausdruck bringen. Und im Frühjahr 1981 ging von der Dresdener Weinbergsgemeinde die Initiative "Sozialer Friedensdienst" (Sofd) aus, welche ein DDR-weites Netz von Friedensgebeten als Kommunikations- und Solidarisierungsprozess angeregt hatte. In den Jahren zwischen 1975 und 1982 gab es mitten im "KSZE-befriedeten" Europa einen gewissen Abschwung des kalten Krieges und fast parallel dazu begannen Hochrüstung und Raketenstationierungen in Ost und West. Diese eigentlich gegenläufigen Vorgänge führten zu mehr Selbstbewusstsein der Bürger und zu Protesten. Das war mit einer Vielzahl von Aufbrüchen in ost- und westeuropäischen Staaten und Städten verbunden. Der Kontinent kam nach und nach in Bewegung. Nur drei Stichworte sollen genügen: Es bildeten sich in dieser Zeit die Prager Charta 77, die oppositionelle polnische Arbeiterbewegung "Solidarnosc" um Lech Walesa und die westdeutsche Friedensbewegung heraus. In diesen Zeitabschnitt lassen sich die dezentralen Friedensgebete in der DDR einordnen. Verdeckte Unruhe herrschte auch in der DDR und die Risse im SED-Staat wurden immer sichtbarer. Vielfältige und spontane Formen individueller

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

und öffentlicher Verständigung versuchte seit 1980 auch die "Friedensdekade" in den Evangelischen Kirchen zu bündeln und zu verstärken. Diese Friedensdekaden waren von der Evangelischen Jugendarbeit angeregt worden. Die Kirchenleitungen hatten für einen begrenzten Zeitraum bei den staatlichen Stellen eine Duldung erlangt. Zehn Tage im November, einer unattraktiven "Saure Gurkenzeit" im Kirchenjahr, wurden nun der Diskussion vor allem politischer und sozialetischer Fragen und auch dem Protest gewidmet. Zu den Friedensdekaden gab es gemeinsames, Identität stiftendes Material.

Die Friedensdekade wurde zum Ausdruck des Drängens auf gesellschaftliche Mitsprache der Basisgruppen und von Teilen der Kirche. Zehn Tage, jeweils bis zum Herbstbußtag, luden in vielen Städten und Dörfern die Glocken meist um 18 Uhr zu den abwechslungsreich gestalteten Friedensgebeten ein. Die Friedensgebete waren oft die markantesten, aber nicht die einzigen Veranstaltungen der Dekaden. Auch durch die Verbreitung des Aufnähers "Schwerter zu Pflugscharen" konnte Öffentlichkeit jenseits der kirchlichen Räume erreicht werden. So auch in Leipzig. In den Schulen wurden die Aufnäher verboten. Direktoren bedrohten die Schüler. Die älteren, sozusagen die "normalen" Glieder der Kirchgemeinden, standen diesen Vorgängen eher erstaunt bzw. irritiert gegenüber. Die Jugendlichen hingegen forderten Diskussionen über aktuelle Themen und diskutierten zu dieser Zeit heftig. Sie waren wachsinzig angesichts der außen- und innenpolitischen Bedrohung und verknüpften diese mit ihrem Alltag. Hier vor allem ist der Ursprung und Ort der Friedensgebete zu sehen. Kirchliche Mitarbeiter haben dies aufgenommen oder dem nachgegeben. Das Besondere der Leipziger Friedensgebete war nicht ihre "Existenz" an sich oder gar deren Erfindung, sondern ihr Fortführen außerhalb des zunächst vorgesehenen Rahmens der zehn Tage im Herbst und die Kontinuität bis 1989.

Ein auslösendes "Vorkommnis" führte vor allem zu den Leipziger Friedensgebeten jenseits der Dekade. Anfang September 1982 geschah in der Evangelischen Gemeinde von Probstheida folgende Episode: in dem Büro- und Versammlungsraum der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde in der Russenstraße begegneten sich zufällig der Bibelkreis, vor allem Rentnerinnen, und eine Gruppe der Jungen Gemeinde. Terminüberschneidung. Beide Seiten waren überrascht. Da man nun mal zusammen war, sprach man auch miteinander. Vor allem die älteren Frauen fragten nach den Belangen der Jugend. Ganz konkret fragten sie nach den "Schwerter-Aufnähern". Sie hatten ja so manches gehört und verstanden nur schwer, warum die Jugend immer diesen Ärger mit dem Staat hatte. Das

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Gespräch wurde lebhaft. Die Jugendlichen erzählten, aus der Schule, vom Wehrkundeunterricht, der Friedensdekade, dem "sich verpflichten müssen, fürs Militär" wegen eines Studienplatzes usw. usw. Die älteren Frauen waren erstaunt, dankbar und empört. Sie schimpften: "Warum hat uns das denn keiner gesagt?" Und ermutigten: "Das müsst ihr immer wieder erzählen, damit wir euch verstehen können." Diese Aufforderung traf bei Günter Johannsen, dem pädagogischen Mitarbeiter der Gemeinde auf offene Ohren. Schon länger hatte er sich mit dem Gedanken getragen, Veranstaltungen, vergleichbar den herbstlichen Friedensgebeten, über das gesamte Jahr hinweg durchzuführen. Günter Johannsen und Olaf Müller, ein junger Mann, damals ein engagiertes Mitglied der Jungen Gemeinde, wandten sich an Friedrich Magirius, dem für Porbstheida zuständigen Superintendenten in Leipzig-Ost und einer der Pfarrer an St. Nikolai. Vorgetragen wurde der Wunsch eines wöchentlichen Friedensgebetes. Die Ängste der Jugend sollte es aufnehmen und über Zusammenhänge informieren. Ein Angebot -gerade für der Kirche fern Stehende- sollte es sein. Die beiden Initiatoren sprachen auch mich an und baten um Mitarbeit. Magirius reagierte erst zurückhaltend, doch bald öffnete er sich der Idee. "Dann macht es bis zur Friedensdekade im November", meinte er. Wir wollten das wöchentliche Gebet in der Nikolai-Kirche, der "Jugendkirche" in der Leipziger City, halten. Der Kirchenvorstand von St. Nikolai zögerte. Es sei noch keine Friedensdekade, wurde eingewandt. Und wer trägt die Verantwortung? Es gab Zurückhaltung der Mitarbeiter und des Kirchenvorstandes von St. Nikolai gegenüber einer "vorfristigen Aufnahme" der Friedensgebete. Lutherische Gemeinden können sehr selbständig sein. Die Thomaskirche wurde erwogen, durch die Grabstätte von Johann Sebastian Bach aber als zu "protokollarisch" angesehen. Im Jugendpfarramt war man froh, dass die Friedensdekade noch weit weg war. Es meldete: Kein Bedarf! Ende September 1982 war dann alles geklärt. Superintendent Magirius hatte ein zeitweises "O.K." für die Gebete erwirkt. Der erste Aufruf mit der Einladung zum "Friedensgebet in der Nikolaikirche" wurde verfasst, auf Ormig, das lilablaue Vervielfältigungspapier geschrieben (Auflage pro Matriz maximal 150 Blatt) und auf dem Vervielfältigungsgerät der Jungen Gemeinde von St. Thomas und Matthäi abgezogen. Dieser erste Aufruf trägt die Unterschriften von Günter Johannsen, Olaf Müller und dem Autor. Das noch heute im Informationsfenster der St. Nikolaikirche zum Friedensgebet einladende große Plakat mit dem "Schwerter-zu-Pflug-Schmied" und dem Regenbogen wurde von André Steidtmann aus der Jungen Gemeinde Probstheida gestaltet. So begannen in den ersten Oktobertagen 1982 die Leipziger Friedensgebete am Montag. Vom 07. bis zum 17. November des Jahres fanden dann Abend für Abend die gut

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

besuchten und in vielfältigen Formen gestalteten stadtweiten Friedensgebete in St. Nikolai und in weiteren Kirchen der Messestadt statt.

In meiner Erinnerung war ein weiteres "Vorkommnis" für die Fortführung der Friedensgebete nach der Dekade von einer gewissen Bedeutung: Am Totensonntag, nach dem letzten "offiziellen" Friedensgebet, räumte die Bereitschaftspolizei der Messestadt auf brutale Weise ein von Punks bewohntes, ursprünglich leerstehendes Haus in der Brüderstraße. Einige Punks wurden ohne Haftbefehl festgehalten und verhört. Nicht inhaftierte Punks wandten sich an die Initiatoren der Friedensgebete. Ihre Forderung: "Macht was! Helft unseren Freunden! Stellt Öffentlichkeit her!" Gelegentlich wurde in den Friedensgebeten über derartige Übergriffe berichtet und protestiert. Aber: Die Friedensgebete – nach der Dekade – waren beendet. Wir hatten keinen weiterführenden Beschluss. Der Kirchenvorstand von St. Nikolai zögerte: "Die Dekade sei doch vorbei". Müller und Johannsen drängten auf die Fortsetzung der Friedensgebete. Auch ich war zurückhaltend. Die Punks, aber auch viele Jugendliche machten deutlich: Die Friedensgebete dürfen nicht auf die "zentral" abgesegneten zehn Abende bis zum Bußtag reduziert werden. Friedrich Magirius fand einen Weg mit der St. Nikolaigemeinde. Es war allerdings eher Duldung als "offene Tür". Zwei oder drei Wochen nach dem Ende der Friedensdekade 82 wurde dann der Aufruf "Das Friedensgebet geht weiter!" verfasst, wieder auf Ormig getippt, von den "drei Erstunterzeichnern" unterschrieben, abgezogen und verteilt. In dieser Phase war es, neben Günter Johannsen und Olaf Müller vor allem Friedrich Magirius, der sich als Superintendent für die Weiterführung des Friedensgebetes eingesetzt hatte. Zum Gebet am Wochentag Montag kam es, weil die an den Nachmittagen meist überfüllten Dienstkalender der kirchlichen Mitarbeiter nur noch am Montag ein Plätzchen aufwiesen.

Im Herbst 1989 trieben die Montagsgebete von Leipzig die Ereignisse in der kleineren deutschen Republik voran. Das Politbüro tagte immer erst am Dienstag. Die alten Herren wurden von den "Wellen" der Montagsrunden regelmäßig überrascht. Die Montagsgebete bestimmten in den letzten Wochen der SED-Herrschaft die Tagesordnung des Politbüros. Vielleicht wirkte sich das Gebet am Montag auch deshalb deeskalierend auf den unblutigen Ausgang der "Wende" in der DDR aus, denn die Genossen mussten nun reagieren und waren plötzlich in der Defensive, mitten im eigenen Land. Aber das könnte schon eine weitere Legendenbildung sein. Das Besondere der Leipziger Friedensgebe-

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

te war, dass sie den durchaus hilfreichen, aber begrenzten Rahmen der Friedensdekade verlassen hatten. Die Unruhe, die Probleme und die Sorgen bestanden ja weiter.

Die in den Veranstaltungen der Dekade erlebte Solidarität, die mühsamen und schönen Versuche, im Umfeld von biblischen Texten Worte finden zu können und Gesten, die anderen verständlich und wichtig waren, wollten einige Menschen aus Leipziger Gemeinden weiterführen. Pfarrer spielten in den ersten Jahren der Friedensgebete eine eher untergeordnete Rolle. Den Aufruf "Das Friedensgebet geht weiter" nahmen die bereits existierenden und im Entstehen begriffenen Informations- bzw. Arbeitsgruppen und einige Gemeinden gern auf. Die Initiatoren wurden bei den wöchentlichen Friedensgebeten schnell unterstützt. Häufig wurde aber auch vom kirchlichen Mittelbau gefragt: "Wer verantwortet eigentlich, was da stattfindet?" Ich möchte nichts verklären. Es waren nicht alle Friedensgebete bemerkenswert. Manche waren langweilig, einige gar peinlich, weil formal und inhaltlich unzureichend. Was halt so in Gottesdiensten alles vorkommen kann, passierte auch in Friedensgebeten. Zeitweise wurde intern beraten, die Montagsgebete einzustellen, da der Besuch unstet war. Dank denen, die gesagt haben: "Wir machen weiter!" Beim Erinnern wird mir bewusst: die Orgel hat fast immer gespielt, wenn dies gewünscht wurde. Dank den Organisten. Die Andachten fanden in den unterschiedlichsten Formen Woche für Woche statt. Die Beteiligten kamen aus ganz Leipzig. Die Friedensgebete zu St. Nikolai waren schon deshalb keine "Winkelveranstaltungen der Jungen Gemeinde".

Aber: Diese Friedensgebete wollten keine Heldentaten sein. Sie stellten ein Angebot von meist jüngeren, sensiblen und wachen Leuten an ihre Stadt und an die Kirche, aus der sie nicht ausreisen und nicht austreten wollten, auf der Suche nach Wahrhaftigkeit dar. Für das Verständnis der damaligen Zeit ist es hilfreich, nicht zu vergessen, was es im September 1982, im Mai 1983 oder im Herbst 1984 unter Umständen bedeuten konnte, ein Friedensgebet mitzugestalten: Für den Oberschüler, der mitten im Abitur die Fürbitte im Friedensgebet sprach, für die angehende Doktorandin der Karl-Marx-Universität, die einen Bibeltext interpretierte (Zulassung zur Promotion konnte zurückgezogen werden) oder für die Technologin, die ach so geheime Umweltdaten von Leipzig verlas. Damals gab es noch Parteisekretäre! Die ließen vorladen oder luden persönlich vor. Allerdings meist nur die "Laien der Kirche", selten die kirchlichen Mitarbeiter. Zu erinnern ist weiterhin: in der Regel gab es in den frühen

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

achtziger Jahren während der Friedensgebete nicht die große, schützende Masse von hundert oder gar tausend Besuchern in St. Nikolai, wie in den letzten zwei, drei Monaten des Revolutionsjahres 89. Auf ganz eigene Weise wurde in den ersten Jahren des Friedensgebetes stotternd, respektvoll-beschämt (wegen der Ferne des "möglichen" Gottes), wütend, lustig, lästernd, gelassen, suchend und "singend" gesagt: "Wir sind das Volk..." Es wurden dafür nur andere Wörter verwendet. Manchmal standen wir irritiert neben uns, mitten in dieser riesigen Kirche und hörten unseren Worten nach. Diese verhallten, vergleichbar den Schritten der Besucher, die über den langen Gang das Kirchenschiff langsam verließen, im Raum.

Um 1988 muss sich der Charakter der Friedensgebete gewandelt haben. Da parkten dann öfter "Ladas" und "Golf-GL-Limousinen" vor der Kirche, wo sonst die Fahrräder standen. Besucher fanden sich ein, die baten um ihr Recht auf Ausreise. Damals schon, vermute ich – nicht erst im Dezember 89 auf den Straßen des Leipziger Rings – wurde auf den Gängen und Emporen der Nikolaikirche geraunt: "Wir sind ein Volk...". Heute schaut die Öffentlichkeit auf die großen Teilnehmerzahlen der kraftvollen Leipziger Demonstrationen vom Herbst 89. Schön waren sie, die Demos. Rund war der Ring und laut waren die Sprechchöre. Man ist aber gut beraten, wenn man berücksichtigt: zur Zeit der ersten Leipziger Sprechchöre hatte Ungarn die Grenze schon längst geöffnet und die DDR war restlos pleite. Sie war ökonomisch und politisch entleert. Deshalb die vollen Straßen. Die Leipziger Friedensgebete bekamen durch diese Ereignisse eine andere Gestalt. Sie haben dem unerwarteten Zusammenbruch der DDR eine Form geben können. Das hat geholfen, Unheil und Blutvergießen zu verhindern. Den Verlauf der "Wende" haben diese wichtigen 89er Friedensgebete mit beeinflusst.

Diejenigen die sie zu diesem Zeitpunkt mit gestaltet haben, leisteten Herausragendes. Dafür gebührt Dank, Respekt und Anerkennung. Hilfreich ist aber auch, an die Anfänge zu erinnern. Sie waren gute protestantische. Sie kamen von den Rändern der Gemeinden und der Stadt, versammelten sich um das schützende und erhellende Wort der Bibel und drängten in Gemeinschaft an die Öffentlichkeit. Der Rückblick verführt leicht, Vergangenes wie einen Film zu sehen, der auf Hauptrollen nicht verzichten kann. Das aber widerspricht dem langjährigen Charakter der Leipziger Friedensgebete. Diese wurden von vielen einzelnen und sehr verschiedenen Menschen getragen.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Stellvertretend, ein wenig Pathos kann schon sein, nach so vielen Jahren, sollen dankbar für die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Stunden genannt werden: Günter Johannsen und Olaf Müller, Joachim Förster und Christof Kelz, Christina, Joachim und Gisela, Christian-Felix, Reinhard und Gunter, Ralf, Kornelia, Bernd und Uta, Tobias, Gudrun, Roland, Frank und Michael, Andrea, Karim, Gertrud, Willi, Nico, Christoph und Friedrich, Johannes, Brigitte, Christian, Marion, Wolfram, Aribert und Klaus, Thomas, Bernhard, Jens und Susanne, natürlich auch Gottfried und Friedel aus Wahren und Lindenau, Stötteritz, Probstheida, Michaelis, St. Markus, Gohlis und St. Thomas, aus der Mozartstraße und der katholischen Probstei, aus Sellerhausen und Leutzsch.

Frisst die Revolution ihre Kinder?

Zur Diskussion: Scheinbar gibt es bei Bischofswahlen keine Kandidaten mit ostdeutschen Lebenswegen (2009)

Erschienen in: Ev. Wochenzeitung „die kirche“, Berlin, Heft 19, 03.05.2009

Frisst nun die Revolution ihre Kinder oder lassen die Mütter und Väter die Revolution verhungern? Es gibt im Jahr des Gedenkens an „20 Jahre Friedliche Revolution“ eine Spannung zu den mehrfach stattfindenden Wahlen von evangelischen Bischöfinnen und Bischöfen. In Mitteldeutschland stellten und in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz stellen sich nur Westdeutsche der Wahl. In der sächsischen und der anhaltischen Landeskirche wurden leitende Geistliche mit altbundesdeutscher Sozialisation gekürt. Der Befund ist gravierend.

Doch soll hier nicht gegen die westdeutschen Kandidatinnen und Kandidaten gesprochen werden. Vielmehr wird ihnen für die Kandidatur gedankt. Nur löst dies das Problem nicht. Warum gibt es scheinbar keine geeigneten Kandidaten mit ostdeutschen Lebenswegen?

Ich unterstelle der Findungskommission nicht, sie sei von Blindheit geschlagen. Ich teile aber die Sorge um eine angemessene geistliche Vertretung von Christinnen und Christen aus Ostdeutschland und dem Kirchesein während der DDR in diesen hohen Ämtern. Ist es nun Mangel an verheißungsvollen Ost-Kandidaten oder ist es Verweigerung der potentiell Fähigen?

Wäre es Mangel, könnte es ein „typisch“ ostdeutsches Phänomen sein. Schnell wird gesagt: Die Personaldecke ist hier immer zu dünn. Das mag für die Wirtschaft oder die Justiz gelten. In der DDR gab es vielfältige Gründe, als Christin oder Christ seine Kräfte nicht einer ideologisierten Planwirtschaft oder Parteijustiz zur Verfügung zu stellen. Nicht selten mit schwerem Erfahrungsrückstand und Nachteilen nach 1989.

In den evangelischen Kirchen war die Lage aber anders. Sie verfügten über drei unabhängige Hochschulen. Absolventen gab es reichlich. Zudem galten die Ostkirchen als Musterschüler der Ökumene. Weltoffen und moderationsfähig waren wir hier, jedenfalls etliche. Wo sind diese Fähigkeiten hin? Vom Winde verweht,

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

von der Politik gebunden? Dann wäre Angela Merkel als Kanzlerin der Gipfel ostdeutschen Protestantismus. Bei aller Achtung: Das will ich nicht glauben. Vielleicht gehen uns prophetische Aufgaben wie Lügen offen zu legen, Unrecht anzuprangern oder akute Hilfe einzufordern mit Gott im Rücken leichter von der Hand als geduldige Arbeit an Strukturen. Zumal die immer hinter dem Optimum zurückbleibt. Der Schwung der Aufbrüche setzt nicht selbstverständlich Kräfte für die Mühen der Ebene frei.

Wenn Mangel an geeigneten Kandidaten kein ausreichend schlüssiges Argument ist, ist dann vielleicht Verweigerung eines? Haben sich – und wenn ja, warum – geeignete Kandidaten aus dem Osten zu sehr geziert und die Reichweite nicht bedacht? Immerhin könnte es sein, dass die nächsten zehn Jahre kein Bischof oder keine Bischöfin mit ostdeutscher Biographie die immer noch in mehrfacher Millionenstärke verbleibende Protestantenschar zwischen Werra und Oder vertritt.

Nicht im Rat der EKD und nicht in der Ökumene, nicht bei 500 Jahre Wittenbergische Reformation, nicht gegenüber den Medien und im Diskurs mit politischen Kräften bei all den wichtigen, sozial-ethischen Fragen der nahen und der fernen Zukunft. Vielleicht sollte auch mehr über die Erfahrungen während der Kandidatenkür berichtet werden. Der Wahl, den Kandidaten und einer protestantischen wie transparenten und damit einladenden Kirche bekäme eine Debatte in ureigener Sache gut.

„Wir lassen uns in den Friedensgebeten nichts vorschreiben“

Hans-Joachim Döring war einer der Initiatoren der Montagsgebete in der Leipziger Nikolaikirche

von Aleksandra Majzlic

Erschienen in: Aleksandra Majzlic (2020) Mut zum Protest: Erfahrungen von DDR-Zeitzeugen. Hannover S. 45-55.

Leipzig – das Zentrum der Friedlichen Revolution. Die Montagsdemonstrationen gingen von den Montagsgebeten aus. Seit 1982 gab es die Friedensgebete in der Nikolaikirche. Hans-Joachim Döring regte sie gemeinsam mit Mitstreitern an. Drei Jahre lang gestaltete er eine Montagsmesse pro Monat in der Nikolaikirche. Auch außerhalb der Kirchenräume fand sich der damalige Diakon mit Jugendlichen zu Protesten zusammen. Dabei geriet er ins Fadenkreuz der Staatssicherheit, von den DDR-Bürgern „Stasi“ genannt. Er verteidigte seine Schützlinge gegenüber Verantwortlichen von Kirche und Staat.

1986 wechselte der gebürtige Sachse zum Kirchenbund nach Ostberlin. Der promovierte Religionspädagoge gründete das Lothar-Kreyssig-Ökumene-Zentrum der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Heute ist Hans-Joachim Döring Beauftragter für Umweltfragen und für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Landeskirche.

Licht erhellt den Marktplatz nahe der Nikolaikirche. Weich ist es. Wirkt behaglich. An jenem Novemberabend 1983. Mit Gleichgesinnten zündet Hans-Joachim Döring gegen 18 Uhr Kerzen an. Ein stiller Protest gegen das Wettrüsten der Weltmächte.

Mehr als dreißig Jahre danach schildert er die Situation im Interview für das vorliegende Buch: Einsatzkräfte tauchen vor dem Rathaus auf. Sie befahlen den Demonstranten: „Lösen Sie sich auf und verschwinden Sie!“ Die Angesprochenen bleiben. Einige Personen greift die Polizei aus der Menge. Auch Döring, den vermeintlichen Rädelsführer der Gruppe. Polizisten in Zivil schieben ihn in ein Auto, bringen ihn zum Präsidium in die Ritterstraße, in Leipzigs Innenstadt. Mehr als eine Stunde lang steht der damals 29-Jährige erst allein, dann mit anderen Inhaftierten auf dem Garagenhof: Scheinwerferlicht

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

blendet ihn. Er kneift die Augen zu. Da hört er ein heftiges Klatschen. Im Rhythmus. Immer lauter. Dazu fieses Feixen. „Da ist wieder Frischfleisch!“ Der sexistische Ausdruck spiegelt eine „Lustatmosphäre“ wider, wie sich Döring erinnert. Die gehässigen Männer mit den tiefen Stimmen scheinen sich wohl darauf zu freuen, was ihm blühen könnte. Ihre Gesichter kann er in der Dunkelheit nicht erkennen.

Angst packt ihn damals. Doch der Diakon kommt noch glimpflich davon: Uniformierte fahren ihn vom Polizeipräsidium zum Verhör ins Gefängnis der Stasi-Bezirksverwaltung. Um vier Uhr nachts lassen sie ihn laufen. Das alles geschieht etliche Stunden nach Ende des Montagsgottesdienstes in der Nikolaikirche – mitbegründet von Döring im Jahre 1982.

Die Geschichte der Friedensgebete in der DDR begann bereits 1978: In Erfurt trafen sich Menschen zu gemeinsamen Andachten. Drei Jahre später schlug die Dresdner Weinbergsgemeinde ein landesweites Netz von Friedensgebeten vor. Die DDR-Bürger zeigten mehr Selbstbewusstsein – unter anderem angeregt durch die tschechoslowakische Menschen- und Bürgerrechtsbewegung Charta 77, die Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen und die westdeutsche Friedensbewegung.

1980 initiierte die Evangelische Jugendarbeit die Friedensdekade in vielen Städten und Dörfern – geduldet vom Staat. Die Teilnehmer diskutierten über Politik, drängten auf gesellschaftliche Mitsprache und beteten gemeinsam.

Zwei Jahre später fanden erstmals die Montagsggebete in der Nikolaikirche in Leipzig statt. Auslöser war eine Terminüberschneidung in der Evangelischen Gemeinde von Probstheida bei Leipzig: Mitglieder der Jungen Gemeinde begegneten unerwartet Rentnerinnen des Bibelkreises. Sie sprachen miteinander über das Symbol der unabhängigen Friedensbewegung: Schwerter zu Pflugscharen. Es zeigt einen Mann, der ein Schwert umschmiedet. Junge Menschen trugen den Aufnäher mit dem biblischen Motiv. Eine Ehrverletzung für die Oberen des Obrigkeitsstaates. Bestritt diese Bewegung doch deren Alleinvertretungsanspruch auf Friedenspolitik. Außerdem lehnte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) die zur Schau getragene pazifistische Haltung der Andersdenkenden ab. Denn ihr Frieden sollte bewaffnet bleiben. Polizei und Stasi nahmen sich Jugendliche mit dem Emblem zur Brust. Ein offizielles Verbot des Zeichens gab es jedoch nicht, aber Jugendliche mit dem Friedenszeichen wurden zum Direk-

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

tor bestellt oder die Symbole von den Jacken abgetrennt. Die Rentnerinnen reagierten empört auf die Schilderungen der jungen Leute. Forderten sie auf, immer wieder davon zu berichten.

Die Idee für gemeinsame Diskussionen begeisterte den Jugenddiakon Günter Johannsen. Gemeinsam mit Olaf Müller von der Jungen Gemeinde wandte er sich an Friedrich Magirius, den Superintendenten des Kirchenbezirkes Leipzig-Ost. Sie schlugen ihm eine wöchentliche Friedensandacht vor – und erhielten eine zeitweilige innerkirchliche Genehmigung dafür. Ins Boot holten die beiden Döring, damals Jugenddiakon an der Leipziger Thomaskirche. Döring, Johannsen und Müller verfassten, signierten und vervielfältigten den ersten Aufruf zum Friedensgebet am 13. September 1982 in der Nikolaikirche – aufgrund ihrer zentralen Lage der ideale Veranstaltungsort.

Am 27. September 1982 hält Döring sein erstes Friedens- und Montagsgebet in der Nikolaikirche – gemeinsam mit der Jungen Gemeinde der Leipziger Thomaskirche. Etwa 20 Jugendliche sitzen in dem hellen Gotteshaus. „Ich hatte gedacht, es würden mehr Leute kommen, etwas enttäuscht war ich schon“, gesteht der Kirchenmann 2014 im Interview. Die meisten Teilnehmer kennt er. „Sie suchten Orientierung zwischen Christentum und einem engagierten mündig-unabhängigen und bewussten Bürgersein. Sie wollten hierbleiben, in der DDR etwas verändern.“

Sie streben nach Öffentlichkeit und Emanzipation, wollen Lähmung und Hierarchie in Staat und Kirche überwinden, sind stolz darauf, dass endlich etwas in Gang kommt. Für dieses Land, für diese Gesellschaft, für diese Kirche soll das Friedensgebet sein. Die im September erteilte Erlaubnis für die Friedensgebete gilt nur bis zur zehntägigen Friedensdekade im November 1982. Dass es danach mit den Gottesdiensten an den Montagen dennoch weitergeht, ist auch die Folge einer brutalen Aktion: Polizisten räumen ein von Punkern okkupiertes, leer stehendes Haus in Leipzig. Halten einige Besetzer fest. Verhören sie. Die Mitstreiter wenden sich an Döring und seine Kollegen. Von ihnen fordern sie: „Stellt Öffentlichkeit her!“ Auf Unterstützung aus Kirchenkreisen hoffen die Jugendlichen, weil die Friedensgebetsteilnehmer im Gotteshaus gelegentlich derartige Übergriffe thematisieren. Am 22. November 1982 unterschreiben Magirius, Döring, Johannsen und Müller ihren Aufruf: „Das Friedensgebet geht weiter. Jeden Montag, 17 Uhr, in der Nikolaikirche!“ Damit verlassen die Montagsandachten den begrenzten Rahmen der Friedensdekade. Sie finden nun kontinuierlich statt.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Ursprünglich sollte es der Mittwoch sein. Doch Dörings Dienst-Kalender wies nur noch am Montag Nachmittag eine Lücke auf. Mit Johannsen und Müller einigte er sich deshalb auf Montag. Die Nikolaigemeinde wurde dafür gewonnen und stimmte zu. Dass die Friedensgebete am Montag und nicht am Mittwoch stattfanden, ist wohl einer von mehreren Gründen, weswegen der 9. Oktober 1989 als der entscheidende Tag und blutig ausging, und die Veränderungen zur friedlichen Revolution wurden. Montag oder Mittwoch, der Wochentagsfrage kommt eine gewisse historische Bedeutung zu, rekapituliert Döring im Interview mehr als dreißig Jahre nach der Gründungsinitiative. Seine Mutmaßung: Im Herbst 1989 erhitzen die Friedensgebete am Montag die Gemüter der Politbüro-sitzung der SED, die immer am Dienstag stattfanden. Der greise Kreis um Erich Honecker wollte sich „von ein paar Christen und Demonstranten nicht ins Bockshorn jagen lassen“, wie er sagt. Die Genossen beschlossen – und praktisch befahlen sie damit – scharf gegen die wachsende Zahl der Montagsdemonstranten vorzugehen. So auch am Dienstag, den 3. Oktober, der den Montagsgebeten und Demonstrationen des 9. Oktober vorausging. In den folgenden Tagen lockerte nach und nach die straff gezurrte Befehlskette. Vielleicht kam Unsicherheit auf wegen der Wahl der Mittel beim Vernehmen der erstellten Prognosen über die Größe der zu erwartenden Demonstration und die vielen zehntausend friedlichen, ängstliche, aber auch entschlossenen Menschen, die am Nachmittag des 9. Oktober aus der Leipziger Innenstadt gemeldet wurden. Die Verunsicherung im Machtapparat wuchs, schwere Gewalt gegen die friedlichen Demonstranten einzusetzen, so Dörings Gedankengang. Am legendären Montag des 9. Oktober jedenfalls gab keiner der Befehlshaber in Berlin oder Leipzig einen Befehl, die Straßen räumen zu lassen. Die große Demonstration der 70.000 zog auf dem Leipziger Ring ihre Runden, passierte die Runde Ecke, die STASI-Bezirksverwaltung, friedlich und ging ihren historischen Gang. Die Friedliche Revolution war errungen (s.a. Kasten). Dass die Friedensgebete am Montag stattfanden – so Dörings Gedankenspiel – erwies sich am 9. Oktober 1989 als hilfreich für den Ausgang der friedlichen Revolution, erwies sich als strategischer Vorteil. Die Friedensgebete am Montag waren ein zufälliges wie gesegnetes Geschenk mit deeskalierender Bedeutung. Die Montags-Demonstranten waren gegenüber dem Dienstag-Politbüro in der Vorhand. Sie bestimmten das Tagesgeschehen. Die von der SED geplante Niederwerfung fand in Leipzig nicht statt. Die Staatsmacht wurde in Leipzig gebrochen. Für die gesamte DDR und drüber hinaus.

Doch zurück in die frühen 80er Jahre. Seit 1982 zieht es Gläubige und Nichtgläubige zu den Montagsandachten in die Nikolaikirche. Eine neue, offene und

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

provisorische Gottesdienstform entsteht – weil Laien zu Wort kommen. Im Laufe der Zeit kristallisiert sich eine feste Struktur heraus: Der Begrüßung folgen unter anderem die Ankündigung des Tagesthemas, Eingangsgebet, Informationen zu aktuellen Geschehnissen, Musik, Meditation, Fürbittgebet und Kanon. Geschickt sendet Döring eine Botschaft an die Versammelten – wenn er beispielsweise aus dem Magnifikat, dem Lobgesang Marias aus dem Lukasevangelium, zitiert: „Er stößt die Mächtigen vom Thron.“ Dass damit die Obrigkeit gemeint ist, muss er nicht extra unterstreichen.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) setzte auf den Religionspädagogen 21 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) an. Das las Döring in seiner Stasiakte: Sechs Spitzel berichteten regelmäßig über ihn – zwei von ihnen kannte er. Heute hegt Döring kaum Groll gegen sie. Immerhin: 15 lieferten keine Aufzeichnungen ab. „Sie funktionierten wohl irgendwie nicht für den Apparat“, erklärt er. Eine Verweigerung, die bisher nicht ausreichend aufgearbeitet und gewertet wurde.

MfS-Mitarbeiter saßen auch in den Kirchenbänken. Registrierten genau, wer an den Montagsgebeten teilnahm. Doch interveniert wurde in den frühen Jahren der Friedensgebete – anders als ab 1986 – in der Regel nicht direkt. Den Spielraum der Staat-Kirche-Vereinbarungen von 1978 galt es immer wieder auszuloten. Die evangelischen Kirchen sollten Konfrontationen mit dem Staat vermeiden – dafür erkannte die SED eine gewisse Eigenständigkeit an. Das bedeutete aber keineswegs die völlige Unabhängigkeit. „Es gab immer nur Gestattungslücken“, so Döring. Die Kirche sollte nur kirchliche Inhalte transportieren. Ging es in den Friedensgebeten beispielsweise um Friedensfragen oder Demokratie „wurde ganz schnell die große Keule herausgeholt“ – so nach dem Motto: „Verlasst ihr euren kirchlichen Auftrag und werdet politisch, dann engen wir eure Freiräume ein.“ Döring erhebt die Stimme, als er die Drohung von einst zitiert. Doch Furcht ließ er sich von den Mächtigen nicht einjagen. „Wir lassen uns in den Friedensgebeten nichts vorschreiben“, vehement wiederholt er seine Maxime von einst. Seine Meinung sagen, das ist er gewohnt, von Kindesbeinen an. Sein Vater hat ihm beigebracht, sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren.

Döring und seine Mitstreiter solidarisieren sich auch außerhalb der Nikolaikirche mit den Jugendlichen. Nach den Montagsmessen ziehen die jungen Menschen mitunter durch die Stadt. Auch mit brennenden Kerzen in den Händen. Manchmal notieren sich die Polizisten nur die Namen. Manchmal vertreiben sie die Protestierenden. Oder nehmen sie fest.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Zur Eröffnung der Dokumentar- und Kurzfilmwoche im November 1983 planen Jugendliche, Künstler und Mitglieder einer Dritte-Welt-Gruppe erneut eine Lichterdemonstration. Döring und seine Kollegen wissen damals davon. Sie richten ein Schreiben an das Präsidium der Dok-Woche. Es landet auch bei den beiden Superintendenten der Kirchenbezirke Leipzig-Ost und Leipzig-West, sowie der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt. Die sechs Vertreter der kirchlichen Jugendarbeit kündigen somit an, an welchem Tag ihre Schützlinge vor dem Filmtheater still mit Kerzen auftreten, um so Öffentlichkeit herzustellen. Sie äußern ihre Befürchtung, dass den jungen Leuten mit „unangemessener Härte“ begegnet wird. Für die Diener des Staates ein Affront. Und die im Herrschaftsdiskurs geübten Superintendenten sprechen den Verfassern des Schreibens die Kompetenz ab, im Namen der kirchlichen Mitarbeiter zu agieren. „Ich stehe zu meiner Unterschrift“ – als Döring seine Erwiderung von einst wiederholt, durchzieht etwas Energisches seine Stimme. Trotz der Spannungen mit den Vorgesetzten bleiben aber Konsequenzen aus.

Am Abend der Eröffnung versammeln sich die Jugendlichen an der Filmbühne Capitol, bilden einen Kreis, zünden Kerzen an. Mehrere Personen werden „zugeführt“, wie es im Stasijargon damals heißt. Einige kommen in den Knast.

Döring war bei den Verhandlungen dabei, suchte die Eltern auf. Sie zeigten Verständnis für den Freiheitsdrang ihrer Kinder. „Die staatlich gesteuerte Justiz hat hier ein schlimmes Exempel statuiert“, konstatiert Döring mehr als dreißig Jahre später – mit Bitterkeit im Tonfall. Der Staat griff damals rigoros ein, wenn das „Emanzipations- und Selbstbewusstsein“ der Akteure der ihm verhassten Montagsandachten zu groß wurde. Eine Mitstreiterin von Döring durfte nicht promovieren und Schüler ihr Abitur nicht machen, weil sie an den Friedensgebeten teilnahmen. Von ihrem Engagement ließen sich viele junge Menschen dennoch nicht abhalten. Für Döring und seinen Kollegen, den Diakon Günter Johannsen, sind sie „die eigentlich tapferen Leipziger Helden, deren Ehrung nach wie vor aussteht.“

Die Leipziger Friedensgebete Ende der Achtzigerjahre

Ein wesentlicher Faktor auf dem Weg zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR waren die Montagsgebete in der Leipziger Nikolaikirche. Im Gottesdienst thematisierten Pfarrer und Diakone unter anderem die aktuellen politischen Ereignisse, nannten die Namen der Verhafteten, informierten über Freilassungen, riefen zu Gewaltverzicht und Zivilcourage auf.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Die Staatstreuen überwachten die Kirchengänger mit einer auf das Portal gerichteten Kamera, umstellten das Gebäude, griffen einige nach Ende der Andacht auf und verhafteten sie. Sie versuchten immer wieder die Montagsgebete abzusetzen oder an den Stadtrand zu verlegen – ohne Erfolg. Die Pfarrer Christoph Wonneberger und Christian Führer gestalteten in dieser Zeit die Friedensgebete maßgeblich.

Im Herbst 1989 fanden in Leipzig die Friedensandachten nicht nur in der Nikolaikirche statt, sondern unter anderem auch in der Michaeliskirche und Reformierten Kirche sowie spät erst in der Thomaskirche. Die Nikolaikirche wurde aufgrund ihrer langen Friedensgebetstradition und zentralen Lage zum Ausgangspunkt der Montagsdemonstrationen von September 1989 bis März 1990. Sie beeinflussten den Beginn und Verlauf der Friedlichen Revolution entscheidend mit. Montag, der 9. Oktober 1989 war dann der Tag der Entscheidung: Die Gefahr bestand, dass die in der Stadt konzentrierten Einsatzkräfte hart mit Gewalt gegen die weit über 70.000 friedlichen Protestierenden vorgehen. Krankenhäuser wurden auf einen möglichen erhöhten Bedarf an medizinischer Notversorgung vorbereitet. „In den Kirchen wurde „Keine Gewalt!“ gepredigt und eingeübt und auch der Stadtfunk verkündete „Keine Gewalt!“,“ erinnert sich Döring. Die Sicherheitsorgane schlugen nicht wie geplant – und wie bei den Demonstrationen zuvor – zu. Am 9. Oktober 1989 entschied sich, dass die Revolution von nun ab friedlich verlaufen würde und das die Mächtigen vom Thron gestoßen werden. Für Döring war die Gewaltlosigkeit und die Ohnmacht der Mächtigen an diesem Tag das lang erhoffte „Wunder von Leipzig“.

Literaturverzeichnis:

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik: „Überall kocht und brodelte es...“. Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen, Berlin 2014

Dietrich, Christian; Schwabe, Uwe (Hrsg.): Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989. Dokumentation. Leipzig, 1994

Döhnert, Albrecht; Rummel, Paulus: Die Leipziger Montagsdemonstrationen, in: Grabner, Wolf-Jürgen; Heinze, Christiane; Pollack, Detlef (Hrsg): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Döring, Hans-Joachim: Leipziger Legenden – Erinnerungen an die Anfänge der Friedensgebete am Montag in St. Nikolai zu Leipzig, Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., www.archiv-buergerbewegung.de/images/stories/pdf/doering_legenden.pdf

Feydt, Sebastian; Heinze, Christiane; Schanz, Martin: Die Leipziger Friedensgebete, in: Grabner, Wolf-Jürgen; Heinze, Christiane; Pollack, Detlef (Hrsg): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990

Geyer, Hermann: Nikolaikirche, montags um fünf. Die politischen Gottesdienste der Wendezeit in Leipzig, Darmstadt 2007

Johannsen, Günter: „Ironie der Geschichte oder Gottes wunderbare Fügung“. Die Wurzeln des Montags-Friedensgebetes, Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., www.archiv-buergerbewegung.de/images/stories/pdf/Ironie_der_Geschichte_oder_Gottes_wunderbare_Fgung.pdf

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2015

Majzlic, Aleksandra: Interview mit Hans-Joachim Döring für das vorliegende Buch, 2014

Schröder, Richard: Laudatio des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Nationalstiftung anlässlich der Verleihung des Deutschen Nationalpreises 2014 an die Leipziger Montagsdemonstrationen, www.nationalstiftung.de/pdf/Laudatio_Nationalpreis_2014.pdf

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München 2012

Spurenlese

Nachdenken über Hans-Jochen Tschiche (2019)

Erschienen in: Aufruf zum Miteinander – 30 Jahre Friedliche Revolution – Eine Diskussion mit Hans-Jochen Tschiche. (2019), hrsg.: von Birgit Neumann-Becker, Stephan Bickhardt, Antje Wilde und Wolfram Tschiche. Halle, S. 36-48.

Der hier wiedergegebene Text aus Anlass des 90. Geburtstages von Jochen Tschiche bezieht sich auf „Spurensuche – Anmerkungen zur Zivilgesellschaft in Ostdeutschland“ Hans-Jochen Tschiche, veröffentlicht 2003. Im Kontext zu diesem Aufsatz hatten die Herausgeber von „Aufruf zu Miteinander“ Hans-Joachim Döring gebeten, seine Erinnerung an Jochen Tschiche aufzuschreiben.

Spuren kann man lesen wie Kartoffeln. Jochen Tschiche, im nordsächsischen Kartoffel- und Kiefernland bei Eilenburg, genauer im 500 Seelendorf Kossa¹, aufgewachsen, kannte noch Kartoffellese per Hand. Dieses kollektive Gehen, in der Reihe und dabei doch ganz für sich sein können. Meist begann es im Morgengrauen, mitunter im diesig-kalten Herbstnebel. Auf dem Feld roch es nach frischer Erde und die nicht enden wollenden Zeilen waren aufgeschleudert. In der feinkrümelligen Erde lagen die Kartoffeln. Manche schimmerten bernsteinfarben, andere waren angequetscht. In einen Bähnert, nordsächsisch für Bügel- oder Handkorb, wurden die Kartoffeln geklaubt, eingelesen. Nicht wie heute zum Zeitvertreib gemeinsam mit Kindern, Freunden, Lagerfeuer und Grog, um Bio-Erdäpfel für die kommenden Festtage zu bergen, sondern Kartoffellesen als wochenlange Wind- und Wetterarbeit eines Halbwüchsigen am Wochenende oder noch vor der Schule. Drei Pfennige gab's für einen mit überdehnten Armen übers Feld geschleppten 10 Kilo-Korb, wenn er über die viel zu hohe Kastenplanke des Pferdewagens gewuchtet war. Mit Jochen Tschiche konnte man beherzt und unromantisch übers Landleben reden.

Meine intensivsten Kontakte mit Jochen Tschiche lassen sich in zwei Phasen teilen. Die eine liegt in den Jahren 1985 bis 1989. Wir beide waren gewählte Mitglieder

1 Kuriose örtliche Koinzidenz: Wikipedia gibt für Kossa als die einzige Sehenswürdigkeit einen ehemaligen überregionalen, kernwaffendetonationssicheren Führungsbunkerkomplex der NVA an und als einzige Persönlichkeit der Ortschaft den Geistlichen, Bürgerrechtler und Friedensaktivisten Jochen Tschiche.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

des Fortsetzungs- bzw. Koordinierungs- und Vorbereitungsausschusses „Frieden konkret“, des legendären – und viel zu wenig erforschten – jährlich im Februar stattfindenden, DDR-weiten, großen Treffens der kirchlichen und mehr und mehr unabhängig werdenden Friedens-, Umwelt-, Menschenrechts- und Zweidrittel-Welt-Gruppen. Da trafen wir uns übers Jahr verteilt mehrmals regelmäßig.

Die andere Phase umfasst die Jahre ab 2010 bis zu seinem Tod. Da war Jochen schon kein aktiver Politiker mehr. Zuvor hatten wir uns zwar gelegentlich bei politischen Veranstaltungen getroffen, oft hinten gestanden und seine Ernte 23 geraucht. Aber seit 2008 besuchte er uns mehrmals mit seiner Frau Antje Wilde in Pechau, unserem Wohnort und wir, Annette Berger und ich, fuhren gelegentlich zu Tschiches nach Satuelle, dem letzten Pfarrhaus und Unruhesitz.

Den Osten erklären

Was lese und finde ich in Jochens „Spurensuche“, erschienen 2003 in einem Sammelband zu Zivilcourage und Bürgertugenden in Ost und West, über ihn? Zum einen, Jochen ist ein brillanter Autor. Klare, zügige Sätze. Positionen, ohne zu verletzen, distanzierteres Beteiligtsein und Humor. Und er will – in einem Band vornehmlich wohl für Westler – den Osten und die DDR beschreiben und erklären. Heute versuchen das viele aufgeschreckt, den Osten, dieses „Narrativ“ zur Sprache und zum Raunen zu bringen, weil „den Osten“ plötzlich keiner richtig verstanden hat und eine Angst umgeht. Die Angst, dass die Rechten, die alles simpel vereinfachen, über die Stammtische hinaus die Deutungshoheit erlangen. Vom Osten ausgehend im Westen. Und mit Westen ist das Gesamte gemeint. Daher die Angst.

Jochen Tschiche beschreibt und erzählt in „Spurensuche“ von seinem Osten. Er findet Bernsteinfarbenes und Angequetschtes. Zur Beschreibung holt er sich oft Hilfe von Dichtern. Viele kannte er persönlich. Jochen wollte, dass die Verhältnisse und die Lebensweisen hier im Osten von den Leuten im Westen erkannt und verstanden werden. Weit vor der gegenwärtigen Debatte um eine Quote für „Ossis“ erzählt er vom Osten.

Der Osten Deutschlands mit seinen Menschen war seine Heimat und sein Handlungsfeld. Der untergegangene DDR-Staat war es nicht. Beim Suchen nach den speziellen zivilgesellschaftlichen Spuren findet er klare Sätze: „Es gab nur Politik, die immer Recht hatte, und die Nische, in der man überleben konnte. So

gingen die Leute dann zu den Wahlen, aber sie hatten nichts auszuwählen.“ Oder: „Unter diesen Bedingungen wächst kein gesellschaftliches Leben, in dem Bürgerinnen und Bürger sich für die öffentlichen Belange engagieren. Sie verlassen nicht die Nölnische. Sie werden nicht zu Partnerinnen oder zu Partnern der Mächtigen, sondern sie bleiben auf Dauer Untertanen. Deswegen ist der Boden für zivilgesellschaftliches Handeln in Ostdeutschland nicht gut vorbereitet.“

In diesem Absatz finden sich zwei sein Denken gut umschreibende Wortpaare: „Nölnische“ und „Partnerinnen und Partner der Mächtigen“. „Nölnische“ zeigt seinen Sprachwitz und seine unromantische Durchsicht. Jochen war klarsichtig und wachsinzig. Statt von Nölnischen spricht man heute von Blasen, Chatrooms oder Golf- und Rotary-Clubs. Jochen Tschiche langweilte verbales Politisieren hinter vorgehaltener Hand und im geschützten Raum des Nichtöffentlichen.

Inspirator und Mediator im SED-Staat

Er wurde unruhig, mitunter nervös, wenn nach Phasen des Ausprobierens und des Trainings keine Haltungen und Handlung erwachsen. In der DDR gab es ihm zu viele Spießbürger unter den Staatsbürgern und zu viele Kleinbürger unter den Staatspolitikern. Jochen Tschiche suchte den öffentlichen Ort, genauer: die Debatte und die erörternde Auseinandersetzung. Im Staat wie in der Kirche. Auch Nischennörgeln unter Kirchenorgeln war nicht seine Sache. Der Auftrag der Kirche und ihrer Mitarbeiter war öffentlich. „Nur zum innerkirchlichen Gebrauch“ war nicht sein Programm, sondern Notwendigkeit und zunehmend Nötigung und Beschränkung. Übte die Kirche Selbstbegrenzung um ihrer selbst Willen, konnte er geißeln und sarkastisch sein. Wer die „Nölnische“ nicht verlässt, emanzipiert sich nicht, bleibt unter seinen Möglichkeiten, wird Untertan, war seine Sorge. Denn als Untertan wird man nicht geboren. Auch in der DDR nicht. „Gerade da nicht!“, konnte Jochen sagen. Im Text „Spurensuche“ kann man's lesen, jedenfalls indirekt: Jochen Tschiche wäre doch gern den Mächtigen ein Partner gewesen. Das klingt gefährlich. Partner der Mächtigen im Unrechtssystem? Kooperateur, Mitarbeiter, gar inoffizieller? Glatteis und Größenwahn. Eher Staatsfreund denn Staatsfeind! Etliche sind daran gescheitert. Manche jämmerlich. Jochen nicht. Er nahm den Staat ernst. Aber nicht todernst. Ein unheilig, notwendig Ding. An den Staat hatte er Ansprüche. Da war er lutherisch, wer es so will.

Die Partei nahm er nur abgeleitet ernst. In der Sonderform des Partei-staates – den er aus rationalen und emotionalen Gründen ablehnte – kam er manchmal an der Partei nicht vorbei. Dann versuchte er auch den direkten Weg. Er meinte, man kann auch mit einem Kaiser reden, der nackt ist. Darum schrieb er hin und wieder Eingaben und Briefe an die Mächtigen, auch jenseits des kirchlichen Dienstweges. Klar im Ton, verbindlich im Abschluss, immer mit konkreten Vorschlägen. Jochen Tschiche wollte, dass man mit ihm spricht. Es war sehr viel Zivilgesellschaft in dieser Person.

„Dem Staat“ schmeckte so ein unabhängiges „Pastörchen“ gar nicht. Keine Partnerschaft, schon gar nicht auf Augenhöhe, sondern Zersetzung war die Antwort. Dabei argumentierte Jochen Tschiche in einer emanzipatorischen, sozialistischen Tradition. Einer Tradition, die größere Triebkräfte und bessere Lösungen aus gemeinsamen, gar gemeinschaftlichen Lebensformen erwartete, denn aus Motivationen und Strukturen, die auf den Einzelnen und auf die Konkurrenz unter- und gegeneinander setzen. Das freie Gespräch – auch mit den Mächtigen – war Jochen Tschiche immer ein Bestreben und ist in meinen Augen ein besonderes Charakteristikum von ihm.

Jochens Haltung und Hoffnung, den Mächtigen eine partielle Partnerschaft abringen zu können, speiste sich weniger aus optimistischen Erwartungen an eine partielle Reformfähigkeit der SED-Obrigkeit, als vielmehr aus Vertrauen in seinen restbäuerlichen Anarchismus. Dieser war hoch sensibel und hinterfragte von oben vorgegebene, nicht plausible oder verlogene Lösungen automatisch, gleichsam vegetativ und wie atmen. Sein öffentliches Hinterfragen war immer ein Vorausdenken und ungeeignet für konspirative Wohnungen oder abgeschlossene christliche Kreise. Da er nicht in der Nische und nicht Untertan bleiben wollte, musste er an die unzensurierte Öffentlichkeit und in den freien Dialog gehen. In einem asymmetrischen Parteistaat bedeutete selbstbewusster Dialog Konfrontation. Um der Sache und um des Landes willen nahm er die Auseinandersetzung in Kauf. Billigende Hinnahme. Keine Suche, aber auch keine Scheu.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

So wurde der Menschen- und Meinungsfreund zum Staatsfeind. Auf den „Boykottnest-Betreiber“² und Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt von 1978–1990 waren über 60 inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit angesetzt. Jochen Tschiche war seinem Wesen nach ungern ein Störenfried, lieber war er Anreger und Mediator. Das zeigte seine legendäre Rolle als Vermittler beim Magdeburger Modell, der Minderheitenregierung von SPD und SED unter Ministerpräsident Reinhard Höppner in den 90er Jahren in Sachsen-Anhalt.

Emanzipation durch Disput

Dieser Drang zur Debatte und an die Öffentlichkeit führte zur Gründung von „Frieden konkret“. Jochen Tschiche und seine Mitstreiter wollten als eigene Stimme hörbar und als Personen erkennbar werden. Und sie wollten mit den Mächtigen kommunizieren. „Friedensarbeit“ als Containerwort für den Anspruch auf umfassende gesellschaftliche Kritik, die konkret werden sollte. Bei „Frieden konkret“ fand meine erste intensivere Begegnung mit Jochen Tschiche statt. Jochen war der maßgebliche Inspirator. Er wollte bereits in den frühen 80er Jahren in der Altmark eine ökumenische Laienbruderschaft mit der Bezeichnung „Frieden konkret“ gründen. Der Versuch missglückte, Name und Anliegen blieben. So rief Jochen zum ersten Treffen 1983 nach Stendal. „Frieden konkret“ setzte auf „Raus aus der Nische“ und Versuche, mündige, unabhängige Partnerschaft untereinander und mit der Gesellschaft zu leben. Es ging – weit vor Michael Gorbatschow – um Wahrhaftigkeit, Authentizität und Beheimatung in einer immer grauer und betonköpfiger regierten DDR.

Die Friedensdekade der evangelischen Jugendarbeit seit 1980 mit „Schwerter zu Pflugscharen“ war eine starke Quelle. Die emanzipatorischen und zunehmend unabhängigen Gruppen trafen sich, lernten sich kennen, arbeiteten inhaltlich, stärkten sich und suchten den Disput. Der Staat wies die ersehnte Partnerschaft zurück und erklärte die Aktiven zu negativ-feindlichen Personenzusammen-

2 Die Stasi nannte die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt in Magdeburg ein „Boykottnest“. Vgl. Tschiche, Hans-Jochen (2008): Boykottnest – Die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt im Visier der DDR-Staatssmacht. Die Ev. Akademie war vom Synodalpräses Dr. Lothar Kreyssig gegründet und viele Jahre geleitet worden. Tschiche schreibt über die Arbeitsweise der frühen Akademie: „Das Präsesbüro war wie ein unabhängiges Kreyssig-Zentrum, in dem Ideen geboren wurden, die der Umsetzung in der Praxis harnten.“ (S. 26). 2009 wurde durch den Autor / durch mich das Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum gegründet. Den Band „Boykottnest“ las ich erstmals in Vorbereitung dieses Beitrages. Über Lothar Kreyssig haben wir erst nach 2010 gesprochen.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

schließen, somit zu Gegnern. Die Gruppen kamen aus der gesamten DDR. Sie waren eine zahlenmäßig verschwindende Minderheit mit Wirkung.

Zum ersten Treffen Februar 1983 versammelten sich in Stendal vielleicht 80, im Februar 1989 in Greifswald zum letzten Treffen vielleicht 200 Vertreter von Gruppen. Insgesamt wurden DDR-weit knapp 250 Gruppen in den Arbeitsbereichen Frieden, Umwelt, Menschenrechte, Frauen und Zweidrittel-Welt zu "Frieden konkret" gerechnet. Die Gruppen legten die Finger in die gesellschaftlichen und politischen Wunden des Arbeiter- und Bauernstaates. Vertreter der Westpresse kamen zu den Treffen hinzu. So konnte über Bande gespielt und die ersehnte Öffentlichkeit – wenn auch unzureichend – erreicht werden. Punktuell das Meinungsmonopol zu stören und gezielt das ideologische Pokerface der SED-DDR zu demaskieren, war ein wichtiges Ziel. In der Evangelischen Kirche spielten die Gruppen in den 80er Jahren eine größere Rolle. Gruppen wurden zeitweise als neue Sozialgestalt der Kirche hoch gewertet.

Die Sache mit den Karteikarten

Beim Lesen der „Spurensuche“ wurde ich an zwei Beobachtungen im Kontext von „Frieden konkret“ erinnert. Zum einen: Ein jährlich zu wählender Fortsetzungsausschuss von ca. 15 Personen bereitete die dreitägigen Treffen vor und die Ergebnisse nach. Jochen war im Fortsetzungsausschuss praktisch ein geborenes Mitglied. Er erhielt das Vertrauen von fast allen Gruppenvertretern. Er führte die wichtige Adressdatei der Gruppen. Sie bestand aus losen A6-Karteikarten. Er verwahrte sie in einem Schuhkarton. Eine Vertrauenssache. Ich war für die Dritte-Welt- oder entwicklungspolitischen Gruppen einige Jahre in den Fortsetzungsausschuss gewählt worden. In meiner Erinnerung tagten wir immer im nasskalten, nebligen November, nach Feierabend, beim Jungmännerwerk in der Sophien-Straße in Berlin. Ein schmales, dunkles Vereinszimmer der 20er oder 30er Jahre des letzten Jahrhunderts. Nähe Berlin-Alexanderplatz. Echt konspirativ.

Dem Fortsetzungsausschuss gehörte auch Rechtsanwalt Wolfgang Schnur an. Ebenfalls ein „geborenes“ Faktotum des Kreises. Vor allen die Bausoldaten schlugen ihn immer wieder vor. Schnur, alias IM „Torsten“ kam immer knapp vor den Sitzungen, aber oft mit Sekretärin. Wir waren froh, dass wir die langen Protokolle nicht selber schreiben mussten. Schnur ging auch immer sehr pünktlich. Er müsse noch Bausoldaten oder Totalverweigerer besuchen, sagte er dann.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Heute weiß man, er fuhr in die Normannenstraße zu seinem Führungsoffizier des MfS und erstattete Bericht. Schnur kam immer mit einem großen Pilotenkoffer. In dem hatte er eine verschließbare Plastikschatel mit Griff. Da hinein wollte er immer die Karteikarten der Gruppen von Jochen Tschiche tun.

Meist saßen wir – Jochen, Ulrike Poppe, Bernd Albani und ich, mitunter auch Bischof Forck oder Heino Falcke – am anderen Ende des langen Tisches. Distanz und Geschäftigkeit prägten die Sitzungen. Bei den Berichten aus den Regionen oder über neue Gruppen und ihre Aktivitäten fragte Schnur immer wieder: „Wie war ihr Name?“, „Wo wohnt der Kontaktmann?“, „Kann ich mal die Adressenkartei sehen? Nur fürs Protokoll!“ Regelmäßig fragte Schnur auch, ob er nicht die Karteikarten aller „mal haben“ könne, er hätte ja so eine schöne und sichere Schatel und man brauchte die Adressen immer, damit das Protokoll genau wird. Jochen sagte dann: „Lass mal, ist schon gut so.“ Jochen Tschiche gab die Karteikarten an Schnur nicht raus.

Uns Sitzungsteilnehmern am hinteren Tische war Schnur suspekt, eigenartig, mitunter fremd. Vertraut haben wir ihm nicht, misstraut wurde ihm lange Zeit aber auch nicht. Näher und direkter als lange vermutet saßen die Mächtigen mit am Tisch. Statt Argumente auszutauschen wurden Agenten geschickt. Jochen ging damit aufmerksam, aber nicht ängstlich um. Seine Bereitschaft zur kritischen und konstruktiven Solidarität beantwortete der autoritäre SED-Staat schnurstracks mit Bespitzelung. Allerdings: Das sich selbst aufwertende Spiel über die Anzahl der angesetzten Stasi-Spitzel nach dem Motto: „Man nimmt mich ernst, man gönnt mir Feinde“, hat Jochen weder vor der „Wende“ noch danach mitgespielt. Aber er hatte Spott und Hohn übrig für die vielen Schlapphüte und Mützenträger, die als Vorhut der Arbeiterklasse um ihn herum und mitten unter uns waren.

Teilhabe als wirklichen Leben

Die zweite Erinnerung geht auf das 6. „Frieden-konkret-Treffen“ im Februar 1988 in Cottbus zurück. Da brachte Jochen Tschiche das Konsenspapier „Teilhabe statt Ausgrenzung“ ein. Als er es verlas, war es mucksmäuschenstill im grauen Kirchenschiff. Der Text begann mit einer knappen Standortbestimmung und endete in 12 Thesen (siehe Beitrag von Stefan Bickhardt in diesem Band). In „Teilhabe statt Ausgrenzung – Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung“ beschreibt Jochen Tschiche seine Suche nach Wegen der Partizipation

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

als Gestaltungswille. Seine Kurzanalyse ist geschult an der sozialetischen Diskussion der weltweiten Ökumene. Er prangert mit seinen Vorschlägen in indirekter Rede den Monopolanspruch der Partei an, der Menschen vom umfassenden Leben ausschließt, ihre Potentiale und ihre Würde beschädigt und damit aus dem Land drängt. Der Text in seiner Kraft war für ein wirkliches Leben hier im Osten der Entwurf. Dazu musste die Verkrustung aufgebrochen und der Alleinvertretungsanspruch der SED abgelehnt und beendet werden.

Der Untertext bzw. die eigentliche Botschaft von „Teilhabe und Ausgrenzung“ lautete: Sucht hier das Leben, geht nicht in den Westen. Bleibt hier! Übt und trainiert! Veränderung ist möglich trotz all der schweren Störung im gesellschaftlichen Zusammenleben. „Teilhabe und Ausgrenzung“ endet mit: „Die Gruppen stellen diese Trainingsfelder zur Verfügung und verschaffen sich Sachkenntnisse, um solche Prozesse helfend zu begleiten.“ Die Agenda für einen Veränderungsprozess war formuliert. In seinen Charme sympathischen Siegens schloss Joachim Tschiche die Fähigkeit zum informellen Lernen bei den am Veränderungsprozess Beteiligten und die Kompetenz der vom Repressionssystem der DDR wie von globalen Ost-West-Konflikt Betroffenen ausdrücklich ein.

Im gleichen Monat, im Februar 1988, sprach zur Eröffnung der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Dresden sein Freund und enger Vertrauter, der Stendaler Psychiater und Analytiker Ludwig Drees: „Zu den tiefsten Bedürfnissen des Menschen gehört die Sehnsucht nach Teilhabe am wirklichen Leben und am großen Lebenszusammenhang um uns herum. Das wirkliche Leben ist in uns und in der ganzen Schöpfung. Das ist die innerste Triebkraft für unser Experiment. Aber gerade diese Teilhaberschaft am wirklichen Leben ist bedroht.“³

Heute nun – 30 Jahre später – nehmen wir die Enttäuschung, den Jammer und die Wut vieler Menschen im Osten wahr, die ihren Sehnsüchten und aufgeschichteten Erwartungen folgten, indem sie äußerlich oder innerlich in den Westen gegangen sind, dort aber das Leben nicht fanden, das sie suchten. Jochen Tschiche würde sagen: „Ich hab’s Euch ja gesagt!“

³ Drees, Ludwig: Wer sind wir selbst in dieser Auseinandersetzung? In: Informationsdienst der Ökumenischen Versammlung, Dresden März 1988, S. 24.

Das Leben in der DDR

Interview mit Hans-Joachim Döring (2019)

von Kathrin Bahr

Was waren Ihre Träume und Hoffnungen in den achtziger Jahren? Wie sahen Sie die Gesellschaft der DDR zu dieser Zeit?

Zuerst – wie sah und sehe ich die DDR-Gesellschaft in dieser Zeit:

1980 war ich Absolvent und Berufsanfänger für Evangelische Jugendarbeit und Religionspädagogik an der Thomaskirche in Leipzig. Naturwissenschaften durfte ich nicht studieren, aber das ist eine andere Geschichte. Zu Beginn der 80er Jahre ergraute die DDR schneller als in den 70ern. Der schwache „Honecker-Aufschwung“ verblasste zusehends. Die Biermannkrise 1976 hatte die kritische Intelligenz verunsichert und kann in Verbindung mit dem KSZE-Prozess als Start der Ausreisebewegung in den Westen angesehen werden. Die in den 70er-Jahren erhoffte Lockerung der SED-Hegemonie erwies sich als falsch. Das atomare wie konventionelle Wettrüsten im Ost-West-Konflikt war beängstigend, wurde als paradox empfunden und verschlang Ressourcen. Ost- wie Westdeutschland waren Kampffelder für Panzer in Größenordnungen. Die SED reagiert mit einer verordneten Militarisierung des zivilen Lebens, z.B. durch das Fach Wehrkunde in den Schulen. Bei Weitem nicht die Mehrheit der Bevölkerung, aber die kritischen, freien und sensiblen Geister begannen sich unabhängig auszutauschen und zu vernetzen. An der Schwelle zu den 80er Jahren wurde mehr und mehr die unkontrollierte Öffentlichkeit gesucht und es wurden partei- und staatsunabhängige Gesellschaftsansätze diskutiert. Die Evangelischen Kirchen und ein Teil der Gemeinden mit ihren Räumen und mit Logistik unterstützten diese Bestrebungen. Dabei ging es bis 1985 nicht primär um Opposition als vielmehr Eigenständigkeit und Nichtvereinnahmung der Persönlichkeit durch eine Monopol-Partei. Es ging um Emanzipation und gegen Bevormundung. Gegenöffentlichkeit war ein wichtiges Stichwort. Die SED-Medien wurden durch Westmedien unterlaufen und demaskiert. Aufgeweckte Bürgerinnen und Bürger wollten sich nicht mehr für dumm verkaufen lassen. Die staatliche Desinformationspolitik griff die Würde der Menschen an. Mehr Gerechtigkeit in der DDR war ein Ziel und weniger staatliche Willkür. Planbare Reisefreiheit war wichtiger als mehr Wohlstand.

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Im Herbst 1980 begann die jährlichen „Friedensdekaden“ der protestantischen Kirche unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“. Politische und sozialetische Themen wurden – was auch für die Kirchen in dieser Breite neu war – 10 Tage intensiv besungen und diskutiert. Vor allem die Jugend wollte ernst genommen werden, stellte die verschwiegenen Fragen. Sie wollte Flow statt Stau. Für mich waren in den frühen 80er Jahren Impulse der Theologie der Befreiung aus Lateinamerika inspirierend. Diese antihierarchische und unorthodoxe Bibel-Betrachtung mit marxistischen Anlehnungen motivierte gegenüber dem verkümmerten Parteistaat wie gegen überalterte Kirchenstrukturen. Die Theologie der Befreiung setzte auch auf einen Schwung, der aus den unverbrauchten Kräften der durch Kommunikation und Kampf befreiten und mündigen Armen kommen sollte. So die Annahme und viel Projektion. Basisgruppe war ein weiteres wichtiges Stichwort. Ebenso ökumenische bzw. internationale Solidarität. Kontemplation und Aktion.

In der DDR entstanden als Kennzeichen der 80er Jahre die verschiedensten Basis- oder Initiativgruppen zu Friedens-, Umwelt- oder Dritte-Welt-Fragen aber auch unabhängige Frauengruppen oder Zusammenschlüsse für Menschenrechte. In den Gruppen wurde eine von der DDR-Alltagsgesellschaft verschiedene freiere Umgangs- und Gesprächskultur gelebt.

Freilich die Zirkel waren nicht zahlreich. 100 bis 250 übers ganze Land verteilt, vielleicht. Aber wer suchte und wollte, konnte sie spätestens ab 1985/86 finden.

Was waren nun meine Hoffnungen, damals? Das zu formulieren fällt mir schwerer als die zurückliegende Zeit zu skizzieren. Ich wollte mit der Arbeit in Kirche und Gesellschaft und aus der Kirche heraus ehrliche Kommunikation ermöglichen, um diesen Stau und die Unterdrückung von Meinungen und Persönlichkeiten zu überwinden. Das schloss Kommunikation zu religiösen Fragen und zu Gott bewusst mit ein. Religion war (in meinen Kreisen) nicht mehr „Opium fürs Volk“, diese Funktion hatte die Partei übernommen, sondern Übungsgelände für Emanzipation und Mündigkeit. Die kirchliche Tradition bot in der Spätphase der DDR adaptierbare und ausnutzbare Formen und Inhalte zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Eine Hoffnung war: mit etwas Zivilcourage die eigene Würde durch Eigensinn und Unabhängigkeit entwickeln und erhalten zu können und Lockerung in der

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

DDR-Gesellschaft mit zu bewirken. Die Verkorkstheit der DDR und ihr Diktaturstau zeigte sich auch darin, dass für kleine Eingaben an der Schule oder sachliche Rückfragen bei Behörden oftmals Zivilcourage und Risikobereitschaft benötigt wurde. Die Hoffnung lag für mich damals im mündigen Bürger und der mündigen Bürgerin sowie in ihren vitalen Lebensformen und nicht im System des Parteisozialismus. Allerdings auch nicht im „goldenen“ Westen.

Welche Reformbewegungen oder Gruppierungen gab es in den Jahren vor der Wende in der Kirche?

Frühe Reformbewegungen bzw. Orte des unabhängigen Austausches vor 1970 waren u.a. die Aktion Sühnezeichen, die 1958 von Präses Dr. Lothar Kreyssig mit dem Ziel einer neuen versöhnenden Kommunikation, vor allem mit den osteuropäischen Völkern, die besonders unter den deutschen Verbrechen des II. Weltkrieges zu leiden hatten, gegründet wurde. Oder die Gruppierungen der Bausoldaten in der DDR, die waffenlosen Armeedienst als pazifistischen Kompromiss ab 1965 leisteten. Auch die christlichen Studentengemeinden an Hochschulstandorten sind als Orte des unabhängigen Diskurses zu nennen. Erwähnt werden muss auch das Synodal-Prinzip der protestantischen Kirchen, d.h. das demokratische Wahl- und Delegiertenprinzip. Auf den Synoden wurden mitunter offene Worte zur gesellschaftlichen Lage in der DDR gesagt. In den 80er Jahren kamen dann die erwähnten Basis- und Initiativgruppen dazu. In besonderer Weise „Frieden konkret“ als Dachverband dieser sich ab 1985/86 stärker als Opposition verstehenden Gruppen. Wichtig war auch die „Kirche von unten“ (kvu), ein Zusammenschluss hierarchiekritischer kirchlicher Mitarbeiter. Für die Zusammenführung der programmatischen Arbeit war die Ökumenische Versammlung (ÖV) für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung von großer Bedeutung. Sie arbeitete unter der Bezeichnung „Konziliarer Prozess“ von 1987 bis 1989. Ihr Motto war „Eine Hoffnung lernt gehen – geh mit!“

Wie haben Sie diese selbst erlebt und (wie) waren Sie selbst involviert?

Neben den Friedensdekaden sind vor allem die Friedens- und Montagsgebete an der Nikolaikirche in Leipzig zu erwähnen. Ich habe die Friedensgebete mitgegründet, mit etabliert und bis 1985 begleitet. Von 1985 bis 1988 war ich Mitglied im Fortsetzung- und Leitungsausschuss von „Frieden konkret“. Berater der Ökumenischen Versammlung war ich von 1987 bis 1989 und als Geschäftsführer des ökumenischen und entwicklungspolitischen Netzwerkes INKOTA (INfor-

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

mation, KOordination, TAGungen zu Problemen der Zwei-Dritte-Welt) in Berlin arbeitete ich von 1986 bis 1994.

In welcher Form hatte die Reformbewegung Einfluss auf ihre Arbeit nach 1989 und wie beeinflusst diese Ihre Arbeit oder Ihr Engagement noch heute?

Emanzipatorische und kommunikative Prozesse zu fördern und gegen Starre bzw. unproduktive Hierarchien anzukämpfen ist und bleibt mir wichtig. Die glückliche Machtlosigkeit in der DDR zwischen dem 9. Oktober 1989, dem „Tag der Entscheidung“ in Leipzig mit der ersten großen Montagsdemonstration im Anschluss an das Friedensgebet in der Nikolaikirche und der Volkskammerwahl am 18. März 1990 hat gezeigt, dass über Runde Tische als Krisenmöbel im großen wie im kleinen Kreativität und Lösungskompetenz bei vielen Menschen schnell wachgerufen und aktiviert werden kann. Diese Zeit ist nicht zu idealisieren, aber als positiver Fakt wahrzunehmen und festzuhalten. Die Folgemonate und Jahre nach der Friedlichen Revolution haben aber auch gezeigt, dass die ökonomischen Interessen und Notwendigkeiten stärker als kommunikative Ziele sind bzw. diese überlagern. Erst kommt das Fressen und dann kommt die Moral, sagt Berthold Brecht grob und schön klar.

Trotzdem: kleine partizipative Dialoge und Diskursformen wie temporäre Runde Tische, Stadt- oder Ortsteilarbeit oder Anlass-Debatten können die etablierten und mühsamen repräsentativen Demokratieformen ergänzen und ihnen Beine machen. Zu diesen „kleinen“ Formen sollten sich immer wieder Formen der Zivilcourage und bürgerlicher Ungehorsam gesellen. Seit 1989 haben wir nicht nur in der Klima- und Umweltfrage, sondern auch 30 wichtige Jahre für den Überlebensschutz in unserer Bio- wie Anthroposphäre verloren.

Welche Zusammenhänge sehen Sie zwischen den damaligen Aufbruchsbewegungen und den heutigen?

Ich will hier primär zwei Zusammenhänge nennen:

Zum einen die Gemeinsamkeit Jugendprotest: Wie bei den Protesten der jungen Leute aus den DDR-Kirchen 1980 oder 1982, die mit ihren Jackenaufnehmern „Schwert zu Pflugscharen“ ihre Zukunftsangst wegen das Atom-Wettrüstens öffentlich sichtbar zum Ausdruck brachten, gehen heute hunderttausenden Schülerinnen und Schüler weltweit mit „Friday for Future“ auf die Straße und fordern ihre Zukunft gegenüber den erstarrten Politikentscheidungen ein. Die

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

Parallelen sind verblüffend und logisch zugleich. Freilich – gesellschaftliche Fehlentwicklungen wie die damalige Atomwaffen-Aufrüstung lassen sich leichter und schneller – quasi per Vertrag – beheben als die CO₂-Belastungen, die durch unsere verbreiteten und fossilen Lebensstile der Natur zugefügt werden und die unsere Produktions- wie Individualkulturen prägen.

Zum anderen die Verschiedenheit im Zukunftsversprechen:

Die heutige Situation ist – in meinen Augen – von der Aufbruchssituation 1989 in Ostdeutschland deutlich verschieden. Es gab am Ende der DDR in der Mehrheitsbevölkerung ein attraktives Zukunftsversprechen: Die blühenden Landschaften.

Es gibt gegenwärtig – 2019 – kein breit akzeptiertes „Zukunftsversprechen“. Es gibt nur Krisen. Es fehlt ein zukunftstaugliches Übergangs- und Nachfolgemodell für die verbreitete Kapitalismus- und Konsumgesellschaft. Eine Sog-, Trend- oder Wechselsituation hin zu optimistischen und weltoffenen Zielen ist nicht in Sicht.

Man kann für diesen Rückblick die neu gegründete DDR, neben ihrem Charakter als Unrechtsstaat, auch als ein Zukunftsversprechen interpretieren, welche nach dem Ende des mörderischen II. Weltkrieges den Menschen in der DDR einen „leichten“ Neuanfang anpries. Angesagt war ein Gesellschaftsentwurf auf „wissenschaftlicher“ Grundlage im Leicht-Lauf des prognostizierten marxistischen Weltprozesses. Sieger der Geschichte und des Fortschritts: dieses Versprechen funktioniert ab 1980 nicht mehr gut, wirkte aber indirekt weiter.

1989/1990 gab es nach der Friedlichen Revolution und dem Ende der DDR dann durch die Bundesrepublik ein neues Versprechen für die ehemalige DDR-Bürger bzw. die neuen Bundesländer, das Versprechen der „Blühenden Landschaften“. Ein ökonomisch realeres und national wie europäisch gefärbtes Versprechen. Es kam wie das „Sozialismusversprechen“ von außen und setzte auf externe Effekte. Den „Blühenden Landschaften“ wurde auch aus der Tiefe der Sozialismus-Enttäuschung des Sozialismusversprechens gern geglaubt. Das „leichtgläubiges Muster“ war schnell im Umlauf.

Heute, nach 30 Jahren, ist die Enttäuschung über die Ergebnisse des „zweiten“, blühenden Zukunftsversprechens vielerorts groß. Ungerechtigkeiten im eigenen Land werden stärker empfunden als früher. Hinzu kommen die „plötzlich“ of-

EINE HOFFNUNG LERNT GEHEN

fenkundigen Folgen des Klimawandels, die in den individuellen Alltag eingreifen und stärker ängstigen, als noch vor kurzem angenommen und beschrieben.

Ich sehe einen gewissen Zusammenhang zwischen 1989 und 2019. Zwei Zukunftsversprechen, an die geglaubt wurde, sind aufgebracht. Nach zwei unerfüllten Realutopien fehlen nun breit akzeptierte und tragfähige Zukunftsentwürfe. Das lähmt die Gegenwart stark. Die einen suchen und verherrlichen rückwärtsgewandte und reaktionäre Vorstellungen vom getrennten Zusammenleben. Andere suchen die Zukunft in kleinteiligen Komma-stellendebatten bei CO₂-Reduktionszielen. Manche reagieren mit Wut. Andere mit vermehrtem Wohlstand und gesteigertem Konsum als letzte Party. Etliche diskutieren Lebensstilfragen und suchen die Weltverantwortung im Alltag.

Mühen in der Ebene überall. Solang die großen Zukunftsversprechen fehlen und nicht überzeugen, kann man den Kleinen trauen und sie selber formulieren. Das Große im Kleinen vorbereiten. Freiräume für die eigene Würde schaffen und für Unabhängigkeit, Zivilcourage und Anstand. Der Dialog, wie es die einen bezeichnen und der Kampf, wie es die anderen vorhersagen, um eine tragfähige Zukunft beginn gerade erst.

Warum finden Sie es wichtig, auch heute noch über die DDR zu reden/diskutieren?

Weil die Zeit in der DDR ein Teil meiner Lebenszeit war.

Machtfrage? Natürlich!

Gespräch mit Dr. Friedel Trappen, Abteilungsleiter Internationale Verbindungen beim ZK der SED zur Afrika-Politik der DDR und zu Werner Lamberz (1999)

Erschienen in: Döring, Hans-Joachim (1999): Es geht um unsere Existenz – die Afrikapolitik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien. Berlin, S. 280-304.

Das Gespräch fand nach zweijähriger Vorbereitung im Rahmen der Recherche zu der Studie „Es geht um unsere Existenz – Afrikapolitik von SED und DDR“ statt. Die Studie wurde im Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur“ erstellt. Das Gespräch wurde am 19. März 1999 im Büro des Bundesvorsitzenden der PDS Lothar Bisky – der teilweise anwesend war – im Berliner Karl-Liebknecht-Haus geführt.

Hans-Joachim Döring: Herr Dr. Trappen, vielen Dank für Ihre Bereitschaft zu einem Gespräch über die Beziehungen der DDR zu Äthiopien und Moçambique und zur Afrikapolitik der DDR. Beide Länder besaßen in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der DDR einen hohen Stellenwert. Sie waren lange Zeit mit der Entwicklung und Pflege dieser Beziehungen betraut und auf der Ebene des Zentralkomitees der SED für die Beziehungen zu den Entwicklungsländern mit verantwortlich.

Wie erfolgte die Abstimmung und Zusammenarbeit innerhalb der Afrikapolitik zwischen der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED und der Außenpolitik sowie der Außenwirtschaft der DDR?

Friedel Trappen: Das Ganze war wie die gesamte Machtstruktur der DDR geordnet. Es hieß bei uns intern, die Politik wird hier gemacht, im großen Haus des ZK. Und alle anderen haben das zu machen, was wir sagen. Als Abteilung Internationale Verbindungen hatten wir die Verantwortung für die Gesamtheit, die Grundfragen der Außenpolitik und damit auch der Außenwirtschaft. In wirtschaftlichen Fragen haben wir uns abgestimmt mit den federführenden wirtschaftspolitischen Abteilungen im ZK. Das heißt, alle grundlegenden Beschlüsse zu Fragen der Außenpolitik, zu Fragen der personellen Besetzung, bis zu Botschaftern, auch die Sekretäre, die Parteisekretäre – wir hatten ja in jeder Botschaft auch eine Parteiorganisation – und Fragen der grundsätzlichen

BITTERE SOLIDARITÄT

ökonomischen Beschlüsse, zum Beispiel die Gewährung von Regierungskrediten, erreichten mich. Alles, was die Dritte Welt betraf, war mein Arbeitsgebiet und ging über unsere Schreibtische.

Ich hatte drei Sektoren in diesem Bereich und mußte die Beschlüsse vorbereiten. Das heißt, die Beschlüsse wurden je nach Bedeutung dem Sekretariat bzw. dem Politbüro vorgelegt. Wir mußten als Internationale Abteilung zu allen Beschlüssen und Vorlagen unsere Meinung äußern. Entweder ablehnen oder nicht ablehnen, was dazupacken oder weglassen. Das ging bis zu den Reisekadern. Die Reisen, gewissermaßen fast aller Leute in der DDR gingen über meinen Sektor.

Hans-Joachim Döring: Das betraf nicht nur die Reisekader der Arbeit ...

Friedel Trappen: Nein, nicht nur der Partei, auch der Handelsvertreter, Massenorganisationen, Solidaritätskomitee, Sport ... Der Kirchen nicht.

Hans-Joachim Döring: Die Akten weisen auf eine Arbeitsteilung hin: das Politbüro beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Äthiopien und mit Moçambique befaßte sich das Sekretariat des ZK. Wie kam es zu dieser Aufteilung?

Friedel Trappen: Das ist ein Eindruck. Der Eindruck ist nicht ganz richtig. Mit Moçambique und Angola liefen die Verbindungen schon länger. Die waren schon vor der Entwicklung in Äthiopien geknüpft worden. Moçambique und Angola liefen in normalen Bahnen. Seit 1974 hatten wir mit Moçambique diese konkreteren Beziehungen. Und mit Äthiopien haben wir das erst 1977 aufgenommen. Das hing mit Werner Lamberz zusammen. Als Mitglied des Politbüros hatte er ein ganz persönliches Interesse an diesem Land. Lamberz war ja eigentlich nicht der internationale Sekretär, das war Hermann Axen. Aber Lamberz hatte immer ein Ohr und eine Hand für die internationalen Beziehungen. Ich persönlich hatte ein sehr gutes Verhältnis zu Werner Lamberz. Auch aus der früheren, gemeinsamen FDJ-Zeit her. Und mit Äthiopien hing Eritrea zusammen. Und wir wollten zwischen der eritreischen Befreiungsbewegung und der äthiopischen Führung vermitteln.

Hans-Joachim Döring: Was war der Anlaß für das Äthiopienengagement von Werner Lamberz?

Friedel Trappen: Das kam so: Axen konnte nicht alle Auslandsaufgaben rein praktisch wahrnehmen. Demzufolge wurden auch andere Mitglieder des Polit-

BITTERE SOLIDARITÄT

büros mit der Leitung von Delegationen, Parteitagsbesuchen usw. beauftragt. Werner Lamberz war ja Sekretär für Propaganda und für die ideologische Arbeit. Äthiopien ergab sich eigentlich fast zufällig Auf der Reise zum Parteitag nach Moçambique. Wir haben erstmal Station in Somalia gemacht.

Hans-Joachim Döring: Auf dem Hinflug Ende Januar 1977?

Friedel Trappen: Auf dem Hinflug im Winter 1977. Da haben wir mit Präsident Said Barre gesprochen. Das war ein interessantes Gespräch. Lamberz hatte zu diesem Zeitpunkt gute Beziehungen zu dem damaligen Sekretär für Ideologie des Provisorischen Militärrates in Äthiopien. Der hörte von unserer Afrikareise und lud uns nach Addis ein. Wir reisten nach Moçambique weiter und bekamen in Moçambique die Mitteilung über die Einladung der Delegation unserer Partei nach Äthiopien. In diesen Tagen ist dann Mengistus an die Macht gekommen und hat innerhalb seiner Führungsgruppe im Militärrat oder DERG durchgegriffen. Ich weiß nicht, ob das stimmt, daß er selbst mit die Pistole ergriff.

Hans-Joachim Döring: Manche sprechen von einer "bewaffneten Diskussion".

Friedel Trappen: Ja, von einer "bewaffneten Diskussion".

Hans-Joachim Döring: Und es sind sechs Leute erschossen worden.

Friedel Trappen: Und darunter auch der Partner von Lamberz. Das war einer derjenigen, der mit umgebracht worden war.

Hans-Joachim Döring: Verstehe ich Sie richtig: Der Zwischenstopp in Addis war beim Start in Berlin noch nicht geplant?

Friedel Trappen: Nein, der war überhaupt nicht geplant. Wir erhielten von Berlin aus die Mitteilung über die Einladung und den Auftrag vom Politbüro, auf der Rückreise in Äthiopien vorbeizugucken, um die Lage zu klären usw. ... Das haben wir gemacht.

Hans-Joachim Döring: Und wußten Sie schon, daß...

Friedel Trappen: Ja, wir wußten, daß der Partner von Lamberz umgekommen war.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Erschossen?

Friedel Trappen: Ja. Erschossen. Werner Lamberz war interessiert daran, Informationen zu bekommen. Wir sind nach Äthiopien gefahren und wurden, sagen wir mal, empfangen wie eine hohe Staatsdelegation. Wir waren die erste Delegation, die unmittelbar nach dem Putsch ankam. Mengistu ganz persönlich hat mit Werner Lamberz stundenlange Gespräche geführt. Lamberz war ein ausgezeichnete Mann, auf dem ideologischen Gebiet beschlagen. Er hat Mengistu also begeistert. Das ging stundenlang. Zwei Nächte hindurch haben wir dort diskutiert. Ich habe hinterher den ganzen Bericht machen müssen.

Für Werner Lamberz war das hoch interessant. Die Beziehungen zu Äthiopien wurden seine persönliche Sache. Das besprach er auch mit Axen. Und Hermann Axen hat gesagt: „Na, es ist in Ordnung.“

Daraus resultierte dann auch etwas, was vielleicht nicht bekannt ist: Ich bekam den Auftrag zu einem Schnellbesuch nach Kuba. Ich sollte die kubanische Regierung unterrichten über das, was wir in Äthiopien erlebt hatten, und ich sollte sie interessieren für den sogenannten sozialistischen Aufbau in Äthiopien.

Hans-Joachim Döring: Also kann man sagen, Lamberz hat die Kubaner ans Horn von Afrika geholt.

Friedel Trappen: Ja, Lamberz hat Kuba nach Äthiopien gebracht. Das anschließende Wochenende bin ich gleich nach Havanna geflogen, war bei Fidel Castro und habe ihn informiert.

Hans-Joachim Döring: Über was haben Sie informiert?

Friedel Trappen: Über unsere Gespräche. Ich hatte mit Lamberz alles abgesprochen. Über seine Einschätzung der Lage in Addis, jetzt unter Mengistu. Daß das dort eine gute und eine fruchtbare Entwicklung ist und nun die Möglichkeit besteht, daß der Sozialismus weiter Fuß faßt usw.. Daß wir der Meinung sind – das hatte Lamberz aber auch mit den Äthiopiern besprochen –, daß die Unterstützung auch zum Teil von Schwarzen gemacht werden muß.

Hans-Joachim Döring: Das bedeutet, für die bewaffneten Truppen, die die Kubaner schicken sollten, wurden betont Afrokubaner rekrutiert?

Friedel Trappen: Ja. Ganz bewußt wurden meist Schwarze geschickt. Offensichtlich.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Und das, obwohl immer wieder Reibereien auftraten, zwischen Mestizen und Kreolen ...

Friedel Trappen: Man kann wirklich sagen, daß Werner Lamberz in bedeutendem Maße dazu beigetragen hat oder den Anstoß gegeben hat, daß die Kubaner sich intensiv mit Äthiopien beschäftigten.

Hans-Joachim Döring: Und das in einem Zeitpunkt, als die Sowjetunion noch ganz auf Somalia setzte.

Friedel Trappen: Sie setzte noch auf Somalia.

Hans-Joachim Döring: Das strategische Interesse der Sowjetunion war, daß sie versuchte, die Seestraßen am Roten Meer und zum Suezkanal kontrollieren zu können. Dazu benötigte sie Stützpunkte. Das Bündnis der Sowjetunion mit Somalia spielte seit Ende der sechziger Jahre eine dominante Rolle. Doch plötzlich gab es ein Umorientieren. Warum bröckelte diese Beziehung im Winter '76?

Friedel Trappen: Das hing damit zusammen, daß die Somalis und die Äthiopier über das Ogadenland im Clinch lagen. Ein klassischer Konflikt, kein neuer. Somalia wurde immer instabiler in diesen Dingen. Aber Äthiopien wurde in steigendem Maße stabil im Sinne des Sozialismus. Und das war interessant. Wobei das besonders wichtige waren – und deswegen haben wir Äthiopien im Kampf gegen Eritrea unterstützt – dann letztlich die Häfen, Assab und Mossawa, zu kriegen, oder wenigstens die Kontrolle darüber.

Hans-Joachim Döring: Die Stützpunktfrage. Assab sollte als Militärstützpunkt ausgebaut werden.

Friedel Trappen: Na selbstverständlich. Und es war zugleich der einzige Zugang zum Meere für Äthiopien. Das war natürlich etwas, was wir unbedingt erreichen wollten. Daher haben wir ja auch diese Aufgabe übernommen, mit den Eritreern, mit der eritreischen Befreiungsbewegung zu reden, hier in Berlin.

Hans-Joachim Döring: Auf das Thema komme ich gern noch mal zurück. Zuvor würde ich gern noch zum 11./12. Februar 1977 Bezug nehmen. Der 11. Februar war ein besonderer Tag. An diesem Tag wurde Mengistu – sieben Tage nach dem Putsch – als Staatspräsident ausgerufen, als Chef des DERG benannt und als

BITTERE SOLIDARITÄT

Oberbefehlshaber des Heeres eingesetzt bzw. er hat sich selbst eingesetzt. Keiner seiner Vorgänger hatte eine derartige Machtfülle. Mich interessiert: Wie haben Sie als Delegation die Tatsache aufgenommen, daß Sie sozusagen von einem Freund eingeladen wurden, der dann aber plötzlich ermordet worden war. Lamberz stand doch zuvor mit Mengistu nicht im Kontakt oder?

Friedel Trappen: Er hatte vorher gar nichts zu tun gehabt, mit Mengistu.

Hans-Joachim Döring: Lamberz kannte Mengistu nicht und spricht jetzt intensiv und vertrauensvoll, sozusagen, mit dem Mörder seines Freundes. Haben Sie das diskutiert?

Friedel Trappen: Nein, haben wir nicht diskutiert.

Hans-Joachim Döring: Stand keine emotionale Barriere im Raum?

Friedel Trappen: Eine emotionale Barriere war nicht da. Aber der Begriff Freund trifft das Verhältnis nicht. Der Lamberz hatte den einladenden äthiopischen DERG-Sekretär ein Mal gesehen. Das war kein persönliches Verhältnis, in keiner Weise. Er war für ihn ein Mann aus der Führung Äthiopiens.

Hans-Joachim Döring: Keine Freundschaft, eher gleiche Arbeitsebene, sozusagen von ideologischem Sekretär zu ideologischem Sekretär ...

Friedel Trappen: Auf der gleichen Arbeitsebene. Daher kannten sie sich. Der war auch, glaube ich, nicht in der DDR gewesen. Die hatten sich auf einem Kongreß oder irgendwo kennengelernt. Er hatte Lamberz mitteilen lassen, als wir in Somalia waren, am 31. Januar oder 1. Februar: „Kommt doch mal vorbei.“ Da hat der Lamberz zu mir gesagt – ich war Sekretär dieser Delegation, er war der Leiter –: „Du paß mal auf, ich habe da eine Mitteilung von dem und dem, wir müssen mal sehen, daß wir auf dem Rückweg vielleicht Station machen können.“ Weiter hat er mir nichts gesagt. So.

Hans-Joachim Döring: Gab es trotz dieser spontanen Einladung eine Abstimmung mit der Sowjetunion?

Friedel Trappen: Nein. Die Sowjetunion hat lediglich im Nachhinein eine Information von uns bekommen. Direkt eine Abstimmung gab es dazu nicht.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Der Besuch war demzufolge kein sowjetischer Auftrag?

Friedel Trappen: Er war kein sowjetischer Auftrag. Mit den Sowjets hatte ich manchmal auch ein bißchen Clinch.

Hans-Joachim Döring: Welcher Art?

Friedel Trappen: Derart, daß sie meiner Meinung nach zu rigoros waren und zu wenig die nationalen Spezifika der einzelnen Länder beachtetten.

Hans-Joachim Döring: Sie meinen, sie spannten die einzelnen Länder zu sehr in ihre strategischen Ziele ein.

Friedel Trappen: Genau. Einer der Höhepunkte war, daß sie den Moçambikanern einreden wollten, so einen Siebenjahresplan, mit dem sie die Unterentwicklung überwinden wollten. Da habe ich gesagt: „Leute, das ist doch kompletter Quatsch.“ Dann die Sache mit der Gründung der Partei. Die wollten immer gleich eine Partei neuen Typus. Da habe ich gesagt: „Leute das kann man doch nicht machen.“

Hans-Joachim Döring: Stichwort Partei neuen Typus und Moçambique. Bei dem III. FRELIMO-Kongreß in der ersten Februarwoche 1977 erklärte sich die FRELIMO als marxistisch-leninistische Partei. Ich nahm bisher an, daß war stark von Lamberz gefördert worden. Er war als Ideologie-Sekretär und Politbüromitglied der Ranghöchste aus dem Ostblock auf dem Kongreß.

Friedel Trappen: Nein, gar nicht. Uns war das nicht wichtig. Und auch Lamberz nicht. Das weiß ich genau. Der hat damals noch gesagt, also Leute, seid vorsichtig. Prescht mit dieser Entwicklung nicht so schnell vor. Lamberz war in dieser Hinsicht etwas flexibler. Woher das Drängen kam, ob das von den Sowjets kam oder nicht, das kann ich nicht sagen. Von uns kam es auf jeden Fall nicht.

Hans-Joachim Döring: Es war demnach keine Voraussetzung für die staatliche und solidarische Unterstützung?

Friedel Trappen: Von unserer Seite aus jedenfalls nicht. Klar haben wir uns den Sowjets angenähert. Wir haben sie um ihre Meinung gefragt. Wir haben das mitgemacht, was sie gemacht haben. Die haben Kader

BITTERE SOLIDARITÄT

ausgebildet, wir haben Kader ausgebildet. Wir waren an der Parteischule, die waren an der Parteischule.

Hans-Joachim Döring: Ich würde gern auf Äthiopien zurückkommen. Bei diesem ersten Gespräch im Februar hat Mengistu eine ganze Reihe von Wünschen geäußert und um Unterstützung gebeten. Welche Wünsche waren für Mengistu prioritär?

Friedel Trappen: Primär war für Mengistu:

- A) Die Beratung der Streitkräfte – Aufbau von Sicherheitsorganen.
- B) Die Entwicklung der Landwirtschaft. Bodenreform und Entwicklung der Landwirtschaft.
- C) Aufbau einer führenden Partei, einer führenden politischen Organisation nannte man das damals noch. Aber das wurde ja dann die Partei.

Hans-Joachim Döring: Die Machtfrage!

Friedel Trappen: Die Machtfrage, natürlich. Richtig. Aufbau der Machtorgane. Aufbau der Planungsorgane, gewissermaßen der richtige Aufbau eines neuen Staatsapparates. Denn das waren ja die Säulen des Staatsapparates: Armee, Sicherheitsorgan, Planungsorgan usw.

Hans-Joachim Döring: Hat bei den Beratungen mit Mengistu oder bei der späteren Auswertung der Gespräche durch die Delegation eine Rolle gespielt, was für einen politischen Flügel Mengistu im revolutionären DERG aus dem Weg geräumt hat?

Friedel Trappen: Nein, das hat keine Rolle gespielt. Es war nur allgemein die Rede von Leuten, die oppositionell waren, die nicht weitergehen wollten in der Entwicklung der Revolution.

Hans-Joachim Döring: Eine Besonderheit in Äthiopien war, daß der „rote Terror“ von der neuen Obrigkeit regelrecht ausgerufen wurde und in einem Zusammenspiel von Oben und Unten stattgefunden hat. Er richtete sich weitgehend gegen linke oder radikalsozialistische Kräfte. Von daher ist mir Aussage, die gingen nicht weit genug in der Revolution, problematisch.

Friedel Trappen: Das war aber das, was sie uns damals gesagt hatten. Daß das Kräfte waren, die die weitere Entwicklung behinderten ...

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Empfanden sich Lamberz und Mengistu persönlich sympathisch?

Friedel Trappen: Ja, sehr. Das ist wahrscheinlich mit eine der entscheidenden Sachen, daß die beiden sich persönlich sehr sympathisch waren. Fand ich jedenfalls. Und fanden auch alle anderen in der Delegation. Mengistu war sehr aufgeschlossen Lamberz gegenüber, war sehr geneigt. Das zeigte sich auch später, als Lamberz umgekommen war, daß sie ihn zum Helden in Äthiopien gemacht haben.

Hans-Joachim Döring: Lamberz erfuhr eine größere Heldenverehrung in Addis Abeba als in Ost-Berlin.

Friedel Trappen: Ja. Auch seiner Witwe gegenüber empfand sich die äthiopische Führung verpflichtet. Das weiß ich. Sie haben sie eingeladen usw.. Das war also richtige Heldenverehrung. Sie wußten natürlich auch von den Kubanern, was Lamberz für sie bewirkt hatte. Die Unterstützung der Kubaner war ja eine der entscheidenden Sachen.

Hans-Joachim Döring: Lamberz, der Retter der Revolution. Für mich tritt jetzt eine gewisse Irritation ein. Aus der Literatur entnahm ich vergrößert: Mengistu der Hardliner, der stark auf militärische Lösungen setzt. Von Lamberz erfahre ich von Leuten aus Lamberz Umgebung, der war weltgewandt, visionär, den Künsten gegenüber aufgeschlossen, auf keinen Fall ein Militär.

Friedel Trappen: Nein, das war er nicht. Er war kein Militär.

Hans-Joachim Döring: Wie können die beiden so eng zusammenkommen?

Friedel Trappen: Mengistu hat sich uns gegenüber nicht als Militär präsentiert. Es war bedeutsam, daß er zuhören konnte. Mengistu war aufgeschlossen und er hat allem zugehört, was Lamberz gesagt hat. Wir haben nach den Gesprächen gesagt, der hat das aufgenommen wie ein trockener Schwamm. Und Lamberz war natürlich auch in der Lage, ihm die ganzen Dinge ordentlich – ich würde mal sagen, schmackhaft – darzulegen.

Hans-Joachim Döring: Welche Dinge meinen Sie?

BITTERE SOLIDARITÄT

Friedel Trappen: Sozialismus. Was ist Sozialismus? Was ist die Rolle der Partei? Wie muß man das aufbauen? Was heißt Diktatur des Proletariats? Das, bitte, ist nicht so wörtlich zu nehmen. Lamberz hat ihm das also sehr deutlich gesagt. Man hat förmlich gemerkt: Mengistu war sehr überzeugt von dem, was Lamberz darbot.

Hans-Joachim Döring: Verstehe ich die Situation richtig, wenn ich sage, die Offenheit von Mengistu rührte daher, daß er in einer Phase der Neuorientierung und Unsicherheit – er war ja nicht unumstritten und hatte sich bewaffnet durchgesetzt – einen ranghohen Gesprächspartner des Ostblocks sich sichern wollte?

Friedel Trappen: Das war offensichtlich. Wir waren ja die erste Delegation aus einem sozialistischen Land, die da war. Und Mengistu hatte ernste Bedenken nicht anerkannt zu werden. Denn er hatte ja einen Militärputsch gemacht, mit Waffengewalt. Mengistu hatte offensichtlich Bedenken oder sogar Angst, daß er nicht aufgenommen wird von den sozialistischen Ländern. Und deswegen wollte er, und mußte er logischerweise auch, einen guten Eindruck machen. Er wollte nicht den Militär herauskehren, sondern war bemüht, den Eindruck haften zu lassen, daß er natürlich auf unserer Seite steht, daß er den Sozialismus will. Deswegen hat er die Aktivitäten der anderen Seite und deren Gefahren stärker negativ dargestellt, als sie in Wirklichkeit waren. Das stellten wir erst hinterher fest. Für Mengistu war das, auch rein persönlich gesehen, eine ganz wichtige Sache: Könnte er diese Delegation von seiner Redlichkeit überzeugen, dann würde das ausstrahlen bis zu den Kubanern – wie das auch war –, als auch zu den Sowjets. Denn das wußte er mit Sicherheit, auch von seinen Beratern, daß die DDR, die SED sowohl einen guten Draht zu den Sowjets und zu den Kubanern hatte.

Hans-Joachim Döring: Wenn der ermordete „Freund“ von Herrn Lamberz nicht nach Addis eingeladen hätte, wäre dann die Delegation über Äthiopien hinweg geflogen?

Friedel Trappen: Wahrscheinlich. Das kann sein. Ja, wahrscheinlich.

Hans-Joachim Döring: Dann hätte es unter Umständen am Horn von Afrika eine ganz andere Entwicklung gegeben?

Friedel Trappen: Nicht auszuschließen. Ganz konkret war das so: Wir waren, wie gesagt in Moçambique, wir kriegten die Information, daß in Äthiopien die-

BITTERE SOLIDARITÄT

ser Staatsstreich stattgefunden hat. Und es war auch bekannt, daß Bante weg war und auch die Partner von Lamberz. Und Lamberz fragte von Moçambique aus zurück nach Berlin. „Ich habe die Einladung, soll ich, oder soll ich nicht?“ Und da kam von Berlin aus der Auftrag: „Sofort hinreisen!“

Hans-Joachim Döring: Den Auftrag hat Hermann Axen oder Erich Honecker erteilt?

Friedel Trappen: Honecker nehme ich an – nach Beratung mit Axen. Uns war natürlich klar: Äthiopien mit einem relativ starken Militärapparat – das ist eine Sache, die sich halten kann.

Hans-Joachim Döring: Halten im Sinne von Territorialgewinn für das sozialistische Lager?

Friedel Trappen: Territorialgewinn für das sozialistische Lager? Sagen wir mal, festen Stützpunkt für das sozialistische Lager, so haben wir das betrachtet.

Hans-Joachim Döring: Aufgrund dieses Initialgespräches im Februar ergeben sich bis zum Absturz von Werner Lamberz enorme Aktivitäten in Richtung Horn von Afrika. Schon Anfang März weilte eine kubanische Delegation in Addis Abeba und es kamen wichtige Delegationen des DERG nach Ost-Berlin. Zudem fliegen noch im März mehrere Flugzeuge von Berlin-Schönefeld mit Waffen nach Addis ...

Friedel Trappen: Eine der Hauptbitten, die von Mengistu kam, war die nach militärischer Unterstützung und militärischer Sicherung der Revolution.

Hans-Joachim Döring: Wurden Analysen vorgenommen, wer ist der Gegner und gegen wen werden die Waffen eingesetzt?

Friedel Trappen: Für die eigene Armee. Na gut, wir wußten natürlich damals, daß diese Gefahr im Ogaden war. Das war ja bekannt. Und von Siad Barre hatten wir nicht den besten Eindruck. Also demzufolge war für uns ganz klar, dieser Stützpunkt muß aufgebaut werden. Militärisch. Deswegen waren auch Sicherheitsleute da.

Hans-Joachim Döring: Jetzt gab es aber eine Abstimmung mit der Sowjetunion?

BITTERE SOLIDARITÄT

Friedel Trappen: Ja. Wenn ich mich nicht ganz irre, ist Markowski als Abteilungsleiter nach Moskau geflogen. Es gab einen sehr detaillierten Bericht nach Moskau, das ist klar. Die sowjetische Botschafter wurde noch in Äthiopien von uns informiert.

Hans-Joachim Döring: Dieser sowjetische Botschafter war soeben erst berufen. Im Dezember 1976 kam er direkt aus Mogadischu, wo er als Befehlshaber der sowjetischen Truppen oder Beraterereinheiten im Einsatz war und die somalische Armee gegen Äthiopien mit aufgebaut und angeleitet hatte.

Friedel Trappen: Die Sowjets haben sich dann auch sehr schnell auf Äthiopien eingelassen.

Hans-Joachim Döring: Das waren schon spannendere Vorgänge. Die DDR lieferte wohl fast als erster Staat Waffen für das neue Regime. Diese werden noch bevor es im Juli erst zum Ogadenkrieg kommt, im März und April für die „Volksbewaffnung“ und die beginnenden Säuberungen eingesetzt. Wurde die Verwendung der Waffen im ZK diskutiert?

Friedel Trappen: Nein, das wurde so nicht diskutiert. Bei uns zumindest in der Abteilung nicht. Wenn das diskutiert wurde, war das schon ein anderer Rahmen. Kann sein, daß das innerhalb der militärischen Einheiten und Organisationen, im Verteidigungsministerium und im Ministerium für Staatssicherheit diskutiert wurde. Mit mir auf jeden Fall nicht. Ich war in diese Diskussion nicht eingebunden. Ich bin auch bei aller Bedeutung, die wir im ZK hatten, bin ich nie eingeweiht worden, in die Details der militärischen oder der sicherheitspolitischen Aktivitäten. Ich wußte zwar, daß wir militärisches Gerät lieferten, aber ich wußte nie, wie viel und was wer erhält. Die einzigen, mit denen ich immer wieder zusammenkam, das waren die Leute von Schalck-Golodkowski. Weil das natürlich wiederum mit den speziellen politisch-ökonomischen Sachen zusammenhing.

Hans-Joachim Döring: Wer hat dann die Zahlen über den finanziellen Umfang der Waffenlieferungen in die Protokolle geschrieben? Da steht zum Beispiel, im Juni '77 sind für 53 Millionen Mark DDR-Waffen geliefert worden.

Friedel Trappen: Das haben die Ministerien reingeschrieben. Das ging dann über den Ministerrat. Das wurde ins Politbüro gegeben vom Ministerrat usw.. Aber das waren Dinge, die sie dann nicht über uns geleitet haben.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Die Botschafter haben doch immer berichtet ...

Friedel Trappen: Ja, das war etwas anderes. Die Botschafter haben berichtet. Über die Lage haben die berichtet. Aber über konkrete militärischen Angaben, für wieviel Millionen Mark haben wir Waffen geliefert, was für Waffen oder wieviel Mann haben wir dort eingesetzt und wieviel Offiziere haben wir ausgebildet, das erfuhren wir nicht. Die ersten Waffenlieferungen waren eigentlich nicht entscheidend, aber sie waren bedeutsam.

Hans-Joachim Döring: Für die DDR waren Waffen im Wert von 100 Millionen schon nicht wenig.

Friedel Trappen: Ja natürlich. Aber ich meine, für den ganzen Krieg war das nicht entscheidend. Wichtig war eines, das Gesprächchen mit Lamberz, das war der Initialschuß. Das hat Lamberz vorangetrieben. Lamberz, weiß ich, hatte auch ohne mich einzubeziehen mit den Ministerien, mit Hoffmann und mit den Leuten von der Armee und mit Mielke von der Staatssicherheit unmittelbar gesprochen.

Hans-Joachim Döring: Lamberz hat Druck gemacht?

Friedel Trappen: Ja, er hat gesagt, nun macht mal!

Hans-Joachim Döring: Schränke auf!

Friedel Trappen: Aber natürlich. Lamberz hat im Politbüro mit Honecker geredet. Der hat Honecker beredet in manchen Dingen, wie man sagen muß. Alles hat dem Axen gar nicht gepaßt. Der Axen wurde damit aus einer bedeutenden internationalen Aktivität ausgeschlossen.

Hans-Joachim Döring: Hermann Axen war auch bedächtiger ...

Friedel Trappen: Ja. Lamberz war noch ein bißchen Heißsporn. Er war ja auch wesentlich jünger. Axen war abwägender. Er war ja auch in den internationalen Fragen der viel stärkere Analysator und Theoretiker. Der hat da tiefer geguckt.

Hans-Joachim Döring: Wenn ich das richtig sehe, wurden die Waffen nicht als solidarische Schenkung gegeben, sondern die wurden von Anfang an verkauft.

BITTERE SOLIDARITÄT

Friedel Trappen: Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wahrscheinlich teils, teils. Wahrscheinlich ist durchaus ein Verkaufsvertrag gemacht worden, aber dann wurden mit der Zeit bestimmte Rückzahlungsverpflichtungen aufgehoben. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Hans-Joachim Döring: Im Frühjahr 1977 taucht dann recht unverhofft die Kaffeekrise in der DDR auf. Die Bezugsmöglichkeiten von Rohkaffee spielten in den Beziehungen zu Äthiopien eine zentrale Rolle. Es haben sich sozusagen die ideologische Sympathie zum neuen Regime mit neuen Importerwartungen verflochten. Können Sie das beschreiben?

Friedel Trappen: Ja, das war ganz wichtig. Es stand die Frage, kriegen wir keinen Kaffee mehr? In Angola war das schwierig geworden.

Hans-Joachim Döring: Warum?

Friedel Trappen: In Angola war ja inzwischen Bürgerkrieg. Die Kaffeeproduktion war stark behindert, während sie in Äthiopien noch möglich war. Der äthiopische Kaffee war aus irgendeinem Grunde für uns auch besser geeignet, rein von der Spezifität her. Da wurde mit den Äthiopiern gesprochen. Und die haben – natürlich ausgehend von der Tatsache, daß wir sofort die Militärlieferungen senden – gesagt: „Jawohl, Rohkaffee könnt ihr haben.“ Dadurch waren wir in der Lage, mit Waffenlieferungen auszugleichen.

Hans-Joachim Döring: Wurden dann besonders viele Waffen geliefert, weil man besonders viel Kaffee kaufen bzw. tauschen wollte?

Friedel Trappen: Das war wirklich so. Das hat eine Rolle gespielt. Je schneller wir unsere Zusagen einhalten, um so schneller können wir den äthiopischen Kaffee bekommen. Das war wirklich so gewollt und das ist auch so gewesen.

Hans-Joachim Döring: Ein Tausch: Blaue Bohnen gegen rote Bohnen.

Friedel Trappen: Ja, rote Bohnen gegen blaue Bohnen. Ökonomisch hat uns das sehr geholfen in der DDR.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Empfind man das nicht problematisch, um hier die eigenen Kaffeetassen zu füllen, hilft man da die Opposition, die eine Linke war, niederzukämpfen und auszumerzen?

Friedel Trappen: Daß es eine linke Opposition war, das war uns allen nicht so bewußt geworden. Insbesondere ist es mir auch stärker klar geworden, als ich dann mit den Eritreern mal zusammengetroffen bin.

Hans-Joachim Döring: Die Abteilungen Internationale Verbindungen haben sich ja sehr für die Vermittlung bzw. für eine Gesprächsebene zwischen der äthiopischen Zentralregierung und den nördlichen eritreischen Befreiungsbewegungen bemüht. Können Sie die Zielrichtung beschreiben?

Friedel Trappen: Die Zielrichtung war eigentlich ganz einfach: Paul Markowski hatte sie ausgearbeitet. Ein Vertrag zwischen beiden Seiten: Die Eritreer sollten sich einordnen in das äthiopische Staatsgebiet, dafür aber einen bestimmten Grad an Autonomie behalten. Die Hauptfrage war, daß Eritrea eingeordnet blieb, um im besonderen Maße den Seeweg für die Äthiopier zum Roten Meer und Militärstützpunkte dort oben in Assab oder Mossawa zu erhalten. Das war eigentlich der große Hintergrund. Die Argumentation, die wir hatten, war natürlich die, daß wir in starkem Maße, besonders bei den Eritreern, an ihre marxistische Vergangenheit anknüpfen wollten.

Eigentlich bei den Eritreern und bei den Äthiopiern. Da kamen wir bei den Eritreern aber schlecht an, weil die uns immer sofort vorhielten, die Äthiopier sind doch keine Marxisten, das sind Amharen, das ist eine Militärkaste. Dann haben die uns aufgeklärt, wer die Amharen sind. Dem konnten wir nicht allzuviel entgegensetzen, weil die Amharen, Mengistu und seine Gefolgsleute tatsächlich von ihrer Herkunft überhaupt nichts mit Marxismus zu tun hatten, sondern eben tatsächlich nur Militärs waren. Der ganze Parteiapparat da oben waren ja weiter nichts als Militärs und aus dem Militär Kommende. Militärkaste eben. Ich habe sie ja zum Teil kennengelernt.

Hans-Joachim Döring: Was war die Zielrichtung der Vermittlung? Man hat ja wichtige Vertreter beider Seiten so weit motivieren können, daß sie zu Gesprächen nach Ostberlin gekommen sind?

Friedel Trappen: Ja, wir haben sie in Berlin gehabt. Die Zielrichtung war, die Führung der Äthiopier und der eritreischen Befreiungsbewegungen auf einen

BITTERE SOLIDARITÄT

gemeinsamen Nenner zu bekommen, auf der Basis einer Art Föderation oder Konföderation. Eritrea sollte nicht ausscheren.

Hans-Joachim Döring: Der Hintergrund war die Hafenanbindung?

Friedel Trappen: Ja, Hintergrund waren Hafenanbindung und Stützpunktfrage. Und natürlich war auch für Äthiopien die industrielle Kapazität Eritreas von Bedeutung, denn die ist ja wesentlich höher als die von ganz Äthiopien.

Hans-Joachim Döring: Es gab verschiedene Theorien zu den Motiven dieser Gespräche. Eine nenne ich die "Schrecktheorie. Ich habe den Eindruck aus zwei, drei knappen Protokollzitataten, daß Lamberz im Dezember 1977 Mengistu in Addis Abeba regelrecht eine politische Lösung der Eritreafrage abringen wollte. Ich unterstelle Lamberz freundlich, daß er über die – "seine" – Waffenlieferungen und was damit angerichtet wurde, erschrocken war und nun durch Verhandlungen den Schaden begrenzen wollte. Kann man das sagen?

Friedel Trappen: Eins weiß ich fast genau: Die Äthiopier wollten keine Verständigung. Sie waren der Meinung, sie kriegen die Eritrea-Frage auf militärischem Gebiet hin. Lamberz war relativ besorgt. Ich habe mit ihm gesprochen. Er hat gesagt: „Menschenskind, jetzt haben die Waffen erhalten, jetzt gehen die da oben ([in Eritrea. d. Verf.] vor und das gibt doch eine friedliche Möglichkeit.“ Ich hatte ja den Auftrag in Khartoum einige Wochen mit verschiedenen Chefs eritreischer Bewegungen zu verhandeln. Einige waren dann auch in Berlin dabei.

Lamberz sagte mal, daß die Äthiopier nicht so richtig wollten und doch nur auf ihre Waffen vertrauen, während unsere Aufgabe darin bestehen mußte, die beiden Seiten so zusammenzubringen, daß die Äthiopier nicht auf ihre militärische Stärke pochten und die Eritreer nicht auf ihre marxistische Borniertheit. So ähnlich sagte er das. Die Eritreer waren auch der Meinung, die Äthiopier sind keine Marxisten, nur Militaristen. Mit denen kann man überhaupt nicht reden. Während die Äthiopier sagten: „Die, die fegen wir doch weg, die machen wir alle“. Beides waren überzogene Positionen und die wollten wir abschwächen. Das war eigentlich unsere Aufgabe, daß wir die an einen Tisch brachten. Und wir waren glücklich, als die sich nach einigen Tagen als Brüder anredeten. Aber es kam nichts dabei heraus.

Die Eritreer sagten immer: "Wir machen unseren Sozialismus alleine, einen anderen, einen marxistischen." Wobei sie allerdings nicht gemerkt haben oder auch nicht sahen, daß die Gefahr bestand, daß sie sich in die Hände von Gad-

BITTERE SOLIDARITÄT

daffi begaben. Libyen hat finanziert und beraten. Wir sagten: Was kann Eritrea als unabhängiger Staat werden? Doch nur eine Marionette der islamischen Staaten und vor allem von Gaddafi.

Hans-Joachim Döring: Es gab doch aber gerade in dieser Zeit eine recht persönliche und gewinnende Beziehung zwischen Lamberz und Gaddafi?

Friedel Trappen: Ja und nein. Ja insofern, die hatten sich ja kennengelernt, mochten sich irgendwie, komischerweise.

Hans-Joachim Döring: Lamberz mochten wohl alle?

Friedel Trappen: Ja, Lamberz hatte ein Wesen, der konnte sich wirklich in jeden hineinbegeben. Den gewann man einfach lieb. Es war ein sehr umgänglicher, netter Mensch. Wir hätten ihn gern als Nachfolger von Honecker gehabt. Da wäre vielleicht manches anders gelaufen.

Mit dem Besuch von Lamberz in Libyen verbindet sich ja für mich ein ganz persönliches wichtiges Moment. Für die Reise, auf der Lamberz abgestürzt ist, war ich mit vorgesehen. Ich war im Beschluß mit drin. Ich bin 8 Tage vorher krank geworden und ins Krankenhaus gekommen. Deswegen ist Markowski an meiner Stelle geflogen. Ich wäre in dem Helikopter mit drin gewesen. Das verbindet mich mit diesem Besuch. Da bin ich zum zweiten Mal dem Tod von der Schippe gesprungen ...

Hans-Joachim Döring: Was war der Anlaß der Reise?

Friedel Trappen: Der Anlaß der Reise war, mit Gaddafi die Eritreerfrage zu bereden. Ihm also zumindest zu bedeuten, daß er seinen Einfluß so nimmt oder läßt, um die Einheit oder die Vereinigung mit Äthiopien nicht zu stören. Unsere Argumentation war, wir müssen Äthiopien stark machen und nicht einen Rivalen gegen Äthiopien aufbauen, mit dem sie andauernd zu tun haben werden. Es reichte aus, daß sie mit Somalia dauernd was zu tun haben. Die Argumentation war die, den Gaddafi zu überzeugen, daß wir am Horn Afrikas einen starken Stützpunkt des Sozialismus brauchen.

Hans-Joachim Döring: Warum engagierte sich die kleine DDR so stark am Horn von Afrika? Das ist doch ein relativ großes Gebiet für dieses kleine Land und

BITTERE SOLIDARITÄT

direkte geostrategische Interessen hatte und Militärhäfen brauchte die DDR doch nicht am Tor zum indischen Ozean?

Friedel Trappen: Die Sowjets waren unserer Afrikapolitik nicht sonderlich gewogen.

Hans-Joachim Döring: Um so verwunderlicher ist das intensive Engagement doch!

Friedel Trappen: Die Sowjets sind auch in Äthiopien nie so stark eingestiegen wie wir oder wie die Kubaner.

Hans-Joachim Döring: Aber die DDR konnte doch selber kein Interesse an einem Militärhafen in Assab haben. Was ist denn die Motivation für so ein so großes Engagement?

Friedel Trappen: Ich kann es Ihnen ehrlich nicht sagen. Ich kann nur sagen, vielleicht hatte Lamberz so ein bißchen Ambitionen, Weltpolitiker zu werden oder in der Weltpolitik eine Rolle zu spielen. Das ist natürlich eine erhebende Sache, wenn man in der Weltpolitik mit dabei ist. Wenn ich zurückdenke, wir haben manchmal gesagt: "Menschenskinder, Leute, übernehmen wir uns nicht, wir als kleine DDR?" Wirklich! Die Fragen haben wir uns ja selber gestellt. Dann war es auch wieder schön. Wir waren angesehen. Wir kamen hin und überall wurden wir begrüßt. Aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe mich manchem widersetzt. Ich war in vielen Dingen, auch in Äthiopien, Moçambique und Angola ein kleines bißchen skeptisch.

Nun muß ich Ihnen ehrlich sagen, ich war natürlich bloß ein kleiner stellvertretender Abteilungsleiter. Ich konnte einem Mitglied des Politbüros keine Meinung sagen. Mit Werner Lamberz habe ich ein sehr offenes Verhältnis gehabt, auch mit Axen eigentlich. Dem haben wir aber auch manchmal ein paar ganz schöne Wahrheiten sagen müssen. Trotz allem – letztlich blieb das, was die Politbüromitglieder wollten, stehen.

Hans-Joachim Döring: Kann man da sagen, die DDR war in ihren Beziehungen zu Äthiopien kein Seniorpartner der Sowjetunion?

Friedel Trappen: Kann man so sagen. Das war eine Eigeninitiative. Wir waren nicht beauftragt oder in irgendeiner Weise von den Sowjets bestimmt

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Aus ganz eigenen Stücken oder in Absprache?

Friedel Trappen: Absprachen ja. Wir haben den Sowjets immer gesagt, was wir machen wollen und die haben gesagt, einverstanden, macht das ruhig. Es kann durchaus sein, daß dahinter bei den Sowjets die Meinung war, nun laß die mal machen. Laß die mal auf die Schnauze fliegen!

Hans-Joachim Döring: Wurden 1983, 1984, 1985, als in Äthiopien die großen Hungersnöte erneut akut und vor allem öffentlich bekannt wurden, ein Zusammenhang mit der nicht wie gewünscht vorankommenden Revolution diskutiert?

Friedel Trappen: Das wurde bei uns nicht diskutiert. Das war dann schon die Zeit, als ich in Widerspruch geriet, weswegen sie mich damals auch rausgenommen haben. Das war schon die Zeit, als Honecker keine negativen Berichte mehr akzeptiert hat.

Hans-Joachim Döring: Das verstehe ich nicht!

Friedel Trappen: Honecker wollte nichts negatives hören. Der wollte von den ganzen Problemen, auch dem Bürgerkrieg in Moçambique, wollte der nichts hören.

Hans-Joachim Döring: Und das wurde nach unten durchgestellt? Auf der Abteilungsleiterenebene oder auf der Kaffeetisch-Ebene wurde dann mitgeteilt, der Honecker will nichts kritisches mehr hören?

Friedel Trappen: Das wußte man natürlich. Ich habe die Berichte an Axen mit allen Informationen weitergegeben. Wie das in Äthiopien war, aber irgendwie ist es beim Generalsekretär nicht angekommen. Und es wurde nicht diskutiert. Wir unten in der Abteilung haben diskutiert und wußten was los war. Aber es ist in der Führungsebene nicht angekommen Na gut, vielleicht hat Lamberz und vielleicht hat Axen mit seinen Mitgliedern im Politbüro über das eine oder andere Problem gesprochen. Das kann durchaus sein. Aber es wurde nicht im Politbüro und es wurde nicht offiziell diskutiert. Der Generalsekretär hat es nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Generalsekretär gab keine Information über die Lage. Nichts. Das wurde raus gestrichen. Ich habe es zum Teil gemacht.

Hans-Joachim Döring: Wie meinen sie das?

BITTERE SOLIDARITÄT

Friedel Trappen: Ein Beispiel: 1986 war ich selber mal unten in Moçambique gewesen. Sprach auch mit dem simbabwischen Präsidenten Mugabe und schrieb einen Bericht. Da sagte Axen: „Nein, das kann ich so nicht weitergeben.“ Ich sagte: „Herrmann, tut mir leid, ich kann Dir nichts anderes berichten, so sieht es aus, so ist die Konterrevolution dort.“ Sagt er: „Das gebe ich dem Erich nicht weiter.“ Da hat er dann einen anderen Bericht gegeben und ich habe das gesehen. Da habe ich dem Axen gesagt: „Du, von mir kriegst Du keinen Bericht mehr. Tut mit leid, ich weigere mich, Dir noch weitere Berichte zu geben, wenn das da aussieht. Das ist nicht mein Bericht.“ Das war der Rausschmiß.

Hans-Joachim Döring: Wie erklären Sie sich diese Scheu vor der Realität?

Friedel Trappen: Das weiß ich nicht. Das kann ich wirklich nicht sagen. Das wurde heute wieder im Rat der Alten besprochen, diese Realitätsscheu des Erich Honecker... Der hat nicht mehr wahrhaben wollen, was passiert ist. Ich kann Ihnen nicht sagen, woher das kam. Der Axen sagte einmal zu mir: „Der regt sich immer furchtbar auf, wenn er so etwas liest. Das kann man doch dann nicht machen.“ Da haben sie es nicht gemacht. Er wollte das nicht wissen und er wollte das nicht hören. Die Frage, daß die Konterrevolution marschiert, weder in der DDR noch dort, wollte er nicht sehen. So war das. Wir übersehen, daß gerade die Politik sehr stark mit persönlichen Dingen verbunden ist. Der war außerstande, das ordentlich zu handhaben.

Hans-Joachim Döring: Ich möchte gern zur Rolle von Libyen überleiten. Werner Lamberz fliegt als Sonderbeauftragter des Generalsekretärs im Dezember 1977 nach Libyen und erwirkt Vorabsprachen für ein Drittlandabkommen zwischen den Entwicklungsländern, Libyen und DDR mit. Was war Funktion und Inhalt dieses Vertrages?

Friedel Trappen: Das weiß ich nicht. Es war geplant, ja. Aber es ist nichts zustande gekommen. Das ist ja alles abgestürzt.

Hans-Joachim Döring: Das Abkommen ist aber ratifiziert worden!

Friedel Trappen: Ja, aber ich habe es nicht mehr gesehen.

Hans-Joachim Döring: Es ist am 24. Februar 1978 hier in Berlin unterzeichnet worden. Für die DDR von Lamberz, obwohl es ein Wirtschaftsabkommen war.

BITTERE SOLIDARITÄT

Friedel Trappen: Das kann sein, daß das an mir vorbeigegangen ist. Über die Funktion dieses Drittlandabkommens ist mir nichts bekannt. Ich weiß nur, daß wir so eine Absicht hatten. Ich sprach auch mit Lamberz und mit Axen darüber. Ich weiß noch, daß Axen damals ziemlich sauer war, weil Lamberz ihm die Show mit Gaddafi wegnahm. Wir wollten Gaddafi gewinnen, vor allem, daß er einen Teil seiner Reserven einsetzte für die Unterstützung der anderen Entwicklungsländer.

Hans-Joachim Döring: Unterstützung für andere über den Umweg Ost-Berlin, mittels der Finanzierung der Großprojekte der DDR?

Friedel Trappen: Das war der Sinn. Ja, das war die große Idee. Aber ich habe, ehrlich gesagt, das Abkommen nie gesehen.

Hans-Joachim Döring: Haben Sie Kenntnis, ob das Abkommen in Teilen erfüllt wurde und libysches Geld je gezahlt wurde?

Friedel Trappen: Nein, das weiß ich wirklich nicht. Das müßten die Leute der Plankommission wissen. Ja, der Sommer '77, da ist mir möglicherweise einiges entgangen. Das will ich nicht abstreiten.

Hans-Joachim Döring: Die Libyen-Reisen stehen in Verbindung mit der Bildung der "Kommission für die Entwicklungsländer". Wie kam es zu ihrer Bildung? Was war ihre Aufgabe?

Friedel Trappen: Die Kommission ist im Politbüro entstanden. Auch gedanklich. Ich weiß nicht, wer den ersten Gedanken hatte. Kann sein, daß auch Lamberz daran gewirkt hat. Das Problem war doch, daß wir beständig Ärger mit den Wirtschaftsleuten hatten. Denn Werner Lamberz machte in den Entwicklungsländern immer gleich große Versprechungen. Die Wirtschaftsleute sagten: „Der Lamberz hat gut reden. Aber wir müssen ackern.“ Mittag paßte das überhaupt nicht. Was der Lamberz versprach, mußte Mittag erfüllen oder ausbügeln. Lamberz hatte natürlich bei Honecker einen Stein im Brett. Der Honecker sagte ja, ja und alles gut und prima. Mittag mußte das alles mehr oder weniger auslöfeln. Da kam der Gedanke der Kommission auf. Ich glaube, die Bildung wurde von Lamberz angestoßen und Mittag hat das dann wohl ausgeführt. Eine Kommission unter Leitung von Mittag, in der Hermann Axen drin war und auch Lamberz und natürlich auch die wichtigen Ministerien, die Plankommission und

natürlich die Abteilung Internationale Verbindungen. Die Kommission bekam immer Vorlagen. Erst einmal ging die Arbeit von unseren konkreten Reisen aus. Es gab nach den Reisen immer Überlegung: da und da könnten wir was machen. Zum Beispiel in Moçambique war die Frage des 100.000 Hektar Projektes. Dieses große Projekt, Urwald roden und große Plantagen anlegen. Das Projekt muß gemacht werden. Honecker sagte ja, macht mal. Und dann erhielt die Kommission den Auftrag. Die Details dazu mußten erarbeitet werden. Die Aufträge wurde vom Büro Mittag über die Wirtschaftsabteilungen an die entsprechenden Ministerien verteilt. Und dann mußten die Minister antanzen vor dieser Kommission mit Vorlagen und Terminvorstellungen. Das war also eine Kommission, die mehr oder weniger die Aktionen aller Regierungsorgane gegenüber Entwicklungsländern koordinierte.

Hans-Joachim Döring: Wurden die Ausmaße dieses 100.000 Hektar Projektes von den Moçambikanern geäußert oder waren das die Vorstellungen der DDR-Leute?

Friedel Trappen: Beides. Im wesentlichen waren das Ideen von unseren Leuten, die aber beruhten auf Gedanken der Planung oder der Ideen der moçambikanischen Seite selber. Das war ja auch mit ihnen besprochen und abgestimmt worden. Obwohl das da mächtige Lücken gab. Es waren mehr Objekte unserer eigenen Wünsche, als Wünsche der Moçambikaner zum Beispiel. Beim 100.000 Hektar-Projekt weiß ich es genau, denn hinterher haben wir ja die Quittung bekommen, indem wir die Ausrüstungen viel zu früh nach Moçambique geliefert haben. Die Moçambikaner hätten den Urwald schon gerodet haben müssen, hatten aber für das Projekt gar nichts gemacht. Die Ausrüstungen sind im Urwald liegen geblieben. Das sind Millionen gewesen damals, 12 – 15 und mehr.

Hans-Joachim Döring: Es gab die im Sommer 1977 „geheim“ ausgerufene Exportoffensive Entwicklungsländer. Wenn ich mich recht erinnere, wurde sie am 26. Juli gemeinsam mit dem Kaffeebeschuß im Politbüro gefaßt. Es wird da gesagt, wir müssen in den nächsten zwei Jahren für 400 Millionen VM mehr Güter in Entwicklungsländer exportieren. Wie hieß der schöne Begriff: „zahlungsbilanzwirksame Maßnahmen durchführen“? Das war der Startschuß für die Kommission?

Friedel Trappen: Ja, weil wir ja damals bei Äthiopien in Schulden geraten waren. Das war der Startschuß für Moçambique, für Äthiopien und auch für ande-

BITTERE SOLIDARITÄT

re. Das waren Projekte so um die 400 Millionen. Das waren Projekte, die fast ausschließlich auf Regierungskredit liefen. So eine Art HERMES-Bürgschaften. Gleichzeitig waren damit, das ist so schwer auseinanderzuhalten, etliche Millionen zum Beispiel des Solidaritätskomitees verbunden?

Hans-Joachim Döring: Wie war das Solidaritätskomitee konkret eingebunden?

Friedel Trappen: Ganz einfach. Wir haben Objekte gemacht. Nehmen wir mal ein Beispiel: Also Handelsvolumen 100 Millionen. Wir haben Druckereien errichtet.

Da haben wir die Fachleute dann bei uns ausgebildet. Aber die Kosten hat das Solidaritätskomitee übernommen. Dadurch waren wir natürlich in der Lage, Projekte billiger anzubieten als andere.

Hans-Joachim Döring: Ich habe oft in den Akten Beschwerden über überteuerte Angebote der DDR gelesen, von Gaddafi, aber auch Minister aus Moçambique und Äthiopien beschwerten sich. Die Angebote der DDR scheinen im internationalen Vergleich sehr oft mit überhöhten Preise angeboten worden zu sein.

Friedel Trappen: Das war oftmals so, ja.

Hans-Joachim Döring: Wie erklärt sich das?

Friedel Trappen: Das erklärt sich daraus, daß die DDR in diese Projekte viel rein geben mußte, was eigentlich West-Importe waren. Durch diese Devisenaufwendungen wurde vieles wesentlich teurer. Die Eigenkosten der DDR waren ja bedeutend höher. Die geringe Arbeitsproduktivität darf man nicht vergessen. Die DDR mußte ja zum Teil in ihrem Außenhandel mit Dumpingpreisen arbeiten. Das war da auch der Fall. Wenn wir technische Ausrüstungen lieferten, waren die zu einem bedeutenden Teil verbilligt. Wenn wir sie zu den Herstellungskosten der DDR abgegeben hätten, wären sie noch teurer geworden.

Hans-Joachim Döring: Aber international waren sie immer noch teurer.

Friedel Trappen: Die waren international relativ teuer, ja. Und deswegen haben wir Leistungen die normalerweise bei einem solchen Projekt mit übernommen werden müssen, über das Soli-Komitee oder über andere Solidaritätsleistungen abgegolten. Damit konnten wir die Preise etwas niedriger halten.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Man hat demnach auch Spendengelder der Bevölkerung eingesetzt, um ein besonders günstiges kommerzielles Angebot unterbreiten zu können?

Friedel Trappen: Da haben wir auch nichts dabei gesehen.

Hans-Joachim Döring: Sie persönlich hat der Absturz von Werner Lamberz und Paul Markowski in der libyschen Wüste besonders berührt. Wie wurde dieses Ereignis in Ihrer Abteilung aufgenommen?

Friedel Trappen: Das war ein Wahnsinn! Das war natürlich ein Schock! Mich hat es natürlich ganz besonders getroffen, weil der Paul Markowski für mich gefahren ist. Der rief noch einen Tag, bevor er abreiste, bei mir im Krankenhaus an – weil, er flog nicht gern, der Paul Markowski – und sagte: „Ich muß wieder fliegen.“ Er hat mir wörtlich gesagt: „Das ist das letzte Mal, daß ich für Dich fliege.“ Und es war auch das letzte Mal.

Ich kann Ihnen sagen, wochenlang war ich nicht mehr zu genießen. Das hat mich furchtbar getroffen. Das war auch ein Schock für den ganzen Parteiapparat. Lamberz und Markowski, beide waren eigentlich Hoffnungsträger für die Zukunft. Markowski war auch ein wunderbarer Mensch, auch sehr gebildet. Wirklich, der konnte was. Es hat uns sehr, sehr getroffen. Das war keine Frage. Die ganzen Gerüchte, die dann aufkamen, klären nichts. Es war nichts weiter als ein Ergebnis von ausgesprochener Schlamperei, weiter nichts. Ich habe die Berichte gelesen von unserem Geheimdienst und auch vom libyschen Geheimdienst. Als sie dann ankamen, in diesen kleinen Särgen, verbrannt, oh! Leute, ich war auf dem Flugplatz draußen und habe die Särge mit entgegengenommen. Also nein, nein, nein! Das war so unglücklich.

Es war eben wirkliche Schlamperei. Die sind zu Gaddaffis Zeltlager gestartet, da wollten sie sich mit ihm treffen oder haben sich mit ihm getroffen. Der Hubschrauber, es war ein „Papillon“, der wurde von einem Offizier gesteuert, der überhaupt nicht dafür vorbereitet war. Denn der richtige Pilot war im Bordell besoffen. Da mußte ein anderer einspringen. Dann mußte der Hubschrauber schon auf dem Hinflug eine Zwischenlandung machen. Da klapperte was. Das haben sie mit Draht oder mit irgendwie was weiß ich rumgeflickt. Sind wieder aufgestiegen und sind dann bei Gadaffi gelandet. Da haben die mit dem gesprochen und auf dem Rückflug ist der abgestürzt. Der Hubschrauber ist unglücklicherweise so gefallen, daß er auf die Tür fiel, die einzige Tür, wo sie raus konnten. Da ist er drauf gefallen, sodaß keiner raus konnte. Sie sind alle kläglich

BITTERE SOLIDARITÄT

verbrannt da drin. Der Hubschrauber ist in Flammen aufgegangen und alle sind kläglich verbrannt. Die Obduktion der Leichen hat ergeben, daß keiner von denen durch den Absturz tödlich verletzt worden war. Es waren Knochenbrüche und so etwas, aber keiner von denen war tödlich verletzt. Sie sind alle dort lebendig verbrannt. Ich kann Ihnen sagen: furchtbar!

Hans-Joachim Döring: Zufall, Schlamperei, Unglück, vielleicht auch noch andere Dinge und die ungeheure Hektik der aufgebrochenen Afrikabeziehungen der DDR vermengen sich in diesem Absturz ...

Friedel Trappen: Mehreres kommt da zusammen. Stimmt, hängt damit zusammen.

Hans-Joachim Döring: Lamberz scheint ein Rauschen am Saum der Weltgeschichte gespürt zu haben. Rastlos eilt er umher, um zum einen Mengistus Krise am Horn von Afrika für die Weltrevolution zu meistern und gleichzeitig die DDR zu retten aus der Kaffeekrise ...

Friedel Trappen: In dieser ganzen Sache war er rastlos. Da hatte er auch über vieles hinweg geguckt. Mir war das dann manchmal ein bißchen – und auch dem Paul Markowski – unheimlich. Paul Markowski fragte dann immer: „Hat denn Dich der Lamberz schon wieder hochgeholt?“ Ich sage: „Ja“. „Hoi“, sagt er, „wir müssen aufpassen, der Hermann, der ist furchtbar, der ist sauer.“ Das war ein bißchen unheimlich.

Hans-Joachim Döring: Sie mußten immer mit den Abteilungen die Dienstherren wechseln. Ein weiteres Thema: Wie kam es zu dieser starken Position von Alexander Schalck-Golodkowski und seinem KoKo-Bereich in den Afrikabeziehungen?

Friedel Trappen: Lassen Sie mich da mal überlegen. Ich habe mich das auch manchmal gefragt.

Das hing damit zusammen, daß zahlreiche Beschlüsse außerhalb der Norm lagen, auch der regierungsmäßigen. Die Beschlüsse erforderten Material, das nicht so ohne weiteres in den normalen Regierungsorganen zu beschaffen war. Schalck-Golodkowski spielte ja immer eine Sonderrolle. Der konnte alles Nötige beschaffen, konnte alles mögliche arrangieren. Dann spielte eine Rolle, daß das MfS nun selbst dort in starkem Maße einstieg. Es waren einige Dinge, die mußten einfach durchgesetzt und durchgedrückt werden ohne Rücksicht auf Verlus-

te. Der bürokratische Regierungsapparat war langsam, sehr träge. Da bedurfte es schon einiger solcher Leute wie Uhlig und Kobmann von der KOKO des Alexander Schalck-Golodkowski, die auch auf den westlichen Märkten zu Hause waren. Wir mußten ja auch manche Dinge aus dem Westen beschaffen, für Sicherheitsfragen, die dort eingesetzt werden mußten. Das Ministerium selbst hätte das kaum geschafft. Deswegen ist eigentlich der Schalck dort so sehr stark eingestiegen. Und weil er natürlich einige Reserven in Devisen hatte, über die sonst niemand verfügte.

Später, als er aus der Abteilung raus war, da habe ich den ganzen Devisenverkehr für die Partei gemanagt. Da habe ich erst gemerkt, was von Schalck kam, ein ganz bedeutender Teil der Devisen, die ich ausgab. Das habe ich vorher überhaupt nicht sehen und nicht beachten können. Da gab es eine ganze Reihe geheimer Wege. Kontakte mußten gehalten und gepflegt werden, die nur über Leute in der Bundesrepublik oder über andere westliche Länder liefen.

Hans-Joachim Döring: Diese links-zentralistischen Entwicklungsländer wenden sich an die DDR, weil diese vorgab, sie praktiziere einen wirtschaftlichen Alternativversuch, einen erfolgreichen. So die Propaganda. Die Eliten der Entwicklungsländer vertrauten der DDR und baten um Unterstützung. Und plötzlich bekommen die ausgewählten und befreundeten afrikanischen Länder für die Kooperation "neuen Typus" mit Entwicklungsländern eine Spezialvariante von Sozialisten als Gegenüber angeboten, die Leute von KoKo. Dieser Bereich und diese Mannschaft zog aber seine Kraft und seine Erfahrung aus dem trickreichen Ausnutzen der besonderen Bedingungen in den deutsch-deutschen Beziehungen mit dem Hauptklassenfeind. Schalck ist zum Krösus geworden, weil er als Kapitalist gegenüber Kapitalisten auftrat.

Friedel Trappen: Sein Einsatz hängt natürlich auch damit zusammen, daß der Schalck aufgrund seiner Kenntnisse der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen den Afrikanern Wissen über westliches Handeln, Wirtschaften und moderne Managementmethoden vermitteln konnte.

Hans-Joachim Döring: Sie verstanden Schalck als großen Entwicklungshelfer für Wirtschaftsberatung?

Friedel Trappen: Ja natürlich, für Wirtschaftsberatung. Die Wirtschaftsberater, die in diese Länder kamen, waren ja zum Teil aus seinem Apparat.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Aufgabe von Schalck war doch, Devisen zu schaffen.

Friedel Trappen: Nein, in diesem Bereich war es seine Aufgabe nicht, Devisen zu beschaffen. Weder in Äthiopien noch in Moçambique. Jedenfalls nicht hauptsächlich.

Hans-Joachim Döring: Warum denn dann dieses „irrsinnige“ 100.000-Hektar-Projekt, mit dem Ziel 50 Prozent des Getreideertrages als Futtermittel in die DDR zu liefern? Viehfutter mußte die DDR doch gegen Devisen auf dem Weltmarkt einkaufen.

Friedel Trappen: Ja, oder auch dieses Projekt Moatize, die Steinkohle. Nun gut, das waren solche Projekte, wo wir hätten was rausholen können.

Hans-Joachim Döring: Devisenerlös bzw. Devisenablösung waren die einzigen Motive, die ich bei Schalck in den Beziehungen zu Entwicklungsländern erkennen konnte.

Friedel Trappen: Damit verbunden war aber die Beratung dieser Länder oder ihrer Führungen, wie man mit diesen Dingen Geschäfte machen kann. Auch mit der DDR.

Hans-Joachim Döring: Das heißt, man hat den Schalck eingesetzt, um sein Wissen vom Weltmarkt den Moçambikanern und Äthiopiern mitzuteilen? Deswegen soll man die Sonderbeauftragten in die Bahn geschickt haben? Warum mußten dann viele – nicht alle, aber viele – der DDR-Spezialisten von Moçambique bezahlt werden? In Moatize wurden zwischen 1200 und 1800 US\$ pro Monat und Mann dem DDR-Konto angerechnet. Hatten Sie davon Kenntnis?

Friedel Trappen: Nein, das wußte ich nicht. Wie die finanziellen Beziehungen liefen zwischen Schalck, oder zwischen den Wirtschaftsministerien, und den Ländern, das wußte ich nicht. Für mich waren die Leute um K. und U. wichtig. Die kamen ja oft zu mir und haben sich mit mir beraten. Ich wußte natürlich, daß deren Aufgabe darin bestand, die Rückzahlung in natura, in Waren zu sichern, also Steinkohle und Kaffee. Das wußte ich, daß das deren Aufgabe war. Aber mehr habe ich auch nicht gewußt.

Hans-Joachim Döring: Haben Sie die Protokolle der Gemeinsamen Wirtschaftsausschüsse, der GWA's lösen können?

BITTERE SOLIDARITÄT

Friedel Trappen: Nein, die habe ich nicht gelesen.

Hans-Joachim Döring: Da steht drin: Spezialistenentsoldung. Günter Mittag führte im Anschluß an die große Afrikareise von E. Honecker und einer Staatsdelegation – zu der G. Mittag gehörte – im Februar 1979 mit Fachministern eine Sonderberatung durch. Da sagte er, etwas salopp wiedergegeben: Jetzt ist Schluß mit lustig, jetzt werden Gewinne gemacht. Es gibt kein klein, klein mehr.

Friedel Trappen: Ja, das war dann insbesondere in den letzten Jahren.

Hans-Joachim Döring: 1979 ist ja noch nicht so sehr spät! Das waren noch keine letzten Jahre. Gewinne an Stelle von Solidarität?

Friedel Trappen: Mit Mittag lag unsere Abteilung immer im Clinch. Das Solidaritäts-Komitee wollte er einspannen für seine Wirtschaft, die ganze Solidarität. Da habe ich gesagt, das kommt nicht in Frage. Wir machen Solidarität und trennen die von den Wirtschaftsbeziehungen. Der Solidaritätsfonds wurde von Millionen DDR-Bürgern bezahlt mit ihren Solidaritätsmarken. Das kann doch nicht sein. Ich war furchtbar ärgerlich. Aber Mittag wollte das durchsetzen. Das haben wir aber vereitelt. Der kam da nicht durch.

Hans-Joachim Döring: Trotzdem gibt es gerade in dieser Zeit vorauslaufende oder nachhinkende Gehorsamkeit gegenüber Mittag, indem zum Beispiel das Solidaritätskomitee bei Materiallieferungen für Afrika die Mittel fast ausschließlich für die ökonomischen Großprojekte einsetzte. Auch die Berufsausbildung war kommerzialisiert bzw. mußte vom Solidaritätskomitee übernommen werden.

Friedel Trappen: Das erwähnte ich ja schon. Das war etwas, was wir nicht verhindern konnten.

Das war nicht in unserem Sinne, muß ich Ihnen ehrlich sagen. Das war eine Sache, wo wir dann mit dem Regierungsapparat nicht mehr voll übereinstimmten. Ich habe dann auch in der Kommission da oben Krach gemacht. Aber es wurde durchgesetzt. Ich konnte es nicht ändern. Ich habe mir dann selber zur Entschuldigung gesagt, wenn wir jetzt die Ausbildung übernehmen, dadurch können wir die Dinge billiger anbieten und haben einen besseren Absatz. So hat uns das Mittag auch erklärt. Ich habe auch im Nachhinein erst erfahren, daß die Leistungen des Solidaritätskomitees auf der Rechnung als Schulden der Ent-

BITTERE SOLIDARITÄT

wicklungsländer erschienen. Das war überhaupt nicht im Sinne des Solidaritätskomitees. Das haben die ökonomischen Bereiche gemacht.

Nein, es gab da immer ein Gegeneinander. Er war nicht alles harmonisch. Zwischen Politik und Ökonomie war nicht alles harmonisch.

Hans-Joachim Döring: Wie würden Sie die politische Seite der Außenwirtschaft charakterisieren oder einschätzen?

Friedel Trappen: Die politische Seite war die, daß wir die Beschlüsse, die gefaßt wurden, versuchten im Sinne der Stabilisierung z.B. Äthiopiens, der Stabilisierung der sozialistischen und revolutionären Entwicklung zu beeinflussen.

Hans-Joachim Döring: Sie verstanden die Ökonomie nicht binnenwirtschaftlich, sondern als materielle Basis für den gesellschaftlichen Progress?

Friedel Trappen: Ja, genau so. Das ist gut formuliert. So müßte das gesagt werden. In dem Sinne haben wir versucht, auch von der Abteilung Internationale Verbindungen aus, die ökonomischen Beziehungen zu beeinflussen. Das wurde uns zum Schluß insbesondere von Mittag vorgeworfen.

Hans-Joachim Döring: Die Auseinandersetzung fand auf der Ebene der Kommission für Entwicklungsländer statt?

Friedel Trappen: Ich hatte nicht allzuviel zu sagen in dieser Kommission – Mittag war der Leiter.

Hans-Joachim Döring: Gab es Diskussionen?

Friedel Trappen: Nein, es gab kaum Diskussionen. Das war so: Wir haben manchmal in einer halben Stunde zwanzig Vorlagen durchgejagt.

Hans-Joachim Döring: Auch schon in den ersten Jahren?

Friedel Trappen: Immer. Mittag war da trab!, trab!, trab! Hat jemand was dagegen! !!! Aus! Fertig! Weg!

Da waren Minister eingeladen, die haben ihre anderen Sitzungen laufen lassen. Die kamen, die wurden abgekanzelt wie dumme Jungs: „Ha, müßt ihr noch mal arbeiten, in 14 Tagen kommt ihr wieder!“ Die Minister: „Jawohl, Genosse Mit-

BITTERE SOLIDARITÄT

tag!" So gingen die da raus. Menschenskinder, ich habe manchmal dagessen und mich geschämt. Ich habe dann dem Paul Markowski oder dem Günter Siebert gesagt: „Ich gehe da nicht mehr hin.“

Hans-Joachim Döring: Verstehe ich es richtig, wenn ich formuliere: Die Kommission war die Stelle, die versuchen sollte, möglichst viele Devisen aus den Entwicklungsländern zu schürfen.

Friedel Trappen: Ja natürlich. Das war eine ihrer Aufgaben. Aber zur gleichen Zeit war sie die Kommission, die wiederum auch sichern sollte, daß die Materialien oder was wir einsetzten – auch die ökonomischen Beziehungen – im Sinne der revolutionären Entwicklung liefen.

Hans-Joachim Döring: Mit Mittag an der Spitze ging das doch gar nicht!

Friedel Trappen: Doch! Ich war mit ihm in Algerien usw., da ist er gar nicht mal so schlecht aufgetreten.

Hans-Joachim Döring: Wurde über militärische Lieferungen in der Kommission gesprochen?

Friedel Trappen: Nein.

Hans-Joachim Döring: Wie wurde entschieden? Wurde per Hand abgestimmt?

Friedel Trappen: Da wurde bloß gesagt, wer ist einverstanden. Vorlage Nummer soundso wird aufgerufen. Mittag: „Hat jemand etwas dazu zu sagen. Friedel hast Du? Aber ganz schnell, ganz schnell. Na gut.“ Ich hab paar Worte gesagt. Mittag wieder: „So. Alle einverstanden, hat da einer was dagegen? Na bitte schön.“ Wenn jemand dagegen war, da wurde dann meistens gesagt: „Ist in Ordnung, dann zurück bis zum nächsten Mal.“ Weg! Oder es wurde gesagt: „Setzt Euch mit Trappen in Verbindung und bringt die Vorlage beim nächsten Mal wieder.“ So war das, so Rutsch, Rutsch ging das immer.

Hans-Joachim Döring: Und wie hat sich A. Schalck verhalten?

Friedel Trappen: Schalck hat kaum etwas gesagt.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Die Abteilung Internationale Verbindungen und speziell der Sektor Dritte Welt hat das Solidaritätskomitee der DDR angeleitet, koordiniert und geführt. Welche Funktion kam dem Solidaritätskomitee zu?

Friedel Trappen: Das Solidaritätskomitee war einerseits so eine Art Massenorganisation, wenn man will. Es hatte eigentlich keine Mitglieder, es gab nur diese Leitungsebene und Leitungsstruktur. Aber in der ganzen DDR war es eine Bewegung, die da geschaffen worden war, damit die Solidaritätsmarken geklebt wurden und die Erlöse an das Solidaritätskomitee gingen. Gleichzeitig gingen auch von anderen Organisationen, also zum Beispiel von der Volksarmee, vom Innenministerium, von den Gewerkschaften usw. Teile ihres Solidaritätsfonds, den sie alle hatten, ebenfalls als Beiträge an das Solidaritätskomitee. In Sinn der Beitragszahlung galt das Solidaritätskomitee als Massenorganisation. Aber es war in dem Sinne keine Massenorganisation, weil es keine Mitgliedschaft gab. Die Aufgabe bestand darin, in den Kontakten, die wir im wesentlichen vorgaben oder durch eigene Kontakte, zum Beispiel über die APSSO oder die Trikontinental Solidarität zu leisten.

Hans-Joachim Döring: War das Solidaritätskomitee weisungsabhängig von IV?

Friedel Trappen: Nun, nicht weisungsabhängig. Nein, die machten eine eigene Politik. Das Solidaritätskomitee hatte seine eigenen internationalen Verbindungen. Die Aktivitäten, die es entwickelte, die wurden im wesentlichen mit uns abgestimmt. Oder wir haben auch von uns aus Hinweise an das Solidaritätskomitee gegeben. Bitte schön, packt mal da an und packt mal da ein.

Hans-Joachim Döring: Wer hat denn nun die Jahrespläne des Solidaritätskomitees geschrieben?

Friedel Trappen: Das hat das Solidaritätskomitee selber gemacht und sie haben sie uns vorgelegt. Wir haben sie in die Kommission gebracht. Wir haben sie uns zuvor angeguckt, haben sie korrigiert, verändert, oder was weiß ich. Wir haben sie dann weitergegeben. In der Kommission war ja das Solidaritätskomitee Mitglied. Das heißt, es wurde zu dem Punkt eingeladen.

Hans-Joachim Döring: Zu zwei Vorgängen hätte ich gern noch Auskunft. Der eine: 1976 wurden über 106 Millionen Mark der DDR Materialien nach Angola geliefert und aus dem Fonds des Solidaritätskomitees bezahlt. Ich vermute, daß

BITTERE SOLIDARITÄT

werden Waffen für die Kämpfe 1976 gewesen sein, bei denen die Kubaner beteiligt waren?

Friedel Trappen: Das war ein großer Teil. Mit Sicherheit. Größere Mengen Waffen wurden auch vom Soli-Komitee bezahlt.

Hans-Joachim Döring: Das Solidaritätskomitee hat diese Lieferungen aber nicht selbst zusammengepackt?

Friedel Trappen: Nein, die haben das bezahlt und gepackt hat das Militär.

Hans-Joachim Döring: Wo wurde beschlossen, wer zu zahlen hatte? Im Politbüro?

Friedel Trappen: Das wurde meist bei uns im ZK beschlossen.

Hans-Joachim Döring: Der andere verwandte Vorgang: 1981 und 1982 faßte das Sekretariat des ZK der SED unter dem Begriff "Spezielle Solidarität" zwei Beschlüsse. Aus dem Fonds des Solidaritätskomitee sind einmal 21 Millionen und einmal 10 Millionen für den „speziellen Bedarf“ zu entnehmen.

Friedel Trappen: Das kann so gewesen sein. Ja.

Hans-Joachim Döring: Der Beschluß wurde dann dem Solidaritätskomitee in der Mauerstraße, dem Sekretariat des Komitees, überstellt und von dort wurde dann angewiesen, oder wie muß ich mir das vorstellen?

Friedel Trappen: Natürlich, anders ging es nicht. Genau weiß ich es nicht.

Hans-Joachim Döring: Gab es derartige Zahlungen eher gelegentlich oder eher regelmäßig?

Friedel Trappen: Nein, das gab es eher gelegentlich. Das war nicht eine allgemeine Norm.

Hans-Joachim Döring: Eine große Ausnahme war es aber nicht?

Friedel Trappen: Nein. Mal wurde das gemacht und dann wieder mal nicht.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Insgesamt drehte sich sehr viel um die Finanzierung und wenig um Entwicklung. Man spürt das Primat der Politik über die Ökonomie ...

Friedel Trappen: Die Ökonomie kam der Politik immer in die Quere. Zum Beispiel: Die Lieferungen der Landwirtschaftsmaschinen für dieses 100.000 Hektar. Diese Maschinen wurde eigentlich fast vorfristig geliefert, obwohl wir wußten, die Voraussetzungen sind noch nicht in Moçambique gegeben. Und warum ganz schnell? Damit der Kontenstand und der Devisenplan im Herstellungsbetrieb stimmte.

Hans-Joachim Döring: Wer hat das so stark gefördert?

Friedel Trappen: Das war vielleicht die Plankommission? Was weiß ich, wer das war. Die Ministerien haben das gemacht. Das war doch so: Es wurde ein Beschluß gegeben: ein Projekt ist zu machen. In dem Moment kam es darauf an, wie schnell ging das. Und sowie der Regierungskredit durch war, haben die doch schon am nächsten Tag geliefert, damit sie im gleichen Moment ihren Plan erfüllen konnten. In dem Augenblick, in dem sie geliefert haben, hatten sie auf ihren Konten doch schon die Devisen. Die DDR-Betriebe hatten ihren Plan erfüllt und das Zeug war erst unterwegs.

Hans-Joachim Döring: In Schönebeck an der Elbe, im größten Traktorenwerk der DDR, gab es dann 1979 Sekt und in Maputo arbeiten sie heute noch für diese Schulden!

Friedel Trappen: Natürlich, so war das. Genauso war das. Und ich habe damals gesagt: „Menschskinder, um Gottes Willen! Was ist denn los? Ist die Lieferung schon weg?“ „Ja, das ist schon längst unterwegs.“, sagten die. Ich sage: „Das darf doch nicht wahr sein! Da war noch gar nichts vom Urwaldboden umgebrochen“ Das wußten die! Dann haben wir versucht, das noch hinzukriegen. Zu stoppen. Aber das war nicht mehr möglich, weil sich in Moçambique die Lage verschlechtert hatte. Das Zeug verrottete im Urwald. Das steht wahrscheinlich heute noch rum: verrottete Maschinen in Kisten.

Hans-Joachim Döring: Welche Rolle spielten die Sonderbeauftragten?

Friedel Trappen: Deren Aufgabe bestand darin, Engpässe auf beiden Seiten zu beseitigen. Engpässe sowohl in der Frage der Realisierung dort unten als auch

BITTERE SOLIDARITÄT

Engpässe bei den DDR-Lieferungen und in den Betrieben. Wenn nötig sollten die einschreiten und die Dinge unbürokratisch lösen.

Hans-Joachim Döring: Das waren dann Kommissare mit Sondervollmachten?

Friedel Trappen: Mit Sondervollmachten, ja. Sie hatten in Afrika Vollmachten gegenüber den Botschaften und gegenüber den Handelsvertretungen. Und Sie hatten aber auch gleichzeitig Vollmachten gegenüber den ausführenden Organen in der DDR: den Ministerien, gegenüber den Fabriken, den volkseigenen Betrieben. Deswegen konnten die nur bei Schalck angebunden sein, weil die damit gewissermaßen Befugnisse des MfS ausführten. Kein anderes Organ konnte das sonst gewährleisten.

Hans-Joachim Döring: Das wußte man in den Betrieben?

Friedel Trappen: Das wußte man. Diejenigen, die mit ihnen zusammengearbeitet haben, wußten das. Denen haben sich überall sofort die Türen offen. Die brauchten keine Klappkarte zu zeigen, man kannte sie.

Hans-Joachim Döring: Ich komme zu einer recht kritische Einschätzung der Arbeit der Sonderbeauftragten ...

Friedel Trappen: Sie sahen Ihre Aufgabe darin, die Beziehungen zwischen den ausgewählten Ländern und der DDR maximal zu entwickeln, im Interesse beider. Dabei wurden sie auf der einen Seite gedrückt von zu Hause, Maximales für die DDR herauszuholen. Andererseits wurden sie von uns gedrückt. Bleibt mal auf dem Boden! Das Maximum ist die Politik, die Priorität hat die Politik.

Hans-Joachim Döring: Diese Gespräche und Debatten über den Vorrang Politik gegen Ökonomie, gab es die öfter? Dies teilt sich in den Akten nicht mit.

Friedel Trappen: Die gab es immer wieder. Deswegen waren die Sonderbeauftragten so oft bei mir. Und ich habe mich oft mit ihnen gestritten und habe ihnen immer wieder gesagt, also paßt auf, das Primat hat bei uns die Politik und nicht die Ökonomie.

Hans-Joachim Döring: Können Sie ein positives Beispiel nennen, wo man ihren Rat befolgt hat, wo Sie eine Wirkung hatten?

BITTERE SOLIDARITÄT

Friedel Trappen: Was soll ich da jetzt sagen? Ich komme wieder auf das 100.000 Hektar Moçambique-Projekt zurück. Das begann ja damit, daß die das alles auf einmal machen wollten. Gleichzeitig 100.000 Hektar! Da habe ich denen gesagt, Leute, das haut doch nicht hin, das bringt kein gutes Ergebnis. Macht doch erst mal statt der 100.000 Hektar ein Projekt von 1000 Hektar. Laßt das erst einmal anlaufen. Das haben sie abgelehnt. Da habe ich ihnen gesagt: „Also paßt auf, damit kommt ihr nicht durch. Ich bin da anderer Meinung.“ Da wurde dann erst mal ein kleines Projekt aufgelegt. Und das Projekt von 1000 Hektar hat geklappt. Das haben sie auch hingekriegt.

Hans-Joachim Döring: Trotzdem wir die Maschinen geliefert haben.

Friedel Trappen: Trotzdem wurden die Maschinen wiederum geliefert. Das habe ich natürlich nicht beeinflussen können. Das habe ich aber hinterher erfahren.

Hans-Joachim Döring: Man kann den Eindruck gewinnen, die DDR-Führung wollte in Moçambique eine kleine Kronkolonie aufbauen. Vielleicht nicht im barschen Sinne der Portugiesen, aber vielleicht im englischen, so mit Mutterlandfunktion.

Friedel Trappen: Wir haben uns echt verantwortlich gefühlt. Insbesondere Moçambique war eigentlich das erste Land, in dem wir in dem starken Maße so eingestiegen sind. Das war natürlich faszinierend für viele von uns und für viele von den Ministerien. Das hängt natürlich auch damit zusammen, ich will Ihnen das mal ganz offen sagen, daß in der DDR viele nicht so oft reisen konnten.

Hans-Joachim Döring: Aktion Fernweh!

Friedel Trappen: Aktion Fernweh! Wir hatten einen riesigen Reiseverkehr nach Moçambique. Das entsprach überhaupt nicht der Normalität der Beziehungen, aber das war so. Deswegen kam es, daß zum Teil bis zu 1000 Leute dort waren. Das war die eine Seite. Die eine Seite war doch die, daß wir auch als DDR rohstoffarm waren und Rohstoffe importieren mußten. In diesen Ländern hatten wir die gute Möglichkeit, gegen Solidarität Rohstoffe zu bekommen, die wir woanders nicht in dem Maße bekommen konnten oder wofür wir woanders Devisen bezahlen mußten.

Hans-Joachim Döring: Für Moçambique oder auch Äthiopien gingen diese be-

BITTERE SOLIDARITÄT

sonderen Beziehungen mit Deviseneinbußen einher. Der Schalck hat Kohle auf dem offenen Meer gegen Devisen verkauft.

Friedel Trappen: Ja, das ist die andere Seite. Das weiß ich. Das war in seinem Programm mit drin.

Hans-Joachim Döring: Mußten Sie es dulden oder fanden Sie das richtig?

Friedel Trappen: Da haben wir gesagt, na gut, wenn wir die Kohle nicht brauchen oder nicht gleich brauchen können, und wir können dafür Devisen beziehen, da soll der Schalck machen, was er will. Das ist seine Hochzeit. Kraß gesagt: Für Solidarität, für Hilfe – Entwicklungshilfe nehmen wir mal an – konnten wir Dinge bekommen, für die wir sonst woanders harte Devisen hätten geben müssen oder konnten sogar dafür Devisen einnehmen. Einmal habe ich meine Bedenken geäußert – gerade mit der Steinkohle. Ob wir da den Moçambikanern nicht das Geschäft versauen? Die hätten das selber auch verkaufen können. Hätten sie ja auch.

Hans-Joachim Döring: Und die Reaktion?

Friedel Trappen: Da hat keiner drauf geantwortet. Da haben sie nur mit den Achseln gezuckt. Schalck konnte nichts anderes als nach den Methoden arbeiten, die er auf dem kapitalistischen Markt gelernt hat.

Hans-Joachim Döring: Und das ist ja meine Frage. Warum hat man ihn denn eingesetzt?

Friedel Trappen: Na deswegen. Weil er am meisten raus holen konnte. Ich habe ein paarmal gesagt, wir müßten eigentlich ein paar mehr Schalcks haben.

Hans-Joachim Döring: Aber nicht für die Beziehungen mit den Entwicklungsländern!

Friedel Trappen: Nein, nicht gegen Entwicklungsländer. Ich meinte das echt im Sinne, daß wir mit den Kapitalisten hätten besser handeln müssen.

Hans-Joachim Döring: Dr. Trappen, vielen Dank für das hoch interessante und wichtige Gespräch.

Kohle aus Mosambik

Gespräch mit Alfred Böhme, Direktor für Arbeit und Soziales im Steinkohlebetrieb CARBOMOC Moatize im Nordwesten von Mosambik von 1978 bis 1986

Erschienen in: Neumann-Becker, Birgit / Döring, Hans-Joachim (2020): Respekt und Anerkennung – die mosambikanischen Vertragsarbeiter und das schwierige Erbe aus der DDR. Halle S. 192-212.

Das Gespräch wurde am 15. März 1999 in Neuwürschnitz, dem Heimatort Alfred Böhmes, über die Entstehung, die Ziele und den Verlauf des größten Projektes der DDR in einem Entwicklungsland sowie über den Alltag der Spezialisten und Experten geführt. 1983 lebten über 200 Bürger der DDR auf dem Gelände der Grube. Am 7. Juli 1999 wurde der Druckfassung zugestimmt. Am 15. Oktober 1999 teilte Alfred Böhme mit, er möchte nicht, dass das Interview in der Studie „Es geht um unsere Existenz“ veröffentlicht wird. Er bat darum, nach seinen Gründen nicht zu fragen. Das Interview wird hier erstmals veröffentlicht. Alfred Böhme war Bergmann aus dem Erzgebirge und leitender Mitarbeiter im Zwickauer Steinkohle-Revier sowie beim VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe.

Hans-Joachim Döring: Herr Böhme, Sie waren bei der Erschließung des Reviers Moatize von Beginn an mit beteiligt. Wie kam es zum Engagement der DDR im Steinkohlebergbau von Moatize, Provinz Tete am Sambesi, und wie kamen Sie nach Mosambik?

Alfred Böhme: Zwanzig Jahre nach einem großen Unglück auf der Grube Chipanga 1, als die Grube schon lange nicht mehr existierte, gab es auf der Grube Chipanga 6 eine große Explosion. Das war 1976 im September, ein Unglück mit 96 Toten oder sogar mit 98.

Dieses Unglück hatte zur Folge, dass unter anderem aus der DDR Delegationen vor Ort waren, die weniger Untersuchungen anstellen, sondern vielmehr Vorschläge machen sollten: Wie können solche Unglücke verhindert werden, was ist faul, was klappt nicht? Aus der DDR waren der Vertreter der obersten Bergbehörde dort und auch ein Vertreter der Steinkohlenindustrie von Zwickau, der VEB Steinkohle, der Vertreter vom Ministerium Kohle und Energie und der Zugstrecke Freiberg. Es wurde festgestellt, dass jederzeit wieder eine Explosion passieren kann, wenn auf sicherheitstechnischem Gebiet nichts getan wird. Letztendlich gab es auf der Strecke viele Mängel, wie das in allen ehemaligen

Gruben der Kolonialzeit der Fall war. Aber man muss natürlich zugleich sagen, es waren Mängel, wie ich sie ebenfalls in der Sowjetunion vorgefunden habe. Es gab allerdings auch Mängel auf sicherheitstechnischem Gebiet in Gruben von Ländern, die vom Steinkohlenbergbau eine große Ahnung haben.

Genau ein Jahr später, am 2. August 1978, gab es auf der Grube Chipanga 3, die noch baute, wieder eine Explosion mit 56 Toten. Da ist der Zorn mit den Bergarbeitern durchgegangen. Da wurden auf der Grube, ich weiß nicht wie viele, man sprach von bis zu zehn, Belgier und Portugiesen erschlagen, die dort zum Aufsichtspersonal gehörten. Man konnte es bewerten, wie man will. Es war nicht schön. Gewalt ist immer nicht schön und nützt auch nichts, aber das ist passiert. Daraufhin sind wir im Januar kurzfristig eingeflogen worden. Das ging ganz schnell.

Hans-Joachim Döring: Sie waren im Januar 1978 mit im ersten Flugzeug?

Alfred Böhme: Ich war überhaupt der Erste, der seinen Fuß dort auf den Boden setzte, weil ich als Erster aus dem Flugzeug raus bin. Mit drei Flügen wurden ungefähr 50 DDR-Bürger bzw. DDR-Bergleute eingeflogen. Es waren vorwiegend Bergleute, die unter Tage arbeiteten, aus allen Bergbauzweigen der Republik, also nicht nur aus der Kohle, auch aus dem Kupferschiefer, aus dem Salz und aus der Wismut. Aber es gab auch eine Gruppe mit Bergleuten, die nicht unbedingt nur unter Tage arbeiteten. Diese Technologen und Ingenieure sollten ein Programm erarbeiten, wie diese Gruben wieder gängig gemacht werden können, wie man die Produktion wieder in Gang bringt. Diese Gruppe mit Fachleuten aus allen bergmännischen Gebieten habe ich geleitet. Wir haben ein Programm erarbeitet, wie die Produktion aufgenommen werden kann, und sind im Prinzip nach Fertigstellung dieser Studie – eher als die Mannschaft unter Tage – wieder nach Hause geflogen, also bereits im März. Die Bergleute haben weiter aufgewältigt, haben die Toten unten in der Grube beerdigt. In der Grube Chipanga 3 gibt es eine Stelle, wo man weiß, hinter dieser Mauer liegen die Toten, die wir gefunden haben. Das war keine schöne Arbeit. Ich selbst war nicht dabei, aber für unsere Bergleute, die das getan haben, war das bestimmt nicht fein. Man hat befürchtet, dass es wieder zu Aufständen führt, wenn man die Toten über Tage bringt.

Dann musste es mit dem Grubenbetrieb wieder losgehen. Nach diesen zwei Explosionen waren die heimischen Bergleute alle ausgerissen. Es gab zunächst mal keine einheimischen Bergleute mehr. Aber auch durch die Tatsache, dass dort Bergleute aus der DDR waren, die eingefahren sind, um dort zu arbeiten, haben

BITTERE SOLIDARITÄT

sich dann immer mehr einheimische, ehemalige mosambikanische Bergleute bereitgefunden, mit in die Grube zu fahren. Sicher hing das auch damit zusammen, wie die FRELIMO mit diesen Menschen gesprochen hat. Es gab immer Ortsgruppen der Partei oder Zirkel unter den Bergleuten. Die leitete ein ehemaliger Bergmann oder Grubenelektriker, würden wir sagen, der Ansehen genoss und nach und nach einen Stamm von Bergleuten herangezogen hat. Im April bin ich wieder runter. Da sind unsere Bergbauleute, die hatten ihre Arbeit beendet, gerade nach Hause gefahren.

Hans-Joachim Döring: Was war denn der Auftrag Ihres zweiten Aufenthaltes?

Alfred Böhme: Ich war ganz einfach als Begleiter des Ministers für Kohle und Energie in seiner Delegation. Der wollte sich die Gruben angucken. In Maputo hat er dann gesagt: „Du musst wieder da rauf, nach Moatize, wenn alle fortmachen, wirst du gebraucht.“ Es kam noch dazu, dass ich der Einzige war, der Portugiesisch sprach. Wir hatten zwar immer Dolmetscher dabei, aber ohne Dolmetscher mal etwas mit Einheimischen zu besprechen, das war eben nicht drin. Wir waren zu der Zeit ungefähr noch 10 Mann: ein Arzt, ein Dolmetscher und Bergleute. Und wir haben angefangen, auf der Grube Chipanga 3 Kohle zu fördern. Diese Grube haben wir als „unsere“ Grube betrachtet – unsere in Anführungsstrichen, weil wir die aufgewältigt hatten.

Hans-Joachim Döring: War das schon nach der Verstaatlichung?

Alfred Böhme: Nein, vor der Verstaatlichung. Da hat es viele Schwierigkeiten gegeben, das ging alles Schlag auf Schlag. Die Verstaatlichung lag irgendwie in der Luft, aber sie war noch nicht vollzogen. Sie kam erst am 12. Mai. Als die Grube wieder arbeitsfähig war, hat die Geschäftsleitung dort – das war ein Belgier, Martin hieß er – einen Grubenleiter eingesetzt. Plötzlich gab es alles doppelt. Denn die DDR hatte auch einen Grubenleiter eingesetzt. Am Morgen wurde in der DDR-Delegation festgelegt, was gemacht wird und kurz darauf kam der von der Geschäftsleitung eingesetzte Grubenleiter und hat auch gesagt, was gemacht wird. Es war eine ungeheuer schwierige Situation, die wir dort vorgefunden haben. Und dann waren zu diesem Zeitpunkt auch Rumänen dort, die bereits vor uns angekommen sind. Die hatten dieselbe Aufgabe wie wir, machten dort Kohle, waren aber angestellt. Deren rechtliche Situation, auch die der neu angekommenen Portugiesen, war immer anders als die der DDR-Bürger.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Was unterschied die rechtlichen Situationen?

Alfred Böhme: Na, die anderen Ausländer wurden von der portugiesischen Direktion bezahlt. Wir sind doch nicht von den Gruben bezahlt worden, sondern die Gruben hatten mit dem DDR-Außenhandelsbetrieb Lime-GmbH¹ einen Vertrag und das Geld aus der Grube bzw. aus Mosambik floss zu Limex. Mein Betrieb zum Beispiel, der rechnete mit Limex monatlich oder vierteljährlich oder halbjährlich ab, das weiß ich nicht genau, das entzieht sich meiner Kenntnis. Wir bekamen unseren Lohn weiter in der DDR und dort unten kriegten wir in Landeswährung Geld in die Hand, monatlich einmal. Davon konnten wir leben und was übrig blieb, das konnten wir transferieren. Bei mir ist nie viel übrig geblieben, weil ich kein „Transferhengst“ war, wie wir das nannten.

Hans-Joachim Döring: DM?

Alfred Böhme: Westmark, manchmal 30, manchmal 40, manchmal auch 50 D-Mark, aber mehr ist nie übrig geblieben. Also wenn man sieben Jahre mal zwölf Monate nimmt – na ja, sagen wir sieben mal zehn, weil zwei Monate sind wir in den Urlaub gefahren und was weiß ich noch alles –, rechnen wir mit 70 Monaten, das wären 7.000 D-Mark, wenn man 100 Mark pro Monat nimmt, so viel hatte ich aber nicht. Also, es war nicht so, dass wir reich werden konnten. Am Anfang war es ein bisschen mehr, was wir zur Verfügung hatten, weil das in Dollar umgetauscht wurde und der Dollar 1:4 DM stand. Dann verfiel der Dollar bis 1985 immer mehr und immer mehr, das war ein horrender Sturz. Aber das war eigentlich nicht unser Gehalt, sondern mein Gehalt war das Geld, was mein Betrieb mir jeden Monat in der DDR überwiesen hat. Davon konnte ich letztendlich gut leben.

Hans-Joachim Döring: Wie muss man sich die Bezahlung gegenüber der DDR und Limex vorstellen?

Alfred Böhme: Ich bin nicht der zuständige Fachmann. Ich kann nur das erzählen, was ich selber gehört habe und was man mir erzählt hat. Sicherlich sollte das Ganze auf kommerzieller Basis geschehen. Aber das hat nicht funktioniert,

¹ Die Limex-Bau-Export-Import GmbH gehörte zum Firmengeflecht des Außenhandelsbetriebes KoKo (Kommerzielle Koordinierung), geleitet von Alexander Schalck-Golodkowski.

einfach weil die Mosambikaner gar nichts hatten, was in die DDR hätte exportiert werden können. In Moatize jedenfalls sah es so aus, dass der Einsatz der DDR-Fachkräfte mit der Kohle, die in die DDR exportiert wurde, abgedeckt werden sollte. Wollen wir mal nur von Moatize reden, andere Projekte kenne ich nicht. Aber selbst da hat es aus mehreren Gründen mit der Rentabilität nicht funktioniert. Zum einen haben wir in der ganzen Zeit nur zwei bis drei Jahre Kohle in die DDR geliefert. Einmal, das weiß ich vom Hörensagen, wurde die Kohle vorher verkauft, dafür sind vielleicht Apfelsinen und Bananen besorgt worden.

Hans-Joachim Döring: Sie meinen Reexport?

Alfred Böhme: Ja, über irgendein anderes Land wurde die verkauft. Das war eigentlich verboten, aber es ist gemacht worden, das habe ich gehört. Ich war nicht dabei, aber ich kann mir das vorstellen. Vielleicht war das nicht gleich beim ersten Mal, das erste Mal hat man die Kohle sicher gleich nach Zwickau gebracht. Aber – und das war der zweite Punkt –, die Kohle, Koks-kohle, war eben in Zwickau nicht verkokbar. Man hat probiert, man hat getestet. Die Ergebnisse waren nicht gut.

Hans-Joachim Döring: Was waren die Gründe?

Alfred Böhme: Man hat geforscht! Wir hatten einen guten Kokereifachmann, Dr. D., der lebt heute noch. Aber diese Kohle war allein nicht verkokbar, als Zusatz für andere Koks-kohlen war sie bestimmt gut einzusetzen. Eine gut verkokbare Steinkohle muss abgestimmt sein, mit der Kokerei selbst, ihrem speziellen Koke-reiverfahren und den Zuschlägen, die man beim Verkoken der Kohle zur Verfügung hat und so weiter und so weiter.

Hans-Joachim Döring: Die Kohle hatte aber an sich eine gute Qualität?

Alfred Böhme: Das war eine sehr gute Kohle, schwärzestes Anthrazit, sehr rein, fast 100 Prozent. Aber allein war diese Spitzenkohle in Zwickau nicht zum Verkoken geeignet. Man hat sie dann, glaube ich, in der Zementindustrie mit aufgemahlen und eingesetzt. Man braucht jetzt gar nicht zu rätseln, war die Kohle gut, war sie schlecht, war sie verkokbar, war sie nicht verkokbar. In jedem Falle kam ein dritter Punkt hinzu: die Tatsache, dass wir als DDR-Bürger, als Ost-block-Bürger, da waren, dass wir Kohle gefördert haben und dass die Gruben

BITTERE SOLIDARITÄT

wieder funktionierten – und wir hatten 1981 eine Förderhöhe von 534.000, also über eine halbe Million Tonnen. Allein diese Tatsache war für den Klassenfeind, ich möchte das Wort eigentlich vermeiden, dazu angetan, etwas zu unternehmen. Und da hat man eben die Eisenbahn gestört, hat man Schienenstöße rausgerissen, Waggons gesprengt.

Hans-Joachim Döring: Sie meinen die RENAMO?

Alfred Böhme: Ob das die RENAMO war oder ob das nur Banden von – damals gab es ja auch noch Südrhodesien – von Südrhodesien her waren oder wer das nun war, das weiß ich nicht. Wir haben immer gesagt, es war die RENAMO. Eins ist klar, ich war nicht immer mit der Politik der einzelnen Funktionäre in der FRELIMO zufrieden. Aber das Problem hatten wir in der DDR auch. Es gab Menschen, die haben unter der Fahne der FRELIMO ihre Schäfchen ins Trockene gebracht. Und die waren teilweise gegenüber ihren schwarzen Landsleuten, Leidensgenossen hätte ich beinahe gesagt, manchmal schlimmer als manche Weiße zu den Schwarzen. Dazu muss ich aber mal sagen, auch die DDR-Bürger hatten so eine Tendenz, sodass ich eigentlich zu der Überzeugung gekommen war, dass westdeutsche Entwicklungshelfer oftmals ein besseres Verhältnis zu den schwarzen Mosambikanern hatten als die DDR-Bürger. Vielleicht kamen diese Entwicklungshelfer von der evangelischen oder der katholischen Kirche oder von irgendeiner kirchlichen Vereinigung, dann liegt das eigentlich klar auf der Hand.

Hans-Joachim Döring: Wie erklären Sie sich das?

Alfred Böhme: Schwierig, schwierig. Wie hab' ich mir das erklärt? Erst einmal habe ich mich gefragt: Warum bin ich nicht so, wie die meisten DDR-Bürger in Moatize? Und warum ist meine Frau nicht so? Christlich waren wir ja eigentlich nicht, obwohl ich von meinen Eltern christlich erzogen worden bin. Meine Mutter war sehr christlich und mein Vater, na ja... Ich war in der Partei, war ja auch nichts Schlimmes. Wir sind nicht dahintergekommen, und dann haben wir uns gesagt: Wir sind schon mal in Chile gewesen. Vielleicht liegt es daran, dass unsere Leute das erste Mal im Ausland sind. Wenn wir in Ungarn im Urlaub waren, da hat der DDR-Bürger sich erst geoutet, wie man heute sagt, wenn er im Ausland war.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Aber dann könnte man annehmen, dass mit der Dauer des Aufenthaltes alles normaler wurde und sich entschärft hat.

Alfred Böhme: Es war genau umgekehrt. Man hat da unten gesagt – ob das jetzt nun schön ist oder nicht schön ist –, man hat dort unten gesagt oder es war ein geflügeltes Wort geworden: Nach spätestens vier Jahren Aufenthalt muss sich der DDR-Bürger entscheiden, ob er Mosambikaner oder Rassist werden will.

Als wir dort runterkamen, sind wir unter der Fahne der Solidarität mit Mosambik angetreten. Darin liegt meiner Meinung nach schon eine gewisse Gefahr: nicht mit den mosambikanischen Menschen, sondern mit Mosambik. Über den Solidaritätsgedanken und die Freundschaft unter den Bergleuten aus der DDR und aus Mosambik, davon will ich nicht reden. Die Bergleute sind in der Grube aufeinander angewiesen, die sind immer Freunde. Wenn man wieder über Tage ist, wenn das Privatleben wieder beginnt, ist es anders. Also die Bergleute untereinander, die haben sich immer verstanden. Aber wie lief das denn über Tage? Über Tage durfte der DDR-Bürger, das war die offizielle Richtung, sich überhaupt nicht mit den Einheimischen – verbrüdern ist der falsche Ausdruck – abgeben ist vielleicht besser. Das war schwierig. Für die mosambikanischen Bergleute war das schwierig. Für die DDR-Bürger war das schwierig, zumal sie die Sprache nicht sprachen.

Meiner Frau wurde mal gesagt: „Was machst denn du da?“ Da saßen die Kinder und sie hat ihnen um den Fuß eine Binde gewickelt, weil sie solche Geschwüre hatten. „Denkst denn du“, haben die gesagt, „so kannst du das Elend hier steuern in diesem Land? So kannst du das nicht steuern, die ganze Gesellschaftsordnung muss verändert werden, hier muss was ganz anderes passieren.“ Da hat meine Frau gesagt: „Du kannst mal Fett lecken, ich werde dem kleinen Mädäl hier das Geschwür aufdrücken, ich mache jetzt Salbe drauf und mache eine Binde darum. Und wenn zu mir ein Kind kommt und will Wasser haben, dann kriegt es ein Glas Wasser.“ Wir haben immer Probleme gehabt auf dieser Strecke.

Hans-Joachim Döring: Ein Glas Wasser geben, das war nicht üblich?

Alfred Böhme: Im Laufe der Jahre hat sich das ganz genau in den Köpfen der Einheimischen festgesetzt, von den Kindern bis zu den Erwachsenen, mit wem sie gern zusammen sein wollten, mit wem sie kooperierten – kooperierten ist ein blödes Wort – mit wem sie verkehrten, wo sie mal ein persönliches und privates Wort gewechselt haben. Wo die Frauen mal hingegangen sind und gesagt haben: Ich will mal zur Donna Margarita – meiner Frau – gehen und eine Hand

BITTERE SOLIDARITÄT

voll Salz holen, denn wir haben kein Salz. Die sind dann auch mal gekommen, wenn sie geschlachtet hatten und haben ein Stück Fleisch oder zwei Eier gebracht. Das gab es ja gar nicht dort unten. Die wussten ganz genau, zu wem sie gehen konnten.

Die Tatsache, dass der Solidaritätsgedanke, das war so ein großes Schlagwort der DDR, nach und nach einem kommerziellen Denken gewichen ist, lag letztendlich nicht nur an den Leuten, die dort waren. Das hat an der Erziehung der DDR-Bürger gelegen und an der politischen Steuerung von oben. Ein Beispiel: Das mosambikanische Ministerium für Kohle und Kohlenwasserstoffe hat mal eine Familie geschickt: Deli Fensterseifer, Sahra Fensterseifer und die zwei Kinder, ein Mädchen und einen Jungen, ihre Namen habe ich vergessen. Beide Kinder waren ziemlich abgemagert und schmal. Sie kamen da so anmarschiert und haben „Guten Tag“ gesagt. Also haben wir sie auch begrüßt: „Guten Tag, dann kommt doch mal rein, ihr seid wohl Neue?“ Das war eine Chilenin, die einen Brasilianer geheiratet hatte. 1974 war sie in die DDR gekommen, der Brasilianer war schon vor ihr dort, weil in Brasilien die ganze Sache ja auch ein bisschen schwierig war. Er hatte in Nordhausen an der Landwirtschaftsschule gelernt und sie hatte in Halle studiert, in Halle-Wittenberg. Sie haben sich kennengelernt, geheiratet und zwei Kinder gekriegt. Die Kinder waren nach dem Gesetz, das damals existierte, DDR-Bürger. Nach dem chilenischen Gesetz waren sie Chilenen, natürlich. Als es in Brasilien besser wurde, sind sie nach Brasilien zurückgegangen. Da wurden sie aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen. Die Kinder sprachen perfekt Deutsch, die Frau sprach perfekt Deutsch, er sprach perfekt Deutsch, ein Nachkomme der 1848er Auswanderer. Sie alle waren brasilianische Staatsbürger. Aber in Brasilien hat er keine Arbeit bekommen. Da sind sie nach Mosambik gegangen.

Es gab ja viele, die das gemacht haben. Ich habe auch viele Chilenen aus Zwickau getroffen, die nach Mosambik gegangen sind. Wie schon gesagt, das Ministerium hat die Familie nach Moatize geschickt und gesagt: Da ist ein Kindergarten und eine Schule, alles deutsch, und es gibt auch einen deutschen Laden. Sobald sie in Moatize ankamen, gab es gleich eine Eilsitzung der DDR-Leitung. Die Chilenin und der Brasilianer wollten ihre Kinder mit in den DDR-Kindergarten geben. Da gab es einen eigenen Kindergarten, denn es waren viele Kinder mit ausgereist. Erst einmal durften wir die beiden Kinder nicht im Kindergarten aufnehmen. Im Jahr darauf kam der Junge in die Schule, oder das Mädchen, ich weiß jetzt nicht welches Kind älter war. Wir hatten eine Schule, die Kinder sprachen perfekt Deutsch. Wir durften sie nicht in die Schule aufnehmen.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Wie wurde das begründet?

Alfred Böhme: Da gab es Regeln von der Botschaft: Das Geld, das wir für die Schule ausgeben, ist für DDR-Bürger, nicht für Ausländer.

Hans-Joachim Döring: Kurios, kaum zu glauben!

Alfred Böhme: Kurios ja, völlig kurios, völlig kurios. Ein weiteres Beispiel: Wir hatten einen Kultur- und Sozialfonds, für Feiern und so. Nun gab es dort unten Rumänen, Österreicher, Russen, Sowjetbürger von überall her, was die für Nationalitäten hatten, das weiß ich nicht. Aber eine Feier machen und alle einladen, Weiße und Schwarze, das ging so nicht. Schwarze einladen zu einer Feier zum 1. Mai, 7. Oktober, zu Weihnachten, dass sie einfach dabei sind – nee, nee, da haben unsere Leute gemobbt.

Hans-Joachim Döring: Warum? Wegen den 30 Mark zusätzlichen Essensgeldes?

Alfred Böhme: Na klar, die haben gesagt: Das ist unser Kultur- und Sozialfonds, den die mit verbrauchen. Das geht so nicht. Vielleicht war diese Haltung der Parteileitung und der Gewerkschaftsleitung recht, da mussten die nicht auftreten.

Hans-Joachim Döring: Wie verhielt es sich mit dem sogenannten Kontaktverbot?

Alfred Böhme: Das strenge Kontaktverbot wurde nicht eingehalten, das ging gar nicht. Es war aber erst einmal da. Bei mir musste man Abstriche machen, weil ich die Sprache sprach, weil ich eine Tätigkeit ausübte, die von Kontakten lebte.

Hans-Joachim Döring: Bitte beschreiben Sie Ihre Tätigkeit.

Alfred Böhme: Ich war Direktor für die Arbeiterversorgung. Da unterstand mir der Häuserbau, später die Häuserverwaltung – nachdem der Bauminister der DDR in Moatize war –, dann das Gesundheitswesen, der Aufbau eines landwirtschaftlichen Betriebes, die Arbeiterversorgung für die mosambikanischen Bergleute und alles, was dazugehörte. Weil ich am längsten dort unten war, war ich auch mal amtierender Delegationsleiter, wenn einer gerade abgezogen wurde und der neue noch nicht da war. Das fand ich ganz normal und das war auch richtig.

BITTERE SOLIDARITÄT

Als wir, meine Frau und ich, 1986 ins Erzgebirge zurückgegangen sind, habe ich in Zwickau die Abteilung M geleitet. M stand für Moatize. Wir haben faktisch die Leute ausgesucht, der Pumpe (Kohle- und Gaskombinat Schwarze Pumpe Lauchhammer/Niederlausitz, Anm. Red.) gemeldet und betreut. Die Pumpe hat alles andere erledigt, hat entschieden, ob sie genommen werden oder nicht. Wenn sie zugestimmt haben, wurden sie bei uns eingestellt. Bei uns gab es ein Lager, das Material gehörte dem Kombinat Schwarze Pumpe. In dieses Lager kam von der Stecknadel bis zum Panzerförderer, wenn ich übertreibe, oder bis zum Hydraulikstempel, dem Grubenstempel, alles rein, dann wurden die Schiffskisten gepackt und abgeschickt. Und jedes Jahr einmal musste ich runter nach Mosambik.

Hans-Joachim Döring: Ich möchte noch mal zum Kontaktverbot zurückkommen.

Alfred Böhme: Ein Teil meiner Aufgabe war es, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Vielleicht ist es übertrieben, wenn ich sage mit Hunderten, aber ich bin mit vielen Leuten zusammengekommen, vom Gouverneur bis zu den gesamten Provinzial-Direktoren. Das waren, wenn man so will, die kleinen Staatssekretäre der einzelnen Bundesländer. Die Provinz Tete war so groß wie die DDR. Und der Gouverneur war sozusagen der Honecker. Einer der Gouverneure, ich habe fünf dort überlebt, hatte in Ilmenau, in Thüringen studiert. Als Gouverneur war er gleichzeitig der erste Parteisekretär der FRELIMO. Bei mir ging das mit dem Kontaktverbot einfach nicht.

Mit der Zeit wurde das Zusammenleben immer schlimmer. Man hat schon gesehen, dass sich niemand mehr miteinander vertrug. Es waren nämlich die ersten in der DDR ausgebildeten MosambikanerInnen wieder zurückgekommen, aus Hoyerswerda und aus Zwickau. Insbesondere die, die aus Hoyerswerda kamen und irgendeinen bergmännischen Beruf oder Schlosser gelernt hatten, verstanden die Welt nicht. Sie kamen mit dem Versprechen, das die mosambikanische Regierung oder wer auch immer diesen Leuten einmal gegeben hatte, nach Moatize: Ihr könnt etwas werden. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten, oder vielleicht sollte man sagen: Es konnte gar nicht gehalten werden. Die Schuld daran sahen die Mosambikaner in Moatize, aber vor allem die, die es direkt betroffen hat – die jungen, in der DDR ausgebildeten MosambikanerInnen –, bei den DDR-Fachkräften vor Ort. Niemals sah man die Fehler bei der mosambikanischen Grubendirektion oder dem mosambikanischen Staatssekretariat. Die mosambikanischen Behörden haben nur gefragt: Warum habt ihr den Rückkeh-

rerInnen keine Häuser gebaut? Im letzten Moment wurden Häuser gebaut. Aber was für Häuser, Baracken! Mit fünf, sechs Eingängen und Doppelstockbetten. Die jungen Leute haben gedacht, die werden dort unten Steiger, Direktor, irgendetwas. Plötzlich wohnten sie in Baracken.

Die Gruben gingen nach und nach zu Ende, das heißt, die Auflösung begann. Die Eisenbahn funktionierte spätestens seit 1983 nicht mehr. Siebzig Kilometer hatte die Eisenbahn der DDR wohl gebaut. Sie kamen mit dem Zug, mit der Lokomotive, den Waggons und den Materialien nach Moatize und haben gebaut. Aber wenn sie zurückwollten, waren die Schwellen schon wieder weggerissen worden, da kamen die gar nicht mehr zurück. Das war ein Problem, denn es sind 254 Kilometer vom Seehafen in Beira bis nach Moatize.

Nichts hat funktioniert, aber in jeder mosambikanischen Zeitung stand: Die Eisenbahn funktioniert wieder. Der Grund, warum gelogen wurde, war: Die Eisenbahn musste laufen. Es mussten Meldungen in die Welt gesetzt werden, dass alles klappt und funktioniert, weil dieser Großbetrieb, für Mosambik der größte Betrieb, mit letztendlich 2.500 Arbeitskräften, nicht stillstehen durfte. Das war auch für die DDR-Bürger ein Problem, immer diese Meldungen auszuhalten, obwohl nichts funktionierte. Ein Großbetrieb, der musste funktionieren, der brauchte Geld, Kredite von der Bank. Aber die bekam er nur, wenn er funktionierte. Jährlich wurden Verträge mit der Eisenbahn gemacht über 80 Waggons Kohle, die täglich transportiert werden sollten. Stattdessen waren es manchmal fünf, manchmal drei Waggons, dann wieder vier Wochen lang überhaupt keiner, bis die Eisenbahn völlig zum Erliegen kam. Trotzdem wurden die großen Förderhöhen festgelegt. Es wurde auf Halde produziert.

Hans-Joachim Döring: Die Kohle ist dann verrottet?

Alfred Böhme: Natürlich verrottet die. In der Trockenzeit wurde sie weggeweht, und in der Regenzeit wurde sie weggeschwemmt. Und was da weggeweht und weggeschwemmt wurde, das war die Kokskohle, weil die Kokskohle in der kleinsten Körnung gelagert wurde.

Hans-Joachim Döring: Was für Gründe vermuten Sie hinter den strengen Verhaltensregeln gegenüber den MosambikanerInnen?

Alfred Böhme: Fragen Sie mich doch mal was anderes.

Hans-Joachim Döring: Einverstanden.

BITTERE SOLIDARITÄT

Alfred Böhme: Nein, ich will ja gern darüber reden. Meiner Meinung nach war das die Politik der DDR. Ich bin vorher mal ein Jahr in Chile gewesen, da war es genau dasselbe, wir durften mit unseren Nachbarn keinen Kontakt haben. Vielleicht vermutete man, dass es ansonsten allzu viele persönliche und private Kontakte geben, dass sich die Menschen zu sehr an das Gastland gewöhnen würden. Ich wäre am liebsten unten geblieben. Vielleicht war das die große Sorge, die Befürchtung, dass der eine oder andere nach Malawi oder Südafrika oder irgendwohin auswandert. Letztendlich hatten wir ja Fälle: in Rom nicht eingestiegen, stattdessen in Frankfurt am Main oder in Paris angekommen.

Hans-Joachim Döring: Man hatte die Mauer mitgenommen?

Alfred Böhme: Ja, man hatte die Mauer mitgenommen. Wie gesagt, zum Schluss hin, nach der Wende, war bei den DDR-BürgerInnen von Solidarität und Freundschaft nichts mehr übrig. Nur noch Rassismus, Kolonialismus stimmt natürlich nicht mehr, aber die Gepflogenheiten, wie sie vielleicht die übelsten Kolonialherren früher gehabt hatten, die waren dann schon üblich geworden. Ich habe vorhin gesagt, dass die in der DDR ausgebildeten MosambikanerInnen zurückkamen. Sie fanden jedoch nicht das vor, was sie sich vorgestellt hatten und sahen dann, dass zwei DDR-Bürger oder eine Familie in einem Haus wohnten, dass die einen Kühlschrank, einen Warmwasserboiler, einen Elektroherd und eine Spültoilette in ihren Häusern hatten, und sie nicht. Sie hausten in einfachen Baracken. Es hätte nur noch gefehlt, sie hätten in einfachen Schilfhütten hausen müssen. Von diesem Zeitpunkt an sind die Zusammenarbeit und der Freundschaftsgedanke tüchtig den Sambesi hinuntergegangen. Das ging so weit, dass zum Schluss vor den Türen der DDR-BürgerInnen Steine lagen.

Hans-Joachim Döring: Haben die MosambikanerInnen die Steine hingeworfen oder die DDR-BürgerInnen sie zur „Verteidigung“ hingelegt?

Alfred Böhme: Wenn es zur Verteidigung gewesen wäre, würde ich keinen Ton sagen. Das war keine Verteidigung. Guckten die kleinen schwarzen Köpfe durch die Hecke, wurde ein Stein genommen und wurde der Stein geschmissen.

Hans-Joachim Döring: „Neger“ vertreiben?

Alfred Böhme: Ja, vielleicht ist das ein bisschen zu grob ausgedrückt, aber zumindest mochte man das nicht mehr. Der DDR-Bürger dachte, er ist der Herr der

BITTERE SOLIDARITÄT

Gruben. Das war der große Fehler der DDR-Bürger dort unten – nicht der Fehler des einfachen Bergmannes. Zum Schluss hatten wir keine einfachen Bergleute mehr dort unten, die waren schon weg. Da waren noch etwa zehn Leute aus der DDR da, der Technische Direktor und der Direktor oder Abteilungsleiter für Instandhaltung etc. Und die fühlten sich absolut als die Herren: Was ich sage, wird gemacht.

Dieses Projekt Moatize war dem kleinen Legedarm der DDR, ich will das andere Wort vermeiden, ein bisschen zu groß. Dieses Ei ist nicht durchgegangen. Zumal es in der DDR keine Steinkohle, kein Steinkohlenbergbau mehr gab. Wir hatten doch gar keine Bergleute mehr. Was meinen Sie, was wir für Schwierigkeiten hatten, einen Steinkohlenbergmann aus den Nachfolgebetrieben zu kriegen, der noch Interesse hatte, da runter zu gehen. Und der Betrieb hat gesagt: Ihr seid doch verrückt. Das ist unser bester Mann der Nachfolgeindustrie. Und den wollt ihr haben? Das geht nicht. Basta, aus. Das war in etwa so, als hätte die Staatsicherheit gesagt: Der Mann kann nicht fahren, der hat eine Tante im Westen oder irgendwo. Das hat Schwierigkeiten gemacht. Genauso schwierig war es, Bergbaumaterialien zu finden, die da runter geschickt werden sollten. Wir haben teilweise Materialien aus dem Westen holen müssen. Oder es ist das alte Gelumpe, was wir noch hatten, da runter geschickt worden: alte Hydraulikstempel, Grubenstempel. Das war alles noch voll funktionsfähiges Material, ich will nicht sagen wertvoll, aber funktionsfähiges Material. Das wäre nun noch schöner gewesen, wenn wir da Zeug runter geschickt hätten, was gar nicht mehr in Ordnung gewesen wäre. Kappen, Stempel, selbst Förderbänder, das ganze Zeug ist da runtergekommen.

Hans-Joachim Döring: Wer hatte denn die Fördermengen an Kohle für Moatize festgelegt?

Alfred Böhme: Wo wurde die festgelegt? In Moatize nicht. In Maputo mit der WPA² der Wirtschaftspolitischen Abteilung.

Hans-Joachim Döring: Was waren die Aufgaben der WPA?

Alfred Böhme: Ob es genau stimmt, was ich sage, weiß ich nicht. Ich habe mich das auch immer gefragt. Es gab eine Handelspolitische Abteilung und es gab

² Die WPA gehörte zum Firmengeflecht des KoKo (Kommerzielle Koordinierung) und wurde vom Afrikabeauftragten des ZK der SED geleitet, der Alexander Schalck-Golodkowski unterstand.

eine Wirtschaftspolitische Abteilung. Diesen Unterschied hatte ich nie richtig begriffen, den hab' ich mir dann mal erläutern lassen. Es gab in jedem Land eine Handelspolitische Abteilung bei der Botschaft der DDR, aber nicht in jedem Land eine Wirtschaftspolitische Abteilung. Die Handelspolitische Abteilung hatte die Aufgabe, Handel und Wandel zu steuern und durchzuführen. Also die Exekutive. Die Wirtschaftspolitische Abteilung hat gesagt, wo etwas getan werden soll und wo in diesem Land für die DDR etwas zu holen ist: in der Kohleindustrie, in der Textilindustrie, im Pegmatit-Bergbau, im Goldbergbau in Manica, in der Landwirtschaft. Das war nicht die Aufgabe der Handelspolitischen Abteilung. Deren Aufgabe war es zu steuern, wie die Materialien nach Mosambik kommen bzw. aus Mosambik raus. Also das ist eine ganz exakte Aufgabe. Die Wirtschaftspolitische Abteilung hingegen legte die große Linie fest. Ich glaube, ich weiß es nicht exakt, der Leiter der jeweiligen Wirtschaftspolitischen Abteilung war gar nicht in dem Sinne dem Botschafter unterstellt wie das der Leiter der Handelspolitischen Abteilung war.

Hans-Joachim Döring: Wer stand an der Stelle des Botschafters?

Alfred Böhme: Der Bereich KoKo in Berlin bzw. in Maputo.

Hans-Joachim Döring: Der Bereich KoKo hatte eine spezielle Handelspolitische Abteilung, die kurioserweise einige Wirtschaftspolitische Abteilungen in verschiedenen Ländern betrieb bzw. führte. Das sollte wohl eine Tarnung durch Begriffe sein. Das Mosambikgeschäft wurde von der Handelspolitischen Abteilung aus gelenkt. Der Leiter war Dieter Uhlig. Haben Sie Herrn Uhlig kennengelernt?

Alfred Böhme: Herrn Uhlig habe ich kennengelernt, als ich Anfang 1978 in Moatize war und ich habe ihn in Berlin gesehen, im Ministerium, als diskutiert wurde, wie es weitergeht. Dann war er Mitglied der Delegation von Kohlenminister Siebold, mit der ich im April runterfliegen durfte. Ich war dabei, weil ich bei der Steinkohle in Zwickau gearbeitet habe, weil ich schon mal dort war, das Programm erarbeitet hatte und weil ich Portugiesisch sprach.

Hans-Joachim Döring: Wie wurde Moatize von der WPA aus betretet?

Alfred Böhme: Da kam schon mal einer von denen mit hoch nach Moatize.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Saß die WPA bei Beratungen mit am Tisch?

Alfred Böhme: Nein! Man muss natürlich wissen, dass letztendlich der Erste Sekretär der Botschaft der DDR in Moatize saß.

Hans-Joachim Döring: Der Parteisekretär?

Alfred Böhme: Der war Parteisekretär, na klar. Das war der Erste Sekretär der Botschaft mit Sitz in Moatize. Das war der Parteisekretär, unantastbar, unantastbar.

Hans-Joachim Döring: Politisch und diplomatisch immun?

Alfred Böhme: Na ja, das hat doch niemand gewusst. Das mag vielleicht der Gouverneur gewusst haben oder der Generaldirektor. Aber von uns hat das niemand gewusst.

Hans-Joachim Döring: Das unterstreicht die besondere Bedeutung von Moatize. Wussten die DDR-BürgerInnen, dass sie dort ganz wichtig sind?

Alfred Böhme: Das wir wichtig sind, das haben wir schon gewusst, doch. Wir haben uns jeder dort oben eigentlich wichtig gefühlt und dass wir die Herren der Steinkohlengruben sind. Das sage ich jetzt etwas hämisch. Es kommt darauf an, was Sie jetzt unter wichtig verstehen. Dass das Vorhaben mit der Steinkohle in Moatize unter all den DDR-Vorhaben in Mosambik vielleicht das wichtigste war, das hat jeder DDR-Bergmann gewusst, glaube ich, und ist darauf auch stolz gewesen, und das konnte er eigentlich auch sein.

Hans-Joachim Döring: Ich vermute, es wird handfeste Interessenkonflikte gegeben haben: Entweder ich arbeite für die DDR oder für Mosambik oder ich arbeite für beide Seiten? Wie wurde dieser Konflikt beantwortet und gelöst?

Alfred Böhme: Na ja, was heißt das denn? Diesen Konflikt hat eigentlich niemand gelöst. Ich würde sagen, der ist bis heute noch nicht gelöst. Den hat garantiert niemand gelöst. Der Bergmann hat gearbeitet, egal ob er Ökonom war oder ob er Instandhaltungsmechaniker war oder ob er Bergmann unter Tage war. Diese Frage tauchte bloß immer dann auf, wenn mal ein Fehler passiert war.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Aber die Kumpel, hatten die das Gefühl: Wir arbeiten für Mosambik?

Alfred Böhme: Teils, teils. Am Anfang haben wir uns gesagt, als der Solidaritätsgedanke noch da war, wir arbeiten für Mosambik. Wir helfen den MosambikanerInnen, so wie es in der DDR auch üblich war und damit helfen wir uns selbst. Das hatte sich echt in den Herzen und Köpfen vieler DDR-BürgerInnen eingegraben. Im Laufe der Zeit hat es sich dann gewandelt von: Wir arbeiten für Mosambik, über: Wir arbeiten nur für die DDR, bis ganz zum Schluss: Es ist Sch...egal, für wen wir hier arbeiten. Wir sind hier und wir kriegen unser Geld. Dieses Denken war zum Schluss sehr groß geworden. Da gab es ein Lied der alten Moatizer da unten und da hieß der Refrain: Und wenn der Dollarkurs nicht sinkt, sind wir bestimmt dabei.

Hans-Joachim Döring: Das Solidaritätskomitee hat viel Material nach Moatize geliefert, präziser gesagt, Lieferungen des Kombinates Schwarze Pumpe finanziert: Es hat den Kultur- und Küchentrakt bezahlt, Versorgungssendungen zusammengestellt, die Kegelbahn geliefert usw. Haben eigentlich die MosambikanerInnen gekegelt?

Alfred Böhme: Ja, ja doch. Gar nicht so selten. Die Versorgung lief zum Teil über das Solidaritätskomitee. Da wurde das Waschpulver Spee in mehreren Tonnen geliefert oder Damenwäsche in verschiedenster Ausführung. Hier dürfen Sie nicht irren. Wir müssen zwei Dinge trennen. Ich war der Direktor für Arbeiterversorgung. Ich war also auch für die Alimentierung, für die Versorgung der mosambikanischen Bergleute mit Lebensmitteln verantwortlich, aber doch nicht für die DDR-BürgerInnen. Die haben mich da gar nicht interessiert. Das ging mich nichts an. Ich war der Direktor der CARBOMOC, der staatlichen Grubengesellschaft.

Hans-Joachim Döring: Und wer war für die DDR-Bürger zuständig?

Alfred Böhme: Das war meistens der Ökonomische Direktor, der war für die Lebensmittelversorgung der DDR-BürgerInnen verantwortlich. Abgesehen davon habe ich natürlich vom Landwirtschaftsbetrieb her Frischfleisch geliefert.

Hans-Joachim Döring: Sie meinen die 45 Hektar große Farm, die Sie aufgebaut und betrieben haben?

BITTERE SOLIDARITÄT

Alfred Böhme: Ja, als ich hinkam hatte die Grubengesellschaft eine Herde von, sagen wir mal, 50 Ochsen, Kühen, Stieren, Kälbern, und ein paar Ziegen rannten auch noch herum. Als ich wegging, hatten wir fast 1.000 Rinder und eine Schweinemastanlage mit etwa 50, 60 Schweinen. Wir haben wahnsinnige Dinge gemacht. Wir haben auch Kaninchen gehalten, was der DDR-Bürger eben so macht. Dann hatten wir die Ziegenherden, etwa 1.000 Ziegen liefen bei uns rum. Das war ein Problem, denn Ziegen werden in Mosambik von Kindern gehütet, nicht von Erwachsenen. Aber wir konnten als Grubengesellschaft keine Kinder einstellen, das war schwierig.

Hans-Joachim Döring: Das geschlachtete Fleisch kam dann in die Arbeiterversorgung.

Alfred Böhme: Ja, das ist richtig. Dann wurde festgelegt, was kriegt die DDR davon, also unsere eigene Delegation. Wir haben gesagt: so und so viel bekommt der DDR-Laden.

Hans-Joachim Döring: Da waren Sie ein ganz wichtiger Mann.

Alfred Böhme: Na ja gut, es konnte sich ja trotzdem jeder irgendwoher eine Ziege besorgen, sie schlachten lassen und dann essen. Das war ein Problem für den, der aus Berlin kam oder aus Cottbus und der bisher alles Fleisch aus der Kühltruhe der Kaufhalle holte. Für mich und meine Frau war es kein Problem, wir hatten auch Ziegen zu Hause. Wir haben also Ziegenfleisch gegessen. Aber die meisten DDR-BürgerInnen haben doch kein Ziegenfleisch gegessen. Deshalb mussten wir vor allem die Rinderherde vergrößern, damit wir schlachten und die DDR-Verteilungsstelle, wir haben DDR-Laden dazu gesagt, beliefern konnten. In dem Laden wurden die Versina-Produkte oder das was aus der DDR kam, Büchsen und Ähnliches, angeboten. Was man zuvor bestellt hatte, das hat man sowieso nicht gekriegt.

Hans-Joachim Döring: Das heißt, der Laden hielt kein Angebot vor, sondern es musste zuvor genau bestellt werden?

Alfred Böhme: Ja, ich musste bestellen. Die Frauen haben das meistens gemacht, aber auch die Männer: wie viel Butter, wie viel Leberwurst wird bestellt und so weiter.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Und wie viel Bier?

Alfred Böhme: Nein, Bier nicht.

Hans-Joachim Döring: Es gab keinen Alkohol?

Alfred Böhme: Nein, im Laden nicht. Am Anfang haben wir unser Bier mit der Eisenbahn bekommen, und als die Eisenbahn nicht mehr lief durch einen LKW, der ab und zu mal nach Beira fuhr. Zum Anfang war es mehr, aber später hatte man im Monat nur vier Flaschen Bier. Das war schon hart.

Hans-Joachim Döring: Whisky gab es auch nicht?

Alfred Böhme: Es gab natürlich keinen Whisky, wir hatten ja kein Geld. Am Anfang gab es keinen Intershop in Tete, und in einem Kooperanten-Laden gab es das auch nicht. Aber manche Mosambikaner haben Schnaps hergestellt. Später wurde es etwas besser: Pro Lieferung und Mann – die Lieferung kam meistens alle drei Wochen oder einmal im Monat – haben wir auch mal eine Flasche Whisky gehabt. Und dann haben wir das künstlich hochgeschraubt, so dass wir auch mal zwei Flaschen hatten. Aber das war eine Frage des Transports. Dann haben wir gesagt: Der Whisky wird bereits in Maputo in Plastekanister gefüllt, Fünf-Liter-Kanister aus Plaste, das ist dann leichter. Und in Moatize kommt der, der zwei Flaschen haben will, mit zwei Whiskyflaschen. Man hatte ja genug.

Hans-Joachim Döring: Mich interessiert weiterhin die Versorgung der Arbeiter.

Alfred Böhme: Was wir brauchten, was ich für die Bergarbeiter brauchte, das habe ich zusammengestellt. Die Bestellliste habe ich dann dem DDR-Delegationsleiter gegeben und der hat das weitergeleitet, nach Maputo.

Hans-Joachim Döring: Und aus Maputo wurde es in die DDR gemeldet?

Alfred Böhme: Das Braunkohlenkombinat Schwarze Pumpe in der Niederlausitz hatte beim Solidaritätskomitee der DDR ein Konto. Manchmal ist das sicherlich überzogen gewesen, da haben die sich was einfallen lassen. Da habe ich dann beispielsweise zwei Tonnen Beutelsuppen bestellt. Wenn dieses Zeug ankam, ist es sofort in die Küche gegangen. Über das Solidaritätskomitee wurde auch die

BITTERE SOLIDARITÄT

Ausrüstung für die Großküche bezahlt, die wir dort gebaut haben, mal ganz abgesehen von den Häusern selber, die über die Solidaritätsmittel gebaut wurden. Und dann kamen über das Solidaritätskomitee noch die Solidaritätswaren, also Anzüge und Büstenhalter und Schuhe.

Hans-Joachim Döring: Für die MosambikanerInnen?

Alfred Böhme: Für die MosambikanerInnen! Wenn für die DDR-Delegation mal was gebraucht wurde, ein paar Schuhe oder so, musste das extra bestellt werden. Das war nun wirklich deren Angelegenheit. Anders war es, wenn mal eine Kiste gebraucht wurde, mit etwas Besonderem zu Weihnachten. Da hat das Solidaritätskomitee mal ein paar Kisten mit Würsten oder mit Schinken oder so was geschickt, aber das war selten. Oder wenn es hieß, dass die DDR-Delegation mal wieder ein paar Präsente bräuchte. Dann bekam der Delegationsleiter eine Kiste, wo ein paar Geschirr-Service drin waren, oder es wurden für eine gemeinsame Sportveranstaltung Turnschuhe und Turnhemden mit dazugelegt. Es gab keine Soli-Mittel, also direkte Soli-Mittel wenn Sie so wollen, die nur den DDR-BürgerInnen zugutegekommen wären – wobei ich den Begriff Soli-Mittel ganz weit fassen möchte.

Hans-Joachim Döring: Das heißt?

Alfred Böhme: Das heißt: Selbst wenn der Betrieb, das August-Bebel-Werk in Zwickau zum Beispiel, eine Schiffskiste über die Schwarze Pumpe verschickt hat, selbst das will ich mal unter Solidaritätsmittel fassen. Das wurde dann aber wirklich nur für die DDR-Bürger gepackt. Da hat der Betriebsdirektor dann das reingetan, was unsere Frauen ihm geschrieben hatten, zum Beispiel 50 Schneebesen – 50 Häuser hatten wir da ungefähr –, 500 mal Toilettenpapier, 50 Töpfe, Tiegel, Durchschläge, 50 Siebe und all das, was uns niemand gegeben hat, weil die MosambikanerInnen das gar nicht kannten.

Hans-Joachim Döring: Es gab auch eine FDJ-Brigade. Wie war die organisiert?

Alfred Böhme: Es gab zwei FDJ-Brigaden, eine davon hatten wir in Moatize. Diese FDJ-Brigade hatte die Aufgabe, eine Schule zu bauen, Häuser für die LehrerInnen und alles was dazugehört, eine Berufsausbildungsschule. Das war eine Schule, in der sie Maurer, vorwiegend Maurer, und auch Schlosser ausgebildet haben. Es waren bis zu 26 Mann da.

BITTERE SOLIDARITÄT

Hans-Joachim Döring: Und die zweite Brigade?

Alfred Böhme: War in Madonda.

Hans-Joachim Döring: Madonda – die Großstadt für 20.000 Leute, Landolf Scherzer beschreibt es so schön.

Alfred Böhme: Na ja, was heißt eine Großstadt. So war es nun auch nicht. Also die haben sich da schon Mühe gegeben. Aber letztendlich ist außer ihren Häusern, ihrem eigentlichen Camp, wo sie selbst gewohnt haben und wo nun heute MosambikanerInnen drin wohnen können, nicht viel mehr geworden. Das ist richtig, was der Scherzer schreibt: Mehr als zwei Häuser, die fertig geworden sind, habe ich dort nicht gesehen. Das lag sicher nicht an der FDJ-Brigade, sondern daran, dass es einfach keinen Zement mehr gab. Die Schule, die sie dort gebaut haben, sollte Fachschulcharakter haben, sodass dort Bergbautechniker ausgebildet werden können.

Hans-Joachim Döring: Gibt es die Schule nicht mehr?

Alfred Böhme: Also geben soll es den Gebäudekomplex noch. Eine Schule wird nicht mehr betrieben. Die Gruben sollen alle nicht mehr arbeiten, darum braucht man auch keine Bergbautechniker mehr.

Hans-Joachim Döring: Herr Böhme, ich bedanke mich herzlich für dieses Gespräch.

Durch die Macht des Schicksals?

Zum Tod des DDR-„Kronprinzen“ Werner Lamberz und von Paul Markowski vor 25 Jahren (2013)

Erschienen in: epd Entwicklungspolitik, Frankfurt/Main, 6/2003, S. 26-27.

Der 6. März 1978 war für die SED-Führung und für die DDR von herausragender Bedeutung. Ein Tag des Aufbruchs und des Absturzes. In der Schorfheide bei Berlin sprach erstmals der Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirche mit dem SED-Chef und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Am gleichen Tag stürzte in der libyschen Wüste der vermeintliche Kronprinz Honeckers, Werner Lamberz, tödlich ab. Unterschiedliche Gespräche, entfernte Orte, aber ein verborgenes gemeinsames Thema: die Finanz- und Devisennot der DDR. In preußischer Heide wie in afrikanischer Wüste ging es vor allem um Geld, genauer um fehlendes Geld. Dass bis heute der Absturz des Hubschraubers von Lamberz nicht ausreichend geklärt ist, fügt zur Bedeutung noch Spannung hinzu.

„Die Piloten verbürgten sich für den Flug und sagten nachdrücklich, das Flugzeug sei sicher, es sei denn, es ereignete sich etwas von Gottes Hand, das heißt durch die Macht des Schicksals,“ So lautet der Schlusssatz des knappen libyschen Abschlussberichtes für das Politbüro der SED über den Hubschrauberabsturz mit Todesfolge am 6. März 1978. In der Wüste, bei Nacht, in unmittelbarer Nähe der Jurte des libyschen Staatspräsidenten Gaddafi. Sieben Menschen starben. Drei libysche Militärs und vier Deutsche. Darunter Werner Lamberz und der in Magdeburg geborene Paul Markowski.

Gerüchte

Beides SED-Spitzenfunktionäre. Lamberz galt als Honeckers Kronprinz, war weltgewandt, für den SED-Spitzenkader viel zu jung und im Zentralkomitee für Propaganda und Agitation verantwortlich, also angewandte Ideologie. Paul Markowski wurde 1931 geboren, machte FDJ-Karriere, war schon mit 36 Jahren praktizierender Ober-Außenminister der DDR, nämlich Abteilungsleiter für Internationale Verbindungen im ZK der SED. Ob Winzer oder Fischer, Oskar, alle in der Öffentlichkeit aufgestellten Außenminister der DDR holten sich bei ihm Weisung. Markowski war der Vertraute von Lamberz. Er galt als beliebt, klug, diszipliniert und geschickt auf diplomatischem Parkett.

BITTERE SOLIDARITÄT

Um den mysteriösen Tod beider Ausnahmegenossen ranken sich Gerüchte. Jede Forschung wirft weitere Fragen auf. War es Unglück, Anschlag, Schicksal? Wenn es ein Anschlag war, wem galt er? Lamberz? Gaddafi, der immer mehr Feinde hatte als Freunde? War es die Stasi, der KGB? Sicher ist, die DDR-Oberen mühten sich nicht um Aufklärung. Oder war es gar Gott? Wichtiger als diese Spekulationen – und der wohl gesichertste Weg zur Antwort – ist die Frage, was wollten Lamberz und Markowski in der libyschen Wüste? Die Geschichte scheint verworren, ist aber im Kern simpel und geht so:

Im Frühjahr 1977 schreiben Günter Mittag und Gerhard Schürer, die Wirtschaftslenker der DDR, an Honecker einen vertraulichen, weil alarmierenden Brief: Wir verschulden uns! 1,7 Mrd. Valutamark Unterdeckung im laufenden Jahr. Tendenz steil steigend. Importe streichen und Exporte steigern, schlagen sie vor. Aber der VIII. Parteitag der SED hatte ein umfängliches Sozialprogramm verkündet. Das kostete was. Honecker weist die Vorschläge der Planer und Mahner wirsch zurück. „Dann wären die Beschlüsse des VIII. Parteitages falsch....“ und: „Jeder andere Weg führt in den Abgrund.“

Schürer und Mittag lenken ein. Nach oben: „Wir sind bereit zu korrigieren“ und nach unten: „Wer quatscht, fliegt raus“. Harry Tisch, mächtig-kauziger Gewerkschaftsboss der DDR, schreibt nach einer Politbürositzung in sein privates Tagebuch: „Produktivität reicht nicht aus – Devisenbilanz. Die Katastrophe schon Mitte nächsten Jahres vorprogrammiert.“ Einer, der dabei gewesen ist, berichtet später: „Wir dachten, es wird wieder einen 17. Juni geben, wie 1953.“

Blaue gegen braune Bohnen

In dieser prekären Situation wird im engsten Kreis u.a. die Exportoffensive Afrika erfunden. Der kapitalistische Großmeister der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski bekommt weitreichende Vollmachten. U.a. darf er die Waffenreserve der DDR gegen Verrechnungsdevisen verkaufen. So auch beim Kaffeeinkauf. Doch wer kauft Kalaschnikow in Größenordnungen und möglichst unbemerkt? Mittag und Schalck verbünden sich mit Lamberz. Der sagt: „Afrika? Ich mach das schon, ich kenn die alle!“ Und er kannte wirklich viele Befreiungsführer. Er war in den 50er Jahren Sekretär des Weltjugendverbandes in Budapest gewesen.

In den 12 Monaten bis zum Absturz am 6. März 1978 sind wenigstens sechs große Afrikareisen nachweisbar. Weit über zehn Länder wurden besucht. Die

BITTERE SOLIDARITÄT

Flüge waren mitunter „spontan“ und gefährlich. Manchmal fehlten Überflugrechte, nicht alle Gastgeber waren informiert, einer gar beim Eintreffen erschossen. Immer fehlte die Zeit. In diesem afrikanischen Jahr der SED-Diplomatie sollte u.a. die „gesamte Kaffeelinie“ von Angola, das in erbitterten Kämpfen stand, für die DDR erobert werden, der FRELIMO, der mosambikanischen Befreiungsbewegung, wurde zum Marxismus-Leninismus und zu einem Steinkohleabkommen verholphen, nach Äthiopien wurden in kürzester Zeit – und natürlich geheim – Handfeuerwaffen im Wert von weit über 50 Mio. Valutamark geliefert. „Ware gegen Ware“ wurde mit dem Mangelgut Kaffee verrechnet. Blaue Bohnen gegen braune Bohnen. Der Sachse liebt den Kaffee sehr. Dokumente künden beklemmend von der Angst der DDR-Oberen vor Versorgungsaufständen. Es begann die Zeit des Kaffee-Mix mit bis zu 65 Prozent Ersatzstoffen.

„Die Lösung liegt in Libyen“

Aber der größte Clou war ein 1,6 Mrd. US-Dollar-Kredit, den Libyens Oberst Muammar al Gaddafi der DDR gewähren sollte. Allein dafür fliegen Lamberz und Paul Markowski dreimal nach Libyen. Von der letzten Reise kehren sie nicht mehr zurück. Die Idee war: Mit Hilfe der meist von den USA in die libyschen Kassen gespülten Milliarden Dollar – die Preise für Rohöl waren in den siebziger Jahren um ein Mehrfaches gestiegen und bedrängten auch die DDR-Wirtschaft schwer – sollten in Entwicklungsländern Industrieprojekte von der DDR errichtet werden. Die DDR bekäme reale Deviseneinnahmen zu konkurrenzlos günstigen Bedingungen und die befreundeten Südländer machten einen Entwicklungssprung. Gaddafi bringt es im Gespräch mit Lamberz auf die Formel: „Afrikanische Rohstoffe, libysches Kapital; DDR-Industrie und DDR-Wissenschaft sollten zusammengefasst zu einer neuen materiellen Grundlage für die revolutionäre Entwicklung in Afrika und Arabien werden.“

Wie muss das in den Ohren der Genossen geklungen haben? Die innenpolitische Notlage der DDR und der weltrevolutionäre Anspruch schienen genial verknüpft. Alles geheilt mit den Petro-Dollars der Imperialisten. Der Vorläufer des „F.-J.-Strauß-Kredites“ von 1983 schien wasserdicht. Das war Mitte Dezember 1977. Noch über Weihnachten wurden erste Großprojekte angeschoben. Hektik auf den Gängen in Ost-Berlin. Das größte außenpolitische Vorhaben der DDR wurde begleitet von Militärverhandlungen, der Planung einer Groß-Moschee in Leipzig und Schlichtergesprächen zwischen verfeindeten marxistischen Gruppen am Horn von Afrika. Im Februar 1978 weilt die größte je nach Europa ge-

BITTERE SOLIDARITÄT

reiste libysche Regierungsdelegation zu den Verhandlungen in Ost-Berlin. Ruhe sollte nun einkehren und Geschäft.

Da bekommt Lamberz ein Telegramm. Er wird nach Äthiopien gerufen zum Schlichten. Er hatte gesagt, das kann ich auch. Zuvor ein Zwischenstopp bei Gaddafi. „Die Ehre“ des Besuches in der Wüste. Lamberz kommt zu spät. Er missachtet das „Hubschrauberbenutzungsverbot“ für die SED-Nomenklatura. Er fliegt die drei Autostunden in 45 Minuten. Führt ein fast dreistündiges Gespräch, von dem es kein Protokoll gibt. Steigt mit dem Hubschrauber 50 Meter auf. Der fällt plötzlich wie ein Stein zu Boden. Brennt aus. Der dürre libysche Bericht schreibt als Grund Rotorschaden und den eingangs zitierten Satz.

Die in Berlin-Pankow lebende Witwe Ingrid Lamberz (72) sagt „Die Lösung liegt in Libyen. Die DDR-Untersuchungskommission wurde damals nicht bis zur Absturzstelle vorgelassen.“ Die Lösung vielleicht, aber die Ursache? Ob technischer Unfall oder politischer Anschlag, das Unglück war tragisch und Ausdruck des überspannten Selbstverständnisses der SED-Führung, ihrer Überforderung bei der Lösung ökonomischer Fragen, ihrer „inneren“ Not wie Hektik. Die den Entwicklungsländern versprochenen über 30 Großprojekte kamen nur sehr schleppend in Gang. Viele blieben auf der Strecke. Mit dem Absturz war der Kredit geplatzt.

Bittere Solidarität!

Fehlende Anerkennung, offene Rechnungen mosambikanischer Vertragsarbeiter und die fehlende Aufarbeitung

Zuerst erschienen in: Gerbergasse 18 – Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, 02/2019, Heft 91, S. 30-35.

Im Erinnerungs- und Aufarbeitungsjahr 2019 sollten wir unseren Blick nicht ausschließlich auf das 30. Jubiläum der Friedlichen Revolution richten. Bereits im Februar jährte sich zum 40. Mal die Unterzeichnung eines folgenreichen „Freundschaftsvertrages“ zwischen der DDR und Mosambik. Auf Grundlage dieses Staatsvertrages reisten zwischen 1979 und 1989 insgesamt 22.188¹ junge mosambikanische Männer und Frauen als sogenannte Vertragsarbeiter in das „sozialistische Bruderland“. Fast alle mussten in den Jahren 1990/91 – nach der Implosion der DDR – überstürzt in ihre, ihnen fremd gewordene Heimat zurückkehren. Über drei Jahrzehnte hinweg gab es praktisch keine Lobby für diese Menschen. Dadurch blieben auch menschenrechtliche Folgewirkungen, ökonomische Verwerfungen, sowie Ansprüche auf Entschädigungsleistungen weitgehend ungeklärt. Bis heute steht – insbesondere für die mosambikanischen Arbeitskräfte – eine Aufarbeitung der Geschichte der Vertragsarbeiter in der DDR als eine spezielle Form der Arbeitsmigration aus.

In einer Pressemitteilung der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zu „30 Jahren Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ vom 3. April 2019 heißt es: „Die tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umbrüche und die damit verbundenen Anpassungserfahrungen der Menschen vor allem im Osten Deutschlands werden ein Schwerpunkt im Jubiläumsjahr sein. Das Jubiläumsjahr soll das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben und für das Zusammenwachsen von Ost und West erbracht wurden.“

1 Vgl. Riedel, Almut: Erfahrungen algerischer Arbeitsmigranten in der DDR – „... hatten ooch Chancen, ehrlich!“, Opladen 1994, S. 5. Die Differenzen zu anderen Zahlenangaben in der Forschungsliteratur (15 000 oder 17 000) ergeben sich teilweise durch die Zählung von Mehrfacheinreisen (infolge neuer Verträge für bereits einmal eingereiste Vertragsarbeiter) bzw. der Subtraktion der in Deutschland nach 1990 verbliebenen Mosambikaner. Die Daten der Soziologin Almut Riedel (Zwengel) basieren auf den offiziellen Angaben aus DDR-Quellen über die vertraglich registrierten Einreisen aus Mosambik.

BITTERE SOLIDARITÄT

Der Fokus dieser Jubiläumsfeierlichkeiten soll auf gegenseitigem Austausch und Dialog liegen.“

Tagung in Magdeburg

Die Frauen und Männer aus Mosambik – wie die ausländischen Vertragsarbeiter in der DDR insgesamt – haben ebenfalls erhebliche Leistungen erbracht, um die sie allerdings durch staatliche Willkür und Betrug in erheblichem Umfang gebracht wurden. Es geht um Verständnis, Respekt und Anerkennung für ihre Lebenswege, aber auch um bis heute entzogene Lohnanteile.

Tausende Vertragsarbeiter wurden unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR als arbeits- und sozialrechtlich schwächste Glieder der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft als Erste entlassen, zurückgeschickt und ausgestoßen. Obwohl inzwischen wieder am Indischen Ozean lebend, bleiben sie als Vergessene und Betroffene ein Bestandteil der ostdeutschen Geschichte. Neben der politischen Erinnerung und den Einzelschicksalen, die es neu zu erzählen gilt, gibt es offene Wunden durch unterschlagene Rechte und einbehaltene Lohnzahlungen. Die Anliegen der ehemaligen Vertragsarbeiter aus Mosambik gehören dringend auf die Agenda der Aufarbeitung und in das Setting der bereits erwähnten Kommission. Erforderlich sind insbesondere Nachbesserungen bei den im Einigungsprozess entstandenen Regelungslücken. Vor allem in Bezug auf nicht erfolgte bzw. intransparente Zahlungen der in der DDR vom Lohn abgezogenen Transferleistungen, Rentenanwartschaften aus Sozialversicherungsleistungen und Fragen der „Soli-Babys“ – Kinder mosambikanischer Vertragsarbeiter, die nach Familienangehörigen suchen.

Mit der Lage der ehemaligen Werk­tätigen aus Mosambik beschäftigte sich vom 22. bis 24. Februar 2019 eine international besetzte Tagung in Magdeburg. Die Aktualität und Brisanz des Themas zeigte sich nicht zuletzt daran, dass bereits vier Wochen vor Beginn mit rund 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmern alle Plätze restlos ausgebucht waren. Die Veranstaltung wurde von einem paritätisch besetzten deutsch-mosambikanischen Vorbereitungsteam beim Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland organisiert.

Der Mann aus Suhl

Adelino Massuvira João ist Diakon, Sozialarbeiter und Ausländerbeauftragter im südthüringischen Kirchenkreis Henneberger Land. Zugleich betreut er mit Kollegen Hunderte von Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern. Auch er war Mitglied im Vorbereitungskreis der Tagung „Respekt und Anerkennung“. João stammt aus Mosambik und kam im Alter von 19 Jahren aus der Provinz Nam-pula in die DDR. Man hatte ihm versprochen, hier studieren zu dürfen. Aber alles kam anders. Zunächst arbeitete er als Dolmetscher, doch bald fand er sich im Dreischichtbetrieb beim Suhler Mopedhersteller Simson am Fließband wieder. Die Mehrheit der Mosambikaner wurde in der Schwerindustrie und im Maschinenbau eingesetzt. Ein erheblicher Teil seines Lohnes wurde monatlich als sogenannter Lohntransfer abgezogen und einbehalten. Das Geld sollte über staatliche Stellen auf sein Privatkonto in Mosambik eingezahlt werden und für die Zeit nach seiner Rückkehr oder als Unterstützung für die Familie zur Verfügung stehen. Doch das Geld ist weg, es wurde nie nach Mosambik überwiesen. Etwa 19 000 der ungefähr 21 000 mosambikanischen Vertragsarbeiter – Männer wie Frauen – wurden im Zuge der deutschen Wiedervereinigung nach Mosambik abgeschoben. João hatte Glück. Er war einer der Wenigen, die bleiben durften. Etwa 2000 Mosambikaner erhielten ein Bleiberecht. Doch das Schicksal seiner betrogenen Landsleute beschäftigt ihn bis heute. Das war für ihn der Grund, die Tagung organisatorisch zu unterstützen.

Wie kam es zum Einsatz der Vertragsarbeiter?

Spätestens Mitte 1977 erkannte die SED-Führung eine schwerwiegende Devisenkrise ihrer Planwirtschaft. Den schwachen Erträgen des DDR-Außenhandels standen internationale Kreditverpflichtungen in harter Währung in anderthalbfacher Höhe gegenüber. Es kam zur Überschuldung, der Staatsbankrott drohte. Honeckers Politik stand auf dem Spiel. Frische Devisen mussten dringend mobilisiert oder substituiert werden. Dazu boten sich auch drei afrikanische Länder aus dem US-Dollar-Währungsraum an: Angola, Äthiopien und Mosambik.

Alle drei Staaten hatten sich erst wenige Jahre zuvor von der Kolonialherrschaft befreit, waren marxistisch ausgerichtet und wollten rasch die Entwicklungsrückstände aufholen. Für ihre ambitionierten Pläne suchten sie dringend Partner. Die DDR-Funktionäre bekundeten den afrikanischen Ländern ihre Solidarität, wollten aber vor allem die guten politischen Verbindungen „versil-

bern“. Hinter der „sozialistischen Bruderhilfe“ standen handfeste ökonomische Interessen. Das SED-Politbüro startete eine „Exportoffensive Afrika“. Mit der generalstabmäßigen Durchführung wurde Alexander Schalck-Golodkowski und sein „Bereich Kommerzielle Koordinierung“ (BKK, kurz: KoKo) mit dem Ziel beauftragt, „sichtbare ökonomische Ergebnisse für die DDR vorzuweisen, nicht nur einseitige Solidaritätsaktionen“.

Ende Februar 1979 besuchte Honecker die ehemalige portugiesische Kolonie in Südafrika, die seit 1975 unabhängig war. Über 80 Verträge wurden geschlossen, sogar eine direkte Flugverbindung Ost-Berlin–Maputo eingerichtet. Diverse Großprojekte liefen an, oft ohne Konzept, ebenso die Planungen zum Einsatz von Mosambikanern in der DDR-Wirtschaft. Im Laufe des Jahres 1979 wurden die ersten Arbeitskräfte – anfangs in kleiner Zahl – ins Land geholt. Zumeist nur auf Grundlage von Anlernverträgen, aber ohne Ausbildung. Im Jahr 1982 entbrannte ein Bürgerkrieg in Mosambik, ab 1983 trat Ernüchterung auf beiden Seiten über die wirtschaftlichen Effekte der Beziehungen ein. In den folgenden Jahren wuchsen Mosambiks Schulden gegenüber der DDR immens an, auch wegen der überdurchschnittlichen Zinssätze. Doch ein Schuldenerlass gegenüber einem befreundeten und zugleich gefährdeten Entwicklungsland war für die SED kein vordringliches Thema. Vielmehr wurden 1986 von Schalck-Golodkowski neue Planzahlen zur Devisenerwirtschaftung vorgegeben. Das neue Ziel lautete: Schuldenabbau durch gesteigerte Einreisen der mosambikanischen Arbeiter in die DDR. Innerhalb eines Jahres sollten 4500 zusätzliche Vertragsarbeiter in die DDR kommen, ohne Vorbereitung auf beiden Seiten. Die DDR wollte die Schulden Mosambiks über einbehaltene Lohnanteile von Vertragsarbeitern tilgen und die Vertragsarbeiter waren zeitgleich Lückenfüller des Arbeitskräftemangels im SED-Staat. Zwischen 1979 und 1985 wurden pauschal 25 Prozent der monatlichen Nettolohnsumme jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin abgezogen. Später, ab 1986 wurden oberhalb eines Sockelbetrags von 350 DDR-Mark sogar 60 Prozent als sogenannter „Transfer-Pflichtbetrag“ einbehalten. Unter „Transfer“ wurde eine personen-gebundene, von den Betrieben einbehaltene und zentral abgeführte Summe des monatlichen Nettoarbeitslohnes verstanden. Die Beträge wurden direkt im Betrieb vom Nettolohn abgezogen, an das DDR-Finanzministerium überwiesen und der KoKo zur „Verrechnung“ zur Verfügung gestellt. Auf der Tagung berichtete – nach über 30 Jahren – ein früherer Mitarbeiter des DDR-Staatssekretariates für Arbeit und Löhne: „[...] die von den Vertragsarbeitern ‚transferrierten‘ Beträge wurden von Anfang an im gegenseitigen Einvernehmen beider

Regierungen nicht nach Mosambik überwiesen, sondern in der DDR in die zwischenstaatliche Verrechnung miteinbezogen, um somit zum Schuldenabbau des Landes beizutragen.“ Die Praxis der Schuldentilgung – verrechnen statt transferieren – wurde den Vertragsarbeitern nicht mitgeteilt. Vielmehr wurde ihnen durch Einzelvertragsvereinbarungen mit den örtlichen DDR-Betrieben zugesichert bzw. vorgespielt, dass für sie Einzelkonten in Mosambik eingerichtet werden, auf die sie in der Heimat später zugreifen könnten. Von staatlicher Seite wurden sie auf diese Weise systematisch per Vertrag getäuscht und betrogen. Denn die Konten blieben leer und die abgezogenen Lohnanteile verblieben in der DDR. Hinzu kommen bis heute nicht geklärte Rentenansprüche aus Einzahlungen in das DDR-Sozialsystem.

Die „Madgermanes“ – ein schwelender Konflikt

Die leeren Konten verschärften die negativen Auswirkungen der „wendebedingten“ Rückkehrer. Im Unterschied zu den wenigen Mosambikanern, die in Deutschland bleiben durften, leben die meisten in ihrer Heimat in bitterer Armut. Seitdem schwelt ein ungelöster Konflikt. Die „Madgermanes“, wie die Vertragsarbeiter in Mosambik in einer Verballhornung von „Made in Germany“ genannt werden, demonstrieren für ihre Rechte und erheben Forderungen. Deshalb drangsaliert sie der mosambikanische Staat, sie erfahren Häme und Geringschätzung. In der Hauptstadt Maputo versammeln sich die „Madgermanes“ seit über 15 Jahren jeden Mittwoch im Park „Jardim Vinte e Oito de Maio“. Während ihrer Demonstrationen schwenken sie häufig verschlissene DDR-Fahnen mit ausgefranstem Schwarz-Rot-Gold.

Auf der Tagung berichtete Dr. Antònio Frangoulis, Jurist und Kriminalist aus Maputo, über die gegenwärtige Situation der einstigen Vertragsarbeiter: „Das Erbe der DDR ist ein schwarzes Kapitel in der Geschichte der Freundschaft zwischen Mosambik und Deutschland. Das, was als ein ernsthaftes Projekt zwischen zwei Regierungen erschien und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung dienen sollte, hat mehr als 22.000 junge Mosambikaner dazu gebracht, ihre Familien, ihre Heimat, ihre Freunde zu verlassen. Sie haben ihre sozialen Beziehungen aufgegeben, um einem Projekt zu dienen. Sie sollten zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung Mosambiks werden. Aber das hat sich nie verwirklicht. [...] Die mosambikanische Regierung war nicht ehrlich gegenüber ihren eigenen Bürgern. Sie hat die Vertragsarbeiter vorsätzlich getäuscht. Sie wussten nicht, wofür sie in der DDR waren. Sie wurden gebraucht, sie wurden benutzt als Zahlungsmittel

für die Schulden des Staates.“ Frangoulis berichtete weiter: „Als sie in Mosambik angekommen sind, wurden sie Opfer der Polizei. Sie werden diskriminiert, angegriffen, es wird auf sie geschossen, sie werden verhaftet oder sogar entführt. Einige sind nie wieder gesehen worden. Bei der Ankunft auf dem Internationalen Flughafen in Maputo wurden die ehemaligen VertragsarbeiterInnen genötigt, alle Nachweise zu ihren Löhnen abzugeben. Die Beträge, die ihnen jahrelang von den Löhnen abgezogen worden sind, wurden ihnen schließlich vorenthalten. Sie sahen sich ihrer Rechte beraubt.“

Zur Tagung waren neun Gäste aus Mosambik nach Magdeburg eingeladen. Für die meisten war es der erste Besuch in Deutschland seit 30 Jahren. Sie gaben bedrückende Berichte und Wortmeldungen ab. Bei ihrer plötzlichen Rückkehr Anfang der 1990er Jahre standen sie in der Regel ohne Ausbildung und Geld da, sie erfuhren Ablehnung, es erfolgte keine Integration. Seitdem ist viel Zeit vergangen und erhebliche Kompetenzen sind in beiden Ländern durch Ausgrenzung ungenutzt verkümmert. Die „Madgermanes“ machen mit ihren Aktivitäten und Protesten in Maputo zwar immer wieder auf die menschenrechtlichen Konflikte und die schreiende Ungerechtigkeit aufmerksam. Deutlich wird aber auch, dass sie sich mit ihren Maximalforderungen im eigenen Land zunehmend isolieren.

Wo bleiben Respekt und Anerkennung?

Während der dreitägigen Veranstaltung sprach auch der persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Seine Botschaft klang ernüchternd: Die Bundesregierung betrachtet die Forderungen der Vertragsarbeiter als innere Angelegenheit Mosambiks. Die DDR ist untergegangen und deren Mosambik-Verträge vom 24. Februar 1979 hat die Bundesrepublik im Einigungsvertrag ausdrücklich nicht übernommen. Sie sind damit quasi nicht existent. Zudem habe man gegenüber Mosambik bereits erhebliche Entwicklungshilfe – aufgrund der intensiven Beziehungen zur DDR – geleistet. Zutreffend daran ist, dass die Bundesregierung für die Politik und den Betrug der DDR nicht verantwortlich ist. Fakt ist aber auch, dass die bis heute anhaltenden Auswirkungen der Beziehungen der DDR zu Mosambik zum Verantwortungshaushalt der Bundesrepublik gehören. Hier muss es dringend zu Debatten und Lösungsversuchen kommen, nicht nur vor dem Hintergrund der anstehenden Jahrestage 2019 und 2020.

Wenn über die „Elite-Renten“ von DDR-Funktionsträgern und NVA-Offizieren diskutiert wird, muss zuvor nach sozialetischen und juristischen Lösungen für die Ansprüche und Entschädigungen der ehemaligen Vertragsarbeiter gesucht werden. Die Bundesregierung könnte auf die mosambikanische Regierung zugehen, ohne die Souveränität Mosambiks zu gefährden und Vorschläge für ergebnisoffene Gespräche unterbreiten. Eine verantwortungsvolle und menschenrechtsbasierte Entwicklungs- und Außenpolitik sollte das maßgebliche Kriterium der amtierenden Bundesregierung sein. Einen gewissen Optimismus für die Verwirklichung von „Respekt und Anerkennung“ für die Vertragsarbeiter lässt die Mitteilung des Auswärtigen Amtes nach der Zusage des Magdeburger Memorandums erkennen. Wegen der Wichtigkeit des Themas hat das Auswärtige Amt die Federführung in diesen Fragen übernommen. Vielleicht kann so endlich der Austausch zwischen zwei bzw. drei Partnern – beiden Staaten sowie Vertretern der Betroffenen und Opfer staatlicher Willkür – begonnen werden.

Auf der Magdeburger Tagung wurden noch weitere Themenkomplexe der DDR-Mosambik-Beziehungen offensichtlich. Darunter zählt auch die fehlgeschlagene Integration der Jugendlichen aus der „Schule der Freundschaft“ in Staßfurt im damaligen Bezirk Magdeburg. Über 900 Schülerinnen und Schüler wurden seit 1982 dort unterrichtet und im Jahr 1988 – „planmäßig“ und noch vor der „Wende“ – nach Mosambik zurückgebracht.

Eine Schülerin der „Schule der Freundschaft“ berichtet

Francisca Isidro aus Chimoio im Westen Mosambiks sprach in einem bewegenden Zeugnis der Betroffenheit auf der Tagung von ihren Erfahrungen als Schülerin in Staßfurt: „Die Berufsausbildung hat 1986 begonnen, aber wir als Schüler und Studenten kannten den Vertrag, der zwischen der DDR und Mosambik geschlossen wurde, nicht. Wir wussten nicht, welche Ausbildung uns zugeteilt wird und wir hatten keine Möglichkeit, den Bereich zu wählen, in dem wir ausgebildet werden. Es war eine Art Diktatur: Du wirst Kellnerin, du wirst Köchin, du Gärtner und du Tischler. Es gab keine Möglichkeit, mit zu entscheiden, was man gerne lernen, was man gerne tun würde. Das Resultat war ganz einfach: Wir hatten Probleme als wir zurück nach Mosambik kamen. Wir wurden beruflich nicht integriert. Als wir nach Mosambik kamen, waren unsere Abschlüsse dort nichts wert. Man lachte uns aus: „Du warst vier Jahre in Deutschland, um Köchin oder Gärtnerin zu werden? Das sind doch gar keine Berufe!“

Ihre Erlebnisse nach der Rückkehr in Mosambik schilderte Isidro so: „Das Schlimmste an der Ausgrenzung war, dass unsere Landsleute Angst vor uns hatten. Denn sie wussten ganz genau, dass wir viel besser ausgebildet waren als sie, die zurückgeblieben waren. Und sie hatten Angst, dass sie ihre Stellen an uns verlieren würden. Sie fürchteten, dass wir langsam zum Chef aufsteigen würden, wenn man uns einstellt. Viele Menschen in den Unternehmen waren Analphabeten. Sie wussten, dass sie unweigerlich ihre Arbeit verlieren, wenn qualifizierte Arbeitskräfte dazu kommen. [...] Als wir nach Mosambik gekommen sind, hat man unsere Ausbildung sehr niedrig, nur als einen Grundkurs eingestuft. Wir haben sogar mit Menschen gesprochen, die im Bildungsministerium gearbeitet haben. Sie sagten: Wir haben euch so eingestuft, obwohl wir wussten, dass das nicht der Realität entspricht. Aber das war nun einmal die Anweisung von oben, euch in dieses Niveau einzuteilen. Wir mussten also noch einmal von vorne beginnen. [...] Wir wurden auch ausgegrenzt, weil wir in einem sozialistischen Land ausgebildet wurden. Das wurde in vielen Unternehmen nicht akzeptiert. [...] Wenn jemand herausgefunden hatte, dass ein Bewerber in einem sozialistischen Land ausgebildet wurde, dann wurde er automatisch ausgeschlossen. So ist es zum Teil bis heute.“

Todesopfer – auf beiden Seiten

Eine weitere Schattenseite im Leben der Vertragsarbeiter sind schmerzhaft Erfahrungen mit dem Alltagsrassismus im „Bruderland“ DDR. An dieser Stelle kann nur mahndend und mit Verweis auf die notwendige Aufarbeitung darauf hingewiesen werden, dass zwischen 1985 und 1996 durch rassistische Übergriffe und Gewalttaten mutmaßlich sieben mosambikanische Vertragsarbeiter in der DDR und im wiedervereinigten Deutschland umgekommen sind. Diesen Morden und Tötungen wurde juristisch bisher nur unzureichend nachgegangen. Auf der Magdeburger Tagung beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe auch mit den bis zu 2500 Experten, Spezialisten, Diplomaten und Sicherheitskräften aus der DDR, die sich aufgrund der Verträge zwischen 1979 und 1990 im staatlichen Auftrag am Indischen Ozean aufhielten. Es wurde valide zusammengetragen, dass mindestens 14 namentlich bekannte Personen aus der DDR während ihres Arbeitseinsatzes in Mosambik ermordet wurden bzw. durch Gewaltanwendungen während ihres Dienstes ums Leben kamen. Für diese Opfer fehlt es nach über 30 Jahren noch immer an einer juristischen Bewertung sowie an „Respekt und Anerkennung“, auch gegenüber den Hinterbliebenen.

Was ist zu tun?

Das Feiern und Erinnern der Friedlichen Revolution in diesem und der Wiedervereinigung im kommenden Jahr sollte für die Klärung noch offener Fragen gegenüber den ehemaligen Vertragsarbeitern sowie den jetzigen Beziehungen zu Mosambik genutzt werden. Die Bundesregierung, zuständige Behörden und die kritische Zivilgesellschaft haben sowohl die Chance als auch die Verpflichtung, ungewollte und nachteilige Regelungslücken im bisherigen Einigungsprozess zu schließen, erlittenes DDR-Unrecht zu entschädigen und Respekt zu gewähren. Die Zeit drängt, denn die Betroffenen werden älter und gebrechlicher. Insbesondere geht es um eine Neubewertung der Vertragspraxis in der DDR, eine Anerkennung systembedingter Biografie-Brüche und den Ausgleich widerrechtlicher Lohnabzüge, unberechtigter Transferleistungen und offener Rentenanwartschaften. Aufgrund der menschenrechtlichen Relevanz sollten beide Staaten ohne Zeitverlust das Gespräch suchen und dabei die Betroffenen einbeziehen. Die Bundesrepublik ist für die von der DDR gemachten Verträge nicht verantwortlich zu machen. Aber die ungelösten Probleme und Unrechtstatbestände, die aus den damaligen Vertragsmodalitäten erwachsen, sind in den gesamtdeutschen Verantwortungsbereich übergegangen. Die Würdigung der Leistungen von tausenden Vertragsarbeitern gehört auf die Tagesordnung einer gesellschaftlichen Debatte und in den Aufgabenkatalog der Regierungskommission bei der Planung anstehender Jubiläen. Mögen die 40 Jahre alten Verträge tot sein, so leben noch die Menschen, die auf Gerechtigkeit warten.

Respekt und Anerkennung

Einleitung im Buch „Respekt und Anerkennung“

40 Jahre sind eine besondere Zeitspanne. Nach der alttestamentlichen Erzählung brauchte das Volk der Israeliten nach der Befreiung von den Ägyptern 40 Jahre ehe es im verheißenen und zugesagten Land ankam. 40 Jahre bestand die DDR. Am 24. Februar 1979 wurde in Maputo, der Hauptstadt Mosambiks, durch die Staatschefs der DDR und der Volksrepublik Mosambik Erich Honecker und Samora Machel ein umfangreiches Staats- und Freundschaftsvertragswerk unterzeichnet. Bestandteil war auch das Abkommen „Über die zeitweilige Beschäftigung mosambikanischer Werktätiger in sozialistischen Betrieben in der DDR“. Auf Grundlage dieses Abkommens reisten insgesamt 21.600 junge Mosambikanerinnen und Mosambikaner zwischen 1979 und 1989 in die DDR ein. Nach 1990 wurde für sie wegen dieses Abkommens der Begriff Vertragsarbeiter geprägt. Im Rahmen der Staatsverträge arbeiteten mit staatlichem Auftrag im gleichen Zeitraum auch 7.200 Experten, Spezialisten, Berater und Diplomaten der DDR in Mosambik – eine bisher ebenfalls wenig beachtete Berufsgruppe. So war der 40 Jahre zurückliegende Abschluss der Staatsverträge und des Vertragsarbeiterabkommens im Jahre 1979 auch der Anlass vom 22. bis 24. Februar 2019 zu der Internationalen Tagung „Respekt und Anerkennung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Mosambik“ nach Magdeburg einzuladen.

Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik sind inzwischen 30 Jahre vergangen. Das Erbe der zwischenstaatlichen Beziehungen der DDR und der Republik Mosambik wurde seitdem nicht ausreichend aufgearbeitet und geregelt. Respekt und Anerkennung wurden relevanten Betroffenengruppen bisher nicht gewährt, Unrecht nicht geklärt und mitunter unbeabsichtigte und vereinigungsbedingte Regelungslücken nicht behoben. So waren die 30-jährigen Jubiläen der Friedlichen Revolution 1989 sowie der Deutschen Einheit 1990 ein weiterer Anlass für die Tagung und ihren Zeitpunkt. „Der Prozess der Deutschen Einheit ist noch nicht abgeschlossen“, gab das Bundesinnenministerium der 2019 zu den genannten Jubiläen gegründeten Regierungskommission mit auf den Weg, wie auch den Hinweis, sie solle ein Bewusstsein für die noch offenen Fragen schaffen.¹

¹ Vgl.: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/04/30-jahre-deu-einheit.html> (10.12.2019).

BITTERE SOLIDARITÄT

In diesem Sinne hatte es sich die Tagung „Respekt und Anerkennung“ zu Beginn des deutschen Erinnerungsreigens zur Aufgabe gemacht, auf vielfach unbeachtete und noch nicht beantwortete Fragen und auf eine große Gruppe von Betroffenen aufmerksam zu machen: die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Mosambik. Sie erleben sich als Benachteiligte und Verlierer der DDR-Praktiken und Verdunkelungen in Mosambik sowie einem mit der Deutschen Einheit eingetretenen Kompetenzwirrwarr.

Die Organisatoren der Tagung waren bestrebt, ein möglichst breites Spektrum von unmittelbar Betroffenen der Verträge zwischen der DDR und Mosambik zu Wort kommen zu lassen. Es wurden nicht nur Zeitzeugen und Vertragsarbeiter aus Mosambik oder Studierende und ehemalige „Schüler der Freundschaft“ eingeladen, sondern auch ehemalige DDR-Experten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Politikerinnen und Politiker. Es ging um Lebensläufe, um wirtschaftliche und politische Strukturen und um deren Beurteilungen aus zeitgeschichtlicher und gegenwärtiger Sicht. Es wurden Lösungsansätze zur Bewertung und Verringerung des Unrechts, dass aus den politischen Systemen der DDR und der VRM erwachsen und in die Verantwortung der Republik Mosambik und der Bundesrepublik Deutschland übergegangen ist, diskutiert.

Der Titel der Tagung war und ist den Organisatoren Programm und Auftrag. Ebenso die sich daraus ergebenden Fragen: Wie kann insbesondere den Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern mit Respekt begegnet und wie kann ihnen unter Berücksichtigung der besonders tief greifenden staatlichen und politischen Eingriffe in ihre Biografen und Rechte Anerkennung entgegengebracht werden? Welche Fragen und Ansprüche (Rentenanwartschaften/Pflichtnettolohntransfer) sind offen geblieben und bedürfen gesellschaftlicher Aufarbeitung und Würdigung beziehungsweise staatlicher Regelungen? Aber auch: Welche Erwartungen lassen sich nicht begründen bzw. sind unberechtigt? Und letztlich: Wie könnten tragfähige Lösungen mit ausgleichender und heilender Wirkung nach 30 Jahren heute formuliert, gestaltet und umgesetzt werden?

Die Tagung wurde von einem paritätisch besetzten Organisationsteam aus Mosambikanern und Deutschen vorbereitet und vom Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland durchgeführt.

Welcher Respekt und welche Anerkennung werden vermisst?

Vermisst wird vor allem eine gesellschaftliche und politische Würdigung der sehr häufig gebrochenen und entwurzelten Berufs- und Lebenswege der Vertragsarbeiter durch die Regierung und Gesellschaft in Mosambik und die Übernahme von Verantwortung durch die Bundesregierung für bis heute wirksame Nachteile aus der Vertragsausgestaltung in der DDR. Für die Vertragsarbeiter – die heute meist zwischen 55 und 60 Jahre alt sind und auf die Rente zuleben – kumuliert die Frage des Respekts und der Anerkennung in der weiterhin nicht ausreichend geklärten Sicherung der Rentenanwartschaften aus den in der DDR eingezahlten Sozialversicherungsbeiträgen sowie in der grob mangelhaften Aufklärung über den Verbleib und die Auszahlung der „Nettolohnpflichttransferbeträge“ bzw. ihrer Äquivalente in Mosambik. Dies schließt Forderungen nach einem angemessenen Ausgleich für nicht ausgezahlte Beiträge ein.

Mit Nettolohnpflichttransfer wurde ein monatlich vom Nettolohn der Vertragsarbeiter staatlicherseits in der DDR einbehaltener Betrag bezeichnet.² Dieser sollte auf personenbezogenen Konten der Vertragsarbeiter in Mosambik gutgeschrieben (transferiert) werden. Darüber wurden Vereinbarungen mit den Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern abgeschlossen. Diese Gutschriften erfolgten in Mosambik nicht. Die Konten waren meist leer. Mitunter kam es nach mehrjähriger Verzögerung zu Teilzahlungen in sehr unterschiedlichen und nicht nachvollziehbaren Höhen durch das Arbeitsministerium von Mosambik. Aus dieser Verschleppung und Intransparenz sowie der fehlenden bzw. fehlerhaften Auszahlungen der Renten- und Lohnanteile speist sich bis heute Enttäuschung, Unfrieden und Wut. Diese Vorgänge zwischen der DDR und der VRM zwischen 1979 und 1990 sind als staatlich angelegter Betrug mit kriminellen Absichten zuungunsten der Vertragsarbeiter im Schutzmantel beidseitiger völkerrechtlicher Verträge anzusehen. Ein Teil der Vertragsarbeiter – sie werden in Mosambik „Madgermanes“ („die in Deutschland gewesen waren“) genannt – demonstriert seit fast 20 Jahren mittwochs in Maputo. Sie erregen Öffentlichkeit und Ärger. Sie fordern Gerechtigkeit und Verständnis für das von ihnen erlebte politische und materielle Unrecht. Als Zeitzeugen kamen sie auf der Tagung zu Wort und beschrieben ihre Marginalisierung und Diskriminierung im Rahmen der staatlichen Arbeitsmigration in die DDR.

² Ab 1979 waren es erst 25 % vom gesamten Nettolohn, ab 1987 60 % von der Lohnsumme oberhalb von 350,- Mark der DDR und ab Ende 1988 dann noch 40 % oberhalb 350 Mark der DDR.

Den Organisatoren der Tagung ist bewusst, dass die „Madgermanes“ nur einen Teil der ehemaligen Vertragsarbeiter repräsentieren und etliche der Vertragsarbeiter sich in Mosambik eine lebenswerte Existenz – wenn auch oft mühsam – aufgebaut haben. Die „Madgermanes“ legen mit ihren Demonstrationen aber immer wieder den Finger in die Wunde eines nicht aufgearbeiteten menschenrechtlichen, juristischen und sozialen Konfliktes, der über 20.000 Männer und Frauen betrifft und dessen Regelung ein substanzieller Beitrag zur gesellschaftlichen Versöhnung in Mosambik leisten kann.

Die Unterschiede zwischen den Vertragsarbeitern aus Vietnam und Mosambik

Zum besseren Verständnis der bis in die Gegenwart reichenden Unübersichtlichkeit und Kompliziertheit der DDR-Vertragsverhältnisse zu Mosambik muss hier kurz auf ökonomische und politische Besonderheiten der Beziehungen der DDR zu Mosambik eingegangen werden. Es geht dabei um Besonderheiten, welche grundlegende Unterschiede bei der Beurteilung des Erbes der DDR-Arbeitsmigration zwischen Vertragsarbeitern aus Mosambik und – zum Beispiel – aus Vietnam oder Kuba begründen. Vietnam und Kuba waren Mitglieder im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)³, der auf einem finanzwirtschaftlichen Verrechnungssystem mit nichtkonvertierbaren sogenannten Verrechnungs-Rubeln beruhte und vom Weltmarkt weithin abgekoppelt war – ein innersozialistisches System nicht konvertierbarer Währungen.

Mosambik dagegen agierte nach der Unabhängigkeit weiterhin im Weltwirtschaftsgebiet auf US-Dollar-Basis, dem sogenannten Hartwährungsraum. Dies war für den DDR-Außenhandel von Vorteil. So verbesserten speziell von der DDR gewährte und an Waren und Leistungen aus der DDR gebundene Kredite und Guthaben auf US-Dollar-Basis zeitweise die fragile Devisenbilanz. Gleichzeitig konnten mit diesen Krediten die auf dem Weltmarkt schwer absetzbaren Waren und Leistungen der DDR in Mosambik gegen die begehrten US-Dollar bzw. in einer konvertierbaren Währung abgesetzt bzw. verrechnet werden. Ein vermeintlich doppelter ökonomischer Gewinn für die Zahlungsbilanz der DDR, der die realen Gegebenheiten in Mosambik nicht berücksichtigte. Diese fahrlässigen Gewinnabsichten begründeten die extrem

3 Westliche Bezeichnung: COMECON.

hohen und sehr kurzfristigen Kreditbereitstellungen⁴ der DDR gegenüber Mosambik zwischen 1977 und 1980 und trugen zur

hohen Verschuldung der Volksrepublik Mosambik bei. Somit stellten währungs- politische Sondereffekte im Handel mit Mosambik einen großen Unterschied zu den RGW-Ländern Vietnam und Kuba dar und hatten Einfluss auf die Ausgestaltung der Abkommen über den zeitweisen Einsatz von mosambikanischen Arbeitskräften in der DDR. Diese ökonomischen Gründe sind für die Beurteilung der damaligen Praxis und der gegenwärtigen Lage der mosambikanischen Vertragsarbeiter von grundlegender und maßgeblicher Bedeutung. Deshalb ist auch der vereinigungsbedingte Regelungsbedarf bei den Vertragsarbeitern aus Mosambik im Vergleich zu den Vertragsarbeitern aus Vietnam oder Kuba deutlich größer. Die Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen aus Vietnam und Kuba hatten keine verdeckten oder geheimen „Nettolohnpflichttransferleistungen“ zugunsten von Kredittilgungen ihres Staates auf US-Dollar-Basis zu erbringen. Bei diesen Ländern standen primär arbeitsplatzpolitische Aspekte bei der Anbahnung der Arbeitsmigration in die DDR im Vordergrund. Bei den Abkommen mit Mosambik dominierten neben dem Arbeitskräfteaspekt vor allem die finanzpolitischen und devisentechnischen Aspekte wie die Tilgung und der Kreditabbau.

Die Rolle von Schalck-Golodkowski und der Bereich Kommerzielle Koordination (KoKo)

Die besondere Rolle Mosambiks und damit auch der Vertragsarbeiter zeigte sich im Sommer 1977. Erstmals drohte der DDR eine massiv internationale Zahlungsunfähigkeit. Die Bonität der DDR war gefährdet. Es gab Szenarien des Staatsbankrottes und die Honecker-Politik mit begrenzten Westimporten war gefährdet. In dieser frühen Phase des Krisenmanagements und der System- bzw. Existenzsicherung beschloss das ZK der SED neben anderen Instrumenten wie illegalem Waffenexport oder Spekulation an westlichen Börsen auch eine sogenannte „Exportoffensive-Afrika“ zur zusätzlichen Devisenerwirtschaftung bzw. zur Einsparung der so wertvollen Devisenausgaben. Die generalstabsmäßige Durchführung dafür wurde dem SED-Chef-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski mit seinem Bereich Kommerzielle Koordination (KoKo)

⁴ Diese Kredite erfüllen die Kriterien der „Illegalen Schulden“, vgl.: <http://erlassjahr.de/produkt/handbuch-illegitime-schulden-ii/>, S.10–15 (10.12.2019) und wurden deshalb von der Bundesregierung im Rahmen der HIPC-Initiativen entschuldet bzw. gestrichen.

BITTERE SOLIDARITÄT

übertragen. Schalck-Golodkowski wurde dafür mit staatsmonopolistischen Privilegien und maximalem Durchgriff auf die Betriebe und Behörden ausgestattet. Schalck hatte sich durch den illegalen Waffen-, Häftlings- und Kunst-Handel in der Beschaffung von harter Währung für die SED und der DDR bewährt. Sein Hauptgeschäftsterritorium in Afrika wurde Mosambik.⁵ Alle Kreditverträge aber auch alle sonstigen US-Dollar-relevanten Verträge und Abkommen – so auch die der Vertragsarbeiter bzw. „zeitweiligen mosambikanischen Werkträgigen“ – liefen über seinen Schreibtisch und durch seinen Bereich. Es ist davon auszugehen, dass im Hause Schalck-Golodkowski der „Nettolohnpflichttransfer“ als eines der „Geschäftsmodelle“ für die zeitweise Einreise der mosambikanischen Werkträgigen erfunden wurde.

Bisher wurde angenommen, dass diese Form des „Schuldenabbaus“ bzw. die „Reduzierung der jährlich entstehenden Aktivsalden zugunsten der DDR“ durch den „zur Pflicht erhobenen Transfer von Lohnanteilen“ erst seit 1986/87 erfolgte. Auf der Tagung wurde nun von einem langjährigen Mitarbeiter des in der DDR für die operationale Betreuung der mosambikanischen Werkträgigen zuständigen Staatssekretariates für Arbeit und Löhne (SAL) bestätigt: „Die von den Vertragsarbeitern ‚transferierten‘ Beträge wurden von Anfang an im gegenseitigen Einvernehmen beider Regierungen nicht nach Mosambik überwiesen, sondern in der DDR in die zwischenstaatliche Verrechnung einbezogen, um zum Schuldenabbau beizutragen.“ Diese Schuldenabbau-Regelung wurde auch von Mosambik mitgetragen. Es ist somit eine beidseitige Absicht und staatliche „Komplizenschaft“ zu konstatieren sowie von staatlich organisiertem Betrug auszugehen. Die Beziehungen zu Mosambik wurden primär nicht durch das Solidaritätskomitee der DDR, was gern propagandistisch vorgezeigt wurde, sondern durch den Devisen beschaffenden Bereich der KoKo geprägt. Diese Praktiken erhielten regelmäßig Auftrag und Segen von der höchsten SED-Spitze. In ein weiter gespanntes System der Zahlungsbilanzsicherung waren speziell die Vertragsarbeiter aus Mosambik uninformiert und unfreiwillig u. a. durch den „Nettolohnpflichttransfer“ eingebunden. Er gab individuelles „transferieren“ vor und „verrechnete“ illegale staatliche Schulden durch Lohnabzug.

Durch die Praxis „verrechnen statt transferieren“ wurden nicht nur die über 20.000 Vertragsarbeiter getäuscht und betrogen, auch die Republik Mosambik

⁵ S. Döring, Hans-Joachim (1999): „Es geht um unsere Existenz“ – Die Politik der DDR gegenüber Äthiopien und Mosambik, S. 50 ff.

wurde durch diese Abkommen schlechter gestellt und beschädigt. Das federführende Arbeitsministerium von Mosambik war u. a. aufgrund der ausbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung (auch aufgrund unrealistischer Projektdimensionen und Gewinnannahmen) und wegen des Bürgerkrieges zwischen 1982 und 1992 praktisch nicht oder nur anteilig in der Lage, die nicht nach Mosambik transferierten Mittel aus eigenem finanziellen Aufkommen zu ersetzen und die Pflichttransferleistungen den Vertragsarbeitern gutzuschreiben oder auszuzahlen. Der damalige Kontext entbindet die gegenwärtige Regierung Mosambiks nicht von ihrer Verantwortung. Vielmehr verpflichten die damaligen Umstände sie dazu, Transparenz zu schaffen, die damaligen Verhältnisse wie die späteren Schritte und Unterlassungen offen zu legen und Lösungen für mehr Respekt und Anerkennung anzubieten sowie in einen Dialog oder Trialog auf der Suche nach gegenwärtig sinnvollen und belastbaren Regelungen einzutreten.

Zum Verlauf der Tagung

Adelino Massuvira João eröffnete die Tagung als Sprecher des Vorbereitungsteams. Er berichtete exemplarisch von seinem Lebensweg aus der Provinz Nampula nach Suhl im Thüringer Wald, beschrieb sein Leben in der DDR und stellte für sich und seine Landsleute fest: Respekt und Anerkennung sind in unserem Fall verloren gegangen. Er forderte eine offizielle Würdigung ihrer Leistungen und systembedingten Biografiebrüche. Er fragte, wie weit die Abkommen von 1979 den Kriterien der International Labour Organisation (ILO) der Vereinten Nationen entsprechen und wo das Geld aus den Transferzahlungen geblieben ist.

Die politische Bedeutung der Tagung wurde durch die Anwesenheit des Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, unterstrichen. Er vertrat die Auffassung der Bundesregierung, sie sehe „keine offenen Fragen, die die Zahlungsforderungen an die Bundesrepublik betreffen“ und alle weiteren Forderungen nach möglichen Zahlungen „als innermosambikanische Angelegenheit“. Zudem wies er auf die Unterstützung hin, die durch Deutschland gegenüber Mosambik, insbesondere seitens des BMZ nach 1990, geleistet wurde. Der strikten Position des Afrikabeauftragten: „Alle Verpflichtungen aus den abgeschlossenen Verträgen sind nach unserer Kenntnis erfüllt worden“, muss an dieser Stelle widersprochen werden. Der Verlauf der Tagung hat deutlich gezeigt: Es gehörte zur Vertragskonstruktion, dass die völkerrechtlichen wie privatrechtlichen Vereinbarungen mit ihrer täuschenden Absicht und Praxis des „Transferierens“ gar

BITTERE SOLIDARITÄT

nicht erfüllt werden sollten und nicht erfüllt werden konnten. Es stand von vornherein fest, dass kein Geld fließen wird, verrechnen statt transferieren – das war die Devise. Die Verpflichtungen aus den abgeschlossenen Verträgen sind den Erkenntnissen und Ergebnissen der Tagung zufolge nicht erfüllt.

Markus Meckel, Außenminister der frei gewählten DDR-Regierung a. D., sprach ein Grußwort als Ratsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung. Er verwies auf die Erfahrung, dass die Geschichte von Opfern zumeist die Geschichte langen Vergessens ist. Aber er wies auch darauf hin, dass man eine solche Geschichte durch Erinnerung neu definieren oder korrigieren kann und sprach damit ein zentrales Anliegen der Tagung an.

Der Botschaftsrat Juliano Armando Langa von der Vertretung der Republik Mosambik in Berlin begrüßte im Namen seines Landes und versprach, auf der Tagung geäußerte Ideen, Projekte und Gedanken mit in die Botschaft zu nehmen. Er bekannte sich dazu, dass die Regierung von Mosambik die offenen Fragen aus den Verträgen mit der DDR vor allem als „innermosambikanische Angelegenheit“ betrachtet. Bisher zeigte die Regierung Mosambiks keine Anstrengungen bei der Offenlegung der Praxis der Transferzahlungen und dem Abschluss der Verträge. Vor diesem Hintergrund war mit der Tagung die Hoffnung verbunden, dass staatliche Behörden in Mosambik sich den Problemen öffnen und gemeinsam mit ihnen nach Lösungen gesucht werden kann. Die inzwischen eingegangene Zusage der Vertretung Mosambiks in Deutschland zur Mitarbeit am Runden Tisch „Respekt und Anerkennung“, zu dem das Auswärtige Amt der Bundesrepublik für das Frühjahr 2020 eingeladen hat, lässt weiter auf Kooperation und Bewegung in der Sache hoffen.

Unter der Rubrik „Blickwechsel“ kamen mosambikanische Gäste, die zur Tagung eingeladen worden waren, zu Wort. Auch ihre Beiträge sind im vorliegenden Tagungsband nachzulesen. Von den Vertragsarbeitern sprach Lázaro Magalães, Delegierter des „Jardin dos Madgermanes“ aus Maputo. Er beschrieb wie aus Vertragsarbeitern „Madgermanes“ wurden und wie sie von den staatlichen Stellen in Mosambik nicht gehört und vielfach diskriminiert werden. Er versteht sich heute als Vertragsarbeiter, der „als Tauschwährung in die DDR gekommen“ ist, um für den Abbau der hohen Guthaben der DDR zu arbeiten. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass durch die zwangsweise Massenrückführung nach dem Fall der Berliner Mauer auch viele Kinder in Deutschland geblieben und Beziehungen zerstört worden sind. Zum Abschluss betonte er,

BITTERE SOLIDARITÄT

dass die „Madgermanes“ auf der Suche nach einer harmonischen Lösung sind und sie sich an den Petitionsausschuss des mosambikanischen Parlaments gewandt haben.

António Daniel, Sprecher der Vertragsarbeiter aus der Provinz Nampula, sprach über die Folgen der ausgebliebenen Transferzahlungen und über mögliche neue Kleinprojekte, mit denen diese Folgen zu lindern seien. Er wies eindringlich auf das fortgeschrittene Alter der Vertragsarbeiter hin, die inzwischen vor dem Rentenalter stehen, aber keine Leistungen bekommen. Von ihnen würden immer mehr, teils in großer Armut sterben, „dabei haben wir alles zum Wohle Deutschlands gegeben“.

Der Jurist, Universitätsdozent und Journalist Dr. António Frangoulis aus Maputo, selbst kein ehemaliger Vertragsarbeiter aber Berater der „Madgermanes“, bezeichnete das Erbe der DDR als „schwarzes Kapitel in der Geschichte der Freundschaft zwischen Mosambik und Deutschland“. Die mosambikanische Regierung habe die Vertragsarbeiter vorsätzlich getäuscht, die Unwissenheit der jungen Leute genutzt und mit ihrer Zukunft gespielt. „Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und mit falschen Versprechen wurden sie gelockt.“ Dr. Frangoulis sprach von „moderner Sklavenarbeit“ – ein Begriff, der auf der Tagung durchaus umstritten war. Er beklagte auch die fehlende Aufarbeitung in Deutschland und sprach von „komplizenhaftem Schweigen“ bezüglich der gravierenden Vertragsverletzungen. Zuletzt wies auch er auf die gesellschaftlichen Stigmatisierungen hin, die Vertragsarbeiter, die zeitweise zu „Feinden der FRELIMO“ erklärt wurden, nach ihrer Rückkehr in Mosambik erfahren mussten.

Als Zeitzeugin einer anderen Gruppe von Mosambikanern, die lange Zeit in der DDR weilten, sprach Francisca Raposo. Sie kam 1982 an die „Schule der Freundschaft“ nach Staßfurt, unweit von Magdeburg. Dort absolvierte sie mit 900 weiteren mosambikanischen Jugendlichen eine vierjährige Schulausbildung und anschließend eine zweijährige Berufsausbildung – ein großes, aus verschiedenen Gründen gescheitertes Bildungsexperiment. Frau Raposo schilderte eindringlich die schwierige Zeit in der fremden DDR-Welt und berichtete von der nur als feindlich zu bezeichnenden Aufnahme der „jungen Kader“ in Maputo. Alle Schülerinnen und Schüler wurden nach ihrer Rückkehr 1988 direkt vom Flughafen aus zum Militär eingezogen, um diszipliniert zu werden. Manche kehrten aus diesen Militäreinsätzen nicht zurück. Später wurden ihre Schul- und Ausbildungsergebnisse aus der DDR in Mosambik oftmals bewusst unter

BITTERE SOLIDARITÄT

dem tatsächlichen Leistungsniveau eingestuft und damit ein weiterführendes Studium verhindert.

Die Situation der Vertragsarbeiter aus deutscher Sicht, aber aus verschiedenen Perspektiven schilderten die Vorträge von Ralf Straßburg und Almuth Berger. Unter der Überschrift „Die Zahlen und ihre Deutung – Blicke aus Deutschland“ ordnete Ralf Straßburg, langjähriger Mitarbeiter im Staatssekretariat für Arbeit und Löhne der DDR und zuständig für die mosambikanischen Vertragsarbeiter, die „transferierten Lohnarbeiter“ in das umfängliche ökonomisch-finanzpolitische Interesse der DDR mit Mosambik ein. Er erläuterte die Kredit- und Guthabenbeziehungen der DDR und bezeichnete den Schuldenabbau als Zweck des „Transfers“. Lösungsansätze für die derzeitige Situation sieht er zuerst bei der mosambikanischen Regierung.

Almuth Berger, Pastorin und von der frei gewählten DDR-Regierung in Frühjahr 1990 als Staatssekretärin und Ausländerbeauftragte berufen, schildert im ersten Teil ihres Betrages, der nicht auf der Tagung gehalten und in den Band zusätzlich aufgenommen wurde, die unabhängig vom Staat durchgeführte Begegnungs- und Betreuungsarbeit mit Vertragsarbeitern in kirchlichen Gemeinden. Im zweiten Teil berichtet sie von ihren Verhandlungen als Staatssekretärin im Mai 1990 in Maputo. Obwohl die Währungsunion am 1. Juli 1990 ihre Schatten voraus warf und laut Direktive keine finanziellen Fragen verhandelt werden durften, konnten einige soziale und technische Verfahrenserleichterungen erzielt werden.

Drei weitere Vorträge ergänzten die Debatte um Respekt und Anerkennung für die Vertragsarbeiter aus recht unterschiedlicher Perspektive: Die mit Fragen der internationalen Arbeitsmigration befasste Historikerin Dr. Marica C. Schenk stellte die Ergebnisse ihrer Dissertation vor, in der sie sich vergleichend mit den Erfahrungen angolischer und mosambikanischer Vertragsarbeiter auseinandersetzte. Die vorgestellten Kurzbiografen, die sowohl die Zeit in der DDR als auch danach in den Blick nahmen, zeigten, dass die Mehrzahl der Rückkehrer von Verlust Erfahrungen geprägt ist.

Der Bischof der Methodistischen Kirche von Mosambik, Dinis Matsolo, unterstrich in seinem Beitrag den Auftrag zur Versöhnung und den Glauben der Christen an Dialog und Aufarbeitung. Da dies eine Wiederannäherung beider Seiten voraussetze, forderte er beide Regierungen auf, einander zu verstehen,

um gemeinsam zu neuen Lösungen zu finden. Er betonte auch die Chancen, die darin liegen: „Die ganze Krise eröffnet, wenn sie richtig gemanagt wird, neue Möglichkeiten.“

Ganz praktische Erfahrungen dazu vermittelte der Vortrag von Dr. Cesare Zucconi, Generalsekretär der Gemeinschaft Sant'Egidio in Rom. Dr. Zucconi war unter anderem als Mediator und Vermittler des Friedensprozesses zwischen der FRELIMO und der RENAMO von 1990 bis 1992 tätig und berichtete, dass der Dialog, der menschliche Kontakt und die politische Vernunft für den Friedensschluss in Mosambik von großer Bedeutung waren. Er verwies damit auf Voraussetzungen und Werkzeuge, die auch für die Entspannung des Konfliktes zwischen den Vertragsarbeitern und den beiden Regierungen von zentralem Gewicht sein sollten.

Neben der Situation der ehemaligen Vertragsarbeiter bildeten die Experten und Spezialisten der DDR, die bis 1990 in Mosambik im Einsatz waren, einen zweiten Schwerpunkt der Tagung. Zu dieser Gruppe gehörten Bergleute, Ingenieure und Landwirte ebenso wie Diplomaten, Militärs oder Sicherheitskräfte. Ihre Berufswegen wurden auch durch das Ende der DDR stark geprägt. Außer in internen engen Zirkeln gibt es wenige Debatten über ihre Tätigkeit, ihre Erlebnisse und Erfahrungen. Sie waren Träger und Repräsentanten des DDR-Systems in Mosambik, unterlagen jedoch gleichzeitig den ökonomischen Fehlplanungen wie auch den harten, zum Teil lebensbedrohlichen Bedingungen vor Ort.

Die Sozialwissenschaftlerin Dr. Katrin Bahr, die selbst einige Jahre ihrer Kindheit als Tochter eines DDR-Experten in Mosambik verbracht hatte, stellte die Ergebnisse ihrer Dissertation zum Alltagsleben von DDR-Bürgern in Mosambik vor. Sie konstatierte einen Alltag der Spezialisten und ihrer Familien, der von Zerrissenheit geprägt war: Zum einen waren sie Botschafter der DDR, zum anderen standen sie unrealistischen ökonomischen Erwartungen und einem ständigen Vergleich mit westlichen Projekten gegenüber. Aus ihrer Sicht gibt es einen erheblichen Forschungsbedarf im Hinblick auf die DDR-Auslandseinsätze in Entwicklungsländern, wobei auch Rassismus ein nicht zu vernachlässigender Gegenstand wäre.

Der Magdeburger Historiker Prof. Mathias Tullner beschäftigte sich in seinem Vortrag mit dem Magdeburger Lehrer Joachim Kindler, der auch als Pionier der Mosambik-Solidarität der DDR gilt. Kindler baute als erster Deutscher 1967 in

einem Exillager in Tansania eine direkte Kooperation zur FRELIMO auf. Anhand der einzelnen beruflichen Stationen von Joachim Kindler lassen sich die Phasen der frühen Beziehungen der DDR zur FRELIMO und zu Mosambik anschaulich beschreiben und nachvollziehen. Ein zweiter Beitrag, den Prof. Tullner zur Veröffentlichung im vorliegenden Tagungsband beisteuerte, gibt einen kurzen zeitgeschichtlichen Abriss der Geschichte der „Schule der Freundschaft“ in Staßfurt, die Teil eines politischen und pädagogischen Großprojektes der DDR war.

Die Tagebuchaufzeichnungen von Rainer Grajek aus dem Jahr 1986, seinem letzten Jahr als pädagogischer Berater beim Erziehungsministerium von Mosambik, geben einen unverstellten Einblick in die sich vor allem durch den Bürgerkrieg verschlimmernde Lage, die auch die DDR-Berater und ihre Familien zu spüren bekamen.

Ergänzend dazu ist dem Tagungsband ein Interview mit Alfred Böhme beigelegt. Er war von 1978 bis 1986 Arbeitsdirektor der großen, von der DDR geleiteten Steinkohlengruben CARBOMOC in Moatize, Provinz Tete, im Nordwesten Mosambiks.

Neben all den in diesem Band abgedruckten Vorträgen war die Tagung auch von verschiedenen künstlerischen Beiträgen, wie Fotos, einer Ausstellung, von Filmen und Musik geprägt. Diese können hier bedauerlicherweise nicht wiedergegeben werden, ebenso wenig die einzelnen Gespräche und Diskussionen in den Arbeitsgruppen. Die Arbeitsergebnisse der Tagung hingegen sind in dem „Magdeburger Memorandum: ‚Respekt und Anerkennung‘“ zusammengefasst, was gemeinsam auf der Tagung verabschiedet worden ist. Die zentralen Aussagen und Forderungen des Memorandums sind:

- Herstellung von Transparenz zu den Vertragsinhalten und den Vertragswirklichkeiten bis in die Gegenwart
- Forderungen nach Formen des Respektes und der Anerkennung für die mosambikanischen Familien
- Verbesserung des gesellschaftlichen Bildes der Vertragsarbeiter, Magdermanes und der Schüler der „Schule der Freundschaft“ in der mosambikanischen und deutschen Gesellschaft
- Beginn eines Dialog- und Trialog-Prozesses zwischen der Bundesregierung Deutschland, der Republik Mosambik und den Madgermanes

BITTERE SOLIDARITÄT

Im Nachgang der Tagung wurde dieses Memorandum relevanten politischen Entscheidungsträgern zugesandt.

Schon vor der Tagung bestanden, vor allem seitens der ehemaligen Vertragsarbeiter, hohe Erwartungen. Der Verlauf der Tagung und die offene Atmosphäre haben diese Erwartungen weiter erhöht. Um das Anliegen des Memorandums zu verfolgen und voranzubringen, wurde ein Fortsetzungsausschuss gebildet. Er ist paritätisch mit Personen aus Deutschland und aus Mosambik besetzt. Inzwischen ist seit der Tagung fast ein Jahr vergangen, vielfach ist Ernüchterung eingezogen. Die Probleme sind ebenso groß wie vielschichtig, eine schnelle Lösung nicht in Sicht.

Doch es gibt hoffnungsvolle Zeichen. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik hat nach Gesprächen mit dem Fortsetzungsausschuss vor Kurzem den Impuls aufgenommen und lädt im Frühjahr 2020 Behördenvertreter, Betroffene, Juristen, Wissenschaftler und den Fortsetzungsausschuss zu Sondierungsgesprächen ein. Für ein geplantes zweites Sondierungsgespräch – man könnte in Anlehnung an die Friedliche Revolution auch von einem Runden Tisch sprechen – hat die Botschaft Mosambiks ihr Kommen und ihre Mitarbeit zugesagt.

Aus Sicht des Fortsetzungsausschusses stehen vor allem folgende Fragen für die Sondierungsgespräche zurzeit in Vordergrund:

Gesellschaftliche Aspekte von „Respekt und Anerkennung“

- Welchen Rahmen benötigt ein Dialog-Prozess „Respekt und Anerkennung“? Was wären geeignete Partner und realistische Ziele?
- Auf welche Weise könnten zivilgesellschaftliche Strukturen und staatliche Stellen in Mosambik und Deutschland dazu beitragen, einen heilenden bzw. ausgleichenden Prozess von „Respekt und Anerkennung“ zu befördern? Wie weit können nicht unmittelbar betroffene Zielgruppen mit einbezogen werden?
- Wie könnte ein zwischenstaatlicher und gesellschaftlicher öffentlicher Akt für „Respekt und Anerkennung“ wegen der speziellen deutsch-mosambikanischen Zeitgeschichte im Umfeld des 30. Jahres der Deutschen Einheit gestaltet werden? Welche öffentlichen Persönlichkeiten könnten gegebenenfalls einem derartigen Akt befördern?

Rentenanwartschaften und „Lohntransfer“

- Wie stellen sich die rechtlichen Verhältnisse der Rentenanwartschaften aus den Einzahlungen in die Sozialsysteme der DDR für die heute in Mosambik lebenden Vertragsarbeiter dar? Welche Möglichkeiten zur Aktivierung von Anwartschaften gibt es noch?
- Auf welche Weise kann in den Komplex „Nettolohnpflichttransfer“ mehr Transparenz und Klarheit gebracht werden? Wie ist der „Nettolohnpflichttransfer“ finanztechnisch und juristisch neu zu bewerten?
- Wie wurden die Entschädigungszahlungen und andere Leistungen der Bundesregierung an die Republik Mosambik in Höhe von 75 Mio. DM in den 1990er Jahren zur Regelung offener Fragen aus dem Einsatz von Vertragsarbeitern in Mosambik eingesetzt? Wie erfolgte die Evaluierung durch die Bundesregierung?

Neben den historischen Sachverhalten und zeitgeschichtlichen Tatbeständen sollten bei der erneuten Kenntnisnahme und Neubewertung, der Aufarbeitung und Bewältigung offener Fragen der Vertragsarbeiter der großen Arbeitsmigration zwischen 1979 und 1989 auch neuere Kriterien/Ansätze der deutschen wie der internationalen Außen- und Entwicklungspolitik herangezogen werden, wie das nationale Programm für Menschenrechte und Wirtschaft oder Compliance-Mechanismen zur internationalen Konzernverantwortung und menschenrechtliche Aspekte, wie sie seit Längerem diskutiert werden. Ebenfalls sollten die Grundsätze und Regelungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen, welche die DDR wie die Volksrepublik Mosambik und die Bundesrepublik unterzeichnet haben, bei der Neubewertung berücksichtigt werden. Aber es geht nicht nur um historische und völkerrechtliche Fragen. Es geht auch um in der Gegenwart lebende Menschen und um die Unterstützung eines Befriedungs- und Versöhnungsprozesses in Mosambik, dessen Konfliktursachen in Deutschland, bzw. in der ehemaligen DDR gelegt wurden.

Erste Schritte auf einem neuen Weg zu Dialog und Trialog werden mit den Sondierungsgesprächen gegangen. Hoffen wir auf einen guten Lauf.

Sustainability und Ökumene¹

Zuerst veröffentlicht in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde, Heft 54 (KFH) 2000, S. S 26-30.
wiederabgedruckt in: Nachhaltigkeit als ethische Herausforderung – eine ökumenische Lesemappe,
hrsg.: Hans Diefenbacher, Hans-Joachim Döring, Markus Vogt, Don-Bosco-Verlag, Benediktbeuern,
2001, S. 29-34.

Während der Begriff „Nachhaltigkeit“ sich aus der deutschen Forstwirtschaft² ableiten lässt, verfügt der Begriff „Sustainability“ über Wurzeln, die in der sozia-
lethischen Diskussion der ökumenischen Bewegung gut eingebettet waren. Der
Begriff „Sustainability“ schließt an die Diskussion zum Entwurf und der Ver-
pflichtung zu einer „verantwortlichen Gesellschaft“ (responsible society) in der
Mitte der 60er Jahre und den daraus abzuleitenden Funktionen der Kirchen an,
die vor allem bis zur IV. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen (ÖRK) 1968
in Uppsala anhielt und in den folgenden Jahren durch die Gerechtigkeitsfrage
vor allem im „Südaspekt“ bzw. die Debatte um weltweite Entwicklungskonzepte
verstärkt und qualifiziert wurde.³

-
- 1 Dieser Exkurs versucht vorerst – in knapper Form – eine eher chronologische Abfolge zu rekonstruieren. In einer noch abzuschließenden Arbeit soll dieser Versuch und seine These, daß der Begriff „Sustainability“ eine wichtige Wurzel in der Sozialethik der Ökumenischen Bewegung hat, überprüft und ggf. nachvollziehbar dargestellt werden. Bisher verwendete Lit.: Breitmaier, Isa: Das Thema der Schöpfung in der Ökumenischen Bewegung 1948 – 1998 (Br.), Frankfurt/M. 1995; Käßmann, Margot: Die eucharistische Vision. Armut und Reichtum als Anfrage an die Einheit der Kirche in der Diskussion des Ökumenischen Rates, München 1992; Korff, Wilhelm: Dauerhafte-umweltgerechte Entwicklung, in: Brennpunkt Sozialethik – Festschrift für Franz Furger, (Hrsg.) Heimbach-Steins, Marianne, Freiburg 1995 S. 419-437. Robra, Martin: Ökumenische Sozialethik (Ro), Gütersloh, 1994; Spangenberg, Joachim: Umwelt und Entwicklung – Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie, Marburg 1991; Stierle, Wolfram: Ethik für das Leben – 100 Jahre ökumenische Wirtschafts- und Sozialethik (EL), Ernst Lange-Institut, Rothenburg o. d. T. 1996; Stückelberger, Christoph: Umwelt und Entwicklung – eine sozialetische Herausforderung (ST), Stuttgart 1997;
 - 2 Vgl.: Hohnhorst, Martin von: Waldwende – zur geschichtlichen Entwicklung der Waldwirtschaft, München 1994; Nuntzinger, Hans G./Radke, Volker: Das Konzept der nachhaltigen Wirtschaftsweise: Historische, theoretische und politische Aspekte, in: Nuntzinger, Hans G. (Hrsg.) Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung, Marburg, 1995 S. 13-49;
 - 3 „Der dann auch in den Vereinten Nationen verwendete Leitbegriff des „sustainable development“ hat in der ökumenischen Diskussion seine Wurzeln.“ (EL550). In: Abschnitt VII.2 „Ökologische Wirtschaftsethik“, der bisher einzigen sozial- und wirtschaftsethischen Quellensammlung des ÖRK in deutscher Sprache.

Die langfristige Vorbereitung der V. Vollversammlung des ÖRK 1975 in Nairobi „kreuzte“ sich mit dem Vorbereitungsprogramm und der Durchführung der UN-Konferenz „Für menschliche Entwicklung“ (UN-Conference in the Human Environment/UNCHE) 1972 in Stockholm. Vorarbeiten des Programmes „Church and Society“ (C & S) des ÖRK unter Leitung des US-amerikanischen Theologen und Wirtschaftswissenschaftlers Paul Abrecht flossen teilweise schon unter dem Begriff „Sustainability“⁴ in die Konferenz mit ein, ohne das der Terminus direkt aufgenommen wurde.⁵ Die Stockholmer Konferenz führte zwar erstmals die Themenbereiche Umwelt und Entwicklung in den Kombinationen „environmentally sound development“ bzw. „ecodevelopment“ zusammen, verwendete aber einen eigenen Begriff, der beabsichtigte, beide Bereiche zu verschmelzen, wie es „Sustainability“ anstrebt, nicht.⁶ Abrecht stand mit Meadows, dem wichtigsten Autoren des ersten Berichtes des „Club of Rome“, in Verbindung und soll sich regelmäßig ausgetauscht haben.

1974 wurde in Bukarest auf der „Weltkonferenz über Wissenschaft und Technologie für eine menschliche Entwicklung“ des Weltrates der Kirchen (ÖRK) das Studienprogramm „Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft (Just, Participatory and Sustainable Society, JPSS)“ vorbereitet und später auf der V. Vollversammlung des ÖRK in Nairobi als eines der Arbeitsschwerpunkte beschlossen.

„Sustainable Society“ war das neue Schlüsselwort der Budapester Tagung und durchzog alle Kapitel. Es wurde ein „dringend notwendiger Übergang [...] für eine globale, auf Überlebensfähigkeit (Sustainability) ausgerichtete Wohlfahrtsgesellschaft innerhalb der nächsten Generation“ thematisiert. „Es gibt wenig Zeit zu zögern“ wurde formuliert. Und: „... wenn es eine Verzögerung in dem beherzten Beginn eines wirklichen Übergangs zu einer überlebensfähigen Gesellschaft (Sustainable Society) gibt, der mit einer Reduktion des Konsums und einer Beschränkung der materiellen Verschwendung unter den Reichen und einer Entschärfung der sozialen Explosivität beginnt, die von Ungerechtigkeit und

4 Nach Katsuo Seiki, japanisches Mitglied der Global Scenario Group (GSG) tauchte der Begriff „sustainable development“ erstmals 1968 auf zwei wissenschaftlichen Kongressen auf. Vgl. Katsuro Seiki, in: Weizsäcker, Ernst Ulrich v., *Das Jahrhundert der Umwelt*, Frankfurt/Main, 1999, S. 112f.

5 Dies brachte der Generalsekretär der Stockholmer Konferenz M. F. Strong bei einem Besuch des ÖRK 1972 zum Ausdruck. Vgl.: Address by Mr. Maurice F. Strong, in: *Anticipation* No. 11, 1972. Auskunft Kurt Zaugg-Ott Bern.

6 Vgl. Jüden, Ulrich: *Das Paradigma „Sustainable Development“*, Kiel 1996, S. 7ff.

Armut hervorgerufen wird“ ... kann es Zweifel am „Übergang“⁷ geben. Das Stichwort war „Transformation“ und nicht „Umkehr“.⁸

Das deutlich auf die Problematik der Tragfähigkeit der Erde abzielende Programm wurde unter Federführung der Programmeinheit „Church and Society“ gemeinsam mit der Entwicklungsabteilung des ÖRK „Commission of the Churches Participation in Development“ (CCPD) entworfen und betrieben. Es sollte in den folgenden 15 Jahren eine problematische Zusammenarbeit der „Verantwortungs-Ökumeniker“ um Paul Abrecht mit den „Befreiungs-Ökumenikern“ werden. Die in säkularen Foren verbreitete Unterscheidung von „Verantwortungsethik“ und „Gesinnungsethik“ bzw. ihrer Protagonisten lässt sich in dieser Auseinandersetzung ebenfalls nachzeichnen. Setzten die einen stärker auf Expertise, Lobbyarbeit, Politikberatung und Gespräche mit „Entscheidungsträgern“ und bauten auf die Wirkweise etablierter Wissenschaft und damit auf eher „evolutionäre“ Veränderungen, favorisierten die anderen stärker die Kompetenz der Betroffenen, die Qualifizierung der Basisbewegungen und Konzepte von „revolutionären“ Umgestaltungen.

Auf der 1979 von C & S im Massachusetts Institute of Technology, Boston durchgeführten Weltkonferenz wurde ausdrücklich eine „überlebensfähige Ökonomie“ gefordert sowie in Ansätzen formuliert und ein Projekt „The future of humanity and society in a world of science-based technology“ beschlossen.

1980 tauchte der Begriff „sustainable development“ erstmals in einem Dokument der Vereinten Nationen auf, im „Living Resource Conservation for Sustainable Development“. Die World Conservation Union, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, und der World-Wildlife-Fund (WWF) hatten unter diesem Titel eine „World Conservation Strategy“ herausgegeben und plädierten für eine überlebensfähige, nachhaltige, zukunftsfähige – kurz verantwortliche – Entwicklung.

Während in der säkularen Welt allmählich überlebensfähige Konzepte von der Wissenschaft in die Politik einwanderten und dort diskutiert wurden, geschah auf der ökumenischen Seite ein Rückzug.

7 EL552.

8 Wie die gegenwärtigen Hauptströmungen der Nachhaltigkeitsdebatte eher als Transformations- bzw., Umsteuerungs-, denn Umkehr- bzw. Abkehrprozesse verstanden werden können. Dies schließt nicht individuelle oder gesellschaftlich-partielle Umkehrvorgänge oder –manöver aus.

Im Umfeld der VI. Vollversammlung 1983 in Vancouver wurde vor allem der von den orthodoxen Kirchen nicht geliebte, weil als zu „weltlich“ angesehene, Begriff einer „sustainable society“ fallen gelassen und durch „integrity of creation“ ersetzt. Unter anderem sollte somit einem „antiwestlichen“ Verständnis der Sakralität und der Heiligkeit der Natur und des Lebens Ausdruck und Raum gegeben werden. Das so als Gegenüber oder gar als Gegenentwurf zur „Welt“ und zur „Gesellschaft“ verstandene Mandat der Kirche zur Wahrung der Heiligkeit allen Lebens sollte in dem Terminus „Bewahrung der Schöpfung“ besser eingefangen werden. Der protestantische Impuls der Wahrnehmung des Auftrages Gottes mitten im Leben und mitten in der Gesellschaft wurde dadurch zurückgedrängt.

Durch das von den DDR-Delegierten vorgeschlagene „Friedenskonzil“ – in Aufnahme eines Gedankens von Dietrich Bonhoeffer aus den Jahren 1933/34, dem Vorabend des II. Weltkrieges –, aus dem der „Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ kurze Zeit später entwickelt wurde, kam es zu einer weiteren „Theologisierung“ der Sozialethik. Nur hatte dieser Vorschlag gerade eine gesellschaftliche und politische Intention, somit eine andere Zielstellung. Der Impuls aus der DDR wollte aus christlicher Bürgerpflicht – im Gelände einer alleinherrschenden und eifersüchtig-monopolistisch agierenden Staatspartei – ein Instrument schaffen, um die Wahrnehmung sozialetischer und politischer Verantwortung gerade im Auftrag und Mandat Gottes mitten im „Realsozialismus“ besser gewährleisten zu können.

In der ökumenischen Theologie spielte in den folgenden Jahren der Begriff „sustainability“ kaum noch eine Rolle. Nur noch gelegentlich kam es zu Debatten über die ethische Herausforderung der Tragfähigkeit der Erde und der Zukunftsfähigkeit der Menschheit. Die möglichen „Grenzen des Wachstums“ wurden in weiten Teilen der ökumenischen Debatten nicht mehr als Aufgaben mit theologisch-systematischer Relevanz angesehen.

Der „protestantische“ Impuls hatte aber inzwischen in der internationalen Politik und besonders auf der „UN-Ebene“ Spuren hinterlassen und Kreise gezogen. Unter anderem durch Diskussionen über die Grenzwertberechnungen in den Naturwissenschaften und sich daraus ergebende politische und gesellschaftliche Szenarien über die Tragfähigkeit des planetarischen Ökosystems waren inzwischen vielfältige, aber meist in den einzelnen Fächern und Spezialdisziplinen

verbleibende, Konzepte für dauerhaftere oder beständigere ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen erarbeitet worden.

Mit der 1984 erfolgten Einsetzung einer UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung sollte ein zusammenfassender und vorausschauender Bericht über die zukünftigen Aufgaben der Menschheit erstellt werden. Die zukünftigen Aufgaben der Industrie- und Entwicklungsländer sollten durch deren Vertreter in der Kommission „gemeinsam“, wie es der spätere Bericht sagen sollte, oder wenigstens in Kenntnis voneinander formuliert werden. Zur Vorsitzenden wurde Gro Harlem Brundtland gewählt. Mit ihr sowie weiteren Kommissionsmitgliedern, die durchaus mit den Diskussionen aus dem ÖRK-Programm über „Just, Participatory and Sustainable Society“ vertraut bzw. in Berührung gekommen waren, gelangten der Begriff „sustainability“ bzw. „sustainable“, nun um mehrere Dimensionen erweitert, als „Leitbegriff“ und „Weltformel“ in den Kommissionsbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ (Brundtland-Bericht von 1987). Ein von der ökumenischen Sozialethik nicht mehr geachteter Begriff erlangte nun „Weltgeltung“.

In der protestantischen Theologie und Ethik sollte „sustainability“ wenigstens 10 Jahre kein besonderes Gewicht erhalten. Bezeichnend ist, dass 1991 auf einer Tagung in Berlin – nach dem Ende des angeblich revolutionären Prozesses des stürzenden „Ostblockes“ und vor „Rio 1992“ – die Entwicklungsabteilung des ÖRK, also die einstigen „Befreiungs-Ökumeniker“ und Kontrahenten des „sustainability-Ansatzes“, in einem Tagungsbericht mit dem Titel ‘Triumphierender Kapitalismus, soziale Marktwirtschaft und eine lebenszentrierte Ökonomie’ formulierte: „Das grundlegende biblische Prinzip für eine lebenszentrierte Ökonomie ist Gerechtigkeit, d. h. die Aufrechterhaltung von gerechten Beziehungen. Lebensförderlichkeit bedeutet deshalb eine Art des Wachstums, das in der Ausdehnung von Beziehungen besteht. Ein lebenszentriertes Verständnis von Wachstum bedeutet deshalb im Gegensatz zu Akkumulation bloßen Reichtums, der letztlich Tod bedeutet, die Zunahme sozialer Partizipation, eine Steigerung von gegenseitiger Verantwortlichkeit und Verantwortung gegenüber der Umwelt, eine Zunahme an Hoffnung. Das frühere Konzept der ‘gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft’ sollte deshalb von neuem aufgegriffen und nun in einer Weise ausbuchstabiert werden, die die Grundelemente einer lebenszentrierten Ökonomie enthält.“⁹

9 EL159.

Viel Zeit war inzwischen verstrichen. Der Konziliare Prozess für „Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ konnte die frühen Impulse der ökumenischen sustainability-Debatte nur sehr begrenzt weiterführen, auch wenn er viele praktische Themen in Bezug auf Lebensweisen und lokale kirchliche Zusammenarbeit förderte.

Mit der internationalen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung um nachhaltige und zukunftsfähige Konzepte bzw. einer Kritik der bestehenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse ist kirchliche sozioethische Reflektion und praktisch-gemeindebezogenes Handeln wieder verstärkt gefragt.

Im deutschen protestantischen Raum hat vor allem der Ökonom Hans Diefenbacher (FEST-Heidelberg, Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland [EKD] für Umweltfragen) Nachhaltigkeit als Konzept angewandter Sozialethik, vor allem mit regionalen Schwerpunktsetzungen, weiter entwickelt. In der Unterstützung des in „Rio 1992“ beschlossenen Programms der „LOKALEN AGENDA 21“ wird von einigen Umwelt- und Entwicklungsbeauftragten der Evangelischen Kirchen eine aktive Unterstützung der „sustainability-Debatte“ und des Themenspektrums „Umwelt und Entwicklung“ gesehen. Ein substantieller Beitrag protestantischer Theologie im deutschsprachigen Raum fehlt bisher.

Katholische Theologen versuchen das Anliegen der Nachhaltigkeit unter dem Begriff der Vernetzung bzw. dem Fremdwort „Retinität“ in die Prinzipienhierarchie ihrer Soziallehre einzuführen. Als vierte Säule soll Nachhaltigkeit neben Personalität, Solidarität und Subsidiarität dem ethischen Handeln zeitgemäßen Halt, Begründung und Motivation geben.¹⁰

Hier sind vor allem die Sozialethiker Wilhelm Korff und sein ehemaliger Assistent Markus Vogt, beide München, sowie Marianne Heimbach-Steins, Bamberg, zu nennen.

Im gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz vom Februar 1997 wird den Begriffen Zukunftsfähigkeit bzw. Nachhaltigkeit und ihren Varianten eine besondere Bedeutung zugemessen. Sie werden als Schlüsselbegriffe eines not-

¹⁰ Vgl. „Handeln für die Schöpfung“, Handreichung der Kommission IV der DBK, Bonn, November 1998, S. 33ff.

wendigen, neu zu begründenden ethischen Grundkonsenses in der deutschen Gesellschaft an der Schwelle zum neuen Jahrtausend eingeführt, mit eigenen Abschnitten gewürdigt (122-125 und 225-229) und in wenigstens 20 weiteren Ziffern erwähnt. Die Kirchen, Gemeinden und ihre Mitglieder sind aufgerufen, sich an die frühen Vorarbeiten der „sustainability-Debatte“ und die ökumenischen Erkenntnisse in der Weltchristenheit Ende der 90er Jahre in Deutschland zu erinnern, diese Debatte weiter zu verfolgen und kritisch zu begleiten.

Trotz einer „fünfundzwanzigsten Geschichte“ dieser „neueren“ Nachhaltigkeitsdiskussion stehen wir erst am Beginn. Immerhin, in 36 Staaten der Erde werden zur Zeit groß angelegte Studien zu zukunftsfähigen Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialkonzepten erstellt. Deutschland will in diesen Tagen einen Nationalen Rat für Nachhaltigkeit oder Zukunftsfähigkeit unter Leitung des Bundeskanzlers berufen und im Auftrag der Europäischen Union arbeitet das renommierte Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in einem eigens eingerichteten Projektbereich „Sustainable Societies“ an überlebensfähigen und verantwortlichen Strategien für unseren Kontinent. Wir als Kirchen sollten unseren Beitrag in diesem Prozess stärken, die frühen Wurzeln prüfen sowie an den Brandungslinien dieser Debatten im Aufgabengebiet von „Kirche und Gesellschaft“ unseren Teil gut wahrnehmen.

Weiter sehen als die Hoffnung reicht

(1999)

Erschienen in: Weitersehen – Nachhaltige Entwicklung ist die Voraussetzung für eine Zukunft in Zuversicht. In: Die Zeichen der Zeit – Lutherische Monatshefte/Berlin/Hannover, 5/99, S. 8 – 10. Nachdruck in: Nachhaltigkeit als ethische Herausforderung. Hrsg.: Hans Diefenbacher, Hans-Joachim Döring, Markus Vogt, Don-Bosco-Verlag, Benediktbeuern, 2001, S. 5-7.

Zum Prinzip Nachhaltigkeit

Ein Etikett geht um in Europa, jedenfalls in der ökologischen und politologischen Öffentlichkeit, der Zettelaufkleber „Nachhaltigkeit“ oder seine mediengängigere Variante „Zukunftsfähigkeit“. Beide Begriffe schreiben sich Basisgruppen auf ihre Fahnen und Weltversammlungen der Regierenden. Die UN-Versammlung für „Umwelt und Entwicklung“, seinerzeit 1992 in Rio de Janeiro mit 183 teilnehmenden obersten Staatsmännern und Staatsfrauen, kürten Nachhaltigkeit zum Schlüsselbegriff der Ära nach dem Ost-West-Konflikt. Nichtregierungsorganisationen, wie der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) und das christlich geprägte entwicklungspolitische Hilfswerk Misereor, beauftragten die Vordenker des Wuppertal-Institutes für Klima, Umwelt und Energie mit der Erstellung von Großentwürfen.¹ Der Rat der EKD und die Deutsche (katholische) Bischofskonferenz stellten „Nachhaltigkeit“ in ihrem gemeinsamen wirtschaftsethischen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 in eine Reihen mit den fundamentalen Begründungsfiguren und Perspektiven christlichen Handelns, wie „das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe“, die „vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten“ oder „Gerechtigkeit“.² Katholische Theologen versuchen, das Anliegen der Nachhaltigkeit unter dem Begriff der Vernetzung bzw. dem Fremdwort „Retinität“ in die Prinzipienhierarchie ihrer Soziallehre einzuführen. Als vierte Säule soll Nachhaltigkeit neben Personalität, Solidarität und Subsidiarität dem ethischen Handeln zeitgemäßen Halt, Begründung und Motivation geben.³ Chemische Großkonzerne fah-

1 BUND, Misereor: (Hrsg.) „Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“ Basel-Boston-Berlin, 1996, S. 450.

2 Kirchenamt der EKD und Sekretariat der DBK (Hrsg.), „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Hannover und Bonn, 1977 S. 43ff.

3 Vgl. „Handeln für die Schöpfung“, Handreichung der Kommission IV der DBK, Bonn, November 1998, S. 33ff.

ren Werbekampagnen zur Imageaufbesserungen, so „Hoechst nachhaltig!“, mit mehrstelligen Millionenbeträgen. Und schon die alte Bundesregierung setzte mehrere Kommissionen zum Thema an. Fritz Vahrenholz, ehem. SPD-Umweltpolitiker und jetziges Vorstandsmitglied des Erdöl- und Energiemultis „Deutsche Shell-AG“, spricht von einem „kollektiven Besserungsgelöbnis“.⁴

Was verbirgt sich hinter dem Prinzip Nachhaltigkeit?

Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung sind deutsche Übersetzungen der englischen Begriffe „Sustainability“ bzw. „Sustainable Development“. Die Übersetzung ist schwierig und nicht einheitlich. Die einen übersetzen „sustainable“ mit dauerhaft oder tragfähig.

Andere übersetzen es mit „nachhaltig“ und borgen sich den Begriff aus der Forstwissenschaft. Durchzusetzen scheinen sich „Nachhaltigkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ bzw. ihre Adjektive. Beide Begriffe sind nicht über die Maßen präzise, was vor allem die Naturwissenschaftler ärgert, den Gebrauch aber bei den sogenannten Geisteswissenschaftlern enorm fördert. Zukunftsfähigkeit – als eher medienwirksame Vokabel – hat vor allem durch die schon erwähnte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ die Begriffshoheit erobert. Keiner wollte von einem „dauerhaften Deutschland“ sprechen. Das erzeugt Störassoziationen.

Die klassische Definition findet sich im Brundtland-Bericht der UN-Kommission für „Umwelt und Entwicklung“, benannt nach der durchaus protestantisch⁵ geprägten, norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, die der Kommission vorsaß: „Unter dauerhafter Entwicklung“ verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung dauerhaft zu gestalten, gilt für alle Länder und alle Menschen. Die Möglichkeiten kommender Generationen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen,

4 IN: „Die Zeit“ vom 13. 07. 1997.

5 Der Weltrat der Kirchen beschäftigte sich seit den frühen siebziger Jahren mit „Sustainable Society“ und verabschiedete auf seiner Vollversammlung 1975 in Nairobi ein 7-Jahresprogramm mit der Bezeichnung „Just, Participatory and Sustainable Society“ (JPSS). Das Programm ging dann in den konziliaren Prozeß für „Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ auf. In den Brundtland-Bericht sind, so betonen Beobachter, manche Diskussionszusammenhänge der ökumenischen Debatten mit eingeflossen.

ist durch Umweltzerstörung ebenso gefährdet wie durch die Unterentwicklung der Dritten Welt.“⁶ Die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung von 1992 mit ihrem Aktionsprogramm AGENDA 21 nahm sich dieser Aufgabenstellung an und hob sie auf die „höchste Ebene“ der Regierungschefs. Die neu erkannten Konfliktparteien sind in der Definition benannt: Die gegenwärtige Generation oder Menschheit mit ihren ungelösten Problemen (also hier und heute), sowie die zu erwartenden Bedürfnisse zukünftiger Generationen der Menschheit (also morgen und übermorgen). Der Begriff der nahen und fernen Nächsten bekommt einen neuen Inhalt.

Mit dem Konzept der Nachhaltigkeit oder „Sustainability“ sollen die Interessen gegenwärtiger und künftiger Generationen in Einklang gebracht, harmonisiert und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Nachhaltigkeit ist als Wirtschaftsweise der Forstwirtschaft entlehnt und propagiert einen Holzeinschlag, der dem Wald die eigene Reproduktionskraft erhält. Idealtypisch meint Nachhaltigkeit: Allein mit der Energie der Sonne und den Nährstoffen des Bodens, den Anpassungsfähigkeiten der Pflanzen und der vernünftigen Nutzung bzw. Steuerung des Menschen wächst der Rohstoff Holz im System Wald nach, ohne daß Raubbau und Absturz des Systems geschieht. Deutlich wird, der Hauptfaktor ist der die Kettensäge ein- oder ausschaltende Waldwirt. Kann er der Versuchung der schnellen Mark durch schnellen Einschlag widerstehen? Hat er Reserven, ökonomische und ethische, auf die er zurückgreifen kann, in den Zeiten verminderten Einschlags, geringerer Erträge und erhöhter Anfechtung? Der Bezug zur Forstwirtschaft trägt zu Ernüchterung bei:

Die Zeitabschnitte der Umstellung auf eine nachhaltige Entwicklung sind lang, sehr lang. Ein bis zwei Generationen. Und: Vor über 100 Jahren wurde das forstliche Nachhaltigkeitsprinzip formuliert und wird seit dem gelehrt. Angewandt wird es im größeren Umfang erst in den letzten zehn Jahren.

Nachhaltigkeit als globales Prinzip beinhaltet im Kern eine Binsenweisheit: Es muß über den momentanen Erfolg hinaus geplant und gedacht werden und die Reproduktionsraten sind zu berücksichtigen. Der Mensch ist nicht der Herr der Natur, auch wenn er sie erst seit kurzem dank technischer Entwicklung be-

⁶ „Unsere gemeinsame Zukunft – Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“, Staatsverlag Berlin (Ost) 1988, S. 15.

herrscht, sondern er hat Bewahrer und Gärtner zu sein. Das Prinzip Nachhaltigkeit versucht, biblisch interpretiert, den zweigeteilten Schöpfungsauftrag Gottes an den Menschen (1. Buch Mose 2. 15) von der einseitigen Betonung auf Bebauung mit der Interpretation von Abbau weg und hin zur Bewahrung und anhaltenden Hütung zu führen. Bewahren und behüten um der Schöpfung und der nach uns kommenden Menschen Willen. Ökologische und soziale Verantwortung sollen miteinander verwoben werden.

Solidarität mit den nächsten Generationen wird proklamiert. Kein leichtes Unterfangen, wenn die Grundbedürfnisse nicht mal für die gegenwärtige Generation, die mit uns jetzt und gemeinsam auf dem Planeten lebt, „reicht“.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und zum Nord-Süd-Konflikt kommt der Natur-Mensch-Konflikt und der Gegenwart-Zukunft-Konflikt hinzu. Diese Konfliktüberlagerungen erschweren den Zugang zu den einfachen Regeln, die hinter dem hehren Begriff der Nachhaltigkeit stehen.

Sie gelten – vereinfacht angewandt – für einen kleinen, autarken Bauernhof wie für die planetarische Dimension:

- Wir dürfen nicht mehr verbrauchen als nachwächst. Sonst gibt es Hunger und Tod.
- Wir dürfen nur so viel Abfall und Schadstoffe produzieren, wie unser Gelände aufnehmen und absorbieren kann. Sonst stinkt es zum Himmel.
- Wir müssen vorübergehende Extravorteile oder Gewinne, zum Beispiel aus dem Ertrag eines Kohlevorkommens oder einer Ölquelle⁷ auf unserem Acker, in sich selbst erneuernde Produktionen investieren und dürfen sie nicht aufbrauchen. Sonst gewöhnen wir uns an den zeitweisen Extragewinn, verlieren das Maß und können uns bei Knappheit nicht umstellen.

Das Anwenden dieser Regeln bedarf allerdings der Überwindung des „Nationalen“ und „Momentanen“ und setzt wenigstens zwei Wertentscheidungen voraus: Zum einen: Jedem gegenwärtig lebenden Menschen steht ein Recht auf eigenständige Lebensgestaltung zu. Somit auch ein Recht auf intakten Lebensraum

7 In Mitteldeutschland wurde erst 1835 bei Gräfenhainichen die erste Braunkohle für die regelmäßige Verbrennung gebrochen. Seit 1992 ist die Förderung eingestellt. Ein historisch extrem kurzer Zeitraum. Der erst um 1950 im großen Umfang beginnenden Erdölproduktion werden nur ca. 100 Jahre bis zum Förderende prognostiziert.

und ein Recht auf die gemeinsamen Güter der Menschheit, also die Befriedigung der sogenannten Grundbedürfnisse. Diese Rechte werden für die gegenwärtig lebenden Menschen schon nicht garantiert. Wie soll dann erst die zweite Wertentscheidung erfüllt werden? Sie lautet: Auch den künftigen Generationen ist ein Recht auf intakten Lebensraum und Zugang zu den gemeinsamen Gütern zu erhalten (ohne ihre Interessen, Notwendigkeiten oder Vorlieben genau kennen zu können).

Die noch nicht Geborenen werden in die Schicksalsgemeinschaft des gegenwärtigen Natur-Mensch-Systems aufgenommen. Das ist in dieser Deutlichkeit ein Perspektivwechsel in der Neuzeit und ein Blickwechsel mit der Zukunft. Die uns Nachkommenden müßten bei den Planungen und Verhandlungen mit am Tisch sitzen, eine Stimme oder einen Anwalt, Mündelvertreter bekommen. Sei es aus aufgeklärtem Eigennutz, weil es für die eignen Kinder und Enkel gut ist⁸, oder aus religiöser Erkenntnis, weil auch in den noch nicht geborenen Generationen das Antlitz Christi gesehen wird und zum Beispiel die Jesus-Überlieferung „Was ihr getan habt, einem unter diesen meine geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ (Mt. 25. 40) eine erweiterte Bedeutung gewinnt.

Wie soll die Erweiterung des Solidaritäts- und Gerechtigkeitsbegriffes aber ernsthaft vertreten werden, wenn wir unter anderem die Aufgaben der klassischen Entwicklungspolitik gegenwärtig nicht erfüllen? Die Entfaltungsmöglichkeiten von über 800 Millionen Menschen, vor allem der Südhalbkugel unserer Erde, sind extrem eingeschränkt. Von einem Recht, geschweige einem gleichen, auf intakte Umwelt kann nicht gesprochen werden. Vielmehr belasten ein weiterhin hohes Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern und immer noch wachsender Lebensstandard der Menschen in den Industrieländern die Umwelt und die Tragfähigkeit der Erde, und verschärfen den Konflikt Mensch-Natur. Verlierer in diesem Kampf sind die „Geringsten“ im Süden und die „Brüder und Schwestern im Morgen“. Sie sind der geschädigten, nicht mehr tragfähigen Natur ausgeliefert.

Die Debatte zur Nachhaltigkeit steht oft in der Gefahr, die gegenwärtigen Entwicklungsaufgaben im Süden zugunsten der Entwicklungsabsichten in Norden zu vernachlässigen. Entwicklungszusammenarbeit, zumal der Kirchen, muß diese Gefahr klar sehen. Die „Nachhaltigkeitsdebatte“ sollte aber deshalb nicht

8 A. Smith: „Die verlässlichste Eigenschaft des Menschen ist sein Eigennutz.“

ignoriert oder wegen derzeit dringenderer Aufgaben nicht geführt werden. Sie sollte vielmehr hier im „Norden“ mit „den Augen des Südens“ geführt werden. Was könnte dies bedeuten:

- Ökonomisches Wachstum im Norden sollte begrenzt geschehen, sodaß Wachstums- und Entwicklungspotentiale für den Süden zusätzlich geschaffen werden.
- Der Norden muß seinen Schadstoffausstoß in Größenordnungen senken, sodaß der Süden noch gewisse Entwicklungsschritte innerhalb der Grenzen der Tragfähigkeit des Ökosystems gehen kann und ohne den Kollaps der Erde zu riskieren.
- Der Handel mit dem Süden muß qualifiziert aufrecht erhalten werden. Er kann eine Quelle der Entwicklung sein. Sozialstandards und ökologische Kriterien müssen dabei beachtet werden.
- Der Handel mit bestimmten Güter muß gemäß den Kriterien der Nachhaltigkeit aber auch unterbunden werden. Zum Beispiel der Waffenhandel oder der Handel mit Aggregaten und Teilen für Großstaudämme. Ihre ökologischen und menschenrechtlichen Auswirkungen stehen dem Prinzip Nachhaltigkeit entgegen.⁹

Weitere Beispiele ließen sich nennen.

Wir müssen uns der Aufgabe einer nachhaltigen Entwicklung in unserem Planen und Handeln stellen, gleich wie diese Aufgabe benannt oder übersetzt wird. Eine nachhaltige Entwicklung garantiert keine Zukunftsfähigkeit, sie ist aber deren wichtigste Voraussetzung. Nachhaltiges Wirtschaften schafft auch von sich aus keine solidarischeren Verhältnisse. Es gab über lange Perioden ökologisch nachhaltige Gesellschaften, die große Ungerechtigkeiten aufwiesen. Aber ohne den Versuch einer gleichzeitigen und ausbalancierten Berücksichtigung der Interessen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen im Rahmen der Tragfähigkeit der Erde wird es keine Zukunft in Zuversicht geben.

Diese ist aber notwendig, um die neuen, ungewohnten Zielpunkte zu finden und die Barrieren quer zu den Leitlinien erkennen und überschreiten zu können.

⁹ Vgl.: Fues, Thomas: „Indikatoren für die Nachhaltigkeit der deutschen Beziehungen zum Süden“ in: INEF-Report, Heft 34, Duisburg, 1998.

Das Prinzip Nachhaltigkeit mit seiner erstaunlich großen Resonanz weist auf eine alte, die Menschheit ehemals prägende Perspektive hin, die des Lebensrechts und der Sicherung der Lebensvoraussetzungen der Nachkommen. Segen nannte man das auch früher. Segen, nicht Fluch, bis ins vierte und fünfte Glied. In den letzten 150 Jahren industrieller Entwicklung, die nur zwei Dimensionen betonte: die nach oben, als Kurve des Wachstums und die nach unten, mittels Abbau und Ausbeute der Ressourcen in der Tiefe der Erde, ist die Perspektive der Erhaltung der Lebensvoraussetzungen zukünftiger Generationen weitgehend verloren gegangen. Das Prinzip Nachhaltigkeit appelliert daran, im wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Planen und Handeln über die nationalen Mauern hinweg, über die eigene Biographie hinaus und weiter als bis zu dem momentanen Gewinn zu sehen.

Energie vom Chef selbst

Kleine Beobachtungen zum Weltklimagipfel in Bonn (2001)

Erschienen in: Forum zu Umweltfragen. Düsseldorf 3/2001, S. 12-13.

Das Plakat:

Juli 2001. An den Magistralen Richtung Bad Godesberg fallen große Plakate ins Auge, an Alleebäumen befestigt und auf Litfaßsäulen geklebt. Eine junge Frau in der Tracht einer Diakonisse oder Ordensfrau schaut selbstbewußt mit kräftig vom Winde durchwehter Haube und funkelnder Sonnenbrille die Passanten an. Lädt sie zum Flirt? Ihre Botschaft steht klar auf dem Plakat: „Sonne & Wind. Energie vom Chef selbst.“ Sie klingt auf Englisch noch schöner: Sun & Wind. Energies straight from the Boss himself. Überrascht fragt sich der Passant: Welche christliche Gemeinschaft lädt da so offen zum Bekehrungsabend ins Zelt? Oder: Werben die Kirchlichen Umweltbeauftragten für ihre Arbeit? Erst beim Nähertreten entschlüsselt sich das attraktive Rätsel. Die kirchliche Umweltsarbeit wirbt nicht selbst, aber: sie läßt werben.

Das Plakat platzierte in mehreren hundert Exemplaren eine säkulare Missionsgesellschaft um das Tagungszentrum der Bonner Weltklimakonferenz. Die Initiative „e-mission 55 – Business for Climate“. Inzwischen über 130 große und größte Unternehmen treten aktiv für Klimaschutz ein und fordern von den Politikern die Unterzeichnung und Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Mit der Zahl 55 dokumentieren sie: Aus Verantwortung und wirtschaftlichem Kalkül ist dem Kyoto-Protokoll auch ohne die USA, allein durch die Unterschrift von 55 Staaten Geltung zu verschaffen. Sie plakatieren: Es läßt sich aus Abgas, Strahlung, Abfall (Emission) ein Auftrag und eine Sendung, eine Botschaft machen: Nutzt Sonne und Wind: die Energie vom Chef höchstpersönlich. In Deutschland verbreiten die Nord-Süd-Initiative GermanWatch und die Solarworld AG aus Bonn diese Initiative. Die Plakatmacher waren gegen das „CO₂-Tonnen“-Gerede und den grauen Asche-Flair der Klimaschutzdiskussion. Diese könne und wolle kein normaler, aber auch kein gutwilliger Mensch mehr verstehen. „Wir wollten weg von dem Techniker-Image und den Minus-Prozenten hin zur Botschaft, daß alle Energie schon da ist. Das Angebot ist bereits gemacht, vom Chef selbst.“ sagt Klaus Schmuck von Kreativkonzept. Die Plakatidee gab es schon drei Jahre, aber lange wollte es keiner haben. Bis „Business for Climate“ zuschlug. Inzwischen

haben die Plakate in Bonn Sammlerwert. Wie lange Zeit nicht mehr, wird „Kirche“ in der Werbung als Träger einer positiven Botschaft verwendet und nicht blasphemisch zitiert.

Übrigens: Der Vorsitzende des Rates der EKD und Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland unterstützt die Aktion ausdrücklich.

Der spannende Montag:

Nach dem durchtagten und übernachtigten Wochenende vom 21. und 22. Juli stand am Montag, dem 23., mehr auf dem Spiel und lag mehr auf dem grünen Tisch des diplomatischen Roulette als nur „einfacher Klimaschutz“.

Diese Spannung war in Bonn überall zu spüren. Selbst über die Medien teilte sich die Entscheidungssituation mit. Es ging nicht nur um einige Prozente CO₂-Reduzierung.

Auf dem Tisch, auf dem die Kugel lang und langsamer in der Schale des Verhandlungs- Roulette lief, lagen verschieden hohe Einsätze. Es wurde hoch gepokert.

Auf welche Zahl fällt die Kugel? Auf Zahlen mit den Feldern der USA, die ihren Einsatz zurückgenommen und abgeräumt hatten, und lieber Spielverderber sein wollten? Oder auf Felder mit einem möglichst sachgemäßen Anteil an rot und schwarz, damit ein Ausgleich zwischen Nord und Süd nicht ganz unmöglich wird? Und: reichte die Kraft der Kompromisse doch bis zum Einsatz der 55 Staaten, einschließlich der zögerlichen Staaten Japan, Rußland, Australien und Canada? Geht das Spiel weiter oder muß die Bank geschlossen werden?

Auf den Flächen für den Einsatz lagen u. a.:

- der „Schwur von Rio 92“: „Umwelt und Entwicklung“, d.h. Industriestaaten und Entwicklungsländer – bei allen Unterschieden – sehen sich wenigstens teilweise als Interessen- und Verpflichtungsgemeinschaft an.
- die Fähigkeit der Politik, klare wissenschaftliche Erkenntnisse in verbindliche Absprachen umsetzen zu können. Es ging um nicht viel weniger als um die Rolle und Funktion der Vernunft.
- die Frage, ob die Europäische Union (EU) eine Gestaltungskraft von weltweiter Bedeutung und Akzeptanz gegen das NEIN aus den USA besitzt.

- ein Einstieg in ein verändertes Verständnis von internationaler Industrie- und Wirtschaftspolitik.
- positive Erfahrungen teilweise gemeinsamen Ringens und Gestaltens von Nichtregierungsorganisationen und Regierungsvertretern, vor allem in der EU.

Am Wochenenden vom 21. zum 22. Juli waren viele Minister in Bonn. Die Verhandlungen zogen sich hin. Sie reichten bis nach Mitternacht. Konferenzpräsident Pronk/Niederlande wollte mit Einzelgesprächen die Kugel bis zur rechten Zahl bewegen. Müdigkeit machte sich breit, Resignation auch. Bonn, der Ort der Debatte, wurde zum Vorort von Genua, dem Weltgipfel der G8. Da sollte entschieden werden. Da wurde demonstriert und geschossen. In Genua die Großdemo; als NGO-Beitrag in Bonn Kleingruppengespräche mit Delegierten in der Lobby vom Maritim-Hotel. Verschiedene Arbeitsformen und Arbeitsbedingungen.

Sonntag spät abends wächst das Gerücht, es gibt keinen Kompromiß. Das Scheitern droht: Doch noch Hoffnung, es wird weiter verhandelt. Um 4.30 Uhr (am Montag morgen!) soll es eine Plenarsitzung geben. Aber es tut sich nichts bis 9.00 Uhr. Auf den Monitoren bleibt es matt. Keine Anzeichen, daß ein Ende – die Einigung – in Sicht ist. Doch dann plötzlich, gegen 10.00 Uhr, rauschen die Gänge und die überraschende Kunde: Ein Ergebnis wurde erreicht. Ein positives. Den Montag Mittag beschreibt Manfred Treber dann so: „Noch bevor COP-Präsident-Pronk am Montag das Ergebnis verkündet hat, bekommt er stehende Ovationen, als er in den Plenarsaal eintritt. Gestandene Männer, die normalerweise mit diplomatischer Reserviertheit auftreten, fallen sich reihenweise um den Hals. Nachdem Pronk offiziell dargestellt hat, dass man zu einer Übereinkunft kam und dass sie nicht allein ein großer Fortschritt für den Klimaschutz sei, sondern auch gezeigt werden konnte, dass multilaterale Abkommen funktionieren, geben die Sprecher der einzelnen Ländergruppen, einer nach dem anderen, ihre Bewertungen kund:

Iran (für die G 77 und China) misst dem Übereinkommen, ebenso wie Belgien für die EU, eine historische Bedeutung bei. Belgien liest zudem noch eine politische Erklärung vor mit dem Inhalt, dass zusätzliche Finanzmittel für Entwicklungsländer bereitgestellt würden. Marokko („ein Tag der Freude“), Australien für die Umbrella-Gruppe sowie China, Japan und Bulgarien schließen sich an. Jeder Beitrag wird am Ende mit anhaltendem Applaus belohnt. Nur als Paula Dobrianski für die USA spricht und meint: „Präsident Bush nähme den Klima-

schutz sehr ernst“, ertönen – das ist auf dem UN-Parkett sehr unüblich – Buh-Rufe, weil kaum einer glaubt, dass die gegenwärtige US-Administration meint, was sie sagt.

Wellen dieser Stimmung lassen sich noch Stunden später im Maritim und im NGO- und Presse-Lager im Justizministerium spüren. Erschöpfte, aber glückliche Delegierte und Beobachter stehen mit halbleeren oder halbvollen Sektgläsern (je nach Analyse) an die Wände gelehnt, unterhalten sich. Bewerten die Ergebnisse, schauen ins Glas oder an die weiße Wand. Schulterklopfen allerorten. Die Engagierten und Fachleute vermitteln den Eindruck von Müdigkeit nach schwerer, kurz vor dem Gewitter schnell noch eingebrachter Ernte. Die Kugel auf dem grünen Klimafilz des Diplomatentisches landete nicht auf der Zahl des leeren Feldes und abgeräumten Einsatzes.

Dem Jubel der Erleichterung über den Gewinn folgte aber schon wenige Stunden später die Debatte über den Wert des Gewinns und die Höhe des Einsatzes. Als die jugendlichen Aktivisten von Greenpeace in ihren Pinguin-Kostümen im grauen Regen vor den Absperrungen, in Rufweite zur Polizei, noch Handzettel an die Delegierten verteilten, bauten die erste Fernsehteams bereits ab und räumten ihre Studios aus.

Die Berichte waren im Kasten. Der Ort Bonn wurde zum Bonn-us für die kommenden Klimaschutzmaßnahmen, sagte später einer im TV. Schauen wir mal, ob der auch anhält.

Landhof Schöneiche

Ein soziales und ökologisches Wohnprojekt auf Kirchenacker (1998)

Erschienen in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde, Wittenberg, Heft 48, 1998, KFH, S. 11-16.

Schöneiche liegt im Südosten von Berlin und stößt als brandenburgische Gemeinde direkt an die Grenze der Hauptstadt. Die grüne und stadtnahe Lage führte gleich nach der „Wende“ zu einem schnellen und aggressiven Ansturm der „Alteigentümer“. Viele Menschen sahen ihre Wohnrechte in Gefahr. Die hier übliche Bebauung in Ein- und Zweifamilienhäuser hob die Aussichten auf Eigenbedarfsklagen.

Diese bedrängende Situation führte zur Gründung einer Bauherrengesellschaft. Die ersten Planungen begannen 1991. Der Grundstein wurde im September 1994 gelegt. Die ersten Familien zogen bereits im November 1995 in den Landhof ein. Inzwischen sind in die vier konkav und konvex ausgeführten Reihenhäuser mit drei Mal drei und ein mal vier Wohnungen 26 Erwachsene und 41 Kinder eingezogen. Im Laufe der Diskussion wurde aus einem sozialen Vorhaben eine konsequent ökologische Wohnsiedlung, die auf großes Interesse stößt und mehrfach „ausgezeichnet“ wurde. Angeregt durch günstige Erbpachtverträge auf Bauland der Evangelischen Kirchengemeinde, gefördert als Selbsthilfe-Gruppenprojekt und versehen mit überdurchschnittlicher Eigen- und Gemeinschaftsleistung konnte in attraktiver Lage Wohnungsbau für Familien und Alleinerziehende stattfinden, die sich sonst kaum ein Haus in solch einer Gegend leisten könnten. Den Entwurf erarbeiteten die Berliner Architekten Schmidtman und Gölling gemeinsam mit den Bauherren und Baufrauen. Einer der Architekten wohnt mit auf dem Landhof

Im Interview gibt Johannes Kirchner, einer der Initiatoren, Auskunft über den Landhof, seine Entstehungsgeschichte und gesammelte Erfahrungen.

Der Landhof ist errichtet und bezogen. In den Gärten gedeiht es. Die Wege werden gepflastert. Wie fing alles an?

Am Anfang stand die Wohnungsnot für die einzelnen Familien. Die Frage war hier in Schöneiche, daß es keine Wohnungen gab. Die Anregung kam durch

einen Zeitungsausschnitt. Den hatten zwei Familien sehr intensiv gelesen. Da über die politische Veränderung in der DDR sich Leute getroffen hatten, die viel zusammen gemacht haben, sagten wir uns: das wollen wir mal versuchen. Wir haben überlegt, ob wir nicht auch Familien zusammen bekommen, die mit uns bauen und zusammen leben wollen. So entstand dieser Gedanke. Der hat dann über 3 Jahre gebraucht, ehe er realisiert werden konnte. Es war nicht Sinn, eine Kommune zu bauen, sondern es war Sinn der Sache, für die Familien, die in den unterschiedlichsten Wohnungsnotlagen waren, ein Haus, ein Heim zu bauen. Anlaß war ein gegebenes Beispiel aus der Presse.

Welche Voraussetzungen waren für das Projekt Landhof in Schöneiche gegeben?

Eine günstige Voraussetzung war die Kirchengemeinde, die wir für diesen Gedanken nicht zu begeistern brauchten, die wollte so was. Und wir haben Leute gefunden, die ganz unabhängig von ihrer persönlichen Situation gesagt haben, da wollen wir mitmachen. Es war sofort eine Gruppe da, die immer wieder Hand angelegt und Ideen entwickelt hat. So kam es nicht zu einem Stillstand. Sicherlich war auch günstig, daß damals zwei Bauherren als Abgeordnete im Ortsparlament fungiert haben. Und: es war die einzige Siedlung, die in Schöneiche durch Leute dieses Ortes entstanden ist. Also: es wurde nichts von außen heringetragen. Ungünstiges fällt mir eigentlich nichts ein. Es war sicher noch die Euphorie der Wende mit dabei, die eine Rolle gespielt hat.

Ihr habt die Reihenhäuser in einem sogenannten „Drei-Schichten-Verfahren“ weitgehend ökologisch gebaut. Kannst Du uns das kurz erklären?

Wir hatten uns ursprünglich für eine Bauart entschieden, die man als klassische Bauvariante bezeichnet, d. h. traditionelles Bauen. Aber wir haben dann doch ein Holzständerfachwerk aufgestellt mit Lehmausfachung. D. h. wir haben ein Holzständerwerk innen gestellt, zwischen die Ständer haben wir die Dämmung, die aus recycelter Zeitung besteht, sogenanntes Isoflock eingebracht, was gegen das Ungeziefer mit Bohrsalz versetzt wurde und haben in das Haus Lehmsteine, sogenannte Grünlinge gesetzt. Die wurden auch mit Lehm verputzt. Von außen ist von der einen Seite eine Lerchenholzverschalung und auf der anderen Seite eine zementgebundene Holzfaserweichplatte angebracht worden. Die Idee der Lehmwände haben zwei Baufrauen in die Siedlung reingetragen. Nach langen Gesprächen in der Baugruppe wurden die Lehmziegel angenommen. Als Alternativen standen Porotonziegel oder ganz normale Kalksandsteinhäuser. Wir ha-

ben uns für Lehm entschieden, weil wir am Anfang festgelegt hatten, möglichst weitestgehend ökologisch zu bauen.

Der Lehm hat den großen Vorteil, daß er zu einem sehr angenehmen Raumklima führt. Wir haben also im Sommer fast konstant 65 bis 70% Luftfeuchtigkeit und im Winter fällt sie kaum unter 60%. Außerdem hat das Isoflock einen sehr hohen Dämmwert. Für das Haus, in dem ich wohne, kann ich sagen, daß ich mit 80 DM im Monat für Gas heize, koche und das warme Wasser aufbereite, und das für über 120 qm. Da bin ich ganz zufrieden. Außerdem sind die Häuser so ausgerichtet, daß man passiv die Sonnenenergie ausnutzt. Wir können teilweise in der Übergangszeit die Heizung ausschalten. Das ist also auch schon im Winter bei -5° der Fall gewesen, daß die Sonne das Haus so aufheizt, daß die Wärme hier also auch drin bleibt. Vom Bauklima ist es auch günstig. Ein Mitglied der Baufamilie litt vorher chronisch unter Asthmaerkrankung. Jetzt ist diese fast abgeklungen.

Ihr wohnt nun schon zwei Sommer und zwei Winter im Holz und im Lehm: Welche Erwartungen wurden erfüllt, welche nicht?

Es ist im Grunde so, daß die Familien, die hier wohnen, hier sehr gern wohnen und auf keinen Fall mehr wegziehen wollen. Sie haben sich inzwischen auch mit der nicht alltäglichen Form des Aussehens der Häuser identifiziert. Sie sagen, das, was wir hier errichtet haben, als Familien und auch als Gemeinschaft, ist sehr günstig. Vor allem für die Kinder. Hier wohnen über 40 Kinder, und es sind noch zwei weitere Kinder unterwegs.

Gibt es schon eine Energiebilanz für das „Landhof-Wohnen“?

Eine Energiebilanz kann jede Familie nur für sich selber aufstellen. Ich habe schon etwas gesagt über den Verbrauch an Heizgas. Die Heizungskosten sind bei allen Familien sehr gering. Der Stromverbrauch ist immer sehr individuell zu sehen. Viele haben größere Kinder, da spielt den ganzen Tag das Radio oder mit dem PC wird gearbeitet. Was wichtig ist, ist daß wir relativ wenig Wasser verbrauchen: durch die Komposttoiletten, die wir hier im Haus haben. Das macht sich schon bemerkbar. Das heißt aber auch, daß diese Komposttoiletten gepflegt werden müssen.

Wie sind die Erfahrungen mit den in jedem Haus eingebauten Kompost-Trockenklos und der gemeinsam betriebenen Schilfrohrkläranlage?

Die Erfahrung mit diesen Komposttoiletten sind von den einzelnen Familien sehr unterschiedlich. Wir haben Familien, die umfassen neun Personen. Und wir haben kleinere Familien. Wir, zum Beispiel, sind zur Zeit nur drei Personen, so daß nur von relativ wenig Kompostanfall gesprochen werden kann. In die Toiletten kommen nicht nur die Fäkalien, sondern auch Küchenabfälle. Man muß diese Toilette pflegen, wie einen Komposthaufen, damit dort auch ein Zersetzungsprozeß stattfindet. Ich habe nach 2 Jahren Wohnen hundert Liter Humus aus der Toilette geholt. Der war wirklich total zersetzt. Da sind unsere Balkonpflanzen drin aufgegangen und haben es sehr gut vertragen. Also man kann sagen, bei uns funktioniert es.

Bei Familien, die der ganzen Sache weniger Pflege angedeihen lassen, ist es also etwas kritischer. Im Großen und Ganzen kann man davon ausgehen, daß die Familien damit zufrieden sind, sonst gäbe es Leute, die davon befreit werden wollten. Es wurde noch keine Komposttoilette ausgebaut. Die kollektive Schilfrohrkläranlage erreicht nach zwei Jahren inzwischen die strengen Berliner Werte. Die Brandenburger Werte erreichten wir schon länger.

Gelegentlich kann man lesen, Selbsthilfe wäre ein „echtes Erbe“ der DDR. In westdeutschen sozialen Projekten findet auch ganz selbstverständlich Selbsthilfe statt. Meint Ihr, daß es auf dem Lindenhof eine besondere Form der „östlichen“ Selbsthilfe gegeben hat?

Wir haben hier mit sehr viel Selbsthilfe gearbeitet, nicht nur bei der Planung, auch in der Ausführung. Wir haben vieles selber gemacht: also Kellermauern, Fundamente legen, Bewährung bis zur fertigen Platte. Wir haben die Rüstung selber gestellt. Und dann natürlich im Innenausbau haben die Familien individuell sehr viel Eigenleistung gebracht. Nachbarschaftshilfe. Wir haben uns gegenseitig keine Stunden aufgeschrieben. Wir haben hier vier Reihenhäuser gebaut, und diese vier Reihenhäuser sind in gemeinsamer Arbeit sukzessive aufgestellt worden, so daß alle Familien an allen Häusern in irgendeiner Form beteiligt waren. Und das wurde nicht aufgerechnet, das wurde individuell für jeden einzelnen so gemacht, und zum Schluß wurde ein großes Fest gefeiert und man hat sich daran gefreut, daß wir hier eingezogen sind. Das ist auch eine Sache, die man sehr deutlich sagen muß, wenn man sich über diese Verfahrens-

weise einigen kann, dann ist auch nach meinem Dafürhalten viel zu schaffen. Wenn man anfängt aufzuschreiben, dann kann von vornherein ein schlechter Gedanke in die Gruppe kommen und es kann auch passieren, daß die Leute die Lust verlieren an dem ganzen Vorhaben. Zu DDR-Zeiten wurde Hilfe – aus welchen Gründen auch immer – großgeschrieben. Damit sind wir aufgewachsen und haben das für unser Bauvorhaben genutzt – wie man sieht erfolgreich.

Der Selbsthilfeanteil war „konstruktives Element“ für Bauherren und Architekten. Wie hoch war der Selbsthilfeanteil bzw. die „Muskelhypothek“?

Es ist so, daß der Selbsthilfeanteil von den Familien von 75.000 DM bis 120.000 DM aufzurechnen war. Der Architekt hat Leistungen aufgeschlüsselt, die man hier niederlegen kann, und es sind richtig Fachleistungen erbracht worden. Das sind Sachen, die man also auch als Firma abrechnen kann. Das hat für unser Haus fast 92.000 DM als Eigenleistung gebracht. Und das hat auch meine Bank letztendlich mit der Finanzierung berücksichtigt. Es war eine Gruppe, die gebaut hat, und die haben gesagt, Kirchner bringt 92.000 DM. Ich hatte damals 60.000 DM angegeben, und das haben die akzeptiert als Hilfe für die Kreditierung. Deshalb ist mein Kredit bei 260.000 DM geblieben und alles was darüber hinaus kommt, ist durch Eigenkapital bzw. durch Eigenleistung erbracht worden.

Neben den bauökologischen Erfahrungen wird es auch soziale Erfahrungen über die Planungs-, Bau- und Einwohnungsphase geben. Wie regelt Ihr Euer „kollektives“ Miteinander?

In der Bauphase gab es gewisse Notwendigkeiten. Es kam Beton. Wer kann Urlaub nehmen, wer ist da. Dann gab es also so ein kollektives Hau-Ruck, daß man also hier zusammen Beton vergossen hat für die Fundamente bzw. für den Sichtbeton. Inzwischen haben sich die Familien in ihre Häuser mehr oder weniger zurückgezogen und kommen dann eher sporadisch zusammen. Es ist so, daß wir Eigentümergesellschaften gegründet haben, in denen wir alle wichtigen Dinge, die dieses Projekt betreffen, weiterhin besprechen werden, und wenn Arbeiten anstehen, wie jetzt z. B. die Beleuchtung des ganzen Grundstücks, werden solche Aktionen am Wochenende gestartet. Das sind dann immer Sachen, die gemeinsam besprochen werden. Und wer Zeit hat, der kommt mit dazu. Wir sind dabei geblieben, daß wir nichts weiter aufrechnen, sondern wer Zeit hat, kommt dazu. Und wenn Frauen ihre Kinder hüten müssen und wenig Zeit haben, dann wird da eben zum Mittagessen eingeladen. Das funktioniert gut. Das funktio-

niert vielleicht auch deshalb so gut, weil die meisten Leute auf dem Boden der Tatsachen geblieben sind, Es gab hier keinen Baukoller.

Ihr seid schnell Modellprojekt für ökologisches, soziales und selbstorganisiertes Bauen geworden. Der Landesbauminister Meyer griff 1995 bei der Grundsteinlegung zum Spaten. Bundesbauminister Töpfer überbrachte Lob und Anerkennung. Wie verteilen sich Vorteile und Belastungen aus dieser besonderen Art Öffentlichkeit, die ja, wie unser Gespräch zeigt, anhält?

Wir stehen also nach wie vor immer noch in der Öffentlichkeit. Ich kann für meinen Teil sagen, daß wir das nach wie vor begrüßen, weil wir hoffen, durch unser Reden und Schreiben andere Leute animieren zu können, Ähnliches zu tun. Außerdem ist es eine Form des Bauens, die nach unserem Dafürhalten kostensparend ist. Die Öffentlichkeit kommt zum Beispiel in Form von Schülerklassen, die dann eine Führung haben wollen. Es gibt Familien, die den Ort Schöneiche besuchen und sich das gern ansehen wollen. Die melden sich dann an. Die Telefonnummer ist über ein lokales Informationsblatt veröffentlicht worden. Innerhalb der Gruppe organisieren wir dann, wer die Führung macht, damit also nicht alles auf einer Familie lastet.

Ihr habt auf Kirchenland gebaut. Welche Ratschläge könnt Ihr vom „Landhof“ anderen Kirchengemeinderäten, die „bauträchtiges“ Kirchenland verwalten, geben?

Ja, wir haben hier auf Pachtland der evangelischen Kirchengemeinde gebaut. Die Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirchengemeinde war von einer großen Zustimmung geprägt. Die Kirchengemeinde hat uns sehr unterstützt bei den nicht ganz einfachen Verhandlungen mit der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg, so daß wir auch einen Pachtzins ausgehandelt haben, der dem sozialen Charakter der Siedlung Rechnung trägt. Das wäre ein großer Punkt, den wir anderen Bauherren mitgeben würden: laßt Euch von Kirchenoberen nicht ins Boxhorn jagen, sondern verhandelt wirklich intensiv. Die Kirchengemeinde sollte man dazu zwingen, nachzudenken, was sie mit ihrem Land tut. Sie kann das natürlich an Investoren vergeben, die wesentlich mehr bezahlen. Sie kann es aber auch an Familien vergeben, die unter Umständen in einer schlechten Wohnsituation leben und denen man auf diese Art und Weise ermöglicht, zu bauen. Die andere Sache ist, wir haben in der Kirchengemeinde Schöneiche möglichst Ansätze versucht, wie wir mit unserem Land umgehen. Wir haben

auch nach den Grundsätzen der Bewahrung der Schöpfung gefragt, da paßt ein Fuhrparkunternehmen nicht unbedingt auf Kirchenland.

Was brachten die Gespräche bzw. Verhandlungen konkret?

Wir sind von einem Verkehrswert von 52,00 DM ausgegangen. Der liegt hier im Ort aber bei wenigstens dem Vierfachen. Nun muß man noch sehen, daß es vorher kein Bauland war, sondern daß dieses Land erst zu Bauland gemacht worden ist. Letztendlich war es auch der Kirchengemeinde recht, daß es so gekommen ist.

Steht Ihr mit anderen Modellsiedlungen in Verbindung?

Mit anderen Modellsiedlungen stehen wir als Bauherren nicht direkt in Verbindung. Wir hatten Anfragen aus zwei Gruppen aus Westberlin und haben unsere Hilfe angeboten. Wir haben auch Unterlagen zur Verfügung gestellt, aber wir wissen nicht, ob da inzwischen was passiert ist.

Ihr habt – nicht nur auf Grund Eurer Finanzierungsmodelle – bewiesen, soziales Bauen unter konsequenten ökologischen Kriterien ist kinder- und familienfreundlich möglich. Ein beeindruckendes und ermutigendes Ergebnis. Trotzdem: Nach vier Jahren Vision und Realität „Landhof Schöneiche“: was würdet Ihr heute anders machen, wenn Ihr noch einmal beginnen könntet?

Was würden wir heute anders machen? Sicherlich die Raumaufteilung. Wir haben Familien, die sehr geschickt Räume geschaffen haben in ihrem Haus, was man von außen gar nicht so wahrnimmt. Da gibt es also wesentlich mehr Möglichkeiten, die man am Anfang nicht erkennt. In der ganzen Baudurchführung und Baubegleitung gäbe es sicher an einigen Ecken etwas zu verändern. Ich habe mich mit der Finanzierung des gesamten Bauvorhabens auseinandersetzen müssen und hätte mir gewünscht, daß mehr Familien damit Anteil haben, daß nicht alles nur an mir hängt. Das ist natürlich ein großer Vertrauensbeweis, allerdings auch eine ziemliche Belastung. 4.000.000 DM sind eine gewisse Verantwortung.

Anders machen, im Großen, würden wir wohl nichts, weil sich das nach unserem Dafürhalten bewährt hat und weil wir eine Möglichkeit als Gemeinschaft gefunden haben. Wir wollten bewußt für jeden individuellen Wohnraum schaf-

WEITER SEHEN ...

fen. Eine Kommune wollten wir nicht werden. Einige Bauwillige sind in der ersten Planungsphase ausgestiegen, weil es eventuell zu eng ist!

Wir haben uns persönliche Räume geschaffen und sind gleichzeitig eine offene Siedlung geworden. Wir bekommen viel Besuch. Die Siedlung ist auch so angelegt, daß sie einlädt und in eine Mitte führt, wo meist die Kinder spielen, wo man aber auch Feste feiern kann oder am Abend eine Flasche Bier zusammen trinkt.

Vielen Dank für das Gespräch und nachhaltiges Siedeln auf dem Landhof

Vor Johannesburg schlecht? Nach Johannesburg besser?

(2002)

Erschienen in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, (2002), S. 35-37.

Wer im August dieses Jahres günstig nach Südafrika einfliegen möchte, hätte sich schon im Dezember 2001 kümmern müssen. Die preiswerten Plätze sind fast alle vergeben. Vom 26. August bis zum 6. September 2002 findet der UN-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg statt. 40 000 Vertreter aus 188 Staaten werden zum 2. Erdgipfel erwartet. Zehn Jahre nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro wird nun Bilanz gezogen. Der Zustand der Patientengemeinschaft Erdmenschheit soll erörtert und die nächsten Schritte müssen verhandelt werden. Johannesburg 2002 muss zunächst Rechenschaft über die vergangene Dekade ablegen. Was haben die fünf Rio-Dokumente – die Rio-Deklaration, das Aktionsprogramm Agenda 21, die „Klimakonvention“, die „Walderklärung“ und die „Konvention über die biologische Vielfalt“ bewirkt? Hat der „Geist von Rio“ negative Tendenzen verringert oder verstärkt?

Nach anfänglicher Euphorie bei der Formulierung ökologischer, handels-, technologie- und finanzpolitischer u. a. Zielsetzungen hatte sich die Aufbruchsstimmung von Rio aber bald verflüchtigt. Wohl läßt sich der zentrale „Begriff“ der Nachhaltigen Entwicklung inzwischen in fast allen gewichtigen politischen Programmen rund um den Erdball ebenso finden wie in Leitbildern kleiner Kommunen. Als Handlungsanleitung hat sich der Begriff jedoch noch nicht durchgesetzt. Statt Nachhaltigkeit gewann der Begriff „Globalisierung“ an Bedeutung.¹

Ende Dezember 2001 veröffentlichte UN-Generalsekretär Kofi Annan seinen Bericht über den Rio-Prozess.² Ein genauer Blick lohnt:

- Der Anteil der Erdbevölkerung, der weniger als einen Dollar pro Tag verdient, ging von 29% auf 23% zurück.

1 Vgl. u. a. Barbara Unmüßig, Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbfixierung, „Infobrief: Weltwirtschaft und Entwicklung“, Sonderdienst 5, Bonn 2001.)

2 Vgl. Zusammenfassung in: „taz“, 28.01.2002, S. 4 f.)

- Weltweit sank die Kindersterblichkeit, das Durchschnittsalter stieg, auch im Süden, mit der Ausnahme von Afrika.
- Die Weltbevölkerung wächst weiter, aber langsamer als noch vor 10 Jahren prognostiziert.
- Der Grad der Alphabetisierung stieg.
- Der Versorgungsgrad mit frischem Trinkwasser und bei der Abwasserbeseitigung wuchs um 5% auf weltweit 60%. Trotzdem haben noch 2,4 Mrd. Menschen keinen geregelten Zugang.

Zum anderen: Was steht auf der Sollseite?

- Die Reduktionsverpflichtungen – vor allem des Nordens – sind nicht eingehalten worden. Der Energieverbrauch sank nicht, sondern er stieg weltweit um 10%, bei einer Zunahme der CO₂-Emission um 9%.
- Bei Produktion und Konsum fraßen die Mehrverbräuche die seit 1980 erreichten Einsparungen an Energie und Rohstoff (20%) wieder auf.
- Die öffentliche Entwicklungshilfe sank absolut und in Anteilen des Bruttosozialproduktes (BSP) der OECD-Staaten von 0,35% 1992 auf 0,22% 2000.
- Trotz mehrerer Entschuldungsinitiativen stieg die Schuldenlast aller Entwicklungsländer im Berichtszeitraum um 34% auf 2,5 Bio. Dollar. Zugesagt hatte der Norden hingegen eine Steigerung der Finanzhilfe an den Süden.

Mit der Vorbereitung der Konferenz in Johannesburg ist die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) betraut worden, die vier große Vorbereitungstreffen plant. Kofi Annan berief den Niederländer und erfolgreichen Verhandlungsführer der letzten UN-Klimakonferenz Jan Pronk zum Sonderbevollmächtigten für Johannesburg, dieser hat die Aufgabe, mit den wichtigsten Meinungsführern und Regierungschefs die Tagungsinhalte vorzuverhandeln. Beobachter des UN-Parketts sprechen von einer allgemeinen Nervosität. Der Weltgipfel könnte scheitern, bevor er begonnen hat.

Die Nervosität hat eine Hauptursache: den ungewissen Ausgang der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD) im März 2002 im mexikanischen Monterrey. Die Lage ist brisant: Der Rio-Gipfel hatte 1992 für die Umsetzung der Beschlüsse bis 2000 einen Finanzbedarf von ca. 600 Mrd. US-Dollar oder jährlich 125 Mrd. US-Dollar errechnet. Der Norden weckte viele Erwartungen, zahlte aber nur wenig, und, noch schlimmer, reduzierte den Transfer kontinuierlich auf ein historisches Tief. Damit nicht genug: Dem speziell für die internati-

onale Umweltpolitik eingerichteten Fonds für Globale Umweltfazilitäten (GEF) standen für den Zeitraum von 1998-2002 gerade mal 2,75 Mrd. US-Dollar zur Verfügung.

Die oft beschworene neue Verhandlungsmacht, die den Entwicklungsländern durch die internationale Umweltpolitik zugeschrieben wurde, steht ebenso auf dem Spiel wie die Glaubwürdigkeit der Industrieländer. Die Entwicklungsländer wollen der Tagesordnung und den Schwerpunkten von Johannesburg erst nach der Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung zustimmen. Das erschwert gründliche Vorbereitungen erheblich und gefährdet den Erfolg.

Die Bundesrepublik Deutschland galt in der ersten Hälfte der 90er Jahre als Schrittmacher. Aber das war einmal. „Rot-Grün“ hielt zwar noch im ersten Abschnitt des Koalitionsvertrages fest: „...die globale Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie in der Agenda 21 beschrieben wird, bildet den Handlungsrahmen auch für die deutsche Politik.“ Das klang nach neuem Schwung. Die Einbettung der Politik in eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie blieb jedoch aus.

Während Länder wie Großbritannien, die Schweiz oder Finnland zügig an die Arbeit gingen, wurde in Deutschland gebummelt. Das muß verwundern, denn immerhin beteiligte sich Deutschland von 1996 bis 1999 als eines von nur 20 Ländern an der Prüfung des Indikatorenkataloges für Nachhaltigkeit der UN (CSD).³ Im Sommer 2000 erst rief der Bundeskanzler einen Rat für nachhaltige Entwicklung ein – sehr spät aus Sicht der Fachöffentlichkeit. Vorsitzender ist seit Sommer 2001 Volker Hauff, der schon in der Brundtland-Kommission an dem UN-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ mitarbeitete. Als erstes Ergebnis liegt seit November 2001 das Dialogpapier „Ziele zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“ vor. Für vier „Sammelleitbilder“ – Energie und Klimaschutz; Landwirtschaft, Umwelt, Ernährung und Gesundheit; Mobilität und Verkehr sowie Siedlungsentwicklung – werden Vorschläge formuliert, die in die Ausarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einmünden sollen. Für die Bundesregierung arbeitet ein sogenanntes „Green Cabinet“ – mit Staatssekretären aus wichtigen Ministerien unter Federführung des Staatsministers Hans Martin Bury – an der nationalen Strategie.

3 Vgl. BMU, Erprobung der CSD-Nachhaltigkeitsindikatoren in Deutschland, Bonn 4/2000.

Bury stellte am 19. Dezember 2001 den Entwurf eines nationalen Strategiepapiers unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ vor. Mit „21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert“ soll der Weg für ein zukunftsfähiges Deutschland markiert werden. Nachhaltigkeit wird als „roter Faden der Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung“ bezeichnet. Das Papier faßt das Gebiet nachhaltiger Politikfelder sehr weit: Haushaltskonsolidierung, Steuerreform, Altersvermögensgesetz, Energiewende, Landwirtschaft. Statt Leitplanken aufzustellen, die auch Fehlwege deutlich machen würden, werden eher Hegezäune aufgestellt, die alles umgreifen. Insgesamt liest sich der Entwurf wie ein nationales und irgendwie einsames Pflichtpapier. Es spricht wenig von einer staatlichen Entfaltung nachhaltiger Entwicklung als einem Globalkonzept. Auch die aufgeführten 21 Indikatoren überzeugen nur teilweise.

Zwei weitere Aktivitäten im Vorfeld des Weltgipfels in Johannesburg in Deutschland sind zu nennen: Im Oktober 2001 veröffentlichte der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) ein Politikpapier unter dem Titel „Die Chancen von Johannesburg: Eckpunkte einer Verhandlungsstrategie“. Der WBGU empfiehlt der Bundesregierung, Schwerpunkte zu setzen und die strategische Initiative zu ergreifen. Unter anderem schlägt er vor, die internationale Umweltpolitik zu reformieren und eine globale Energiestrategie zu vereinbaren. Die Schutzanstrengungen für die biologische Vielfalt sollten rasch verstärkt und Süßwasser umgehend geschützt werden.

Beim Forum Umwelt und Entwicklung in Bonn, einem Zusammenschluss von umwelt- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, wurde ein „Kampagnenrat Rio plus 10“ bestellt, der im Dezember 2001 den Aufruf „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“ mit 10 Kernforderungen veröffentlicht hat. Analog der Rolle der internationalen NRO bei UN-Konferenzen sollten die nationalen NRO zur kritischen Solidarität und zur Partizipation im Dialog für eine nationale Nachhaltige Entwicklung ermuntert werden.

Hingewiesen werden muss noch – auch im Kontrast zu Deutschland – auf die Europäische Union. Im Sommer 2001 wurde in Göteborg die „Strategie der Europäischen Kommission für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Darin bekennt sich die EU zu nachrechenbaren Reduktionszielen bei bestimmten Stoffgruppen, zu Kontrollverfahren, zu einer Steigerung der Entwicklungshilfe und zu einer integrierten Politik für Nachhaltigkeit auf den Feldern der Wirt-

schafts-, der Handels und der Finanzpolitik. In dem Papier klingt noch das europäische Selbstverständnis an, das auf der Bonner Klimakonferenz 2001 spürbar war. Der Bundesregierung wäre in Johannesburg eine enge Orientierung an der EU zu wünschen.

Was in Johannesburg erreicht werden kann, lässt sich schwer abschätzen, solange die Tagesordnung nicht feststeht. Es ist der Abschluss des Kyoto-Protokolls zu erwarten. Ein weiterer, eher leicht zu fassender Beschluss wird die Umwandlung des UN-Umweltprogramms (UNEP) in eine Weltumweltorganisation (GEO) sein. Das ferne Ziel bestünde darin, hier Augenhöhe mit der WTO zu erreichen. Diese Aufwertung könnte – wie der Gipfel insgesamt – am Geld scheitern. Falls die Industrieländer bis zum Sommer keine substantiellen Finanz- und Technologietransfers zusagen, stehen die Zeichen schlecht. Dabei gäbe hier es interessante Finanzmodelle zu diskutieren: Steuern oder „zweckgebundene Entgelte“ auf die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter wie Weltmeere, Luftraum, Weltall, eine CO₂-Steuer oder eine Devisenumsatzsteuer könnten erhoben und verteilt werden.

Was sollte Johannesburg 2002 bringen? In jedem Fall wäre eine Qualifizierung der deutschen Debatte um Nachhaltige Entwicklung wünschenswert. In einer guten Vor- und Nachbereitung könnte unabhängig von den konkreten Ergebnissen der Sinn und auch der Gewinn des 2. Erdgipfels liegen.

Sein lassen – Gedanken zu Paradies und Schöpfungszeit

In: Arbeitsheft Schöpfungszeit. Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum, Magdeburg, März 2015

Genesis 2. 5-17

Es war zu der Zeit, da Gott der HERR Erde und Himmel machte. Und alle die Sträucher auf dem Felde waren noch nicht auf Erden, und all das Kraut auf dem Felde war noch nicht gewachsen; denn Gott der HERR hatte noch nicht regnen lassen auf Erden, und kein Mensch war da, der das Land bebaute; aber ein Nebel stieg auf von der Erde und feuchtete alles Land. Da machte Gott der HERR den Menschen aus Erde vom Acker und blies ihm den Odem des Lebens in seine Nase. Und so ward der Mensch ein lebendiges Wesen. Und Gott der HERR pflanzte einen Garten in Eden gegen Osten hin und setzte den Menschen hinein, den er gemacht hatte. Und Gott der HERR ließ aufwachsen aus der Erde allerlei Bäume, verlockend anzusehen und gut zu essen, und den Baum des Lebens mitten im Garten und den Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen. Und es ging aus von Eden ein Strom, den Garten zu bewässern [...] Und Gott der HERR nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte. Und Gott der HERR gebot dem Menschen und sprach: Du darfst essen von allen Bäumen im Garten, aber von dem Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen sollst du nicht essen; denn an dem Tage, da du von ihm isst, musst du des Todes sterben.

Fröhlich unterlassen

Mit federndem Auftritt setzt Gott der Herr im zweiten Schöpfungsbericht den Menschen in Szene. Denn kein Mensch war da, der das Land bebaut. Ohne Mensch ist die Erde öd und leer. Aus fruchtbarer Erde und Odem wird der Mensch – wie stolz das klingt – gemacht und zum Bauen und Bewahren bestimmt. Der fürsorgende Gott gibt ihm einen Schutz- und Paradiesgarten mit Bäumen und Lebensregeln an die Seite:

Vom Baum des Lebens Früchte essen, von Baum der Erkenntnis Früchte essen verboten. Denn von ihnen droht Sterben und Tod. Das Verbot bedroht die Harmonie im Garten. Die Verbindung Geschöpf-Schöpfer bekommt einen Riss. Diese Schöpfungsgeschichte wurde oft repressiv ausgelegt – gegen die Autonomie des sich emanzipierenden Menschen. Es sollte nicht die Schöpfung verstanden, sondern Privilegien sichernde Erkenntnis- und Obrigkeitssysteme erhalten wer-

den. Auch gegenüber Frauen. Inmitten unserer allgegenwärtigen ökologischen Krise können die beiden biblischen Regeln zur Nutzung der Bäume und des Paradiesgartens auch anders gedeutet werden:

Der Lebensbaum verleiht Leben, wenn man davon isst, und der Erkenntnisbaum erhält Leben, wenn man nicht davon isst.

Das Schärfen und Akzeptieren von Geboten und Grenzen ist Gottes Wille, deshalb der Baum der Erkenntnis. Die Menschen müssen nicht von Automatismus getrieben sein und Verbote übertreten. Sie können positiv entscheiden. Denn: ein Unterlassen des Falschen ist möglich, das Auslassen von Fehlern ebenso. Dies gehört zur Wahlfreiheit des Menschen, sonst würde Gott mit uns spielen. Fröhlich unterlassen kann Leben schaffen und wäre eine gute Botschaft. Das klingt modern und kommt doch tief aus der biblischen Tradition.

In einer Zeit, in der die Menschen zumeist nicht durch die Natur bedroht sind, sondern durch ihre eigenen industriellen Technologien, in der Wachstum, Wohlstand und Konsum selbst zu Bedrohungen werden, ist das Unterlassen schädlicher Produktions- und Lebensweisen ein biblisches Gebot der Stunde und gut für die natürlichen Lebensgrundlagen und für Gottes Schöpfung. Natur nicht verbrauchen, Geschwindigkeiten drosseln und unnötige Kurven auslassen, ist gleich bedeutend und deusam wie das Nicht-Essen vom Baum der Erkenntnis: Grenzen beachten, Gott nicht reizen und den Garten erhalten.

Eine fröhliche und findige Ethik des Unterlassens schont die Schöpfung, stärkt die Erneuerungskräfte der Natur und schafft Entwicklungschancen weltweit. Leben wird gewährt und bewahrt dadurch, dass wir nicht versuchen, die ganze Natur in den Griff zu bekommen, sondern der Schöpfung Gottes ein eigenes Recht auf Entfaltung und Erneuerung einräumen.

Gebet

Unser Gott – wir danken dir für die Fülle und Kraft deiner Schöpfung und der Möglichkeiten, die sie uns fürs Leben bereitstellen. Aber inzwischen sind wir Menschen so einflussreich und mächtig geworden. Selbst unser Alltag gefährdet dein Werk. Die Bewahrung der Schöpfung fällt uns schwer, dabei wollen wir bauen und bewahren.

Wir bitten dich um die Fähigkeit der Scheidung, das Gute zu tun und das Schlechte zu lassen. Wir wollen verantwortliche Partner bei der Pflege und Wei-

WEITER SEHEN ...

terentwicklung deiner Schöpfung sein. Hilf uns, dass wir der Natur mit mehr Respekt begegnen, damit sie sich immer wieder erneuern kann.

In vielen Teilen der Erde leben Menschen in verletzlichen Situationen, weil wir in den nördlichen Industrieländern die Schöpfung besonders beanspruchen. Weit weg von uns treten Dürre, Überschwemmungen und schwere Stürme auf. Unser Gott, gib uns die Kraft und Weisheit, dass wir ruhiger und schonender wirtschaften und leben, damit für andere Menschen inmitten deiner großen weiten Schöpfung Raum und Zeit für ein gelingendes Leben bleibt.

Prinzip Nachhaltigkeit

Vor 300 Jahren wurde es in Mitteldeutschland auf die Spur gesetzt

Erschienen in: Glaube und Heimat – Kirchenzeitung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Weimar (2013) 31.03.2013. Nr 13. S. 3.

Auf der Ostermesse 1713 in Leipzig erschien „*Sylvicultura oeconomica* oder haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht“ von Hans Carl von Carlowitz, Kursächsischer Berghauptmann aus Freiberg/Mulde und Industrieminister August des Starken. Der 450 Seiten starke Folioband enthält theoretische Erkenntnisse und praktische Erfahrungen im Umgang mit dem Energieträger Holz und legt mit der Beschreibung des „Prinzips Nachhaltigkeit“ eine beachtliche Spur bis in unser 21. Jahrhundert.

Die Geschichte geht so:

Hans Carl von Carlowitz, aus uraltem sächsischem Adel, wird 1645 auf der Burg Rabenstein am westlichen Rand von Chemnitz geboren. Noch ist der 30jährige Krieg nicht beendet. Sein Vater war kurfürstlicher Oberaufseher des Floßwesens im Erzgebirge, Oberforst- und Landjägermeister. Der junge Hans Carlowitz erhielt sein Rüstzeug auf dem Gymnasium zu Halle an der Saale, auf der Universität Jena und während einer „grand tour“ von inspirierenden fünf abenteuerlichen Jahren quer durch Europa. Hans Carlowitz, ein Weltbürger aus Sachsen. Ein besonderes Problem drückte damals die Wirtschaft: Holzmangel. Die leidige Energiefrage, uns gut bekannt. Der junge Carlowitz hatte Holznot überall in Europa erlebt. Schon Melanchthon hatte ein „Zorn-Gericht des grossen Gottes“ prophezeit, daß nämlich am Ende der Welt man „an Holtze grosse Noth leiden werde“. Die Nachhaltigkeitsidee ist nicht von schlechten Eltern, aber ein Kind der Krise.

Um 1700 war der sächsische Silberbergbau in seiner Existenz bedroht. Das Problem war Holzmangel, nicht Lagerstättenerschöpfung. Die Umgebung der Bergstädte war entwaldet. Die Holzpreise stiegen unaufhörlich. Hammerwerke waren schon „crepirt“. Das Silber aus dem Erzgebirge aber war der Treibstoff der unstillbaren Baulust wie Prunksucht August des Starken. Der Edle von Carlowitz und Oberberghauptmann, somit Rohstoffminister, kein Zweifel, dachte staatstragend aber auch sozial. Handel und Wandel, die „florirenden Commercica“

müssten „zum Besten des gemeinen Wesens“ dienen. Auch die „armen Untertanen“ hätten ein Recht auf „sattsam Nahrung und Unterhalt“. Aber dasselbe Recht stehe „der lieben Posterität“, den Nachkommen in Generationen, ebenfalls zu. In klaren Umrissen wird schon das Dreieck der modernen Nachhaltigkeit sichtbar: Die Ökonomie hat der „Wohlfahrt“ des Gemeinwesens zu dienen. Sie ist zu einem schonenden Umgang mit der „gütigen Natur“ verpflichtet und an die Verantwortung für künftige Generationen gebunden. Die globale, kirchlich gesprochen ökumenische, Dimension war allerdings noch nicht im Blick. Carlowitz kritisiert das auf kurzfristigen Gewinn, auf „Geld lösen“, ausgerichtete Denken. Der gemeine Mann würde die jungen Bäume nicht schonen, weil er spüre, daß er deren Holz nicht mehr selbst genießen könne. Gegen den Raubbau am Wald setzt von Carlowitz die eiserne Regel: „Daß man mit dem Holz pfleglich umgehe.“ Dabei ist für den frommen Lutheraner die Natur kein bloßes Ressourcenlager, sondern zunächst das Werk göttlicher Allmacht und Vorsorge (Providentia): Der Mensch müsse in dem „grossen Welt-Buche der Natur studieren“. Er müsse erforschen, wie „die Natur spielet“, und dann „mit ihr agiren“ und nicht wider sie und gegen Gott. Bewahren und Bebauen wie es uns am Anfang der Bibel übertragen wurde: 1. Buch Mose, 2.15. In seinem Buch plädiert von Carlowitz für ein Bündel von Maßnahmen: Eine – modern ausgedrückt – Effizienzrevolution schwebt ihm vor: z. B. durch die Verbesserung der Wärmedämmung beim Hausbau und die Verwendung von energiesparenden Schmelzöfen und Küchenherden; die planmäßige Aufforstung durch das Säen und Pflanzen von Bäumen; die Suche nach „Surrogata“ für das Holz. Bei der Erörterung, „wie eine sothane Conservation und Anbau des Holtzes anzustellen, daß es eine kontinuierliche, beständige und nachhaltige Nutzung gebe“ taucht dann zum ersten Mal der Begriff im schonend-ökonomischen Kontext auf. Die „Sylvicultura oeconomica“, angelehnt ans Bebauen und Bewahren, entfaltete eine beachtliche Tiefenwirkung.

Für die Kameralisten der deutschen Kleinstaaten wird das Buch Pflichtlektüre. In den Harzforsten der Grafen Stolberg-Wernigerode tauchte der Carlowitzsche Begriff 1757 in den „Grundsätzen der Forst-Oeconomie“ auf. Und nur drei Jahre später und wenige hundert Kilometer südlicher – im Versuchsfeld Weimar – unterzeichnet die blutjunge wie bildschöne herzogliche Witwe Anna Amalia von Sachsen-Weimar eine sanfte „Taxation“ der herrschaftlichen Wälder und damit Finanzpründe. „...diese sollten geometrisch gemessen und forstmäßig beschrieben werden und eine auf richtigen Grundsätzen der Forstwissenschaft festgesetzte neue und nachhaltige Forsteinrichtung erhalten.“

Diese Unterschrift gilt als Start der ersten flächendeckenden Forstreform, die sich ausdrücklich auf das Prinzip Nachhaltigkeit beruft. Wenig später beginnt Minister Goethe mit der systematischen Umsetzung. Es waren die Forstleute der Goethe-Zeit, die das Prinzip Nachhaltigkeit in den neuen forstlichen Denkfabriken, Tharandt für Sachsen, gegründet 1816, oder Eberswalde für Preussen, weiterentwickelten. Nachhaltigkeit erlangte im Laufe des 19. Jahrhunderts weltweite Geltung. Absolventen der Forsthochschulen wirkten in Russland, in Frankreich, selbst in Indien und in den USA. Sie machten „sustained yield forestry“, „nachhaltige Forstwirtschaft“ zu einem Schlüsselbegriff. Bis zu „sustainable development“ bzw. der „nachhaltigen Entwicklung“ des globalen Diskurses an der Schwelle zum 21. Jahrhundert war es zumindest begrifflich dann nur noch ein kleiner Schritt. Der für die aktuelle Diskussion maßgebliche Brundtland-Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung aus dem Jahre 1987, benannt nach der toughen Protestantin und damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, die ihre Sozialethik beim Ökumenischen Rat der Kirchen gelernt hatte, beschrieb „nachhaltige Entwicklung“ in Anlehnung an Carlowitz: „Im wesentlichen ist dauerhafte bzw. nachhaltige Entwicklung ein Wandlungsprozess, in dem die Nutzung von Ressourcen, das Ziel von Investitionen, die Richtung technologischer Entwicklung und institutioneller Wandel miteinander harmonieren und das derzeitige und künftige Potential vergrößern, menschliche Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen.“

Freilich: Guter Umgang mit lebenserhaltenden Ressourcen und Rücksichtnahme auf Nachkommende, also Skepsis und Kritik an eigenen, momentanen Bedürfnissen, gar Gelüsten, gab es schon vor Carlowitz und in vielen Kulturen. Eine sehr frühe Nachhaltigkeitsregel ist in der Heilige Schrift enthalten. Sie steht im 5. Buch Mose, 2. 5-6 und beschreibt inmitten der kargen Umwelt von Halbwüsten und spärlichen Oasen ganz unromantisch, wie tragfähige Ressourcenschonung praktiziert werden sollte, damit Segen bleibt. Für die Nachkommenden wie für sich selbst. Wanderer: „Wenn du unterwegs ein Vogelnest findest auf einem Baum oder auf der Erde mit Jungen oder mit Eiern und die Mutter sitzt auf den Jungen oder auf den Eiern, so sollst du nicht die Muttern mit den Jungen nehmen, sondern du darfst die Jungen nehmen, aber die Mutter sollst du fliegen lassen, auf dass dir's wohl gehe und du lange lebest.“

Literaturhinweis:

Grober, Ulrich (2010). Die Entdeckung der Nachhaltigkeit – Kulturgeschichte eines Begriffes.

Wolfsland und Obergrenzen

Ein Leserbrief zum Aufmacher in der Magdeburger Volksstimme (VS)
vom 25.01.2017, S. 1 + 3: (2016)

Erschienen in: Der Leserbrief wurde von der Volksstimme Magdeburg nicht abgedruckt.

Über den Aufmacher „Streit um Obergrenze“ muss gestritten werden! Doch vorab:

Der Wolf kann kommen, das Kommen sollte aber gestaltet werden. Die Art ist weltweit nicht gefährdet und in Deutschland wertvoll. Es sollte Schutzgebiete geben, die deutlich größer sind als die derzeitigen, und die dann nicht nur dem Wolf, sondern auch dem ganzen Land gut tun und den Menschen dienen. Da, wo außerhalb dieser Gebiete belastbare Anzeichen von Gefährdungen auftreten, könnte über ein „qualifiziertes Wolfsentnahmemanagement“ nachgedacht werden. Das muss nicht das Jagdrecht sein. Wichtig sind zudem Erfahrungsaustausch und Aufklärung, nicht Polemik und Hysterie – weder spontane noch angeleitete. Der in den Schutzgebieten willkommene Wolf sollte außerhalb dieser Gebiete Pferde oder Mutterkuhherden, die zu einer naturnahen Kulturlandschaft gehören und in ihr weiden, nicht verjagen. Aber auch hier können Erfahrungen bis zu einer Balance weiter helfen. Ergänzen könnte ein Versicherungsschutz – der zum gegenseitigen Vorteil von Nutznehmern und Schutzgebern wirtschaftlich erfolgreich bei Wildunfällen im Straßenverkehr seit Jahrzehnten und millionenfach etabliert ist – und Behördenunterstützung für „Wolfs-Geschädigte“, weil der Wolf Teil der Natur und somit öffentliches Schutzgut ist. Wo Wille und Respekt sind, finden sich auch Wege.

Was aber gar nicht geht, ist die Verwendung des Begriffes „Obergrenze“ für das „Wolfsproblem“ und gleichermaßen in der Asyl-, Flüchtlings-, und Migrationsdebatte. Gerade wenn ein Bundesminister oder eine prominente Fernsehsendung (hart aber fair) den Begriff weniger naiv und vielmehr manipulativ verwenden. Mit der Zeile „Streit um Obergrenze“ spielt die Volksstimme bewusst und gezielt auf die bisherige Verwendung des Begriffes in der Asyl- und Migrationspolitik an. Menschen werden mit dieser Verwendung mittelbar wie unmittelbar in einen Zusammenhang mit bedrohlichen Tieren gestellt. Mit Hilfe der „Wolfsangst“ werden so Menschen

mit reißenden Bestien assoziiert, die zurückgedrängt werden müssen (s.a. Hauptartikel S. 3). Soll damit ausgedrückt werden, dass Geflüchtete und Schutzsuchende beißen, Schafe reißen und in Rudeln jagen? Will man gar diese Menschen zum Abschuss frei geben? Wohl nicht! Die Diskussion über den Einsatz von Schusswaffen an Außengrenzen eröffnete Frauke Petry im Sommer 2016. Damals war die Empörung noch groß. Weiter in der Assoziationskette Obergrenze: Die wie auch immer begründete „Wolfsangst“ schürt die wie auch immer begründete „Angst vor Geflüchteten“, trägt aber nicht zur Information und zur Problemlösung, gar zu Akzeptanz, auf beiden Politikfeldern bei. Welcher Bestand und welches Revier sollen mit welchen Mitteln verteidigt werden? Statt Politik und Gestaltung, Debatte und Kompromiss: Überlebenskampf? Werden die heimischen Deutschen zu den gefährdeten und angegriffen Schafen? Was ist der Untertext der Überschrift?

Biologistische Argumentationsketten offenbart die Titelseite und vermittelt in Schrift und Bild, was in kruden Darkrooms des Internets verbal an Hetze zu lesen ist. Die Unterscheidung von Mensch und Tier wird aufgehoben und die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen – aus meiner Sicht – in Frage gestellt. Die gravierende Unzulänglichkeit und Aura des Begriffes Obergrenze, schon längst in der „Flüchtlingsdebatte“ beheimatet, zeigt sich in bestürzender und klarsichtig machender Weise bei der einsetzenden Anwendung auf die „Wolfsfrage“. Mit unkontrollierter Wechselwirkung. Der Redaktion der Volksstimme wünsche ich bei der Klärung, ob „Obergrenze“ leichtfertig oder gezielt übernommen wurde, eine beherzte Diskussion.

Friedhöfe neu denken und gestalten

Erschienen in: Friedhofskultur – die Zeitschrift für das gesamte Friedhofswesen. Braunschweig, 02/2019, S. 17-21. Zudem in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde, Wittenberg, Heft 125, Winter 2017, S. 23-29

Friedhöfe brauchen eine Lobby für ihre ökologische und kulturelle Beachtung und Aufwertung, meint der Autor und beschreibt konkret, was sich ändern müsste.

Es wird nicht nur zu wenig getauft, es wird auch zu wenig gestorben. Jedenfalls wenn es um die Betrachtung der herkömmlichen Funktion von Friedhöfen geht, Tote zu beherbergen. Darum müssen wir neue Funktionen der Friedhöfe in den Blick nehmen, sie neu sehen und neu denken lernen. So können sie neu gestaltet, erhalten und weiterentwickelt werden.

Die Friedhöfe haben in Deutschland und in den Kirchen eine lange Tradition, aber keine gute Lobby. Die Kirchengebäude sind weithin hergerichtet, die Glocken gezählt, die Orgeln gesäubert und gestimmt. Dem Inventar geht es gut wie seit Jahrhunderten nicht. Von den Situationen der Gemeinden muss an anderer Stelle geredet werden. Aber: den Friedhöfen geht es schlecht. Sie stehen unter hohem ökonomischen Druck. Sie müssen sich rechnen, in den Kirchengemeinden stärker als in den politischen Kommunen. Sie sind arbeitsintensiv bei schwindender Nachfrage und ehrenamtlichen Kräften. Sie stehen beständig unter Beobachtung der Öffentlichkeit. Dabei gehören die Friedhöfe wie die Kirchhöfe um die Gotteshäuser herum zum Kernbestand sichtbarer Lebensäußerung der verfassten Kirche und der Ortschaften.

Friedhöfe sind nicht nur Fenster ins Jenseits, wie es früher hieß, sondern vor allem Orte für die Hinterbliebenen – also von Lebenden. Leben und Tod sind nicht selbstverständlich Gegensätze. Tod und Trauer können gut im Lebendigen eingebettet sein. Leben kann im Gegenüber und im Dialog mit dem Tod an Kraft und Demut gewinnen. Gewinner einer gut gestalteten Einheit von Kirchengebäude und Friedhof sind die Ortschaften in ihren zentralen Bereichen und die Stadtteile mit den grünen Lungen und Oasen für Tiere, Pflanzen und Menschen.

Einige Zahlen

Wie bedeutend Friedhöfe und insbesondere die kirchlich verwalteten sind, zeigen einige Zahlen: Von den rund 32.000 Friedhöfen in Deutschland, mit einer Gesamtfläche von ökologisch interessanten 377.249 Quadratkilometer (diese Fläche entspricht 52.835 Fußballfeldern), stehen 12.400 unter kirchlicher Verwaltung – davon 8.800 in evangelischer und 3.600 in katholischer Regie. Am verbreitetsten sind kirchliche Friedhöfe in Ostdeutschland und Bayern. Die absolut meisten der kirchlichen Friedhöfe liegen in der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands (EKM). 1.847 Friedhöfe oder 15 Prozent aller kirchlich verwalteten Friedhöfe der Bundesrepublik befinden sich in Sachsen-Anhalt und Thüringen. In der EKM leben aber nur knapp drei Prozent der deutschen Protestanten. Die Evangelisch Lutherische Kirche von Sachsen betreut 1.300 Friedhöfe und die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg Schlesische Oberlausitz (EKBO) 1.250.

Der stattlichen Zahl kirchlich verwalteter Friedhöfe stehen nüchterne Sterbezahlen gegenüber: 2015 starben im EKM-Gebiet 61.199 Menschen. Das entspricht 6,6 Prozent aller 923.950 Todesfälle in Deutschland. 2015 gab es 9.718 christliche Bestattungen in der EKM. Nur ein Teil der Bestattungen fand auf kirchlich verwalteten Friedhöfen statt. Die durchschnittlichen Beisetzungszahlen pro Friedhof liegen im unteren einstelligen Bereich. Bis 2030 – so die gängigen Prognosen – sinken die Sterbefälle um ein Drittel. Evangelische Bestattungen werden noch drastischer sinken.

Friedhöfe unter Druck

Friedhöfe stehen somit mehrfach unter Druck, nicht nur wegen des demografischen Wandels, der in Mitteldeutschland als deutlicher Bevölkerungsschwund auftritt. Weniger Menschen bedeuten weniger Sterbefälle, weniger Bestattungen, weniger Grab- und Urnenflächen und damit weniger Einnahmen. Allerdings mehr freie Flächen! Hinzu kommt die deutlich veränderte Bestattungskultur in den letzten Jahrzehnten mit einem Wandel von der Erdbestattung im Sarg hin zur grablosen, pflegefreien und anonymen Beisetzungsstätte heute. So entsteht viel Raum und Platz auf unseren Friedhöfen. Hinzu kommen gänzlich veränderte Trauer-, Erinnerungs- und Verweilkulturen der Familien und Hinterbliebenen auf den Friedhöfen und häufig wechselnde geografische Lebensschwerpunkte. Dies korrespondiert mit gewandelten – nicht nur verarmten, auch erweiterten Religiositäts-, Sinn- und Transzendenzvorstellungen. Darauf reagieren seit 1975 regel-

mäßig Gesetzgeber und zunehmend freie Anbieter von Grab- und Ruhestätten mit See-, Wald- und Baumbestattungen, Urnenhallen und Gartengrabvarianten. Bei den herkömmlichen Friedhöfen bleiben Pflegeaufwand, Unterhaltungskosten und sinkende Einnahmen. Friedhöfe werden zu Kostenfallen.

Neue Chancen für Friedhöfe

Friedhöfe sind und bleiben eine Aufgabe, unabhängig vom Druck, der auf ihnen lastet. Wir können ihre Situation verbessern, indem wir sie neu sehen lernen. Durch ihre Lage im Ort und durch die Geschichten, die die Grabsteine erzählen, sind unsere Friedhöfe einzigartige kulturelle Schatzkammern und Erinnerungsorte. Darum gehören alte Grabsteine nicht in den Abfallcontainer, sondern sind als Biografie- und regionalgeschichtliche Zeugnisse entlang der Mauern aufzustellen oder als Grabsteininseln auf dem Friedhof zu beherbergen. So können Friedhöfe Erzählorte für stumme Geschichten und Frageorte für nicht erzählte Ereignisse sein, Verweilorte für das Gespräch mit dem eigenen Leben oder Räume für den Austausch mit einem Gegenüber, einem größeren Du und mit Gott. Friedhöfe gehören zum Dorfbild und prägen es markant. Sie „gehören“ – auch wenn sie kirchlich betrieben werden – allen. Kirchhöfe sind und bleiben Vorsaal und Passagen zu den Kirchen. Sie stimmen mit ihren meist denkmalgeschützten Ensemblebestandteilen auf sie und ihre Angebote ein.

Neben diesen eher klassischen Funktionen der Friedhöfe als Besinnungspark und Troststube gibt es neue Chancen, die entdeckt und hier kurz erwähnt werden sollen: zukünftig wird – nicht nur in den Städten – der Friedhof als Freizeit- und Erholungsraum an Bedeutung gewinnen. Da viel Platz ist beziehungsweise frei wird, können immer öfter geeignete Areale für angemessene Feiern und Zusammenkünfte ein- und hergerichtet werden. Friedhöfe eignen sich zudem hervorragend, Kunst vorübergehend oder auf Dauer zu präsentieren.

Vor allem aber sind Friedhöfe Oasen für Tiere, Pflanzen und Menschen. In biologisch immer ärmer werdenden Landschaften werden weithin unbebaute oder unversiegelte Flächen in Dörfern und Städten zu ökologischen Inseln. Vielerorts ist der Baumbestand der Friedhöfe herausragend gut. Schon jetzt gibt es „ungenutzte“ Flächen und Komposthaufen, die vielfältiges Leben fördern. Aber: Weithin dominiert noch immer der ausgeräumte Friedhof mit Kurzrasenflächen, Schottereinfassung, Betonkanten und aufgeräumten Ecken. Doch die ehren-amtlichen Kräfte, die alles kurz halten können, wer-

den weniger und die professionellen Kräfte für die Pflege werden immer teurer.

Mittel- und langfristig könnten die für Bestattungen nicht mehr benutzten Flächen bewusst umgestaltet oder in nicht mehr zur Bestattung genutzte Areale weiterentwickelt werden. Wo man nicht mehr sechs oder zehn Mal pro Jahr den Rasen kurz schneidet, sondern aus Geld- und Arbeitskräftemangel oder ökologischer Einsicht wachsen lässt, wächst Leben. Es entstehen Brutstätten biologischer Vielfalt, grüne Oasen, Sekundärbiotope und Rückzugsgebiete für Pflanzen und Tiere. Aus arbeitsintensiven Überhangflächen werden ökologische Kleinareale. Das ist ein langwieriger Prozess, der fachlich begleitet, strukturell unterstützt und mit den Nutzern wie Besuchern der Friedhöfe kommuniziert werden muss. Freilich, er kann sich aus Erschöpfung und Geldmangel allmählich auch selbst einstellen. Wachsen lassen könnte aber eine konzeptionelle Antwort auf entleerte Friedhöfe sein.

Projekt „Lebendige Friedhöfe“

Um den Prozess der Umgestaltung besser verstehen zu können wurde auf Anregung des Kirchenkreises Salzwedel 2014 das Projekt „Lebendige Friedhöfe“ gestartet. Der Versuch einer Antwort, weil vielerorts von „sterbenden Friedhöfen“ gesprochen wird, ökonomisch wie ökologisch. Die freien Flächen sollen zur Verringerung des Pflegeaufwandes für eine ökologische Aufwertung und zur Bewahrung der Schöpfung genutzt werden. Nicht benötigte Rasenflächen wurden durch die Neuansaat von Rasenmischungen mit Grasnelken, Hopfenklee, Wiesen-Margeriten und einheimischen Kräutern in artenreiche Wiesen verwandelt. Blühaspekte machen die Friedhöfe von März bis November für Besucher attraktiv und verbessern das Nahrungsangebot für Insekten und Vögel. So das Ziel.

Partner dabei waren der Fachbereich Landschaftsökologie der Hochschule Anhalt in Bernburg und die Gartenakademie Sachsen-Anhalt, Gut Zichtau. Auf drei Friedhöfen wurden diverse Saatmischungen auf mehreren Versuchsflächen ausgebracht und getestet. Ein Friedhof wurde neu konzipiert. Dafür wurde der „Friedhof im Friedhof“ entwickelt. Nur knapp zehn Prozent der Gesamtfläche des Friedhofes wurden gemäß der Belegprognose für die nächsten 30 Jahre als kompaktes Grab- und Urnenfeld gestaltet und hervorgehoben. Die restlichen 90 Prozent der Fläche stehen nun zur sukzessiven und allmählichen Umgestaltung

zur Verfügung. Bereichstrennung nennen Fachleute das. Begrünungen mit Hecken und Rankern wurden vorgenommen und Blühwiesen angelegt. Bei einem weiteren Friedhof wurde eine große Fläche mit pflegeleichtem Trockenrasen eingerichtet und der Gottesacker zur Feldflur hin mit einer Hecke aus einheimischen beerentragenden und pflegeleichten Sträuchern und Bäumen begrenzt.

Ein erstes Fazit lautet: Alles durchwachsen! Die Neuanlage von Blühwiesen ist aufwendiger als anfangs vermutet und kein Selbstläufer. Es muss nur zwei bis drei Mal gemäht werden, dafür aber mit guter Kenntnis und gutem Gerät. Aber unsere Friedhöfe haben weitreichende und umfängliche Potenziale zur ökologischen Aufwertung. Das Projekt muss weiter beobachtet und entwickelt werden, denn Wachsen lassen braucht Zeit.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass die Gemeinden dankbar sind für fachliche Beratung rund um den Friedhof. Zeitweise gab es ambulante Beratungen mit Landschafts- und Friedhofsgestaltern, die stark nachgefragt wurde. Da Friedhöfe sensible und öffentliche Angelegenheiten sind, bedarf es guter Kommunikation. Gelingt diese, werden die Beteiligten mutiger und neue Konzepte finden leichter Akzeptanz. Zudem lässt sich ein „lebendiger Friedhof“ gut mit dem Projekt „lebendiger Kirchturm“ verbinden. In diesem Projekt des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) werden Kirchtürme für Gebäudebrüter offengehalten. Auf Friedhöfen können sich die Bewahrung der Schöpfung und die Bewahrung von Kulturgut – Naturschutz und Denkmalschutz – die Hände reichen.

Dafür braucht es eine Lobby

Dafür braucht es eine Lobby, die Kirchengebäude und Kirchhof beziehungsweise Friedhof zusammen betrachtet, den Weg vom Totenfeld zum Lebensacker zügig, aber ohne zu stolpern geht und die Funktionen des Friedhofes neu gewichtet. Friedhofsentwicklungskonzepte sind notwendig. Die Landeskirche könnte den ökonomischen Druck auf Friedhöfe mindern und ökologische Potenziale fördern. Eine fachliche Beratung kann das neue Denken auf unseren Fried- und Kirchhöfen anregen und begleiten. Die Kirchenbauvereine wie auch die Orts-, Heimat- und Kulturvereine können dabei natürliche Verbündete und fordernde Ideengeber der Kirchengemeinden wie der Kommunen sein.

Was zu tun ist

Speziell für die EKM und für weitere Landeskirchen, aber auch für Kommunen sei angeregt, dass bei der gegenwärtigen Neuausrichtung der Begleitung der kirchlichen Friedhöfe durch das Landeskirchenamt eine zeitweise oder kontinuierliche Arbeitsgruppe ins Leben gerufen werden könnte. Diese sollte neben den juristischen Dingen vor allem Vorschläge kreieren und propagieren:

- wie die ökologische Aufwertung dieser wertvollen Areale (einschließlich ihrer Potenziale für die nationale Biodiversitätsstrategie, aber auch für Gebäudebrüter) angeregt werden kann,
- wie eine ökonomische Entlastung der Friedhöfe vor Ort und eine Förderung nach Kriterien erreicht werden kann,
- wie die orts- und stadtteilprägenden Funktionen angemessen berücksichtigt und neuen Allianzen zu ihrer Entdeckung und Nutzung geschlossen werden können,
- wie die Baumbestände etwa durch Baumschauen auf den Friedhöfen befördert, ein mögliches Vollzugsdefizit verringert und die Verkehrssicherheit erreicht (in Zeiten vermehrter Stürme) werden kann,
- wie weit Friedhöfe in Anlehnung an die Baulastenfinanzierung oder ggfs. durch diese als gesamtkirchliche Aufgabe mit relevanter gesellschaftlicher Bedeutung anerkannt und gewürdigt werden kann,
- wie die Einrichtung eines Fonds für ambulante Beratungen vor Ort durch Landschaftsgestalter und Friedhofplaner oder für größere Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen, bei wertvollen Baumbeständen, angeschoben werden kann.
- wie ortsansässige Volks- und Berufskünstler oder am Friedhof interessierte Bürger – unabhängig von ihrer Kirchenzugehörigkeit – gewonnen werden, den Friedhof um die Ecke als „ihren“ Friedhof und als Ausstellungs- und Gestaltungschance zu entdecken und anzunehmen.

Ziele sollten Orientierungen für eine zeitgemäß Beratung, Weiterbildung und Förderung der Friedhofsbetreiber und Gemeinden in den Landeskirchen vor Ort und ein Rahmenkonzept für eine Friedhofsgestaltung und -nutzung für die nächsten 30 Jahre sein. Neben dem Landeskirchenamt und Superintendenten sowie Vertretern von Friedhofsverwaltungen könnten auch Urbanökologen und Landschaftsgestalter oder Baumexperten in dem Arbeitskreis mitarbeiten. Gebrauch werden Instrumente der Achtsamkeit für unsere Friedhöfe mit ihrer Le-

bendigkeit und mit ihren neu zu bewertenden Potenzialen. Dies ist durchaus eine gemeindenaher Aufgabe. Sie kann Gottesferne mindern.

Die Vision eines lebendigen Friedhofs

An Mauern und in Randbereichen siedeln sich Kräuter an. Schmetterlinge flattern. Blüten- und fruchttragende Beerengehölze ersetzen nach und nach Koniferen. Der Baumbestand wird gesichert und erweitert. Es gibt Totholzecken, Laub ist kein Feind. Sitzbänke laden zum Verweilen ein. Wassertränken erleichtern das Beobachten der Vögel. Grabsteine von abgelaufenen Grabstellen werden würdig abgelegt. Igel, Iltis und Fledermaus erhalten Unterschlupf. Ein liebevolles Werden und Vergehen kennzeichnet den lebendigen Friedhof. Kanten, Marmor und Beton sind auf dem Rückzug. Im „lebendigen Kirchturm“ nebenan nisten Eule und Falke. Öfter als zur Grabpflege kommen die Menschen zur Erholung und aus Freude an der Natur. Dafür engagieren sie sich ideenreich bei Pflegeeinsätzen. Und beim Besuch am Ewigkeitssonntag freut man sich darauf, irgendwann hier begraben sein zu können. Erkennbar als Einzelner, aber eingebettet und allmählich aufgehend in ein gewachsenes Ganzes.

Kreyssig: Richter – Bauer – Kirchenmann

Zum 100. Geburtstag von Lothar Kreyssig: die Biographie „Lothar Kreyssig – Prophet der Versöhnung“ von Konrad Weiß (1998)

Erschienen in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde, Wittenberg, Heft 48 (KFH), S. 33-37. 1998,

Zur rechten Zeit erscheint ein mir wichtiges und wertvolles Buch: „Lothar Kreyssig – Prophet der Versöhnung“ von Konrad Weiß im Bleicher-Verlag.

Zur rechten Zeit, weil sich am 30. Oktober dieses Jahres der 100. Geburtstag von Präses Dr. Kreyssig oder „dem Alten“, wie ihn seine Mitarbeiter vor allem bei Sühnezeichen nannten, jährt, weil auch in diesem Jahr die „Aktion Sühnezeichen“ 40 Jahre besteht und die Gründung der Evangelischen Akademie der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg im Dezember zum 50. Mal begangen werden kann. An ihrer Gründung war Kreyssig maßgeblich beteiligt. Wichtig ist mir das Buch auch deshalb, weil es einen weithin in der kirchlichen Öffentlichkeit vergessenen Ostdeutschen wieder in Erinnerung ruft und ihn erstmals umfassend vorstellt. Wir hatten und haben nicht viele prägende Persönlichkeiten, deren Arbeit und Ideen in der inzwischen mehrfach gewandelten Gesellschaft bundesweit fortgeführt werden und deren Lebensschwerpunkte in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin-Brandenburg lagen. (Auffällig ist das vergleichsweise intensive „Nichterinnern“ an Lothar Kreyssig in allen drei Landeskirchen und in der jüngsten Kirchengeschichte. Es ist nach den Motiven zu fragen. Immerhin war er Präses, also Vorsitzender von Bekenntnissynoden, den nicht gleichgeschalteten Kirchenparlamenten.) Regelrecht spannend ist das Buch zu lesen. Es verwebt behutsam und gleichzeitig mit dem Blick für das wichtige Detail eine Vielzahl von persönlichen Zeugnissen aus Kreyssigs Leben und Überlieferungen des politischen Alltags und beschreibt plastisch seinen Werdegang vom konservativen Juristen zum prophetisch in der Kirche agierenden Mitgestalter. Dieser Lebensweg umspannt immerhin Kaiserreich, die Weimarer Republik, das „Tausendjährige Reich“, Nachkriegsdeutschland, die DDR und einige Jahre in der BRD. Man spürt, daß der Autor langjährig Dokumentarfilmer war. Ein Gewinn.

Konrad Weiß ist ein persönliches und gleichzeitig weitgehend objektives Buch über Lothar Kreyssig gelungen und über Zeitabschnitte, in der die Großeltern

der meisten Leserinnen und Leser zu leben und zu entscheiden hatten, sich arrangierten, engagierten und sich anpaßten. Die Biographie gewinnt sehr durch das Einbeziehen der Gespräche von Wegbegleitern Kreyssigs, unter ihnen Helmut Gollwitzer und Kurt Scharf.

In den 18 Kapiteln fächern sich um die Person Lothar Kreyssigs fast 9 Jahrzehnte deutscher (Kirchen-)Geschichte auf. Einige wichtige Stationen sollen hier genannt werden.

Kreyssig wurde im sächsischen Vorerzgebirgsort Flöha in der Familie eines wohlhabenden Mühlenbesitzers am 30. Oktober 1898 geboren, wuchs versorgt, wohl auch behütet auf und studierte standesgemäß in Leipzig Jura. Zeitweise präsiert er in einer konservativen schlagenden Burschenschaft. 1924 heiraten Johanna Charlotte Lederer und Lothar Kreyssig. Der Ehe entstammen drei Söhne. Die Hinweise auf Hanna Kreyssig, die es an der Seite des immer vorwärtsdrängenden Kreyssig nicht leicht zu haben schien, gehören für mich zu den besonders schönen Stellen des Buches. Es ist immer noch nicht selbstverständlich, daß die Partner in Biographien angemessen berücksichtigt werden.

Kreyssig wird Rechtsanwalt und später Untersuchungsrichter am Landgericht in Chemnitz. Ohne ausgeprägte christliche Bindungen aufgewachsen, entdeckt er 1928 das „lebensschaffende Wort“ der Bibel, welches ihm ein Leben lang Orientierung geben wird. Suchender, der er war, beschäftigt er sich in dieser Zeit auch mit „biologisch-dynamischer Landwirtschaft“ und beginnt mit praktischen Versuchen. Kreyssig entdeckt die „soziale Frage“ inmitten der Weltwirtschaftskrise. Er ruft 1931 unter den Wohlhabenden in Flöha die „Notgemeinschaft für Arbeitslose, ins Leben. Er geht „bittend von Haus zu Haus und Wohnung zu Wohnung“ und opfert das gesamte, vom Vater ererbte Barvermögen. Erstmals wird der nun soziale Jurist bei den Behörden auffällig. Bereits im April 1933 soll Kreyssig auf Veranlassung der NSDAP Gauleitung Sachsens in den Ruhestand versetzt werden, weil er keiner nationalsozialistischen Berufsständeorganisation beitreten will. Der erste Versuch einer Amtsenthebung scheitert. Unabhängigkeit und Eigenverantwortung wollte sich Kreyssig durch den Eintritt nicht nehmen lassen. Der Konflikt zeichnete sich frühzeitig ab: Die Frage nach der Aufgabe des Richters war gestellt: Soll der Richter mittels Recht staatliche Macht kontrollieren oder mit Hilfe der Rechtsprechung staatliche Macht stützen und decken, da wo „die Macht“ gegen Gesetze verstößt.

In der betont deutschnationalen sächsischen Kirche mit einer nationalsozialistischen Kirchenleitung findet Kreyssig sicher zur Opposition, zur Bekennenden Kirche, und wird dort als Jurist hoch geschätzt. An mehreren Bekenntnissynoden nimmt er teil und arbeitet mit führenden Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche Deutschlands zusammen.

Die wachsende Verhinderung der unabhängigen richterlichen Befugnisse durch die Nationalsozialisten, der Wunsch nach ökonomischer Ungebundenheit und seine ihm eigenen Neugier und innere Suchbewegung lassen ihn 1937 in Hohenferchesar bei Brandenburg einen heruntergekommenen, über 100 ha großen Bauernhof kaufen. Mit wenigen Arbeitskräften bewirtschaftet er ihn selbst. Er wird Landwirt und versucht die Steinersche biologisch-dynamische Wirtschaftsweise anzuwenden. Er nennt sein Gut am See „Bruderhof“. Immer war es seine geheime Sehnsucht, eine Kommunität, eine Wohn-, Arbeits- und Lebensgemeinschaft zu gründen. Sie erfüllte sich nicht. Die Arbeit in der Bekennenden Kirche setzt er im berlin-brandenburgischen Provinzialrat fort und wird während des Krieges zum Laienpastor ordiniert.

Im Nebenamt wird er, zur Absicherung des Einkommens für die Familie, Vormundschafts- und Nachlaßrichter beim Amtsgericht in Brandenburg.

Durch seine Arbeit erfährt er (wie andere Richter natürlich auch) von den Ermordungen behinderter oder vergreister Menschen und meldet dies 1940 an den Reichstjustizminister Gürtner. Als zuständiger Vormundschaftsrichter verfügt er für die ihm anvertrauten Menschen ein Verlegungsverbot in die Tötungsanstalten und erstattet Anzeige gegen die Verantwortlichen des Euthanasieprogramms der NS-Reichsregierung. Der Konflikt bricht offen aus. Wie durch ein Wunder kommt es im Fall Kreyssig nur zu einer dienstrechtlichen Beurlaubung, später zum Ruhestand.

Die Bekennende Kirche beteiligt sich an Kreyssigs Einsatz für die den Nationalsozialisten ausgelieferten Behinderten kaum. Die letzten Kriegsjahre erlebt er als Landwirt.

Sein Refugium, der Bruderhof, wird zum Kriegsende durch die russischen Truppen besetzt und durch die Bodenreform teilweise enteignet. Gleich im Herbst 1945 unterbreitete Bischof Otto Dibelius Kreyssig das Angebot als Konsistorialpräsident der Kirchenprovinz Sachsen nach Magdeburg zu gehen.

Damit begann seine Reisetätigkeit und ein Leben aus Koffern, denn die Familie blieb auf dem Bruderhof wohnen. Als oberster Jurist mußte er die Kirchenverwaltung aufbauen. Schwierigkeiten erwuchsen ihm aus der Pfarrerschaft, aber auch aus der staatlichen Verwaltung. Bald wurde er in den Rat der EKD gewählt, war Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Union und Beauftragter für die Akademie-Arbeit in Deutschland. Im Präsidium des Kirchentages vertrat er die Ostdeutschen. Er nahm an der Gründung des Weltrates der Kirchen 1948 in Amsterdam teil und besuchte Vollversammlungen des Weltkirchenrates. Seine ökumenische Einstellung war in der damaligen konfessionell geprägten Zeit nicht unumstritten.

Schon 1954 führte er Gespräche zu Projekten der weltweiten „ökumenischen Diakonie“, um den Hunger auf der Erde zu bekämpfen. 1957 rief er zur „Aktionsgemeinschaft für die Hungernden (AfH)“ auf und gab wichtige Anregungen für die „Aktion Brot für die Welt“. Der Wortlaut des über 40-jährigen Aufrufes „Für die Hungernden“ zeigt den „Fortschritt“ und die „Entwicklung“, die unsere Zivilisation seitdem genommen haben, an. Wir argumentieren heute mit vergleichbaren Fakten. Der Aufruf begann so: „Ein Drittel der Menschheit ist unterernährt. 800 Millionen müssen ein ganzes Jahr lang mit dem auskommen, was bei uns für Kleidung und Nahrung gerade für einen Monat ausreicht. 30 bis 40 Millionen Menschen sind jedes Jahr vom Hungertod bedroht. Ein Drittel der Erdbevölkerung, darunter im wesentlichen alle Christen, verfügen über 85 Prozent des Welteinkommens, das zweite Drittel über etwa 10 Prozent, das letzte Drittel über etwa 5 Prozent. Daß die ungezählten Millionen, welche kaum eine einzige ausreichende Mahlzeit am Tage haben, zu einem selbständigen, menschenwürdigen Dasein kommen, wird in den nächsten Jahrzehnten Schicksalsfrage eines neuen Weltzeitalters, Weltaufgabe Nummer eins für alle Völker sein.“

Neben dem weltweiten Gerechtigkeitsthema in der „Zweidrittel-Welt“ war er vor allem um die Versöhnung mit den Juden und den östlichen Nachbarn bemüht. Tätige Sühne als „Bringpflicht“ der deutschen Kriegeverursacher und Brandstifter, als Voraussetzung von Versöhnung mit dem jüdischen Volk und den Nachbarvölkern, wollte er mit Jugendlichen praktizieren. Nach mehreren Anläufen rief er auf der Spandauer Synode 1958 die „Aktion Sühnezeichen“ (ASZ) ins Leben. Ein Friedensdienst begann seinen Weg. In der DDR wurde die unabhängige Friedensarbeit schon bei der Ausrichtung der ersten Sommerlager behindert. Ein Jahr später gründeten der Berliner Philosoph Eugen Rosenstock-

Huessy und Lothar Kreyssig den „Weltfriedensdienst“. Mit dem Bau der Mauer 1961 mußte Lothar Kreyssig seine Aktivitäten auf die DDR begrenzen.

Gemeinsam mit dem ökologischen Landbau, dem sehr frühen Verständnis für gerechtere Verhältnisse in der Dritten Welt und dem Friedensdienst „Aktion Sühnezeichen“ setzte Kreyssig die Trias des Konziliaren Prozesses der ökumenischen Bewegung für „Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ frühzeitig, prophetisch und durch Taten um. „Gesinnung aber erweist sich durch die Tat“ heißt es im Aufruf der AfH. Entwicklungs-, Friedens- und Umweltpolitik sind dafür säkulare Begriffe.

Alle drei Kreyssig-Gründungen: ASZ, WFD und die AfH, in den „Formen“ ökumenisches Netzwerk INKOTA und „Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt“ (ASW) arbeiten noch heute.

1971 siedelte er als Rentner in die BRD über. In der Berliner Auguststrasse 82, dem Ostberliner Büro der ASZ, fehlte seitdem ein anregender Geist. Seine von ihm ins Leben gerufenen Aktionen waren über Jahrzehnte Gemeinschaften, in denen versucht wurde, auf drängende Zeitfragen mit christlichem Engagement zu antworten. Das geschah oft am Rande der Kirche und in durchaus herausfordernder Unabhängigkeit zum Staat, ohne dabei permanent provokant sein zu müssen.

Der Fülle dieses gesegneten Lebens angemessen, umfaßt die Biographie 460 Seiten. Neben einem Namensregister sind wichtige Dokumente aus der Arbeit von Lothar Kreyssig angefügt. Diese schöne Ausgabe ist mit Fotografien versehen. So kann sich aus dem Flechtwerk der politischen Zeitdokumente und der persönlichen Zeugen immer wieder überraschend das stille und demütige Gesicht Lothar Kreyssigs hervorheben, um bis zum nächsten unerwarteten Auftauchen in dem Reichtum seiner Kontakte und Aufgaben zu verschwinden.

Konrad Weiß widersteht einer Verherrlichung der Person, zu der ein derartiger Lebensweg durchaus verleiten kann. Er beschreibt auch Widersprüche sowie Konflikte und ordnet sie ein. Er erwähnt menschliche Schwächen, z. B. seine Schwierigkeiten mit praktischen Dingen, die ihn aber immer das scheinbar „nicht Praktizierbare“ entwerfen ließen. Lothar Kreyssig verstand es, immer wieder Freunde zu finden, die beim Umsetzen und Verwirklichen halfen. Weiß berichtet von der späten Einsamkeit im Altersheim nach dem Tod seiner Frau.

Aber: Er konnte auf ein aktives, erfülltes und langes Leben zurückblicken. Kreyssig war schon im 60. Lebensjahr, als er seine Aktionen gründete und noch weitere 10 Jahre leitete und prägte. Auch dies ist eine Botschaft der Biographie des „Alten“ Dr. Lothar Kreyssig in unserer sparzwangkranken, sich nicht an Lebenspfaden sondern an Jahresscheiben und Vorruheständen orientierenden Zeit: Es kann immer wieder neue, überraschende Lebensabschnitten und Gründerzeiten geben.

Konrad Weiß, „Lothar Kreyssig – Prophet der Versöhnung“ Bleicher-Verlag Gerlingen 1998, in der Reihe: „Zeugen der Zeit“, 460 Seiten, Preis 58.- DM, ISBN:3-882350-659-1.

Weitere Literatur:

Susanne Willems; „Lothar Kreyssig Vom eigenen verantwortlichen Handeln“ Eine biographische Studie zum Protest gegen die Euthanasieverbrechen in Nazi-Deutschland.

Berlin, 1995 ISBN: 3-89246-032-9, Bezug über ASZ.

Protestantisches Profil oder ökumenische Weite

Lothar Kreyssig, die Aktionsgemeinschaft für die Hungernden (AfH) und die Anfänge der Aktion Brot für die Welt oder der lange Blick zurück

Zuerst erschienen in: INKOTA Brief – Das Nord-Süd-Magazin, Berlin. 03/2011. S. 32-36.

„Es gibt eine lange Vorgeschichte. Der damalige Magdeburger Synodalpräses Kreyssig hatte von einer englischen Organisation gehört, die eine Sammlung veranstaltete mit dem Namen ‚Miss a meal‘, übersetzt ‚Lass eine Mahlzeit ausfallen‘. Den finanziellen Gegenwert dieser Mahlzeit sollten die Menschen dann in einen Sammelkasten geben. Dieses Projekt bewog ihn dann, eine Zigarrenkiste in das kirchliche Amt in Berlin mitzubringen und darauf zu schreiben ‚Für die Hungernden.‘“ So erinnert sich Bernhard Ohse, erster Pressesprecher der Aktion an den Beginn des Hilfswerkes. Das war im Januar 1957. Der in Indien lebende anglikanische Priester Murray Rogers hatte auf Einladung Lothar Kreyssigs in seinem Berliner Büro einem kleinen Kreis Vertrauter über die Lage in Indien und die englische Laienbewegung berichtet. Dem Treffen waren ein fast fünfjähriges Engagement Kreyssigs um ökumenische Diakonie und Solidarität als gemeinsames Projekt von Protestanten, Katholiken und Juden vorausgegangen. Enttäuscht von der Schwerfälligkeit der kirchlichen Großapparate, ihren Lernhemmungen und ihrer „Unbußfertigkeit“ ließ Kreyssig 1957 das Projekt „Inter-Church-Aid/Ökumenische Diakonie“ fallen und setzte auf die einzelnen ChristInnen und BürgerInnen.

An der Evangelischen Akademie in Berlin initiierte Kreyssig gemeinsam mit dem Akademiedirektor Erich Müller-Gangloff und dem Leiter des Berliner Büros der Inneren Mission und Hilfswerke Christian Berg, beide Weggefährten aus der Bekennenden Kirche, zwei Tagungen: im Mai 1957 die Tagung „Ökumenische Diakonie“ und im August eine Tagung unter dem Titel „Der weiße Mann und seine dunklen Brüder“, die wohl als Start zur Aktionsgemeinschaft für die Hungernden (AfH) geplant gewesen war. Seit Frühjahr 1957 arbeiteten Kreyssig und seine Mitstreiter an einem Aufruf. Frühe Fassungen tragen Überschriften wie „Brot für alle“ oder „Brot auch für die anderen“. Der bekannte Aufruf „Für die Hungernden“ wurde im Sommer fertiggestellt. Sofort gingen unerwartet viele Spenden für die „Aktionsgemeinschaft für die Hungernden“ ein. Die Opferbereitschaft übertraf die Erwartungen der Initiatoren und beschämte die Zögerlichen.

Nachdem die Fuldaer Bischofskonferenz im Frühjahr 1959 das katholische Fastenopfer Misereor ins Leben gerufen hatte und Anstöße von kleineren ökumenischen Aktionen – wie Eirene oder der AfH – kamen, begannen auch die offiziellen Instanzen der evangelischen Kirchen über ein eigenes Hilfs- und Sammelwerk nachzudenken. Lothar Kreyszig war bei den entscheidenden Sitzungen dabei. Als Mitglied des Rates der EKD setzte er sich maßgeblich dafür ein, dass die Aktion „Brot für die Welt“ auf die Gleise gehoben wurde.

Der protestantische landeskirchliche Provinzialismus wurde durch die weltweit agierende katholische Kirche und durch weitblickende Laienbewegungen zum Handeln provoziert. Der erste Aufruf der Aktion „Brot für die Welt“ 1959 weist Parallelen zu den ersten Aufrufen der Aktionsgemeinschaft auf. Kreyszig wirbt im Rundbrief der AfH vom September 1959 für die neuen kirchlichen Werke: „In diesem Jahr treten in Deutschland die beiden großen christlichen Konfessionen in den Kampf gegen die Weltnot Hunger ein. (...) Das ist, angesichts der oben angedeuteten ungeheuren Dimensionen der Aufgabe, etwas Befreiendes. (...) Wir bitten unsere Freunde, es in der Gemeinde, der sie ihrem Glauben nach zugehören, an ihrem Opfer und am vollen Einsatz ihrer Person nicht fehlen zu lassen. Nicht überall wird das unfassbare Elend des hungernden Menschenbruders genau genug gesehen und tief genug empfunden, so dass Werksegoismus und Ressortdenken in Beschämung über unsere geschichtliche Schuld und unsere Versäumnisse verschwänden. Bitte lassen Sie keinen Zweifel aufkommen, dass wir den kirchlichen Aktionen, denen wir zu unserem Teil ein wenig haben vorarbeiten können, nicht etwa in den Weg treten, sondern beistehen, wo und wie wir es vermögen.“

Das erste Sammelergebnis für „Brot“ war überwältigend: 14 Millionen D-Mark in Westdeutschland und 4,5 Millionen Mark in Ostdeutschland – wo kein Wirtschaftswunder per Marshall-Plan stattfinden konnte, sondern wo Industriedemontage und Fachkräftedeportationen den Aufbau mit bestimmten. Kreyszig wird neben dem Mecklenburger Christian Berg, dem Altmärker und Berliner Missionsdirektor Gerhard Brennecke und dem Dresdener Ulrich von Brück als vierter Ostdeutscher in den ersten Vergabeausschuss von „Brot“ berufen. Christian Berg, der „Brot-Mann“ in Berlin wiederum in den Vergabeausschuss der AfH. Alles schien gut und gedeihlich.

Misstöne im guten Miteinander

Doch ins gute Miteinander mischen sich heftige Misstöne. In einem Schreiben des Diakonischen Rates an alle Landeskirchen vom 11. April 1961 wird Mitteilung über eine „gründliche Beschäftigung“ mit Präses Dr. Kreyszig gemacht. Äußerst knapp werden seine Impulse für die ökumenische Verantwortung, „durch die Glieder und Gemeinden dafür aufgeweckt wurden“, erwähnt, um dann scharf festzustellen: „In der Arbeit des Reiches Gottes gibt es gewiss kein Monopol. Aber Klarheit und Ordnung gehören zu den unerlässlichen Voraussetzungen gesegneter Arbeit.“ Die Gemeinden sollten angehalten werden, nicht mehr für die AfH zu sammeln. Als Hauptgrund wird der überkonfessionelle Ansatz von Kreyszig genannt, also die Zusammenarbeit von Protestanten, Katholiken und Juden. Denn Überkonfessionalität ist nicht „Grundlage evangelischer Diakonie“. Die Gemeinden und Pfarrer sollten den Unterschied zwischen „Brot“ und der AfH „klar wissen“, wird den Kirchenleitungen mahndend nahegelegt.

Kreyszig ist von den Vorwürfen überrascht und wegen der Begründung, die seinem Versöhnungsanliegen entgegenstanden, getroffen. Zudem hatte er von dem Schreiben über Dritte erfahren müssen. In einem vertraulichen Brief unter anderem an Kurt Scharf vom 14. Mai 1961 äußert er seine Enttäuschung über diese „konfessionelle Verklemmung“ und bedauert zutiefst, dass „die Panzergeneräle der Diakonie“ ihm und der AfH nach anfänglicher „süß-saurer Zustimmung“ nun „die Tür weisen wollen“. Ressentiments aus dem Kirchenkampf während des Nationalsozialismus brechen auf. Einer der Unterzeichner des Diakoniebriefes war Wehrmachtspfarrer gewesen. Eine für den Herbst 1961 angesetzte und von beiden Seiten angestrebte Aussprache konnte aufgrund des Baus der Berliner Mauer nicht mehr stattfinden.

Bei diesem längst historischen Konflikt wird es neben gewichtigen kirchenpolitischen Strömungen auch um den damals noch neuen Spendenmarkt gegangen sein. Das war zu Beginn der entwicklungspolitischen Aktionen nicht viel anders, wie es heute noch aktuell ist. Inzwischen zählen auch „Brot für die Welt“ und die AfH seit langem zu ihren guten Wurzeln. Und die gegenwärtige Projekt- wie Programmpolitik ist ausgesprochen überkonfessionell und bündnisoffen. Zudem: Gründerpersönlichkeiten und „Pionierorganisationen“ müssen auch Konflikte aushalten können. Aber die Balance von Konzentration und Vielfalt wie von Profil und Kooperation bleibt – in Zeiten materieller Fülle wie potenzieller Knappheit – eine Aufgabe in der entwicklungspolitischen Gemeinschaft, wenn auch mit verteilten Rollen für „Große“ und „Kleine“.

Tiefste Daseinsfrage überhaupt (2017)

Erschienen in: zeichen– Magazin der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, 03/2017, Berlin. S. 22-26.

Lothar Kreyssig leistete aktiven Widerstand gegen die schrecklichen „Euthanasie“-Verbrechen während des Nationalsozialismus. Wer war der Mensch Lothar Kreyssig, auf dessen Wirken die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bis heute wurzelt?

Lothar Kreyssig wurde am 30. Oktober 1898 geboren und wuchs in Flöha, einer Mittelstadt im Vorerzgebirge südwestlich von Chemnitz auf. Er entstammte einer Kaufmanns- und Getreidegroßhändlerfamilie aus deutschnationalem Milieu, hatte künstlerische Neigungen (er spielte hervorragend Geige und schrieb Gedichte), war Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg und studierte von 1919 bis 1922 zügig Jura in Leipzig. Zudem war Kreyssig Mitglied einer schlagenden Studentenverbindung „und bei jedem nationalen Krawall“ dabei. Beim Kapp-Putsch 1920 kämpfte er bewaffnet und aktiv gegen die streikenden Arbeiter. Religion war ihm in dieser Lebensphase Ausdruck „menschlicher Schwäche, resultierend aus der Todesfurcht“. 1923 heiratete er die Leipzigerin Johanna Lederer. Vier Söhne wurden geboren. Kreyssig galt als brillanter Jurist und kam 1926 im Alter von 28 Jahren ans Landgericht nach Chemnitz.

Um 1928 – mit dem Tod seines Vaters – traten Fragen nach Sinn und Religion in sein Leben: „Für mich war es gleichwohl nur wie eine das Gehäuse sprengende, geballte Ladung [...] Sie brachte mich zur Bibel [...] ein Geburtsvorgang in der Fülle ihres Ursprungs.“, wie er in seinem autobiografischen Bericht von 1979 schrieb. Die Beschäftigung mit der Bibel, er sprach vom „lebensschaffenden Wort“, aber auch die Förderung des jungen Landgerichtsrat durch den sozialdemokratischen Landgerichtspräsidenten Rudolf Ziel, schärfen sein soziales Gewissen und seinen politischen Blick. Der ehemalige NSDAP-Wähler Kreyssig wurde wachsinig! Bereits vor 1933 trat er in Widerspruch zur nationalvölkischen Bewegung und wurde zum Verfechter von Christentum, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Konflikte mit dem NS-Regime folgten daher prompt mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Kreyssig eckte an und wurde denunziert. Er sollte von den neuen Volksmachthabern bereits im April 1933 aus dem Richteramt entfernt werden. Früh drohte Konzentrationslager. Er überlegte sel-

ber aus dem Richteramt auszusteigen, weil er den „Rechtsschein formaler Geordnetheit“ durchschaute und seine ethisch-religiösen Grundsätze sowie sein Rechtssinn mit dem Regime in Konflikt gerieten. Kreyszig entwickelte und äußerte frühzeitig Ablehnung gegen die Nationalsozialisten. Halt fand er in der kirchlichen Opposition. Im September 1935 wurde er zum ersten Präses der Synode der Bekennenden Kirche von Sachsen gewählt. Der Titel „Präses“ begleitete ihn fortan.

Widerstand gegen „Euthanasie“

Bei den Abwägungen zwischen äußerem Engagement und innerer Migration kam seine frühere Neigung zur Landwirtschaft wieder auf. „Tätige Beziehung zu den Naturkräften in Form der Landarbeit ist mir seit langem Bedürfnis.“ schrieb er 1937 und kaufte im brandenburgischen Hohenferchesar einen heruntergekommenen Bauernhof. Bereits 1930/31 hatte Kreyszig in Flöha biodynamische Garten-Experimente durchgeführt und entsprechende Landwirtschaftskurse besucht. Der frische Nebenerwerbslandwirt wurde trotz seiner belastenden Personalakte als Vormundschaftsrichter an das Amtsgericht Brandenburg/Havel berufen. In dieser Funktion erhielt er im Frühjahr 1940 vermehrt standardisierte Totenscheine seiner anvertrauten „Mündel“. Verbreitete Gerüchte über die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ aufnehmend, schrieb er im Juli 1940 an das Reichsjustizministerium. Der Bericht ist ein einzigartiger Appell für die Würde der Menschen. Er argumentierte doppelt, mit christlichen Argumenten und mit juristischen:

„Die Frage nach dem Sinn solchen Lebens rühret an die tiefsten Daseinsfragen überhaupt. Sie führt unmittelbar auf die Frage nach Gott. So ist auch meine Stellung zu ihr und – denke ich – vieler anderer Deutscher und deutscher Richter durch meinen christlichen Glauben bestimmt. Von dort her ist die ‚Vernichtung lebensunwerten Lebens‘ überhaupt ein schwerer Gewissensanstoß. Leben ist ein Geheimnis Gottes. Sein Sinn ist weder im Blick des Einzelwesens noch in dessen Bezogenheit auf die völkische Gemeinschaft zu begreifen. Wahr und weitergehend ist nur, was Gott uns darüber sagt. Es ist darum eine ungeheuerliche Empörung und Anmaßung des Menschen, Leben beenden zu dürfen, weil er mit seiner beschränkten Vernunft es nicht oder nicht mehr als sinnvoll begreift.“

Auch die rein juristische Denkweise „muss den Maßnahmen aus Gewissensgründen widersprechen, weil die Rechtsgewähr fehlt.“ Klarsichtig schließt er dieses

Protest- und Empörungsschreiben, indem er als einer der ersten auf den Zusammenhang zwischen den Massenmorden an den Benachteiligten und „Lebensunwerten“ und der Einrichtung der Konzentrationslagern hinweist: „Recht ist, was dem Volke nützt. Im Namen dieser furchtbaren, von allen Hütern des Rechtes in Deutschland noch immer unwidersprochenen Lehre sind ganze Gebiete des Gemeinschaftslebens vom Rechte ausgenommen, vollkommen z. B. die Konzentrationslager, vollkommen nun auch die Heil- und Pflegeanstalten. Was beides in der Wirkung auf einander bedeutet, wird man abwarten müssen.“ Bittere Prophetie im Juli 1940, als der Hitler tragende Volksstaat von Sieg zu Sieg in Europa raste und weite Teile des deutschen Volkes taunlich waren vor Größe, Wahn und Populismus.

Ein gerechter Richter

Aufgrund des Schreibens setzen mehrere Gespräche im Reichsjustizministerium ein. Unter anderen mit dem berichtigten, späteren Präsidenten des Volksgerichtshof, Roland Freisler und mit Reichsjustizminister Franz Gürtner. Sie drängten Kreyssig, sein Schreiben zurückzunehmen. Sie forderten von ihm die Anerkennung des von Hitler persönlich mit Kriegsbeginn am 1. September 1939 unterzeichneten Ermächtigungsschreibens zum „Gnadentod“ an Menschen mit realen oder konstruierten Handicaps, als Legitimationsdokument der flächendeckenden staatlichen „Euthanasie“. Lothar Kreyssig verneinte, dass „Führerwille Recht schaffe“. Bereits zuvor im August 1940 hatte der Amtsrichter aus Brandenburg den Direktoren der ihm unterstehenden Kranken-Anstalten verboten, Behinderte ohne seine Einwilligung zu verlegen, das heißt in den Tod schicken zu lassen. Ebenfalls in August 1940 erstattet Lothar Kreyssig Anzeige beim Oberlandesgericht Potsdam gegen den von Hitler eingesetzten Hauptverantwortlichen der „Euthanasie-Aktion“, den Reichsleiter der NSDAP, Phillip Bouhler. Der Protest Lothar Kreyssigs gegen die massenweise Vernichtung von Behinderten und Versehrten, von den Nazis als „lebensunwertes Leben“ degradiert, war aktiver Widerstand. Widerstand gegen Selektion und die brutalste Form der Exklusion: Tötung und Vernichtung. Als Einziger von rund 1.200 deutschen Vormundschaftsrichtern erhob er für die Würde der Menschen, die ihnen anvertraut waren, und für ihr Leben das Wort. Er trat für die Aufgabe des Rechtes, Leben zu schützen, ein. Er riskierte sich und seine Familie.

Lothar Kreyssig wurde noch 1940 in den Ruhestand versetzt. Er betrieb ohne große Drangsalierungen bis 1945 die Landwirtschaft und war in der Bekennen-

den Kirche als Synodaler und ordinierter Laienpastor aktiv. Zwei jüdische Frauen konnte er vor der Deportation verstecken. Dafür wurde er im Frühjahr 2017 mit dem Titel »Righteous Among the Nations« der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem ausgezeichnet. Bis zum Kriegsende 1945 wurden über 300.000 Frauen, Männer und Kinder durch verschiedene „Euthanasieprogramme“ systematisch von Ärzten, Richtern und Pflegerinnen ermordet. Robert M. W. Kempner, amerikanischer Hauptankläger beim Nürnberger Prozess 1945 bis 1947 und Beobachter des Frankfurter Euthanasieprozesses von 1965 schrieb:

„Und dann kam der Höhepunkt der Aussage, wie wir sie noch nie von einem Richter vor Gericht gehört haben. Nach langsamer Überlegung erklärte der tapfere und weise Amtsrichter: 'Die Richter von damals sind schuldiger als andere, weil sie in ihrer Gesamtheit das Recht hätten besser vertreten müssen...'“

Engagement in der Nachkriegszeit

Nach 1945 setzte sich Lothar Kreyssig für die Neugestaltung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und des Protestantismus in Deutschland ein und arbeitete von Magdeburg und Berlin aus. Er hatte etliche kirchliche Ämter inne, knüpfte an die Bekanntschaften und Netzwerke der Bekennenden Kirche an und war in der Ökumene aktiv. Frühzeitig setzt er sich für eine nicht paternalistische und partnerschaftliche Arbeit mit psychisch kranken Menschen ein und war Pate bei der Installierung der Telefonseelsorge für Menschen in Krisensituation. Seit 1953/54 suchte er als Basis seiner vielfältigen kirchlichen Ämter nach Möglichkeiten der Versöhnungsarbeit. Versöhnung mit den von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg überfallenen Völkern, insbesondere dem jüdischen Volk und nach Möglichkeiten der Solidarität mit den „im raschen sozialen Umbruch begriffen Völkern“, wie er die aufstrebenden um ihre koloniale Unabhängigkeit kämpfenden Länder Afrikas, Asien und Lateinamerikas um 1955 nannte. 1957 gründete er die Aktionsgemeinschaft für die Hungernden (AfdH), die heute Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt heißt, und 1958 die Aktion Sühnezeichen. Lothar Kreyssig lebte bis 1971 in der DDR. Dann siedelten er und seine Frau nach Westberlin und in die BRD über. Präses Kreyssig starb 1986.

Der frühzeitige und weithin auf sich selbst gestellte Widerstand gegen das Massenmorden in der Aktion „Euthanasie“ in Nazi-Deutschland sowie die starken Impulse für die Versöhnungs- und Friedensarbeit speisten sich bei Lothar Kreyssig aus einer tiefen Einsicht über die Würde des Menschen, die in seinem christ-

lichen Glauben wurzelte. Empathie und Inklusion waren zu Kreyssigs Zeiten keine verbreiteten Begriffe. Ihre Anliegen und Praxis hat Lothar Kreyssig in Gesinnung und Tat, in individueller Zuwendung wie in ihren juristischen, historischen und globalen Dimensionen früher als andere erkannt und angewandt. Dabei hat er neben viel Fröhlichkeit im Herzen und Wertschätzung für seine Ziele auch die Einsamkeit beherzten Durchblicks und anhaltenden Engagements jenseits gängiger Mehrheit erlebt.

Zur Behindertenarbeit der Aktion Sühnezeichen in der DDR in Alt Karin

Die Arbeit mit behinderten Menschen hat bei ASZ und ASF eine gute und vor allem lange Tradition. Hier soll noch kurz auf die Arbeit mit behinderten Kindern der Aktion Sühnezeichen/Ost (ASZ) in den 80er Jahre des letzten Jahrhunderts im mecklenburgischen und ostseenahe Örtchen Alt Karin hingewiesen werden.

Die Arbeit begann um 1980. Angeregt hatte sie Helgard Mehlhorn, die in der Stephanus-Stiftung Berlin-Weißensee geistig und körperlich behinderte Kinder und Erwachsene betreute. Von 1982 bis 1986 war Christine Kölbl im Team des ASZ-Büros in der Auguststraße 80 für die gemeinsamen und inklusiven Freizeiten in Alt Karin zuständig und von 1986 bis 1990 war es Gabriele Weiß.

Das Pfarrhaus Alt Karin war durch die Diakonie in Mecklenburg zu einem behindertengerechten Ferienquartier ausgebaut worden. Jährlich wurden drei 14-tägige Ferienaufenthalte für elf behinderte Kinder durchgeführt. Für jedes Kind gab es einen festen Betreuer. Die Freiwilligen wurden über die ASZ aus der gesamten DDR gewonnen. Sie wurden speziell geschult. Angeregt durch die Vorbereitung und Nachbereitung der Rüstzeiten, wie die Ferienaufenthalte genannt wurden, entwickelte sich eine umfangreiche Elternarbeit in Berlin. Vertrauen musste aufgebaut und Verlässlichkeit dokumentiert werden. Alt Karin war ganz in Kreyssigs Intention ökumenisch. Es gab eine gute Zusammenarbeit mit der Diakonie und der Caritas von Ost-Berlin.

Die Ferienplätze waren begehrt. Legendar waren auch die Herbst- und Dankfeste. Bei denen die Kinder und Betreuer der Sommerferienwochen in Alt Karin den Eltern über ihre Erlebnisse und Aktivitäten in diesen besonderen und prägenden Gemeinschaften berichteten.

Erinnert werden muss hier, dass insbesondere staatliche Stellen der DDR lange Zeit die Arbeit mit behinderten Menschen zurückgedrängt haben und behinderte Menschen als Belastung beim Aufbau einer „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ ansahen. Behinderte störten das naiv idealisierte Menschenbild einer umfassenden sozialistischen Persönlichkeit. Ökonomische Ressourcen, Personal, Bauleistungen und frische Konzepte stellte der Arbeiter- und Bauernstaat für die, die nach seinem Bild nicht arbeiteten – sondern zumeist nur verbrauchten – im Grundsatz eingeschränkt zur Verfügung. „Einer trage des anderen Last“ war mit Blick auf beeinträchtigte Menschen keine seiner Kampf-Lösungen. Eine angemessene Öffentlichkeit für Benachteiligte, einen weithin selbstverständlichen Umgang oder gar eine konzeptionelle Inklusion gab es nur wenig. Die Betreuung von Behinderten fand in der DDR in den früher 80er Jahren noch verbreitet in staatlichen Anstalten statt oder dezentral bei den Kirchen.

Die Begegnungswochen der Aktion Sühnezeichen/Ost in Alt Karin setzten gegen die staatliche Praxis ein Zeichen und praktisch um, was Lothar Kreyssig in seinem Protestbrief vom 8. Juli 1940 geschrieben hat: „Ebenso wie das Vorhandensein solchen hinfalligen Lebens ist es eine, von Gott gegebene, Tatsache, dass es allewege genug Menschen gegeben hat, die fähig waren, solches Leben zu lieben und zu betreuen, wie denn rechte Liebe ihre Größe und den Abglanz ihrer göttlichen Herkunft gerade dort hat, wo sie nicht nach Sinn und Wert fragt. Es ist vermessen, zu beurteilen oder sich darüber hinwegzusetzen, was wohl „lebensunwertes Leben“ für die ewige Bestimmung der Menschen bedeutet, die damit nach den Ordnungen Gottes als Eltern oder Angehörige oder Ärzte oder Berufspfleger verbunden sind.“

Entgiftung, die zweite – Walter Grundmann in der DDR

In: Leserbrief zu Walter Grundmann und „Mit Judenhass vergiftet – Versuch einer Entgiftung“ in der Kirchenzeitung der EKM „Glaube und Heimat“, Oktober 2018

Ich teile mit Martin Holtermann das Interesse an dem geplanten Kunstprojekt der EKM „Mit Judenhass vergiftet – Versuch einer Entgiftung“ aus Anlass der Gründung des protestantischen „Entjudungsinstitutes“ in Eisenach 1939. Ich wünsche dem Projekt Unterstützung und ausreichend Ideen. Und ich wünsche unserer Landeskirche eine intensive Diskussion. Denn der Direktor des „Entjudungsinstitutes“, Walter Grundmann, hat zwei uns betreffende Karrieren beschritten. Eine in der NSDAP-Zeit und eine in der SED-Zeit. Ich habe Walter Grundmann nicht gekannt. Er muss ein charismatischer und fesselnder Lehrer gewesen sein. Er hat Menschen begeistert und geprägt. In der anstehenden Debatte wird es auch darum gehen, wie verdeckt, mit welcher Ideologie, inneren Haltung und mit wem im Bunde er seine zweite Karriere in der DDR betrieb.

Grundmann lieferte – nicht als einziger, aber als exponierter Theologe – in seinen Schriften und mit seinen Aktivitäten bis 1945 theologische Begründungen für den Hass gegenüber Juden und damit für die Vernichtung. Er war Vordenker einer völkischen Theologie und fantasierte von einer totalen Kirche in einem totalen Staat.

Nach 1945 wurden von Walter Grundmann keine Zeugnisse des Erschreckens, der Selbstkepsis oder Reue über seine Aktivitäten in der NS-Zeit und während der Leitung des „Entjudungsinstitutes“ bekannt. Es gab vielmehr Legendenbildungen: Er wollte nur Kirche und Evangelium gegen den NS-Atheismus verteidigen, notfalls mit maximaler, die NS-Ideologie überbietender Anpassung.

1956 ging Walter Grundmann ohne Not auf Angebote des Ministeriums für Staatssicherheit ein und wurde Zuträger, Gutachter und Seilschafter. Mit ihm konnten Stasi und SED die Evangelische Kirche besser unterminieren, spalten und steuern. Als IM „Berg“ nahm er nicht mehr öffentlich – wie in der NS-Zeit –, sondern verdeckt, und erneut mit staatlicher Steuerung den Kampf gegen die Bekennende Kirche und ihre Vertreter auf. Er avancierte zum führenden Kopf des „Weimarer Arbeitskreises“, dem Einflusszirkel für den staatsnahen Thüringer Kirchen-Weg in der DDR. Er war der Pate der hochkirchlichen Stasi-Unter-

wanderung in der Landeskirche. Er war einflussreicher Berater der Evangelischen Verlagsanstalt (EVA) in Leipzig. Autor Grundmann steuerte die Titelproduktion im Sinne der SED sowie seines eigenen Interesses und agierte gegen Autoren aus der Bekennenden Kirche. Die „DDR-Standard-Kommentare“ zu den Evangelien von Walter Grundmann – die ich gern las, weil sie gut geschrieben und Alternativen nicht leicht zugänglich waren – verdanken ihren legendären Ruf auch dem geschickten Zusammenspiel Grundmanns mit Stasi und Obrigkeit. In der Zeit, als Lothar Kreyssig die Aktion Sühnezeichen zur Versöhnung mit den Völkern, die besonders unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten hatten, gründete, schwärzte der „patriotische“ Grundmann die „reaktionäre“ Magdeburger Kirchenleitung um Bischof Jänicke und Präses Kreyssig an.

Dies alles und noch viel mehr steht gegen den bleibenden Eindruck bei vielen Studierenden, die Walter Grundmann als begeisternden Lehrer und begnadeten Didaktiker wahrgenommen haben. Der Eindruck reicht bis in liberale und linke Kreise hinein. Alles zusammen Material und Betroffenheit für notwendige und wieder aktuelle Debatten. Das Ausstellungsprojekt „Entgiftung“ kann dafür ein Auftakt sein. Der Diskurs sollte – wie geplant – die Wirkung Walter Grundmanns nach 1945 mit einbeziehen.

Walter Grundmann wurde kurz vor seinem Ruhestand 1974 der Titel „Kirchenrat“ quasi ehrenhalber zuerkannt. Vier Aufarbeitungsjahrzehnte später und auf Basis erneuter Erkenntnisse sollte der Titel durch die EKM aberkannt werden. Neue Studien belegen, Walter Grundmann erfüllte alle Kriterien, welche die Thüringer Landeskirche 1992 zur Charakterisierung von IMs festlegt hat. Das Gedenken an die Gründung des „Entjudungsinstitutes“ könnte ein geeigneter Anlass für diesen notwendigen Akt sein. Aberkennung allein schafft keine Orientierung. Die EKM ist reich an guten geistlichen wie couragierten Traditionen. So wird am 30. Oktober 2018 dem Ehepaar Johanna und Lothar Kreyssig posthum für ihr humanitäres und christliches Engagement die Auszeichnung „Gerechte unter den Völkern“ der Stiftung Yad Vashem, „Gedenkstätte der Märtyrer und Helden des Staates Israel im Holocaust“, in Berlin verliehen. Das Ehepaar hatte in den Nazi-Jahren auf ihrem Bauernhof über längere Zeit zwei junge jüdische Frauen vor dem Zugriff der Gestapo und dem Abtransport in Vernichtungslager versteckt und ihnen damit das Leben gerettet. Kreyssigs und die jüdischen Frauen fanden sich durch Vermittlung der Bekennenden Kirche.

DIE FLÜSSE TRAGEN AUF IHREN ARMEN DAS LAND

Meditation zum Sommerhochwasser 2002 und Zu 5. Mose Kap. 22. Verse 6 –7

Erschienen in: Erschienen in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, 3/2002, S. 6-7.

Die Flüsse tragen das Land

Nach der Sommerflut an Donau, Mulde und Elbe muss wieder daran erinnert und gesagt werden: Bei aller verheerenden Zerstörung tragen die Flüsse auf ihren Armen das Land. Sie modellieren mit Adern und Fingerspitzen die Landschaften. Mitunter ziehen sie auch mit Hammerfäusten und Schlammschuhen gen Meer. Offenkundiger als im Flachland ist dies im Gebirge zu sehen. Höhenzüge trennen, Bäche und Flüsse verbinden. Gebirge wirken als Barrieren, Ströme als Kulturkanäle. Längs von Rhein, Donau und Elbe besiedelten die Menschen Europa. Flussläufe förderten durch Wagenwege, Binnenschifffahrt und als Ferntrassen frühzeitig Industrialisierung, brachten Wohlfahrt. Die Flüsse tragen das Land. Damit die Flüsse das Land weiterhin tragen können, muss den Strömen nach ihren geologischen Anforderungen Raum gelassen werden. Sonst schlagen sie über die Stränge, wie in diesem Sommer. Das kann grausam und katastrophal für den Einzelnen werden. Die harten Schläge sind aber für uns in Mitteleuropa weder unerkennbares und unabwendbares Fatum noch von höherer Gewalt. Die erfahrene Gefährdung wurde von Menschen verursacht, ist handgemacht und maschinengestützt.

Warnungen über mittelbare und unmittelbare Auswirkungen der planmäßigen Zerstörung der Flussauen und ihrer Wälder waren gegeben. Das Wissen über die tatsächlichen Verläufe alter Flußwege und die Areale der Überschwemmungspolder ist vorhanden. Die Alten kannten Regeln. Die Wissenschaft hatte Konzepte. Trotzdem wurden die Flächen verkauft und bebaut. Nicht erst in der jüngsten Zeit. Den Flüssen wurde der Stauraum der Auen genommen. Sie wurden in zu schmale und zu hohe Deiche gezwängt. Die Flusssysteme wurden übernutzt. Ihre Fähigkeit tragen zu können, schwand weithin. In dem Maße, wie unsere technischen Möglichkeiten wuchsen, sank unser Respekt vor den Gaben und Gefahren der Flüsse, den Verbindungslinien inmitten der Natur.

DIE FLÜSSE TRAGEN AUF IHREN ARMEN DAS LAND

Auch die Achtung vor den anderen Trägersystemen der Erde, den Grundlagen unseres Zusammenlebens fiel weiter ab. Achtungsschwund führt zu Respektlosigkeit. Respektlosigkeit fördert Übermut und Nachlässigkeit, gepaart mit Gewinnsucht wächst daraus Gefahr. Für Grimma und Bitterfeld, wie in Zentralindien und bei den Bauern am chinesischen Jangtsekiang. Dann hat das Schicksal scheinbar leichtes Spiel. Kollektives Vergessen trifft die einzelne Familie.

Zufällig zur Zeit der "Jahrhundertflut" in Mitteldeutschland begann im südafrikanischen Johannesburg der UN-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD). Zehn Jahre nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro sollen Bilanzen aufgestellt werden über die bisher zurückgelegten Meilen und inzwischen schon wieder verworfenen Ziele auf den Wegen nachhaltiger Entwicklungen.

Die Parallelen zwischen dem Hochwasser und diesem Hochamt der UN-Diplomatie sind offensichtlich. Es geht um weltweite Regeln und Konzepte, welche die Tragfähigkeiten unserer weltweiten ökologischen und sozialen Systeme erhalten sollen. Damit nicht alles den Bach runter geht. Zudem: Wasser war auf dem Weltgipfel auch ein wichtiges Thema. Nicht nur zu viel, auch zu wenig Wasser wird für die nächsten Jahrzehnte weltweit prognostiziert. Im Süden wird es vermehrt Wüsten und Konflikte ums knappe Trinkwasser geben; im Norden dafür Überschwemmungen. Eine Hauptursache ist die weltweite Klimaerwärmung aufgrund der CO₂-Emissionen. Hier zu viel – da zu wenig, Turbulenzen an vielen Orten. Der Fortschritt von gestern hielt nicht, was er für heute und morgen versprach. Neue, nachhaltige Entwicklungsschritte sollen in Johannesburg von einer mehrfach zerspaltenen Interessengemeinschaft erneut verabredet werden, damit Leben auf Grundlage von Leben weiterhin entstehen kann.

Jenseits von allem politologischen Zeitgeist wurde vor 2500 Jahren auch gefragt, wie erhält man sein Leben in kargen Gegenden und gefährdeten Zeiten? Im 5. Buch Mose, in einer nomadischen Umwelt findet sich folgende Regel: "Wenn Du unterwegs ein Vogelnest findest auf einem Baum oder auf der Erde mit Jungen oder mit Eiern und die Mutter sitze auf den Jungen oder auf den Eiern, so sollst Du nicht die Mutter mit den Jungen nehmen, sondern Du darfst die Jungen nehmen, aber die Mutter sollst Du fliegen lassen, auf dass Dir's wohlgehe und Du lange lebst." Diese Regel ist praktisch, unromantisch, warmherzig und plausibel zugleich. Sie enthält wichtige Punkte einer Definition über

DIE FLÜSSE TRAGEN AUF IHREN ARMEN DAS LAND

Nachhaltigkeit. Auf deinem Weg – Wanderer – wirst du immer wieder auch auf Ressourcen und Gaben stoßen. Wanderer, du wirst dich ihrer bemächtigen können, denn du bist stärker, für eine bemessene schwer überschaubare Zeit. Du darfst die "Früchte" des Nestes nutzen. Dir ist erlaubt dich zu stärken. Aber bedenke: Nutze so, dass die Gabe und die Ressource sich erneuern kann – Eier legen, Junge erbrüten und Früchte austragen. Das letzte Maß deines Handelns ist nicht dein Hunger, schon gar nicht deine Gier. Das Maß ist die Erneuerbarkeit des Bestandes von dem du im Moment dich nährst. Denk auch an die, die nach dir folgen auf der verdeckten Schnur der nomadischen Karawanenwege zwischen den Dünen und bis hinter den Horizont. Nutzen ist erlaubt, ja, aber lass die Mütter, die Trägersysteme, leben. Erhalte sie, begrenze dich, damit es dir gut geht und du lange lebst auf Erden. Eine Regel zum Maßhalten – für Ertrag und gegen Gewinn. Wo Gewinner sind, trifft man meist auch Verlierer. Nutzung ja, Ausbeutung nein. Solche Regeln sind vor allem in Gegenden von Sinn, in denen es wenig soziale und politische Kontrolle des Stärkeren (des Wanderers, der Menschen) und keinen juristische Schutz der Schwächeren (der Vogelmutter, der Natur) gibt. Also in der Wüste, aber auch beim Welthandel.

Derartige Bauernregeln finden sich in manchen alten Kulturen. Unsere Regel wurde ein wenig geheiligt, sie ist in die Bibel aufgenommen worden. Diese Regel paßt erstaunlich genau zu jener politischen Definition von Nachhaltigkeit, die sich unter hunderten von Vorschlägen am weitesten durchgesetzt hat. Im Bericht der Brundtland-Kommission von 1987 wird Nachhaltigkeit beschrieben als eine Entwicklung "...die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können." Die Botschaft ist deutlich: Erhaltet die Trägersysteme, schöpft aus ihnen, meinetwegen auch aus dem Vollen, aber schöpft sie nicht aus. Um uns selbst und unserer Nachkommen Willen.

Martin Luther hat den christlichen Glauben seinerzeit unter anderem beschrieben als das, was Dich trägt und hält. Und Gott als den, dem man dafür danken kann und soll. Nachhaltigkeit als ein Konzept angestrebter Tragfähigkeit in einer tendenziell instabilen Welt hat auch Bezug zu dem, was einen selbst und persönlich trägt und hält.

Sensibilität fürs eigene gehalten (oder gestoßen) werden, die Erfahrungen des Glaubens, getragen (oder gefallen) zu sein, kann unser Verständnis für die Pflege von Trägersystemen in der Natur, in der Gesellschaft, selbst in der Wirtschaft

DIE FLÜSSE TRAGEN AUF IHREN ARMEN DAS LAND

schulen. Aus Verständnis könnte Achtung, Respekt und Ehrfurcht wachsen. Ehrfurcht treibt Ideenreichtum voran, entwickelt Courage für notwendige Schritte und macht Mut zum weniger. Bei aller praktischen Arbeit der Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit und im Umweltschutz sollte die theologische und spirituelle Herausforderung zwischen "innerer" und "äußerer" Tragfähigkeit bzw. dem "Getragenwerden" gesehen, angenommen und ins Gespräch gebracht werden. Soviel Zeit und soviel Theologie sollte sein. Gerade in einer pluralistischen Gesellschaft, gerade auf dem vermeintlich technischen Feld der Nachhaltigkeit.

Flusswärts – eine Rede

Rede zur Regionalkonferenz im Rahmen des Gesamtkonzeptes Elbe am 23. Mai 2016 im Landesbetrieb für Hochwasserschutz Sachsen-Anhalt (LHW), Magdeburg – Beitrag der Kirchen

Die Flüsse tragen auf ihren Armen das Land ...

und die Menschen wenden sich immer stärker dem Fluss zu. Die Wasserqualität wurde verbessert und die Städte öffnen sich mit Gewinn ihren linearen Schönheiten, so an den Elbtreppen am Domfelsen hier in Magdeburg. Was vor über 1000 Jahren Anlass zur Stadtgründung der Fluss war, trägt heute zur Neufindung bei. Über den Elberadweg und seine hohe Frequentierung erfährt die gesamte Republik von den Besonderheiten und Schätzen dieser Region – gleichermaßen in den Ortschaften wie in der freien Natur verteilt.

Als Vertreter der Kirchen grüße ich sie herzlich von Kirchenpräsident Joachim Liebig, Dessau. Ich bedanke mich, hier sprechen zu können.

Die Berufung ins Beratergremium kam für uns Kirchen überraschend. Sie erklärt sich aber auch durch die vielen Elbekirchentage, die im zurückliegenden Jahrzehnt in Elbeanrainergemeinden wie Hitzacker, Dresden, Coswig/ Anhalt, Hamburg, Meißen oder Magdeburg durchgeführt wurden.

Schaut man in die Geschäftsordnung (GO) des Gesamtkonzeptes Elbe, findet man Begriffe, die uns Kirchen im Elbeengagement immer wichtig waren. Die Kirchen haben beständig auf den Dialog der diversen und kontroversen Beteiligten am Konflikt um die Nutzung der Elbe gesetzt. Und: sie waren mit ihren Elbekirchentagen informell, was eine Chance und keine Last war. „Dialog“ und „informell“ sind gleichfalls gewichtige Begriffe der Geschäftsordnung des Gesamtkonzeptes („Informell“ freilich wird in der GO mit einer „hohen Bindungswirkung“ für das zu erarbeitende Gesamtkonzept charakterisiert).

Ein kleines Kommunikationswunder

Die Beratergruppe erlebe ich bei dieser hochkomplexen Aufgabe mit den vielfältigen und divergierenden Interessen als ein kleines Kommunikationswunder. Nach fast 30 Jahren Misstrauen, gegenseitiger Kompetenzbestreitung und Fak-

DIE FLÜSSE TRAGEN AUF IHREN ARMEN DAS LAND

tenklitterung wird gemeinsam geredet und sich zusammen geredet. Fachlich, formal und wieder fachlich. Den jeweiligen Interessen (und im Hintergrund agierenden Entsendungsgruppen) kommen Argumente in die Quere. Misstrauen relativiert sich. Relativiertes Misstrauen ist noch kein Vertrauen. Aber die Richtung stimmt. Ich hoffe, alle Beteiligten können durchhalten. Die Situation ist einmalig günstig für die Elbe.

Die Kirchen können auch kein Wasser herbeibeten

Sollte dies das Motiv für die Einladung eines Kirchenvertreters gewesen sein, muss ich sie enttäuschen. Aber wir Kirchen können in den Diskurs eintragen und erinnern, dass wir alle als Einzelne, wie als Gesellschaft und ihre Protagonisten, hier also Schifffahrt, Naturschutz, Verwaltung von Voraussetzungen leben, die wir selber nicht geschaffen haben. Das kann uns vorsichtiger und demütiger werden lassen.

Voraussetzungen, die über den Augenblick des jeweiligen Interesses hinausreichen und Voraussetzungen, die wir bewahren sollten für die Generationen, die uns nachkommen.

Bewahren meint nicht verbauen

Das heißt, wir müssen die mittel- und kurzfristigen Maßnahmen darauf prüfen, wie sie den zukünftigen Gegebenheiten des Flusses gerecht werden. Und die Eckpunkte für das Gesamtkonzept (möglicherweise) durch über sie hinausgehende Fernziele ergänzen.

Die Elbe hat im Pleistozän ihre Gestalt erhalten und ist im Anthropozän, der geologischen Jetztzeit – in den letzten 150 Jahren – maßgeblich geprägt worden. Eines der gegenwärtig prägenden Dinge ist der Klimawandel, der die Niederschläge hier verringert bzw. verunregelmäßigt.

Eine Voraussetzung ganz anderer Art, die wir akzeptieren müssen, ist die versiegender Wasserzufuhr durch den mitteldeutschen Braunkohleabbau. Wasser ist ein knappes Gut. Das betrifft die Schifffahrt wie die Auenlandschaften gleichermaßen. Wenn auch auf verschiedene Weise.

DIE FLÜSSE TRAGEN AUF IHREN ARMEN DAS LAND

Keine falsche Furcht vor dem Wilden

Ich plädiere für eine kontrollierte Wildheit in der Kulturlandschaft. Bewahrung der Schöpfung – eines unserer kirchlichen Schlagwörter – kann auch in einer Kulturlandschaft nur erfolgreich sein, wenn das dynamische Naturgeschehen berücksichtigt wird. Ein Stichwort hier ist die kontinuierliche Elbeeintiefung mit multiplen – in der langen Tendenz – irreversiblen Folgen und Schäden (bspw. Gefährdung des Gartenreiches Wörlitz).

An der Elbe ist die Eintiefung und in Folge die Grundwasserabsenkung für große Anrainergebiete ein Ergebnis der menschlichen Eingriffe seit Beginn der Industrialisierung vor gut hundertfünfzig Jahren. Die frühe Industrialisierung war geprägt von materiellen Massengütertransporten. Sie kannte kaum ökonomisch effektive Transportalternativen jenseits des Flusses. Das ist heute aber anders.

Friedrich der Große – wir sind ja hier in Magdeburg in einer alten preußischen Provinz – sagte nach der Trockenlegung der Sümpfe und der Begradigung der Flüsse: dies sei die Eroberung der Barbarei, also der Nichtzivilisation, des Wilden gewesen. Damals mag das modern oder fortschrittlich gewesen sein. Aber heute?

Heute ist gerade die Berücksichtigung natürlicher Prozesse und der Systemleistungen des Flusses sowie die Beachtung der Ökologie als Maßwerk bei politischen Entscheidungen ein Merkmal von Zivilisation, Fortschritt und Modernität (Wohlstand) und nicht von Barbarei.

Das Motto, welches den Hochwasserschutz aufnimmt und über ihn hinauszeigt, den „Flüssen mehr Raum geben“, weist in diese Richtung. Den Flüssen mehr Raum geben, ist „modern“ wie notwendig. Es ist nicht rückwärtsgewandt oder naiv. Eine Revitalisierung in einer Kulturlandschaft kann auch eine Resozialisierung sein und muss nicht als Verwilderung der Landschaft und der Sitten verstanden werden.

Naturnähe als Chance

Ein naturnah fließender Fluss in einer Kulturlandschaft erhält Heimat und schafft Identität. Er fördert als substantielle Zugewinnsgemeinschaft zum Bruttosozialprodukt Tourismus und Gewerbe. Also Arbeit, Bruttosozialprodukt und Lebendigkeit, Tourismus, Freizeitindustrie, Sport und auch Regionalwirtschaft

DIE FLÜSSE TRAGEN AUF IHREN ARMEN DAS LAND

sind – aus meiner Sicht – im Beratergremium unter-, genauer, gar nicht repräsentiert. Eine innovative Sicht fehlt.

Vielleicht ist es etwas zu plakativ wenn ich sage: Die Massengüterlogistik des 19. Jahrhunderts sollte im 21. Jahrhundert durch eine Naturgutlogik abgelöst werden, wollen wir beim aktuellen und zukünftigen Wasserangebot der Elbe einer nachhaltigen Entwicklung Raum geben und nicht immer dem Wassermangel hinterher bauen.

Die Schifffahrts- und Hafenwirtschaft ist mit den Konzepten der „Projektladungen“ und flussungebundener Logistikzentren übrigens dem Motto „Naturgutlogik vor Massengüterlogistik“ schon viel näher, als es der Öffentlichkeit bewusst ist bzw. ihr bewusst gemacht wird.

Ihr Ziel ist ja auch eine planbare und damit ökonomisch stabile Schifffahrt und keine von Trockenheit und Insolvenz bedrohte appellative Riverboat-Ökonomie. Zumal das Anpassen/ Optimieren der Schiffe an die Gegebenheiten des Flusses an mannigfaltige Grenzen stößt. Die ökonomisch vertretbaren Tendenzen in der Binnenschifffahrt – so wurde uns mitgeteilt – gehen in Richtung Schiffstyp „Große Rheinschiffe“. Diese werden aber berechenbar auf der Elbe nicht mehr fahren können (Ein Festhalten in diese Richtung käme einem selbstgewählten Weg in die Sackgasse gleich).

Aus meiner Sicht sollte im Beratergremium die Optimierung des Elbeseitenkanals (ESK) noch stärker erörtert werden. Dessen Ausbau schafft die Voraussetzung für eine den Gegebenheiten angepasste Binnenschifffahrt in der Region und erhält und stärkt den Hafenstandort Magdeburg. Gleichzeitig schafft diese Optimierung Voraussetzungen, sprich Transportentlastungen, für eine ökologische Gestaltung des Flussschlauches und der Auen nördlich von Magdeburg. In der Sprache der Nachhaltigkeit wäre dies eine gelungene Substitution. Ein ökonomisch sinnvoller Ersatz auf der einen Seite bei einem ökologischen Gewinn auf der anderen Seite. Die Chancen für einen naturnäheren und das Wasser länger in den Auen lassenden Flusslauf sollten nicht vertan werden. Ein derartiges Flussdesign käme dem Hochwasserschutz und der rezenten Auenlandschaft sehr entgegen.

Kosten und Konversion für eine größere Transformation?

Aus meiner Sicht sollten in der Beratergruppe wie im Gesamtprozess auch die zukünftigen Kosten der Unterhaltungs-, Umgestaltungs- oder gar Ausbaumaßnahmen je in Szenarien (ökologisch, schifffahrtlich und hochwasserrelevant) gegenübergestellt, diskutiert und bei der Formulierung des Gesamtkonzeptes berücksichtigt werden. Dies könnte auch Planungsszenarien für eine allmähliche Konversion, eine Umgestaltung der Schifffahrtsämter hin zu Behörden der flussnahen, hochwasserrelevanten und ökologischen Erneuerung der Elbe, mit einschließen.

Ein derart langfristiges und neuartiges Konzept wie das geplante Elbegesamtkonzept sollte auch Vorschläge – über den Sicht- und Kulturwechsel hinaus – zum Umbau ihrer administrativen, strukturellen und operativen Einheiten unterbreiten. Damit könnten diese Akteure im Verbund mit anderen Einrichtungen den Gesetzgebungen für eine nachhaltigere Entwicklung (der Wasserrahmenrichtlinie, Natura 2000 und weiteren naturschutzrelevanten Zielstellungen stärker dienen als bisher (Ministerienzuschnitt)).

Diese Behörden könnten Träger eines großen Transformationsprojektes werden, welches dem 21. Jahrhundert angemessen wäre, den Aufgaben des Gesamtkonzeptes entsprechen könnte und – als Nebenwirkung – dem langen Ringen der Natur- und Umweltschützer Respekt erweist.

Noch kurz zu den Binnenschiffern

Ich möchte mir eine Elbe ohne angepasste und veränderte Schifffahrt letztlich nicht vorstellen und ausdenken müssen. Ich hoffe auf die Findigkeit und Flexibilität der Binnenschiffer und ihrer Vertreter (die eine starke Lobby hinter sich, aber auch noch einen langen Weg vor sich haben). Eine Findigkeit, die es erlaubt, dass eine (gewisse) Schifffahrt auf dem naturnahen Fluss Elbe in der Kulturlandschaft in Mitteldeutschland und darüber hinaus möglich sein kann. Wie in anderen Branchen könnten derartig große und strukturelle Veränderungs- und Anpassungsvorgänge durch zeitweise Kompensationen finanzieller Art und somit verträglich begleitet werden. Freilich sollte dies nicht zur Mittelkonkurrenz gegenüber den notwendigen Aufwendungen für die ökologischen Aufwertungen und die Umgestaltung der Elbe führen.

Zum Schluss

Die Flüsse tragen auf ihren Armen das Land und damit die Menschen. Die harten Fronten und Kanten ufern allmählich aus. Die Vertiefung der Konfrontation – in gewisser Weise die kommunikative Sohlvertiefung – ist dank der Gespräche nicht gestoppt, aber verlangsamt. Wenn es nur bei der Elbe so wäre. Neue Wirbel und Wellen sind allerdings nicht ausgeschlossen. Die Elbe und ihre LiebhaberInnen, NutzerInnen, VerwalterInnen sind ein dynamisches System. Die Erfolgsgeschichte des Gesamtkonzepts Elbe ist noch nicht geschrieben und bei weitem nicht umgesetzt. Einige neue Fehlstellen haben sich gezeigt. In meinen Augen ist aber schon ein guter Weg zurückgelegt worden.

Am Fluss des Lebens

3. Sommerinterview 2019

Die Fragen stellte Angela Stoye

Erschienen in: Glaube und Heimat – Kirchenzeitung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Weimar (2019) 01.09.20¹⁹. Nr. 35. S. 3.

Hans Joachim Döring ist herumgekommen in Deutschland und der Welt. Studien- und Arbeitsaufenthalte in Nicaragua, Brasilien, Indien, Tansania und Mosambik gehören dazu. Seit 1997 lebt und arbeitet der promovierte Religionspädagoge in Sachsen-Anhalt und ist Beauftragter für Umwelt und Entwicklung der EKM am Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum in Magdeburg. Angela Stoye sprach mit ihm über den Konziliaren Prozess und ob die Themen von damals auch die von heute sind.

Herr Döring, Ihr Berufsleben ist eng mit dem Konziliaren Prozess verbunden. Wie kam es dazu?

Globale Fragen und Ökumene haben mich früh interessiert. Von 1980 bis 1986 arbeitete ich als Jugenddiakon an der Leipziger Thomaskirche. Mit Kollegen habe ich im Herbst 1982 die Friedens- und Montagsgebete an der Nicolaikirche als kontinuierliche Angebote etabliert. Die Initiative ging von der Jungen Gemeinde (JG) in Leipzig-Probsteida. Fortan trafen sich wöchentlich in der Nicolaikirche meist Mitglieder aus den Leipziger JG's. Später stiegen dann Pfarrer Christan Führer und Christoph Wonneberger ein. Die Pastoren waren zurückhaltend. Die Schirmherrschaft der anfangs umstrittenen Gebete hatte Superintendent Friedrich Magirius. Als Ende 1988 der große Zulauf einsetzte, war ich dann in Berlin.

Inzwischen ist das über 30 Jahre her. Was denken Sie rückblickend?

Wie schnell 30 Jahre vergehen. Ich war 1989 Mitte 30. Im Vergleich zu früheren Jubiläen der Friedlichen Revolution fällt mir auf: die Diskussion ist heute schmerzhafter und notwendiger zugleich. 2009 oder 2015 befand sich ein Großteil meiner Generation noch aktiv im Berufsleben. Jetzt sind viele im oder kurz vor dem Ruhestand. Da wird Bilanz gezogen. Es ist nicht mehr viel zu gestalten. Da setzt Ernüchterung ein, mitunter Verbitterung. Hinzu kommen die heute viel komplexeren

globalen Verflechtungen, auch mehr Wohlstand, genauer: verbesserte Lebenssituationen für viele bzw. weniger Armut weltweit, meist auf Kosten der Natur. Und hier in Deutschland die verdeckten und sich verschärfenden Spannungen zwischen „arm“ und „reich“, die sich auch als Ost-West-Differenz lesen lassen. Von Unbehagen bis Zorn reicht dann die Skala wegen Auskommensängste bei den einen und ungetrübter Zukunftssicherheit bei den anderen, je nach Vermögen, auf das sie zugreifen können. Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen sind der Untertext.

Eine Besonderheit im Osten ist auch eine Sukzession der unerfüllten Versprechen und ihre großzügige Annahme. Der ideologische Sozialismus in der DDR trat inmitten seiner offenen und verdeckten Parteidiktatur auch als Zukunftsversprechen an. Gemeinsam – was freilich nicht mit Diskurs und Konsens, sondern durch Ausschluss definiert wurde, schaffen wir eine sichere und sonnige Zukunft. Zum Vorteil für eine breite Mehrheit und vernünftig, weil – mit weniger Konkurrenz. Das eher peinliche „besser als der Westen sein wollen“ spielte bis Mitte der 70er Jahre – außer bei den Funktionären – keine große Rolle. Die notwendige Erosion des ungedeckten Zukunftsversprechens bekam bis 1989 eine große Dynamik und führte zum Zusammenbruch der DDR. Mit der BRD, die auf diesem Weg zu Deutschland wurde¹, hatte sich erst ein Notausgang für die Ausreisenden und mit dem zwangsläufigen Mauerfall dann ein neues Zukunftsversprechen gefunden. Die Kohl'schen „Blühenden Landschaften“ vom Dezember 1990 traten an die Stelle des früheren DDR-Zukunftsversprechens, nun in einer sich im Galopp globalisierenden Welt. Der scheinbar kleine Schritt vom „Wir sind das Volk“ zum „Wir sind ein Volk“ überspielte in Sprechchören die Unsicherheiten und suchte national-ökonomischen Geleitschutz in unübersichtlichem Gelände.

Den fanden die Osteuropäer in Rückgriffen auf ihre verhinderte und nun erneuerte Nationalstaatlichkeit. Bei all diesen Staus und Aufbrüchen fehlten die Zeit und die Kräfte, um in der Breite zu erklären und politische Mehrheiten zu gewinnen, dass ein Wechsel von einem System in ein anderes noch kein Systemwechsel ist.² Der fehlgeschlagene und lahme Wachstumspfad des „Sozialismus“ wie der attraktivere und offensichtlich erfolgreiche Wohlstandspfad des „Kapi-

1 Merkpunkt: Die „Deutschlandwerdung“ ist ein Geschenk der DDR-Implosion, Ein „Zweites Versailles-Spiegelsaalereignis“ fand sozusagen auf Grund der von Devisen ausgekehrten Banktresoren des DDR-Staates und den leeren Kontoständen der Exportbetriebe statt.

2 So oder so ähnlich ggf. schon von Heino Falcke gesagt, gehört. Zudem ggf. Passage über billige und unbillige Erwartungen (Erwartungskritik) und deren willfähige bis fahrlässige Bedienung und Beheizung einfügen.

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

talismus“ zerstörten die Voraussetzungen – nicht nur in der Natur, aber vor allem da – die beide nicht selber geschaffen haben. Unsere Produktions- und Lebensweise ist toxisch. Sie schädigt uns am langen Ende, was mit der Klimaveränderung massiv gegenwärtig ist. Die Bundesdeutschen Grünen plakatierten im Wahlkampf 1990 „Alle reden von Deutschland – wir reden vom Klima“. Das war trotzig und empathiefrei für die Wähler, zumal im Osten und unhistorisch. Es hatte aber einen wahren Kern. Der muss nun, freilich mit erheblicher Verzögerung, dringlich nach-diskutiert werden.

Vor dem Berliner Mauerfall fand der Konziliare Prozess statt. Welche Erinnerungen verbinden Sie mit den Jahren davor?

Ab 1987 war ich Geschäftsführer des ökumenischen Netzwerkes INKOTA beim Kirchenbund in Berlin. Schon in meiner Leipziger Zeit hatte ich mich mit „Zwei-Drittel-Welt-Fragen“, wie man damals noch sagte, befasst. Das Netzwerk hatten Menschen und Gruppen aus dem Umkreis von Präses Lothar Kreyssig 1971 in Halle gegründet. Basisgruppen, wie wir damals sagten, haben die Ökumenische Versammlung (ÖV) für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung mit geprägt. Für diesen Prozess wurde ich als Berater 1987 in den Vorbereitungsausschuss berufen und war bei den drei Versammlungen zwischen Februar 1988 und April 1989 in Dresden und Magdeburg dabei. Übrigens: Der Startaufruf „Eine Hoffnung lernt, geht mit“, der mit über 10.000 Eingaben und Vorschlägen für die ÖV beantwortet wurde und der unter den repressiven DDR-Bedingungen ein partizipatorische Feuerwerk war, wurde im April 1987 hier im Magdeburger Konsistorium der EKMPs von Erika Drees, Christoph Ziemer und Heino Falcke vorgestellt. Ich sehe in der diesjährigen Petition der EKM für ein allgemeines Tempolimit 130 auf Autobahnen eine Enkelin des konziliaren Prozesses: Kirche thematisiert, was andere sich zu thematisieren nicht trauen bzw. wo es staut im gesellschaftlichen Progress. Der Konziliare Prozess wurde stark von Persönlichkeiten aus Mitteldeutschland gestaltet. So auch von Hans-Jochen Tschiche. Er gründete 1983 das Basis-Seminar „Frieden Konkret“. Im gleichen Jahr wurde auf der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in kanadischen Vancouver nach einem von Heino Falcke eingebrachten Antrag der Konziliare Prozess gestartet. Bis zum Mauerfall waren es noch 6 Jahre. Eine Legislatur nur. Christen in der DDR traten in ökumenischer Weite der staatlichen Enge entgegen und verließen argumentativ den zugewiesenen innerkirchlichen Raum. Das Evangelium und die Rede von DEM, der Himmel und Erde gemacht hat, wurde politisch, interessant und brisant.

Doch dann haben sich die Ereignisse überschlagen ...

Durch den „plötzlichen“ Mauerfall schwappte viel Neues in den Osten. Sozial-ethisch und global betrachtet waren es letztlich überholte Konzepte. Alter Wein in neuen Schläuchen. Die freilich waren erfolgreich und mehrheitsgestützt. Der Konziliare Prozess war ein Labor, und plötzlich waren die Fenster weit auf und alles flog durcheinander. Der schlafende Riese, das Volk stand auf und artikulierte seine diversen Interessen. In seiner Weltaneignung nicht mehr durch die SED-Herrschaft behindert, wurde herzlich nachgeholt, schamlos befeuert von der Markt- und Marktdynamik. Die Ideen des vorausdenkenden konziliaren Prozesses unterlagen für einige Jahrzehnte dieser nachholenden Entwicklung. Nun liegen vergleichbare Probleme dringlicher denn je auf der Hand, bestimmen die Agenda und zeigen die Aktualität des Konziliaren Prozesses.

Viele Probleme von damals scheinen nicht gelöst zu sein, sondern sich verstärkt zu haben. Wie sehen Sie das?

Wir haben 30 wertvolle Jahre verloren. Nicht nur in der Klimafrage, aber zurzeit vor allem da. Beim Schwund der Tierarten oder bei Fragen eines naturverträglichen Wachstums, zur Chancengerechtigkeit und Vermögensverteilung fehlen tragfähige Antworten. Es gibt Handlungsstau, weltweit wie national. Wer will, kann Ähnlichkeiten zum Ende der DDR sehen: Stagnation statt Handlungsoptionen und Umsetzungsschritte. Verharren im engen Weiter statt Veränderung in akzeptierten Leitplanken. Durch Medien und Wissenschaft werden wir heute viel härter mit den Langzeitfolgen unserer Lebens- und Wirtschaftsformen konfrontiert. Da kann Ratlosigkeit aufkommen, das kann Zuversicht rauben. Das gute Lutherische: „Es ordnet sich unter dem Tun“, also das Vertrauen, dass unsere Lebensverhältnisse sich erhalten und angemessen entwickeln, wenn wir die Regeln guter Praxis einhalten, ist stark verunsichert oder auch vollständig in Frage gestellt, nicht nur bei Experten oder Jugendlichen, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft. Das ist neu. Im konziliaren Prozess zu DDR-Zeiten hatten wir die Hoffnung, schon im Benennen der Probleme liegt auch das Bannen. Faktengenauigkeit, Argumente, konkrete Vorschläge und Wahrhaftigkeit könnten Erstarrung und Parteidiktatur auflösen. 1989 war eine euphorische, lebendige Zeit, auch weil die SED-DDR-Umgebung scheintot war. Heute, in einer offeneren Gesellschaft, wo alle möglichen Vorschläge auf dem Tisch liegen und nach Mehrheiten und Umsetzung suchen, braucht Zuversicht mehr Kraft. Es ist ein guter Job, diese Kräfte mit zu mobilisieren.

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

Stichwort Klimawandel: Der wird besonders heftig bestritten. Wie ist Ihre Meinung?

Die Klimaleugner werden lauter und weniger. Früher saßen sie in mehreren Parteien, heute vielfach in der AFD. Die Lösungswege in der Politik nähern sich an. Spannungen bleiben. Veränderungen in Produktions- wie Lebensweisen sind notwendig und meist lästig. Gewohntes hat seine Wucht, Lobbygruppen zu viel Spielraum. Die Klimafrage – wie vor drei, vier Jahre die Migrationsdebatte – politisiert. Das finde ich o.k. Neben dem Trommeln der rechten Patrioten gibt es ein pffiffiges Aufwachen hin zu ökologischen Politik- und Gesellschaftsvarianten. Die Schülerdemos von „Fridays for Future“ brachten milden zivilen Ungehorsam unter uns. Sie bewirkten mehr als nationale Aufmärsche. Analogien zu „Schwerter zu Flugscharen“ gibt es. Papst Franziskus hat den Klimagegnern einen speziellen Brief, die Enzyklika „Laudato si“ geschrieben. International wurden 2015 von den Vereinten Nationen mit 187 Unterzeichnerstaaten die „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ bzw. Sustainable Development Goals (SDGs) verabschiedet. Sie bilden die ökumenische Trias Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ab und nehmen uns Industrienationen mit den Schwellenländern in die Pflicht. Entwicklung beginnt bei uns!

Dieses SDG-Themenspektrum ist auch für unsere Landeskirche relevant. Als Flächen-, Gebäude- und Mitarbeiterbetrieb lassen sich für uns „konziliare“ Ziele daraus ableiten. So bei der Ökologisierung der Landwirtschaft, dem Naturschutz der Mobilität und der ökumenischen Solidarität mit Christen und Kirchen in Übersee. Insgesamt bin ich heute gelassener als noch vor drei, vier Jahren. Zeitweilig dachte ich, dass mein Berufsweg durch die Lautstärken rechter Kravallkultur in Frage gestellt wird. Die Gefahr ist nicht vorm Tisch, aber ich bin optimistischer.

Ein weiteres Stichwort: Elbe. Sie gehören als Vertreter der Kirchen dem Beratergremium für das Gesamtkonzept Elbe (GKE), getragen vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und vom Bundesumweltministerium an. Wie geht es Ihnen damit?

Ich sitze da zwischen allen Stühlen. Zwischen Wirtschafts-, und Umweltverbänden, Bund und Ländern. Man wollte einen Kirchenvertreter, weil man in Berlin die inzwischen 10 Elbekirchentage schätzen gelernt hat, die vermittelnd zwischen verhärteten Fronte agiert haben. Nun ist die Gleichrangigkeit von Verkehr und Ökologie beschlossen. Das klingt paradox, weil es ja kaum noch Güterschifffahrt auf der Elbe gibt. Aber das Verkehrsministerium sitzt auf dem Geld

und den Gesetzen. Somit ist es ein Teilerfolg. Im Bild gesprochen geht es um den Umbau einer praktisch nicht mehr genutzten Autobahn zu einer Art Radweg. Nun kommt die extreme Trockenheit hinzu. Das Konzept des Ausgleichs von Ökonomie, sprich Schiffart und Ökologie – verabschiedet 2017 – könnte hinfällig werden, bevor es begonnen wurde.

Und wie soll es Ihrer Meinung nach mit dem Fluss weitergehen?

Die Gefahr so langer Trockenperioden ist in dieser Drastik nicht gesehen worden. Nun sinkt der Grundwasserspiegel enorm. Den Altwässern und den Auen fehlen zurzeit 80 bis 150 Zentimeter Wasser. Der schöne Satz: Die Flüsse tragen auf ihren Armen das Land steht in der Gefahr, nicht mehr göltig zu sein, wie die Wälder, zumal die deutschen, gegenwärtig nicht mehr trösten.

Das Gartenreich Wörlitz ist gefährdet. Setzungserscheinungen mit Rissen in Häusern häufen sich. Das Wasser muss mit hydrologischen Maßnahmen im Fluss und in den Auen gehalten werden. Die Elbe darf sich nicht weiter Eintiefen und muss langsamer strömen.

Sie wohnen selber in einem Dorf in der Elbaue bei Magdeburg. Warum haben Sie sich gerade das ausgesucht?

Ich bin am Fluss aufgewachsen, in Sachsen. Nach den Berliner Jahren bin ich in die Landschaft meiner Kindheit zurückgezogen. Kindheitsmuster. Aue und Fluss bilden eine Kompromisslandschaft. Sie ist geprägt von ungezähmte Kräfte und den Versuchen der Bändigung durch Deiche und zunehmend wieder mehr Raum für Flüsse. Ich kann mit meiner Familie ziemlich pur in der Natur leben, mit dem Vorteilen einer mittleren Stadt in unmittelbarer Nähe. Da ist viel zu beobachten übers Jahr in der weiten Landschaft und am Vogelzug. Die Schwäne singen und die Gänse setzen den Keil an.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING



Zur Person: Hans-Joachim Döring

Geboren 1954 in Dahlen, Sachsen; 1973 Geologie-Facharbeiter mit Abitur; ein Studium der Geologie, Hydrologie oder Biologie wurde verweigert, 1975–1999 Studium der Evangelischen Kinder- und Jugendarbeit in Moritzburg bei Dresden, Dipl. Religionspädagoge; 1980–1986 Jugenddiakon an der Thomaskirche in Leipzig, 1982 Mitinitiator der Friedens- und Montagsgebete in der Nikolaikirche Leipzig; 1987–1996 Geschäftsführer des ökumenischen Netzwerkes INKOTA beim Bund der Ev. Kirchen (BEK), Berlin; 1988/89 Berater bei der Ökumenischen Versammlung / Konziliarer Prozess; 1989 gemeinsam mit Dr. Walther Bindemann Initiator des Entwicklungspolitischen Runden Tisches;

1992 – 1996 Vorsitzender des Gründungsausschusses und Geschäftsführer der Stiftung Nord-Süd-Brücken; 1997–2003 Inhaber der Fachstelle Umwelt und Entwicklung am Kirchlichen Forschungsheim Lutherstadt Wittenberg (KFH); 1996–1998 Gutachter der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, seit 2004 Beauftragter für den Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) und seit 2009 gleichzeitig Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM); 2007 Promotion zum Dr. phil. an der Technischen Universität Berlin; seit 2008 Vorstandsvorsitzender der ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit – Mitteldeutschland; 2009 Gründung des Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrums der EKM, Leitung von 2009 bis 2014 und Mitglied des Landessynode der EKM, Vorsitz des Sozialethischen Ausschusses; 2010 – 2016 Mitglied der Kammer für Nachhaltige Entwicklung des Rates der EKD; Mitherausgeber der „Briefe“ des KFH; seit 2015 Berufung durch die Bundesministerien für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und Umwelt (BMU) zum Berater im Gesamtkonzept Elbe (GKE); 2016–2108 Ausbildung zum Wirtschafts- und Umweltmediator (IHK-Zertifikation). Verheiratet, lebt mit seiner Familie bei Magdeburg.

Bibliographie

Monographien:

1. Kommentierte Bibliographie zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und entsprechenden Unterrichtsmaterialien in der DDR und den Kirchen in der DDR 1970 bis 1990, im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)/Bonn-Berlin, 1994, als Manuskript gedruckt. Gemeinsam mit Heuer, Wolfgang 120 S.
 - 1.b Bibliographie zur entwicklungspolitischen Bildungs,- Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen und staatlichen Stellen in der ehemaligen DDR. Erweiterte und ergänzte Ausgabe von 1. Bonn-Berlin 2004. Druckfassung. 82 Seiten.
2. Es geht um unsere Existenz – Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Äthiopien und Mosambik, Ch. Links-Verlag, Berlin, Reihe: Forschungen zur DDR-Gesellschaft, November 1999, 352 S.
 - 2.b. Es geht um unsere Existenz – Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Äthiopien und Mosambik, Ch. Links-Verlag/Berlin, Reihe: Forschungen zur DDR-Gesellschaft, März 2001, 2. unveränderte Auflage, 352 S.

Herausgeber:

3. Nachhaltigkeit als ethische Herausforderung – eine ökumenische Lesemappe, Hrsg.: Hans Diefenbacher, Hans-Joachim Döring, Markus Vogt, Don-Bosco-Verlag, Benediktbeuern, 2001
4. Globalisierung der Nachhaltigkeit oder nachhaltige Globalisierung? Tagungsband, Hrsg.: Jürgen Hambrink, Hans-Joachim Döring. Verlag Justitia et Pax, Berlin-Bonn 2001.
5. „Wasser heilt Wunden“, Tagungsband über eine Mediation zur Ausweisung eines Biosphärenreservates in der Bergbaufolgelandschaft Bitterfeld, Hrsg.: Jörg Göpfert, Hans-Joachim Döring, Lutherstadt Wittenberg 2001, 75 S.

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

Manuskriptdruck der Ev. Akademie Sachsen-Anhalt und des Kirchlichen Forschungsheimes.

6. „Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen – Wittenberger Memorandum“, Tagungsband und Dokumentationssammlung, Hrsg: Hans Diefenbacher, Hans-Joachim Döring. Epd-Dokumentation 30/2002
7. „Freundschaftsbande und Beziehungskisten“. Die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik, Hrsg.: Hans-Joachim Döring / Uta Rüchel, Brandes & Apsel Verlag GmbH Frankfurt /M. 2005

Zeitschriftenaufsätze:

8. Drei Tage zur Zweidrittelwelt- Ein Bericht aus Leipzig, in: der Sonntag – Gemeindeblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, (Nr. 28/83) 1. 5.1983
9. Wir sind Euer böses Gewissen- Zum Gedenken an Sophie und Hans Scholl, in Der Sonntag – Gemeindeblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Dresden. 02/1983
10. „Der beste Gottesdienst der Magd ist das Melken der Kuh ...“ Pädagogische und -didaktische Bemerkungen zum Thema Arbeit für die Evangelische Jugendarbeit, in: Bibelhilfe für die Kirchliche Jugendarbeit, Reihe: A-1. Hrsg. für das Burckhardt-Haus Berlin-Potsdam von Heidrun Elliger und Gertrud Hegermann. Evangelische Verlagsanstalt Berlin, 1984, S. 122-126.
11. Ein Liebhaber des Friedens – Carl von Ossietzky 1989 – 1938, Methodik und Material für ein Lebensbild, in: Bibelhilfe für die Kirchlichen Jugendarbeit, Reihe: A-1. Hrsg. für das Burckhardt-Haus Berlin-Potsdam von Heidrun Elliger und Gertrud Hegermann. Evangelische Verlagsanstalt Berlin, 1985, S. 73-82
12. Im weiten Feld – neue Spiele für große Gruppen und Massen im Freien. Methodische Anmerkungen und Beispiele, in: Bibelhilfe für die Kirchlichen Jugendarbeit, Reihe: A-1. Hrsg. für das Burckhardt-Haus Berlin-Potsdam

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

von Heidrun Elliger und Gertrud Hegermann. Evangelische Verlagsanstalt Berlin, 1986, S. 110-115

13. Wir haben es satt, daß andere hungern! Zur Arbeit der Zwei-Drittel-Welt-Gruppen in der DDR, in: der Überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, S. 19-24, 3/1988
14. Freiheit statt Bindung? in: Durchgesehen - Glaubensbuch für junge Leute. Hrsg. für den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR von Christoph Dieckmann, Evangelische Verlagsanstalt Berlin. 1989, S. 35-40
15. Arbeit statt Leistung? in: Durchgesehen - Glaubensbuch für junge Leute. Hrsg. für den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR von Christoph Dieckmann, Evangelische Verlagsanstalt Berlin, 1989, S. 42-46
16. Eine Hoffnung lernt gehen - Der konziliare Prozess in der DDR, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, S. 72-74, 3/1989
17. Die Rolle des entwicklungspolitischen Runden Tisches in der DDR, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, S. 72-75, 2/1990
18. Klasseninteressen statt Solidarität? in: Der alternative Berlinführer, Stattbuchverlag, Berlin 1993 S. 45- 49
19. Wir haben es immer noch satt, daß andere hungern - zum 25. Jahrestag des INKOTA-netzwerkes, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, S. 83-85, 3/1996
20. Sohlensensibel ins neue Jahr „Konzept Ökologischer Fußabdruck“, Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch - Erde, Wittenberg, Heft 45 (KFH), S. 13-15, Winter 1997
21. Leipziger Legenden - Erinnerungen an die Anfänge der Friedensgebete am Montag 1982 in der Nikolaikirche von Leipzig (1999), in Die Zeichen der Zeit - Lutherische Monatshefte. Hannover, 11/99. S. 36-38

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

22. Lothar Kreyssig: Richter – Bauer – Kirchenmann – Rez.: Zur Biographie des Gründers der Aktionsgemeinschaft für die Hungernden (AfH) und der Aktion Sühnezeichen von Konrad Weiß, in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde, Wittenberg, Heft 48 (KFH), S. 33-37, 1998.
- 22.b wiederabgedruckt in: INKOTA-Brief/Berlin Nr. 4/98, S. 24-26
- 22.c wiederabgedruckt in: Querbrief – Organ des Weltfriedensdienstes, Berlin, Nr. 1/99, S. 8 – 11
23. Landhof Schöneiche – ein soziales und ökologisches Wohnprojekt auf Kirchenacker, in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde, Wittenberg, Heft 48 (KFH), S. 11-16, 1998
24. Erlassjahr 2000 in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde, Heft 50 (KFH), S. 19-21, März 1999
25. Ein teuflisches Erbe aus DDR-Zeit für die Entwicklungsländer, in: Publik-Forum/Oberursel Nr. 7/99, S. 38
26. Zehn Jahre danach. Wer soll den Mund aufmachen, wenn nicht die Kirchen? Ostdeutsche Christen erinnerten in Wittenbergs Stadtkirche an die Ökumenische Versammlung der DDR, von Markus Decker in: Mitteldeutsche Zeitung, Halle-Wittenberg, 30. April 1999, S. 3
27. Weitersehen – Nachhaltige Entwicklung ist die Voraussetzung für eine Zukunft in Zuversicht, in: Die Zeichen der Zeit – Lutherische Monatshefte/Berlin-Hannover, 5/99, S. 8 – 10
- 27.b wiederabgedruckt in: Nachhaltigkeit als ethische Herausforderung – eine ökumenische Lesemappe, hrsg.: Hans Diefenbacher, Hans-Joachim Döring, Markus Vogt, Don-Bosco-Verlag, Benediktbeuern, 2001, S. 5-7.
28. Durch Solidarität zur Verschuldung? – Zum Ursprung und zum Umgang der Bundesregierung mit Ex-DDR-Forderungen gegenüber afrikanischen Ländern, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, 3/1999, S. 86-92

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

29. Schulden aus der „sozialistischen Bruderhilfe“ der Ex-DDR, in: Globalisierung der Solidarität. GKKE-Erklärung zum Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln. Bonn 1999, S. 22- 26.b Nachdruck in: epd-Entwicklungspolitik/Frankfurt, 13/14/99, S. 46-48
30. Arbeit Plus mit einigem Minus. Zur Initiative der EKD, in: epd-Entwicklungspolitik 15/16/99, S. 53f.
30.b wiederabgedruckt in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg, 25.07.1999, S. 15
31. Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit, in: Ist die Hoffnung gegangen? Dokumentation „Ökumenische Tagung zu 10 Jahre Texte der Ökumenischen Versammlung in der DDR“ vom 16.-18. April 1999 in Dresden, Hrsg. Ökumenisches Informationszentrum Dresden, S. 88f
32. Ein Siegel soll der Ansporn sein, in: Der Sonntag, Dresden, Nr. 32, 8. August 1999, S. 9
33. Zur Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Äthiopien und Mosambik unter besonderer Berücksichtigung der Außenwirtschaftsbeziehungen, Studie für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur“, in: „Das geteilte Deutschland im geeilten Europa“ Band VIII, Folge 2 der Materialien der Enquete -Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“, Hrsg. Deutscher Bundestag, (NOMOS) Wiesbaden/Frankfurt/M., S. 997-1168, 1999
34. Montagsalarm im Politbüro - Erinnerungen an die Anfänge der Friedensgebete in St. Nikolai zu Leipzig, in: Die Zeichen der Zeit – Lutherische Monatshefte/Hannover 11/99, S. 36-38
35. Die ersten Jahre der Friedensgebete in St. Nikolai zu Leipzig, in: Der Sonntag, Dresden, S. 6-7, Sonderausgabe zur EKD-Synode in Leipzig, 5. November 1999

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

36. Profil im Vakuum? – Zur Arbeit des Entwicklungspolitischen Runden Tisches 1994-1999“, INKOTA-Brief, Berlin, 1/2000, S. 24-27.
- 36.b Profil im Vakuum? Erinnerungen an den ERP (1990) der DDR im Übergang Nachdruck in: epd-Entwicklungspolitik 7/2000, S. 53-57
37. Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: Vom Profil im Vakuum, in: Noch die internationale Solidarität? Ansichten und Informationen zu Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik, Hrsg. Matthias Weiter (BMZ/DSE/NSB), Berlin 2000, S. 19-36
38. Sustainability und Ökumene, in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch - Erde, Heft 54 (KFH) 1999, S. S 26-30
- 38.b wiederabgedruckt in: Nachhaltigkeit als ethische Herausforderung – eine ökumenische Lesemappe, hrsg.: Hans Diefenbacher, Hans-Joachim Döring, Markus Vogt, Don-Bosco-Verlag, Benediktbeuern, 2001, S. 29-34.
39. Wieviel Geschichte braucht die Zukunft? 30 Jahre INKOTA-Netzwerk, in: INKOTA-Brief, Berlin, 3/2001, S. 32-36
40. Energie vom Chef selbst. Kleine Beobachtungen zum Weltklimagipfel in Bonn, in: Forum. Kirchliches Umweltmagazin, Düsseldorf 63/2001, S. 9-11
41. Bericht von der Weltklimakonferenz Juli Bonn 2001, in: Forum zu Umweltfragen. Düsseldorf 3/2001, S. 14-15
42. Wattwandern zum Währungswechsel, in: Dankschrift für OKR Klaus Wilkens. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden, Bonn 2001, S. 12-18
43. Johannesburg 2002 wirft lange Schatten voraus. Start der deutschen NRO-Kampagne, in: INKOTA-Brief 4/2001, Berlin, Dezember 2001, S.41
41. Vor Johannesburg schlecht? Nach Johannesburg besser. Zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im Sommer 2002, in: Ökumenischer Informationsdienst, Frankfurt/M. 3/2002

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

- 41.b wiederabgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2002, Bonn
42. Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen? Bericht von einer Tagung in: Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn, 3/2002
43. Es begann 1713. Zu den ökumenischen Wurzeln des Begriffs Nachhaltige Entwicklung, in: INKOTA-Brief, Berlin, 6/2002, S. 32f
44. Von Rio nach Johannesburg. Ein kleiner Rückblick zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im Sommer 2002, in: Forum. Kirchliches Umweltmagazin, Düsseldorf 65. 2/2002, S. 19-21
45. Nationale Nervosität in der Vorbereitung des Weltgipfels in Johannesburg, in: Forum. Kirchliches Umweltmagazin. Düsseldorf 65. 2.2002, S. 29-32
46. Die Kirchen wollen ein Beispiel geben, Publik-Forum Nr. 15, 2002, S. 21.
47. Brot für die Welt oder Weizen in den Ofen? Respektive: Könnte das Verheizen von Weizen im Norden ein Vorteil für den Süden sein? Erde, Heft 61 - Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde
48. Heute vor 20 Jahren fand das erste Friedensgebet in der Nikolaikirche statt. Interview mit H.-J. Döring. „Das war der Anfang der Wende“, Bildzeitung, Ausgabe Leipzig 16.9.2002, S. 6
49. Die Flüsse tragen das Land, Meditation über 5. Mose 22,6 und 7 in: der Überblick 3/2002, S.117f.
- 49.b Nachdruck in: BRIEFE im Konflikt Mensch-Erde Nr.65, S. I-IV
50. Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen. Gemeinsames Vorwort mit Eberhard Hitzler und Jörg Göpfert, in: epd-Dokumentation 30/2002, S. 2
51. Begrüßung und Einführung in die Tagung „Von Rio über Johannesburg nach ...“, in: epd-Dokumentation 30/2002, S. 23-25
52. Trotz allem: Von der nachhaltigen Entwicklung zu entwickelten Nachhalt-

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

tigkeit. Eine Rezension in: BRIEFE im Konflikt Mensch-Erde Nr.65, S. XXIV-XXVII

53. Die Flüsse tragen auf ihren Armen das Land. Gedanken zum Jahrhunderthochwasser 2002, Die Kirche 17.08.2003.
54. Durch die Macht des Schicksals? Zum Tod des DDR- „Kronprinzen“ Werner Lamberz und von Paul Markowski vor 25 Jahren, epd Entwicklungspolitik 06/2003.
54.b Volksstimme Magdeburg 15.02.2003
55. Von Fremden und Freunden, Landolf Scherzer, Mosambik-Rundbrief Nr. 61
56. Wo liegt Mitteldeutschland? Ein lange verpönte Begriff kommt zu neuen Ehren, Die Kirche, Magdeburg-Leipzig, 01.02.2004
56.b Glaube + Heimat, Weimar 04.02.2004
57. Ein deutliches Zeichen für gelebtes Christsein. Weltladen hat zur 2. Sächsischen Landesausstellung die Aktion „Torgau trinkt fair“ gestartet. Die Kirche, 11.04.2004
58. „Das Krokodil aus der Kalaschnikow oder DDR-Export; Schwerter zu Pflugscharen“, Rundbrief der AKJA 02/2004, S. 30
59. Freundschaftsform Ökonomie - Freundschaftsbande und Beziehungskisten II, Mosambik-Rundbrief Nr. 64 08/2004
60. Mama Renata, Gespräch mit Renate Romberg über 30 Jahre Partnerschaftsarbeit mit Mosambik, Mosambik-Rundbrief Nr. 65 in 12/2004, S. 34
61. Befreiung durch Entwicklung? Die Entwicklungsdiskussion im Ökumenischen Rat der Kirchen von 1968 bis 1991 von Kurt Zaugg-Ott, in: der Überblick 4/2004, S. 113.
61.b auch: INKOTA-Brief 4/2004, S. 48,49

62. PartnerInnen in der Partnerschaftsarbeit? Kirchengemeinden und Kommunen in der Eine-Welt-Arbeit. In: Dialog Global. Nr. 12. Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. Bonn 2005 S. 52-59
63. Frisst die Revolution ihre Kinder? Zur Diskussion: Scheinbar gibt es bei Bischofswahlen keine Kandidaten mit ostdeutschen Lebenswegen, in: Ev. Wochenzeitung „die kirche“, Berlin, Heft 19, 03.05.2009
64. Protestantisches Profil oder ökumenische Weite, in: INKOTA Brief – Das-Nord-Süd-Magazin, Berlin. 03/2011. S. 32-36
65. Vierzig Jahre und einige mehr- Anmerkungen zur Geschichte des INKOTA-netzwerkes im 40. Jahr, in INKOTA Brief – Das- Nord-Süd-Magazin, Berlin. 05/2011
66. Bericht zum Jahrtausendhochwasser an der Elbe 2002, in der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg, 3/2002, S. 6-7
67. 300 Jahre Nachhaltigkeit: Prinzip Nachhaltigkeit – auf das dir's wohlgehe und du lange lebest in: BRIEFE zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde Nr.109, 4|2013, S. 3-6
 - 67b. Prinzip Nachhaltigkeit - Vor 300 Jahren wurde es in Mitteldeutschland auf die Spur gesetzt, in: Glaube und Heimat – Kirchenzeitung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Weimar (2013) 31.03.2013, S. 3
68. Erprobung eines niederschweligen Energiemanagements in Gemeinden der EKM mit Unterstützung des Grünen Datenkontos, in BRIEFE zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde Nr.112, 3|2014, S. 17-23
69. Eine bessere Welt ist pflanzbar! Zum Aufbau eines Obstraritätenpfades entlang des Jakobswegs in Thüringen, in: RIEFE – Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde, Nr. 118, 1|2016, S. 15-16
70. Gesamtkonzept Elbe gefragt! Rede anlässlich der Elbe-Regionalkonferenz am 23.05.2015 in Magdeburg, in BRIEFE zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde Nr.119, 2|2016, S. 55-59

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

71. Die guten Trends stärken – ökumenische Solidarität gestalten- Hintergrund zum 2 Prozent Appell, in BRIEFE zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde Nr. 120, 3|2018, S. 11-12
72. Aribert Rothe. Die Ökologiebewegung im kirchlichen Freiraum der DDR, Eine Rezension in BRIEFE zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde Nr. 120, 3|2016, S. 23-24
73. Wolfsland und Obergrenzen - Ein Leserbrief zum Aufmacher in der Magdeburger Volksstimme, nicht abgedruckt. 2016
74. Bericht zum Fachtag E-Mobilität in ländlichen Räumen der EKM, in BRIEFE zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde Nr.123, 2|2017, S. 30-33
75. Friedhöfe neu denken und gestalten- Eine Lobby für ihre ökologische und kulturelle Beachtung und Aufwertung, in BRIEFE zur Orientierung im Konflikt Mensch-Erde, Nr. 125, 4|2017, S. 23-29
- 75b. Friedhofskultur – die Zeitschrift für das gesamte Friedhofswesen. Braunschweig, 02/2019, S. 17-21
76. Tiefste Daseinsfrage überhaupt, in zeichen- Magazin der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, 03/2017, Berlin. S. 22-26
77. Die Gelassenheit des Dreispringers - 32 Jahre hat Willi Volks mit INKOTA für eine gerechtere Welt gearbeitet. Nun geht er in Ruhestand, in INKOTA Brief – Das Nord-Süd-Magazin, Berlin. 04/2018
78. Entgiftung, die zweite- Leserbrief zu Walter Grundmann auf den Betrag „Mit Judenhass vergiftet – Versuch einer Entgiftung“ in der Kirchenzeitung der EKM „Glaube und Heimat“, vom 30. September 2018. S. 11
79. Bittere Solidarität! fehlende Anerkennung, offene Rechnungen mosambikanischer Vertragsarbeiter und die fehlende Aufarbeitung, in Gerbergasse 18 – Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, 02/2019, Heft 91, S. 30-35

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

80. Spurenlese - Nachdenken über Jochen, in Aufruf zum Miteinander - 30 Jahre Friedliche Revolution - Eine Diskussion mit Hans-Jochen Tschiche. (2019), Hrsg.: Birgit Neumann-Becker, Stephan Bickhardt, Antje Wilde und Wolfram Tschiche. Halle, S. 36-48, 2019
81. „Wir lassen uns in den Friedensgebeten nichts vorschreiben“, in: Aleksandra Majzlic: Mut zum Protest: Erfahrungen von DDR-Zeitzeugen. Hannover S. 45-55, 2020

Beiträge zur Arbeit von Hans-Joachim Döring:

1. Optimismus trotz komplizierter Materie, Bericht über den Anfang der Arbeit der Fachstelle von Marcel Duclaud, in: Mitteldeutsche Zeitung, Halle-Wittenberg, 27. Januar 1998, S.7
2. Die Linien einer Hand, in: der Überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Hamburg 1/98, AG KED-Forum: Porträt von H.-J. Döring und seiner Arbeit von Cord Aschenbrenner, März 1998
3. Tausche blaue gegen rote Bohnen unter dem Motto der Solidarität, Mitteldeutsche Zeitung, Halle-Wittenberg, S. 5, Karina Blüthgen über die Arbeit von H.-J. Döring zur EZ der DDR, 18.11.1999
4. Zehn Jahre danach. „Wer soll den Mund aufmachen, wenn nicht die Kirchen?“ Ostdeutsche Christen erinnerten in Wittenbergs Stadtkirche an die Ökumenische Versammlung der DDR von Markus Decker, Mitteldeutsche Zeitung Halle-Wittenberg, 30.4.1999
5. Raus aus der ideologischen Ecke der Besserwisser. Die Kirche Magdeburg 20.02.2003, Interview über die Aufgaben des Kirchlichen Entwicklungsdienstes geführt von Angela Stoye
6. „Man hat mich zum Träumen gebracht, dann hat man mich fallen lassen“ anl. der Tagung „Freundschaftsbande und Beziehungskisten“, Volksstimme Magdeburg 17.02.2004

ZUR PERSON: DR. HANS-JOACHIM DÖRING

7. „Mühsame Aufarbeitung der deutsch-mosambikanischen Beziehungen“ erschienen in *Entwicklungspolitik* 4/2004
8. Am Fluss des Lebens 3. Sommerinterview 2019, in: *Glaube und Heimat – Kirchenzeitung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland*. Weimar (2019) 01.09.2019. Nr. 35. S. 3.

IMPRESSUM

Redaktion:

Siegrun Höhne

Herausgeber:

Studienstelle Naturwissenschaft, Ethik und Bewahrung der Schöpfung
(Kirchliches Forschungsheim seit 1927) der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e. V.
V. i. S. d. P.: Siegrun Höhne
Schlossplatz 1d | 06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel.: 03491 4988-0 | Fax: 03491 4988-22
forschungsheim@ev-akademie-wittenberg.de | www.ev-akademie-wittenberg.de

Mitherausgeber:

Hans-Georg Baaske, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Dr. Wendelin Bücking, Bistum Magdeburg
Dr. Hans-Joachim Döring, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland
Siegrun Höhne, Evangelische Landeskirche Anhalts

Mitgliedsbeiträge und Spenden:

Die Mitglieder des Fördervereins unterstützen die Arbeit der Studienstelle Naturwissenschaft, Ethik und Bewahrung der Schöpfung mit ihrem Vereinsbeitrag (zzt. 30,- Euro/Jahr), und sie erhalten regelmäßig die BRIEFE. Neue Mitglieder sind sehr willkommen. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Wir freuen uns auch über Spenden für die Herstellung und den Versand der BRIEFE.

Bankverbindung (Mitgliedsbeiträge und Spenden):

Förderverein für die Studienstelle Naturwissenschaft, Ethik und Bewahrung der Schöpfung
(Kirchliches Forschungsheim) e. V.
KD-Bank, Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE98 3506 0190 1560 0890 11, BIC: GENODED1DKD

Bildnachweis:

Titelbild: Olaf von Sass
S. 70: © Viktoria Kühne

Druck:

Ökoprint, Chemnitz | Auflage: 1000 Stück | Erscheinungsweise: 4 x jährlich

Redaktionsschluss BRIEFE, HEFT 135 (2|2020): 15.06.2020

Postvertriebsstück Entgelt Bezahlt
Vertriebskennzeichen 31127
DP.AG

ABSENDER:

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V.
Schlossplatz 1d

o6886 Lutherstadt Wittenberg

ZUM SCHLUSS

*Wer Gott im Kreuze Jesu Christi gefunden hat,
weiß, wie wunderbarlich sich Gott in dieser Welt verbirgt
und wie er gerade dort am nächsten ist,
wo wir ihn am fernsten glauben.*

Dietrich Bonhoefer